

Daniel Mullis,
Judith Miggelbrink (Hg.)

L  **KAL**
EXTREM
RECHTS

Analysen alltäglicher
Vergesellschaftungen

[transcript] Sozial- und Kulturgeographie

Daniel Mullis, Judith Miggelbrink (Hg.)
Lokal extrem Rechts

Daniel Mullis, geb. 1984, ist Humangeograph und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main. Er leitet das von der DFG geförderte Projekt »Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken«. Weitere Forschungsschwerpunkte sind Politiken sozialer Bewegungen, Neoliberalisierung des Städtischen und soziale Exklusion sowie die Krise der Demokratie.

Judith Miggelbrink, geb. 1966, lehrt und forscht zur Humangeographie an der TU Dresden. Sie leitet das DFG-Projekt »(Un-)Sicherheit an der Schengen-Binnen-grenze. Sicherheitsbezogene Praktiken staatlicher und privater Akteure an der deutsch-polnischen Grenze« und ist Mitglied des Sonderforschungsbereichs 1199 »Verräumlichungsprozesse unter Globalisierungsbedingungen«. Sie forscht u. a. zu regionalen Peripherisierungsprozessen, Sicherheit und Grenzen sowie zu globalisierten medizinischen Praktiken.

Daniel Mullis, Judith Miggelbrink (Hg.)

Lokal extrem Rechts

Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen

[transcript]

Dieser Band wurde veröffentlicht mit Unterstützung des Open-Access-Monografienfonds der Leibniz-Gemeinschaft.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

© Daniel Mullis, Judith Miggelbrink (Hg.)

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5684-8

PDF-ISBN 978-3-8394-5684-2

<https://doi.org/10.14361/9783839456842>

Buchreihen-ISSN: 2703-1640

Buchreihen-eISSN: 2703-1659

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Lokal extrem Rechts

Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen – eine Einleitung

Daniel Mullis und Judith Miggelbrink 7

Das Lokale, Subjektivierung und die extreme Rechte

Judith Miggelbrink und Daniel Mullis 19

Räumliche Differenzierungen rechter Einstellungen und mögliche Erklärungsansätze

Zur Provinzialität der AfD

Bernd Belina 43

Rechte Bedrohungsallianzen in städtischen Zentren und ländlichen Peripherien – eine vergleichende Analyse

Manuela Freiheit, Peter Sitzer und Wilhelm Heitmeyer 61

Umkämpftes Ortsverständnis

Eine Fallstudie zu Rechtspopulismus in Leipzig

Peter Bescherer 85

Die AfD und das »Dornröschenschloss« – über die (Be-)Deutung von Peripherisierung für den Rechtspopulismuszuspruch

Larissa Deppisch 103

Rechtsextreme Raumeignungen in alltäglichen Vergesellschaftungen

Rechte Räume reconstructed

Identitätsfassaden in Skopje und Dresden

Felicitas Kübler, Felix Schilk und Anke Schwarz 125

Leipzig-Grünau: Wie die Baseballschlägerjahre zum heutigen Erfolg der AfD beitragen <i>Paul Zschocke</i>	145
Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach <i>Axel Salheiser und Matthias Quent</i>	165
»Eigensinn« zwischen völkischem Nationalismus und solidarischem Gemeinwesen Alltag junger Menschen außerhalb urbaner Zentren in Ostdeutschland <i>Kai Dietrich und Nils Schuhmacher</i>	183
Gelegenheitsstrukturen für populistische Kommunalpolitik der radikalen Rechten <i>Valentin Domann und Henning Nuissl</i>	201
Methodische Herausforderungen qualitativer Rechtsextremismusforschung	
Rechte Räume? Kartierungen von radikal rechten Raumaneynungen <i>Abdelrahman Helal</i>	221
Stickern als Raumaneynungsstrategie: Die Identitäre Bewegung und (antifaschistische) Gegenstrategien in Hamburg <i>Lilly Altmeyer</i>	245
Prozesse temporärer Raumaneynung durch extrem rechte Gruppen am Beispiel des Mehringplatzes in Berlin-Kreuzberg und ihre Auswirkungen auf das (Er-)Leben jugendlicher Anwohner:innen <i>Nils Zimmer</i>	261
Autor:innenverzeichnis	279

Lokal extrem Rechts

Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen – eine Einleitung

Daniel Mullis und Judith Miggelbrink

Seit Mitte der 2000er-Jahre werden eine wachsende gesellschaftliche Polarisierung und eine Radikalisierung antidemokratischer Milieus konstatiert (vgl. Decker/Brähler 2016). Das Wohlwollen, mit dem rassistische Schriften wie Thilo Sarrazins »Deutschland schafft sich ab« in bürgerlichen Kreisen aufgegriffen wurden (Mannitz/Schneider 2014), muss rückblickend als deutliches Indiz für das bevorstehende Erstarken des Rechtsextremismus auch in Deutschland verstanden werden. Allerdings war der gewaltbereite Rechtsextremismus in Deutschland nie abwesend, wie nicht zuletzt die Morde und Anschläge des NSU und das damit verbundene Versagen der Behörden schmerzhaft in Erinnerung rufen. Dennoch, neu ist, und darauf verweist Cas Mudde (2020: 14), dass rechtsextreme Positionen bis weit in den gesellschaftlichen Mainstream normalisiert werden. In der Bundesrepublik hat sich seit 2013 mit der Alternative für Deutschland (AfD) erstmals eine Rechts-außen-Partei auf praktisch allen politischen Skalen etabliert (Häusler 2018). Gleichzeitig hat auch tödliche rechtsextreme Gewalt insbesondere gegen People of Color, Migrant:innen, Menschen jüdischen Glaubens und politisch Andersdenkende zugenommen (Ahmed et al. 2020; Steinhagen 2021). Hinzu kommen Massenbewegungen wie Pegida und ›Querdenken‹, die wie erstere klar der extremen Rechten zuzuordnen (Funke 2016) oder wie die Corona-Leugner:innen zumindest weit nach rechts offen sind (Kleffner/Meisner 2021). Zusätzliche Gefahr geht in diesem Gefüge von veritablen rechtsextremen Netzwerken in Polizei und Bundeswehr aus, wodurch auch auf die Sicherheitsbehörden im Kampf gegen rechtsextreme Bedrohungen nach wie vor kein Verlass sein kann – allen voran für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt (Kempfen 2021; Meisner/Kleffner 2019).

Das Erstarken des Rechtsextremismus findet nicht am Rand der Gesellschaft statt, sondern in ihrer vermeintlichen Mitte. ›In der Mitte‹ heißt nicht, dass Neonazis unsere Nachbar:innen sein müssen, sondern dass zumindest Versatzstücke rechtsextremer Einstellungen Gesellschaft als Ganzes durchdringen (vgl. Decker/

Brähler 2020; Zick/Küpper 2021). Matthias Quent (2019) betont allerdings, dass es falsch wäre, von einem eindeutigen Rechtsruck der Gesellschaft auszugehen. Eher handle es sich bei den Bestrebungen von rechts außen um »einen erbitterten Versuch« (Quent 2019: 55), liberal-pluralistische Terraingewinne zurückzudrängen. Ähnlich argumentiert Floris Biskamp (2021: 44), wenn er die aktuellen Ereignisse und Phänomene als »Dynamiken rechter Mobilisierung unter Bedingungen gesamtgesellschaftlicher Liberalisierung« deutet. Gleichzeitig verweisen Studien zum kontemporären autoritären Charakter (vgl. Henkelmann et al. 2020; Decker 2015) sowie Beiträge, die um den Begriff der Regression kreisen (vgl. Geiselberger 2017; King 2021; Mullis/Zschocke 2019; Nachtwey 2017), darauf, dass das Bild nicht so eindeutig ist und innerhalb des womöglich vorhandenen liberalen Konsenses gesellschaftliche Verschiebungen im Gange sind, die Solidarität auflösen, konservative Familien- und Geschlechterrollen stärken, Misstrauen befördern und Nationalismus bestärken, was rechtsextreme Terraingewinne nähren kann. Auf jeden Fall stellt die Aufgabe, den kontemporären Rechtsextremismus und die damit verbundenen auf Ungleichheit zielenden autoritären, antipluralistischen, patriarchalen, nationalistischen, antisemitischen und rassistischen Einstellungen zurückzudrängen, eine zentrale Herausforderung unserer Zeit dar. Hierzu kann Forschung einen Beitrag leisten, wenn sie rechtsextreme Strukturen und deren gesellschaftliche Erfolgsbedingungen offenzulegen und als drängendes Phänomen zu begreifen vermag.

In den Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften wird intensiv über Ursachen und Hintergründe für das Erstarken extrem rechter Politiken in Deutschland diskutiert (vgl. Heitmeyer 2018; Quent 2019). Die rassistische Protestwelle infolge des Sommers der Migration 2015 (Heitmeyer 2018: 344) sowie die Agitation gegen Corona-Schutzmaßnahmen (Kleffner/Meisner 2021) werden hierbei als wichtige Katalysatoren beschrieben – wobei die Ursachen aber eher in einem »Zusammenwirken von Globalisierungs- und Neoliberalisierungskrisen« (Geiselberger 2017: 12) erkannt werden. Insbesondere werden hier Prozesse der Singularisierung (Reckwitz 2017), Pluralisierung (Charim 2018), des Verlustes demokratischer Teilhabe (Brown 2018; Mondon/Winter 2020) und sozioökonomischer Exklusion sowie Abstiegsängsten (Dörre 2020; Eribon 2016 [2009]; Nachtwey 2016) benannt. Uneinigkeit herrscht in den Debatten jedoch hinsichtlich der Frage, wie sozioökonomische mit kulturellen bzw. identitätspolitischen Faktoren zusammenhängen. Auf der einen Seite werden sozioökonomische Faktoren betont, auf der anderen die ressentimentgeladene Zurückweisung von Migration, Pluralisierung, Gleichstellungspolitiken sowie Ängste im Kontext des Verlustes vermeintlich eindeutiger Identitäten (vgl. Mullis/Zschocke 2019).

Geführt werden diese Debatten, wenn sie denn empirisch fundiert sind, meist auf der Grundlage statistischer, zudem meist höherskalig aggregierter Daten. Dies führt zu zwei Leerstellen, wie Daniel Mullis und Paul Zschocke (2019: 25f.)

herausarbeiten: Zum einen verleitet die Fokussierung auf Statistiken dazu, die Komplexität und alltagsweltliche Verankerung von politischer Subjektivierung zu kaschieren. Dies geschieht insbesondere dann, wenn die Daten eine gewisse Klarheit der Lage vermitteln und damit den Gegensätzen im Streit über Ursachen Vorschub leisten. Und zum anderen werden räumliche Polarisierungen primär als Stadt-Land- oder Ost-West-Frage verhandelt, womit kleinräumige Widersprüche und Komplexitäten außer Acht gelassen werden. Anhand einer Analyse von rechtsextremen Wahlverhalten in der Schweiz betont Daniel Stockemer (2018: 603), dass der Mangel an Forschung zu lokalen politischen Konstellationen die Gefahr ökologischer Fehlschlüsse birgt, weil vorschnell von einer höheren auf eine niedrigere Ebene der Datenaggregation geschlossen werde. Mit dem vorliegenden Band »Lokal extrem Rechts« schaffen wir einen Ort, um diese Leerstellen zu adressieren.

Die hier vereinten Beiträge fokussieren auf das Lokale, um die Konflikte in und um Gesellschaft von rechts außen konkret nachzuvollziehen. Ausgangspunkt ist unsere Annahme, die wir in diesem Band in einem eigenen Beitrag mit Blick auf humangeographische Theoriebildung explizit ausarbeiten, dass das Lokale für die Praxis der extremen Rechten sowie ein Verständnis dieser auf vielfältige Weise relevant ist. So werden etwa Wahlentscheidungen, selbst auf Bundesebene, durch lokale strukturelle und politische Determinanten mitbestimmt (Domann/Nuissl 2022). Kommunale Mandatsträger:innen sind zudem jüngst verstärkt Ziel rechtsextremer Hasskommunikation und physischer Gewalt geworden (Erhardt 2019; 2020), was auf die gesteigerte Exponiertheit von Menschen hindeutet, die sich im Lokalen dezidiert der extremen Rechten entgegenstellen. Auch terroristische Anschläge wie jüngst in Kassel und Halle 2019 sowie Hanau 2020 und Idar-Oberstein 2021 sind lokal situiert. An konkreten Orten werden Menschen in einem politischen Milieu politisiert, dort sind sie dem »Konformitätsdruck« (Heitmeyer/Grau 2013: 19) rechtsextremer Raumnahmen ausgesetzt – auch dann, wenn Social Media eine wichtige Rolle spielt (Fielitz/Marcks 2020; Strick 2021). Rechts-extreme Akteur:innen setzen sich über den Erwerb von Immobilien und die Einrichtung von Szene-Treffpunkten in Orten fest (Röpke 2009; Quent/Schulz 2015: 181), setzen lokale Territorialisierungsansprüche durch und versuchen so, (lokale) Hegemonie zu erlangen (Heitmeyer 1999: 68-70). Es sind aber auch konkrete Orte, wo die Radikalisierung der meist männlichen Täter niemandem so recht auffallen mag. Kurzum, in lokalisierten Kämpfen vor Ort wird über den Erfolg oder Misserfolg der extremen Rechten entschieden, der »Klimawandel von Rechts« (Strick 2021: 153) ist immer lokalisiert. Wenn sich die extreme Rechte auf Bundesebene in Parteien formiert, in landesweiten Netzwerken agiert oder »Einzelne« zu morden beginnen, dann ist vor Ort schon sehr viel passiert.

»Die Geschichte eines Tages umfasst die der Welt und die der Gesellschaft«, schreibt Henri Lefebvre (1972 [1968]: 11). Er verweist damit wie u.a. auch Doreen

Massey (1994), Eris Swyngedouw (1997) oder Mustafa Dikeç (2013) darauf, dass das Lokale mehr ist als ein Isoliertes und Partikulares, das jenseits der großen Politik und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen liegt. In lokalen und alltäglichen Figurationen und Räumen wird gesellschaftliche Ordnung nicht nur reproduziert, sondern auch produziert. Lokale Arenen sind demnach nicht im engeren Sinne lokal, sondern Orte der Verdichtung von Gesellschaft und Herrschaftsverhältnissen mit all ihren Widersprüchen. Sie existieren immer nur als Produkt von und Ort der Produktion auch anderer gesellschaftlicher Abstraktionsebenen. Umgekehrt ist es eine zentrale Prämisse humangeographischer Theoriebildung, dass schon der Begriff der Arena letztlich problematische Implikationen aufweist. Es handelt sich beim Lokalen schließlich nicht um einen singulären, isolierten Austragungsraum gesellschaftlicher Konflikte, vielmehr sind lokale Ordnungen im Gegenteil immer auch relevant dafür, wie Gesellschaft insgesamt funktioniert. Wir verstehen das Lokale somit als einen Ort individueller und emotionaler Aneignungsprozesse, der immer auch ökonomisch wie politisch produziert (und umstritten) ist und als solches als relevant für die Funktionsweise von Gesellschaft verstanden werden muss (vgl. Massey 1994). Deziert widersprechen wir Positionen, die ein lokalisiertes Ereignis als (primär) *lokal bedingt* und als »lokales Problem« oder gar als »Einzelfall« – als ein Problem Hanaus, Eisenachs, Münchens oder Dresdens, als ein Problem einzelner Täter:innen oder vereinzelter Netzwerke – deuten. Wird aus dem Umstand der lokalen Situierung vorschnell auf Singularität geschlossen, droht die gesellschaftliche Dimension der Ideologien und Taten verkannt zu werden bzw. werden Ursachen und Bedingungen buchstäblich »am falschen Ort« vermutet.

Die in diesem Band versammelten dreizehn Beiträge nehmen alltägliche und lokale Konstellationen der extremen Rechten nicht ausschließlich, aber meist aus einer qualitativen Perspektive in den Blick. Sie schließen an Debatten an, die international (vgl. Gest 2016; Ince 2011; Hochschild 2017) sowie auch im deutschen Sprachraum mit Blick auf das Lokale zunehmend geführt werden (vgl. Bescherer et al. 2021; Bürk 2012; Förtner et al. 2019; Grau/Heitmeyer 2013; Kurtenbach 2018; Hillje 2018; Mullis 2021; Quent/Schulz 2015). Darüber hinaus leistet der Band eine Akzentuierung von raumbezogener und humangeographischer Rechtsextremismusforschung (vgl. Mullis/Miggelbrink 2021). Die versammelten Beiträge können – wenn auch nicht trennscharf – zu drei thematischen Felder gebündelt werden, entlang derer der Band organisiert ist: erstens, räumliche Differenzierungen rechter Einstellungen und mögliche Erklärungsansätze; zweitens, rechtsextreme Raumeignungen in alltäglichen Vergesellschaftungen; und drittens, methodische Herausforderungen qualitativer Rechtsextremismusforschung.

Ein erstes Themenfeld bilden Beiträge, die sich den theoretischen und methodologischen Herausforderungen einer Analyse von vermeintlichen und tatsächlichen »räumlichen Muster[n] des Abschneidens« (Belina 2022, in diesem Band)

rechter Parteien zuwenden, und reflektiert, welche räumlichen Differenzierungen erklärungsrelevant sein können. **Bernd Belina** greift vermittelnd über Adornos Überlegungen zur Provinzialität die Debatte um Stadt-Land-Gegensätze auf und zeigt, dass es sich – nach wie vor – um eine probate, aber zu kurz greifende Differenzierung handelt. Es scheint daher sinnvoll, wie es **Manuela Freiheit**, **Peter Sitzer** und **Wilhelm Heitmeyer** vorschlagen, rechte Phänomene gleichermaßen in städtischen Zentren und ländlichen Peripherien zu beleuchten und sie jenseits fixer Dichotomisierung nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zu befragen. Auch **Peter Bescherer** argumentiert am Beispiel des Leipziger Wohnungsmarktes in diese Richtung. So betont er, dass lokale Vergesellschaftungsformen und Krisenerfahrungen auf deren Potenzial, rechtsextreme und exkludierende Vorstellungen zu befördern und zu stützen, befragt werden müssten. Gewissermaßen komplementär rekonstruiert **Larissa Deppisch** in einer ländlichen Kommune in Ostdeutschland, welche subjektiven Ortsdeutungen existieren und wie diese wiederum rechtsextreme Positionen fundieren und legitimieren. In all diesen Beiträgen geht es um das Wechselspiel aus lokalen Vergesellschaftungen, die immer auch in der Mitte der Gesellschaft wurzeln, und der Formierung rechtsextremer Einstellungen bzw. Wahlentscheidungen.

Rechtsextreme Raumaneynungen in alltäglichen Vergesellschaftungen können höchst unterschiedliche Formen annehmen: Dazu gehören sukzessive Verschiebungen des Sagbaren an konkreten Orten sowie die Präsentation rechtsextremer Zeichen und Symbole in alltagsweltlichen Arenen. Dies formiert das zweite Themenfeld. **Felicitas Kübler**, **Felix Schilk** und **Anke Schwarz** verdeutlichen anhand ihrer Studie zu Dresden und Skopje, dass gebaute Umwelten Mittel und Manifestation nationalistischer Politiken sein können. Sie zeigen, dass Städtebau ein Handlungsfeld ist, in dem Identitäten hergestellt, aber auch überschrieben und ausgelöscht werden. Zu rechten Raumaneynungen in alltäglichen Lebenszusammenhängen und deren Normalisierungen gehört auch das offene Zurschaustellen rechtsextremer, völkischer, antisemitischer und xenophober Einstellungen sowie Bedrohungen von und Gewalttaten an Menschen, die diesem Feindbild entsprechen. **Paul Zschocke** rekonstruiert am Beispiel von Leipzig-Grünau eine solche lokale ›Verdichtung‹ rechtsextremer Präsenz und die Kontinuierung rechtsextremer Einstellungen über Jahrzehnte hinweg. Eine ähnlich gelagerte Fallstudie legen **Axel Salheiser** und **Matthias Quent** für Eisenach vor. **Kai Dietrich** und **Nils Schuhmacher** ihrerseits verdeutlichen anhand von Interviews mit Jugendlichen im ländlichen Raum Sachsens, dass Jugendkulturen durch eine »ambivalente Entpolitisierung« geprägt sind, wobei verbreitete rechtsextreme Narrative und Praxen als Normalität hingenommen und unreflektiert übernommen werden. Ausgrenzung von Anderen etwa wird hierbei vom Gros der Jugendlichen weniger als politischer Akt begriffen, sondern als Normalität in einem dörflichen Gefüge. Zum Spektrum rechtsextremer lokaler Raumaneynungen gehören mithin

explizit raumaneignende Strategien, mittels derer lokale Lebenswelten im Sinne der eigenen Ideologie überformt und *andere* Lebensentwürfe verdrängt werden sollen – als Teil einer (neuen) »Raumordnungsbewegung, die in städtischen und ländlichen Gelegenheitsmilieus agiert«, wie Heitmeyer, Freiheit und Sitzler (2020: 145) treffend formulieren. Solche Gelegenheitsstrukturen stehen im Zentrum des Beitrags von **Valentin Domann** und **Henning Nuissl** zu jeweils einer Kleinstadt in Brandenburg und Baden-Württemberg. Sie untersuchen, in welchen lokalen politischen Arrangements und unter welchen Voraussetzungen rechte Akteur:innen lokalpolitisch Fuß fassen können.

Ein drittes Themenfeld bilden Beiträge, die sich an empirischen Gegenständen den Herausforderungen einer lokal orientierten (qualitativen) Rechtsextremismusforschung zuwenden. Politische Einstellungen sind im direkten Kontakt vor Ort ohnehin ein sensibles Thema, wichtiger dürfte in diesem Zusammenhang aber sein, dass rechtsextreme Akteur:innen bewusst mit Gewalt(androhungen) arbeiten, am Rande und jenseits der Legalität operieren und von ihnen somit eine veritable Gefahr für Forschende ausgeht. Hinzu kommt, dass Forschung, die auf Interaktionen mit Anhänger:innen des (extrem) rechten Spektrums – z.B. Interviews und teilnehmende Beobachtung – basiert, forschungsethische und emotionale Herausforderungen birgt, die womöglich nicht zu meistern sind (vgl. sub\urban 7 [1/2], Debatte »Mit Rechten reden, zu Rechten forschen?«). Sie laufen zudem stets Gefahr, rechtsextremen Akteur:innen eine Bühne zu bieten, auch wenn es »nur« die Bühne eines wissenschaftlichen Interviews ist. Umso wichtiger ist der Blick nicht nur auf unterschiedliche Formen lokaler rechtsextremer Raumaneignungen, sondern auch auf die Vielfalt methodischer Möglichkeiten, diese zu erfassen, zu rekonstruieren und sichtbar zu machen. **Abdelrahman Helal** kombiniert in seinem Beitrag unterschiedliche Formen der Kartierung, um so Cluster der extremen Rechten sichtbar zu machen. Auch **Lily Altmeyer** nutzt Methoden des systematischen »Kartierens« und der digitale Recherchen, um rechte Raumaneignungen durch die Praxis des »Stickerns« in Hamburg und Versuche ihrer Überschreibung durch Gegenpraktiken zu rekonstruieren, ohne mit rechtsextremen Akteur:innen selbst in direkten Kontakt zu treten. Der Beitrag von **Nils Zimmer** zu Auseinandersetzungen um den Mehringplatz in Berlin ist ebenfalls methodisch reflektierender Art. Er lotet Möglichkeiten und Grenzen teilnehmender Beobachtung von Demonstrationen aus, wobei in diesem Fall zudem die Doppelrolle als Engagierter in der quartiersbezogenen Jugendarbeit und wissenschaftlicher Beobachter hinzukommt. Es erweist sich, wie dies Thomas Bürk (2012: 100-113) schon betont hat, dass Forschung zur extremen Rechten auch produktiv sein kann, wenn nicht mit den eigentlichen Akteur:innen gesprochen wird und stattdessen in den konkreten Arenen »um die extreme Rechte gekreist« wird, historische Prozesse beleuchtet werden, Akteur:innen benannt werden und auch explizit

auf Menschen fokussiert wird, die sich vor Ort der extremen Rechten entgegenstellen bzw. von deren Exklusionspraxen betroffen sind.

Die drei thematischen Felder stellen keine abschließende Liste unterschiedlicher oder gar konkurrierender Zugriffe dar. Im Gegenteil: Wir betrachten sie als Debattenfelder, in denen konzeptionelle Angebote unterbreitet werden, die hilfreich sein können, lokale rechtsextreme Raumeignungen im Hinblick auf deren Ursachen, Formen und Folgen greifbar zu machen und systematischer zu adressieren. Sie sind daher auch nicht frei von Überschneidungen. Auch ist ein gewisser Fokus auf Ostdeutschland nicht von der Hand zu weisen. Aus unserer Sicht verweist dies aber vor allem darauf, dass es an lokalisierter Forschung zu Westdeutschland mangelt – zumal Rechtsextremismus und extrem rechte Ideologien auch im Westen des Landes keinesfalls abwesend sind – und so womöglich Forschungspraxis selbst dazu beiträgt, *den* Osten als *das* Problem zu formieren (vgl. Quent 2016).

Wenn wir uns an dieser Stelle an einigen mit Sicherheit nicht abschließenden Schlüssen versuchen, dann wollen wir vier Punkte benennen: *Erstens* zeigen die Beiträge, dass ein genauer Blick auf historisch gewachsene lokale Ordnungen zentral ist, um aktuelle Machtkonstellationen, Normalisierungen der extremen Rechten sowie erfolgreiche Widerstände zu verstehen. Lokales Engagement gegen Rechts ist keinesfalls ein Nebenschauplatz. Hier werden Raumnahmen zurückgewiesen, wird Radikalisierung gestoppt oder andernfalls befördert. Die Erfolge der AfD heute wurzeln in lokalisierten Prozessen der Normalisierung von Positionen ihrer Vorgänger:innen und Wegbereiter:innen. Im Lokalen wird um Gesellschaft konkret gerungen. Gleichfalls kann im Lokalen ohne Unterstützung von staatlicher Verwaltung, politischen Behörden sowie der Polizei und ohne gesamtgesellschaftlichen Willen, Rechtsextremismus und Rassismus grundlegend zu konfrontieren, das Erstarken der extremen Rechten nicht dauerhaft gestoppt werden. Auf das Lokale zu blicken, heißt also nicht, im Lokalen zu verharren. *Zweitens* legen die Beiträge nahe, dass die Pfade hin zur extrem Rechten nicht einheitlich sind. Politisierung ist in lokale Ordnungen eingebunden, insofern müssen Ansätze scheitern, die versuchen, auf großmaßstäblicher Ebene eindeutige Prozesse und Zusammenhänge zu benennen. In diesem Sinne scheitern auch Versuche, klare Stadt-Land- oder Ost-West-Gegensätze zu bestimmen. *Den* extrem rechten Raum gibt es nicht. Gleichwohl können Beschreibungen von gefühlter Exklusion, sozialer, räumlicher und institutioneller Peripherisierung sowie Erfahrungen des Verlustes an Teilhabe und Abstiegsängste in gewisser Weise als einende Momente ausgemacht werden, die lokal spezifisch rechtsextreme Einstellungen und regressivere Politiken befördern. *Drittens* bestätigen auch die hier vorliegenden Beiträge die zentrale Rolle, die der Zivilgesellschaft im Kampf gegen die extreme Rechte zukommt. Umgekehrt, und das sollte nicht außer Acht gelassen werden, ist Zivilgesellschaft nicht per se demokratisch orientiert und kann

auch ein Nährboden für regressive Politiken der extremen Rechten sein. Auffällig ist zudem, dass in diversen Beiträgen die Rolle der Polizei kritisch reflektiert wird. Wenn rechte Demonstrationen und lokalisierte Raumnahmen von der Polizei im Rahmen ihres (als neutral dargestellten) Auftrages, Meinungsfreiheit zu schützen, gegen Widerstände durchgesetzt werden, dann kann polizeiliches Handeln vor Ort zum Teil des Problems werden. Gleiches gilt, wenn Polizei daran beteiligt ist, Engagement gegen rechts außen als Ruhestörung stärker zu problematisieren als die rechtsextremen Aktivitäten an sich. *Viertens* deuten die Beiträge allesamt darauf hin, dass qualitative Forschung und ein genauer analytischer Blick einen großen Mehrwert bieten. Deutlich wird, dass es die tendenziell homogenen Subjekte der Einstellungsforschung konkret kaum gibt, Situationen vor Ort vielschichtig und widersprüchlich sind und das Gleiche für die handelnden Subjekte gilt. Das macht die Situation nicht einfacher, bietet aber auch Möglichkeiten, um mit demokratischen Politiken einzugreifen.

Abschließend bleibt uns noch zu danken: Zunächst bei den Autor:innen für die tollen Beiträge und den Willen, an den gemeinsamen Diskussionen dranzubleiben. Aber auch bei Paul Reuber, der uns gemeinsam mit Florian Dünckmann zur Diskussion am Fachforum »Der autoritäre Populismus in der Raumfalle« beim Deutschen Kongress für Geographie 2019 in Kiel eingeladen hat und auf dessen Initiative unser Call für den Themenschwerpunkt »Rechte Raumnahme« in der Geographischen Zeitschrift erfolgte, dessen große Resonanz uns veranlasste, diesen Band in Angriff zu nehmen. Unser Dank gilt auch Lena Zimmermann (TU Dresden), die uns als Studentische Hilfskraft unterstützt hat, sowie Rosa Aue und Luisa Bott beim transcript-Verlag für die zuverlässige und kompetente Betreuung des Publikationsprozesses. Für die finanzielle Unterstützung der Open-Access-Publikation bedanken wir uns beim Monographiefond der Leibniz-Gemeinschaft.

Literatur

- Ahmed, Reem/Albrecht, Stephen/Fielitz, Maik/Junk, Julian/Kahl, Martin/Marcks, Holger/Mullis, Daniel/Quent, Matthias/Sold, Manjana (2020): »Transnationale Sicherheitsrisiken: Eine neue Welle des Rechtsterrorismus«, in: BICC; HSFK; IFSH; INEF (Hg.), Friedensgutachten 2020, Bielefeld: transcript, S. 138-157.
- Bescherer, Peter/Burkardt, Anne/Feustel, Robert/Mackenroth, Gisela/Sievi, Luzia (2021): Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Biskamp, Floris (2021): »Rechtsruck, welcher Rechtsruck?«, in: Baum, Markus/Breidung, Julia M./Spetsmann-Kunkel, Martin (Hg.): Rechte Verhältnisse in Hochschule und Gesellschaft, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 33-48.

- Brown, Wendy (2018): *Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört*, Berlin: Suhrkamp.
- Bürk, Thomas (2012): *Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Charim, Isolde (2018): *Ich und die Anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert*, Wien: Paul Zsolnay Verlag.
- Decker, Oliver (2015): »Narzisstische Probleme und sekundärer Autoritarismus«, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar/Baldauf, Johannes (Hg.): *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 21-33.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016): »Ein Jahrzehnt der Politisierung: Gesellschaftliche Polarisierung und gewaltvolle Radikalisierung in Deutschland zwischen 2006 und 2016«, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): *Die enthemmte Mitte*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 95-136.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.) (2020): *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dikeç, Mustafa (2013): »Beginners and Equals. Political subjectivity in Arendt and Rancière«, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 38, S. 78-90.
- Domann, Valentin/Nuissl, Henning (2022): »Lokale Reartikulationen des Autoritären. Für eine skalensensible Analyse neurechter Politik «vor Ort«, in: *Geographische Zeitschrift* 1/22, S. 42-60.
- Dörre, Klaus (2020): *In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Erhardt, Christian (2019): *Hasswelle: Kommunalpolitik – Aus Hetze werden Taten*, <https://kommunal.de/hasswelle-alle-zahlen> vom 06.01.2021.
- (2020): *Kommunalpolitiker: Bedrohungen sind an der Tagesordnung*, <https://kommunal.de/kommunalpolitiker-umfrage-2020> vom 06.01.2021.
- Fielitz, Maik/Marcks, Holger (2020): *Digitaler Faschismus*, Berlin: Duden.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung«, in: *sub\urban* 7 (1/2), S. 23-44.
- Funke, Hajo (2016): *Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – Pegida – Gewaltnetze*, Berlin: vbb.
- Geiselberger, Heinrich (2017): *Die große Regression*, Berlin: Suhrkamp.
- Gest, Justin (2016): *The new minority*, New York: Oxford Univ. Press.
- Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2013): *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Häusler, Alexander (2018): *Völkisch-autoritärer Populismus*, Hamburg: VSA Verlag.

- Heitmeyer, Wilhelm (1999): »Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen«, in: Kalb, Peter E/Sitte, Karin/Petry Christian (Hg.): Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, S. 47-79.
- (2018): Autoritäre Versuchungen, Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsalianzen, Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Grau, Andreas (2013): »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement«, in: Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 11-33.
- Henkelmann, Katrin/Jäckel, Christian/Stahl, Andreas/Wünsch, Niklas/Zopes, Benedikt (Hg.) (2020): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters, Berlin: Verbrecher.
- Hillje, Johannes (2018): Rückkehr zu den politisch Verlassenen, Berlin: Das Progressive Zentrum e.V.
- Hochschild, Arlie R. (2017): Fremd in ihrem Land, Frankfurt: Campus.
- Ince, Anthony (2011): »Contesting the ›authentic‹ community: Far right spatial strategy and everyday responses in an era of crisis«, in: Ephemera 11 (1), S. 6-26.
- Kempen, Aiko (2021): Auf dem rechten Weg? Rassisten und Neonazis in der deutschen Polizei, München: Europa Verlage.
- King, Vera (2021): »Autoritarismus als Regression«, in: WestEnd 1/2021, S. 87-102.
- Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.) (2021): Fehlender Mindestabstand, Freiburg: Herder.
- Kurtenbach, Sebastian (2018): Ausgrenzung Geflüchteter. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen, Wiesbaden: Springer.
- Lefebvre, Henri (1972 [1968]): Das Alltagsleben in der modernen Welt, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Mannitz, Sabine/Schneider, Jens (2014): »Vom ›Ausländer‹ zum ›Migrationshintergrund‹: Die Modernisierung des deutschen Integrationsdiskurses und seine neuen Verwerfungen«, in: Nieswand, Boris/Drotbohm, Heike (Hg.): Kultur, Gesellschaft, Migration, Wiesbaden: Springer, S. 69-96.
- Massey, Doreen (1994): Space, Place and Gender, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Meisner, Matthias/Kleffner, Heike (2019): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz, Freiburg: Herder.
- Mondon, Aurélien/Winter, Aaron (2020): Reactionary democracy, London/New York: Verso.
- Mudde, Cas (2020): Rechtsaußen, Bonn: Dietz.
- Mullis, Daniel (2021): »Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt«, in: Urban Studies 58 (1), S. 131-147.

- Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (2021): »Rechtsextremismusforschung in der deutschsprachigen Humangeographie: Stand der Debatte und Einleitung zum GZ Themenschwerpunkt«, in: *Geographische Zeitschrift* 4/21, S. 184-207.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): *Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte*, PRIF-Report 5/2019, Frankfurt a.M.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- (2017): »Entzivilisierung. Über regressive Tendenzen in westlichen Gesellschaften«, in: Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Die große Regression*. Berlin: Suhrkamp, S. 215-231.
- Quent, Matthias (2016): »Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern«, in: Wolfgang Frindte et al. (Hg.): *Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«*, Wiesbaden: VS, S. 99-118.
- Quent, Matthias (2019): *Deutschland rechts außen*, München: Piper.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*, Wiesbaden: Springer VS.
- Reckwitz, Andreas (2017): *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Berlin: Suhrkamp.
- Röpke, Andrea (2009). »Immobilienkäufe durch Rechtsextremist/-innen.« In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.): *Strategien der extremen Rechten*. Wiesbaden: VS, S. 245-258.
- Steinhagen, Martín (2021): *Rechter Terror*, Hamburg: Rowohlt.
- Stockemer, Daniel (2018): »The rising tide: Local structural determinants of the radical right-wing vote in Switzerland«, in: *Comparative European Politics* 16, S. 602-619.
- Strick, Simon (2021): *Rechte Gefühle*, Bielefeld: transcript.
- Swyngedouw, Erik (1997): »Neither Global Nor Local: »Glocalization« and the Politics of Scale«, in: Cox, Kevin (Hg.): *Spaces of Globalization*, New York: Guilford, S. 137-166.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.) (2021): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn: Dietz.

Das Lokale, Subjektivierung und die extreme Rechte

Judith Miggelbrink und Daniel Mullis

1. Einleitung¹

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass das Lokale für die extreme Rechte sowie für wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit ihr auf vielfältige Weise von Relevanz ist: Rechtsextreme Strukturen sind vor Ort in lokalen Zentren, Immobilien und Strukturen verankert; es ist auch im Lokalen, wo Menschen über die Radikalisierung ihrer Nachbar:innen hinwegsehen oder sich dazu entscheiden, dagegen aktiv zu werden; und Konformitätsdruck entsteht in Jugendcliquen, Sportverbänden, Stammtischfreundschaften usw. Kurzum, um gesellschaftliche Hegemonie wird nicht zuletzt *vor Ort* gestritten und es ist wesentlich im Lokalen, wo Hegemonie durchgesetzt wird. Wenn sich also rechtsextreme Parteien und Organisationen auf Bundesebene konstituieren, wenn rechtsextremer Hass gegen People of Color, Migrant:innen, Menschen jüdischen Glaubens, queere Personen und politisch Andersdenkende in mitunter tödliche Gewalt umschlägt, wenn also die extreme Rechte in die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit rückt, dann ist vor Ort meist schon sehr viel passiert. Auf dieses Lokale wollen wir – ausgehend von humangeographischen Debatten – im Folgenden fokussieren.

In der aktuellen Rechtsextremismusforschung gibt es durchaus Arbeiten, die sich mit lokalen Konstellationen, Milieus und Konflikten beschäftigen. Dies verdeutlichen die Beiträge in diesem Band, aber auch weitere wissenschaftliche Arbeiten aus den letzten Jahren (vgl. Becker et al. 2020; Bescherer et al. 2021; Bürk 2012; Chou 2020; Gest 2016; Hillje 2018; Ince 2011; Kurtenbach 2018; Quent/Schulz 2015; Mullis 2021; Veugelers 2020; Wolf/Grau 2013). Ein zweites Set an lokal orientierten Arbeiten fußt auf antifaschistischer, aktivistischer und journalistischer Recherchearbeit und befasst sich mit rechtsextremen Strukturen und Personenzusammenhängen (vgl. u.a. apabiz, a.i.d.a. und Exif), die wiederum

¹ Wir bedanken uns herzlich bei den Mitgliedern des DFG-Netzwerks »Territorialisierungen der radikalen Rechten« für das Feedback zu ersten Überlegungen für diesen Beitrag sowie bei Valentin Domann für seine hilfreichen und produktiven Kommentare zu einer früheren Fassung dieses Beitrags. Die inhaltliche Verantwortung liegt jedoch einzig bei den Autor:innen selbst.

in wissenschaftlichen Analysen genutzt werden (u.a. Röpke/Speit 2019). Trotz einiger Untersuchungen zu lokalen Verhältnissen und Kontextanalysen ist das Forschungsfeld zum Rechtsextremismus jedoch tendenziell geprägt von großräumig skalierten und häufig quantitativen Wahlenanalysen und der Einstellungsforschung. So wichtig letztgenannte Arbeiten sind, um den Status quo zu erfassen, bleibt die Problematik, dass sie Schwierigkeiten haben, Prozesse der politischen Formierung zu erfassen (Mullis/Zschocke 2019: 26). Wir beobachten, dass das Lokale zwar als Ebene der Befragung eine Rolle spielt, jedoch noch zu wenig reflektiert wird, was ›das Lokale‹ ausmacht und in welcher Weise ›es‹ wirksam wird.

Unser Beitrag geht von der Annahme aus, dass das Lokale für die extreme Rechte ein einzunehmendes und zu sicherndes Terrain ist – die NPD hat dies ab Ende der 1990er Jahre mit ihrem ›Vier-Säulen-Konzept‹ Kampf um die ›Straßen‹, ›Köpfe‹, ›Parlamente‹ und ›organisierter Willen‹ deutlich formuliert (vgl. Bundschuh 2004: 12). Das Lokale ist dabei das räumliche Gefüge, die Bühne und der Kontext, an und in dem Alltagsleben (buchstäblich) stattfindet, sich Praxen herausbilden, Einstellungen und Haltungen formieren und Kämpfe über Identität und Zugehörigkeit ausgetragen werden. Wir konzipieren dieses Lokale im Anschluss an Überlegungen zum *Alltag* als Sphäre der Auseinandersetzung mit den konkreten Bedingungen der Produktion und Reproduktion im Anschluss an Lefebvre (2014; vgl. Vogelpohl 2012) sowie Alfred Schütz und Thomas Luckmann (2017 [1979/1984]; vgl. Dörfler/Rothfuß 2021) folgend als Lebenswelt. Leitend sind zudem Überlegungen zur *lokalen Scale* (Marston 2000) sowie zu *Place* (Massey 1994). Wir streichen dabei die grundlegende Bedeutung des Lokalen heraus, die daraus resultiert, dass Menschen qua Körper, an den ihre Erkenntnisse, Erfahrungen und Emotionen gebunden sind, Welt nur an *einem* Ort erleben können. Vergesellschaftung und die damit verbundenen Prozesse der Subjektivierung sind unauflöslich in konkreten, auch materiellen, lokalen Gefügen in Raum und Zeit situiert. Das Lokale, wie wir es bestimmen, ist dabei selbst immer schon Produkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und durchzogen von Machtverhältnissen. Es ist geprägt von Normen und politökonomischen sowie sozialen Beziehungen. Es ist also niemals neutral im Sinne eines historisch unbespielten Feldes. Insofern ist das Lokale stets ein relevanter Ort der Produktion von Gesellschaft: Es ist zugleich Ort der Vergesellschaftung und deren Ausgangspunkt sowie kontingenter Möglichkeitsrahmen alltäglicher Praxen.

Im Folgenden bringen wir zwei Debattenstränge zusammen: zum einen bestehende lokal situierte Rechtsextremismusforschung sowie zum anderen, und darauf liegt der explizite Fokus, Überlegungen zum Lokalen. Wir gehen den Fragen nach, was dieses Lokale ist und wie es bearbeitet und für Forschung produktiv gemacht werden kann. Eine solche Perspektive, die um das Subjekt und Prozesse der Subjektivierung kreist, bedarf der Einordnung ebendieses Subjekts, weshalb wir uns diesem in einem ersten Schritt zuwenden. In einem zweiten Schritt ver-

suchen wir uns – ausgehend von den humangeographischen Debatten um *Alltag*, *Place* und *Scale* – an einer Begriffsbestimmung des Lokalen. Drittens diskutieren wir rechtsextreme Subjektivierungen im Lokalen. Ziel ist es, eine Perspektive auf das Lokale zu entwickeln, die dieses nicht einfach als Ort der Austragung gesellschaftlicher Konflikte deutet, sondern es als Ort der Produktion von Gesellschaft versteht.

2. Subjektivierung als theoretischer Zugang

Unsere Überlegungen zum Subjekt basieren im Wesentlichen auf poststrukturalistischen Konzeptionen im Anschluss an Michel Foucault (1982) und Judith Butler (1995) sowie postfundamentalistischen Weiterentwicklungen (vgl. Marchart 2010: 314-318, 2013: 380-389). Seit Freud, so hebt Oliver Marchart (2013: 382) hervor, ist das Subjekt nicht mehr »Herr im eigenen Haus«. Poststrukturalistische Konzeptionen betonen ähnlich, dass das Subjekt »keine Substanz mehr [hat], die sich je nach Kontext etwas verändert, aber stets den gleichen Kern behält« (Stäheli 2000: 50). Damit tritt an die Stelle der Analyse des Subjekts die Befragung von Subjektivierungsprozessen. Andreas Reckwitz (2017:126) spricht von »einer Gesellschaftlichkeit, die subjektivierend wirkt«, was deutlich macht, dass es das Subjekt nur als vergesellschaftetes geben kann und Verschiebungen des Gesellschaftlichen mit Verschiebungen subjektivierender Einflüsse einhergehen. Das Subjekt geht der Gesellschaft nicht voraus, es ist aber auch nicht vollständig durch gesellschaftliche Ordnungen und Strukturen determiniert: Im Subjekt wird »zwischen sozialen Strukturen und individuellen Existenzen vermittelt«, so Carolin Schurr und Anke Strüver (2016: 92). Gesellschaft wiederum wird nicht mehr als übergeordnete »totale« Einheit begriffen, sondern dezentriert als »Streuungsverhältnis diskursiver Regelmäßigkeiten und lokaler Wissen/Macht-Konfigurationen« (Stäheli 2000: 53), das subjektivierend auf das Individuum einwirkt. Gesellschaft und Subjekt stehen in einer Wechselbeziehung der gegenseitigen Produktion, wobei es sich bei beiden um fragile, kontingente Totalitäten handelt, die keine Endpunkte haben, sehr wohl aber partiell fixierte Ausgangspunkte gesellschaftlicher Produktion darstellen (Marchart 2010: 314-318, 2013: 380-389).

Das Individuum – hier verstanden als Konzeptualisierung einer sich als Einheit verstehenden Person – wird mittels bestimmter Subjektivierungsweisen und im Hinblick auf die jeweils verfügbaren Subjektpositionen subjektiviert und subjektiviert sich dabei auch selbst. Es handelt sich keineswegs um einen uniformen Prozess und so mündet Subjektivierung niemals in einer einzigen und gleichbleibenden Identität, sondern resultiert in vielfältigen, widersprüchlichen, situierten und unabgeschlossenen Selbsteutungen (vgl. Alkemeyer/Bröckling 2018: 21). Dennoch: Gesellschaftlich verfestigte Normen, Machtbeziehungen und soziale Gefüge

bestimmen einen Möglichkeitsraum für Subjektpositionen und machen spezifische Formen der Subjektivierung wahrscheinlicher als andere. So gibt es in jeder Gesellschaft Positionen, die (legitimerweise) eingenommen werden können und als Möglichkeiten der Identifizierung – im Sinne von Butlers (1995) Re-Interpretation des Althusser'schen Begriffs: als Möglichkeiten der Anrufung – bereitstehen. Prozesse des Unterwerfens sind nicht allein Akte bewusster Befolgung eines explizit artikulierten Anspruchs, sondern umfassen ein breites Spektrum der »Anpassung von Verhalten an Normen und/oder Normalität« (Schrage 2012: 80). Denkbar sind hier Formen der aktiven Sanktionierung und Disziplinierung, aber auch (vermeintlich) sanftere Formen der Selbstführung und Normeinpassung. Subjektivierung beinhaltet, darauf hat Foucault und mitunter daran anschließend postfundamentalistische Theoriebildung hingewiesen (vgl. Marchart 2010: 314-318, 2013: 380-389), die Möglichkeit des Widerstands bzw. der Formierung alternativer politischer Projekte. Wie Astrid Velho (2010: 119) betont, können »Selbstverhältnisse entstehen, die ethisch und individuell ein Hinauswachsen über die von der Herrschaft vorgegeben [sic!] Bahnen herstellen und/oder auch eine weitere Verankerung von hegemonialer Normalität in Form eines Bewusstseins über sich selbst in den Subjekten vorantreiben«. Das Konzept der Subjektivierung schließt mithin »kontrollierte Ermächtigung von Einzelnen zu eigenständigem Handeln« (Schrage 2012: 80) ein.

3. Lokal – Begriffsbestimmung zwischen Alltag, Place und Scale

In Arbeiten der feministischen Geographie (Autor*innenkollektiv Geographie und Geschlecht 2021) sowie in geographischen Debatten, die um *das Politische* kreisen (vgl. Dikeç 2013; Håkli/Kallio 2014; Kallio 2017; Karaliotas 2017; Mullis/Zschocke 2019), wurde herausgestellt, dass Subjektivierung eine alltägliche, verkörperte und damit notwendigerweise räumlich situierte Praxis darstellt, in der Welt erschaffen und angefochten wird. Dabei wird Subjektivierung niemals in einem neutralen Raum vollzogen, da jede Politik mit gesellschaftlich kodierten, von Macht durchzogenen und umkämpften Räumen und deren Alltäglichkeiten ringt. Für ein Verständnis des Lokalen als Ort und Bedingung für Subjektivierungsprozesse ist es hilfreich, drei in der Humangeographie zentrale Begriffe in den Blick zu nehmen, nämlich *Alltag*, *Place* und (*lokale*) *Scale*.

Der Begriff des *Alltags* steht in der Humangeographie zum einen in der Tradition phänomenologisch orientierter wissenssoziologischer Analysen Schütz' und Luckmanns (2017 [1979/1984]) zu den elementaren Strukturen der Lebenswelt, mittels derer die selbstverständliche Teilhabe des Einzelnen an »übersubjektiven« Sinn- und Symbolsystemen, an der geteilten *Lebenswelt*, erklärt werden sollen. In diesem Sinne wird »Wissen« nicht nur als ermöglichendes und stabilisierendes Moment alltäglicher Interaktionen und Kommunikationen, sondern auch als abhängig von

Praxen und daher als veränderlich verstanden: »Social meanings – knowledge – are fluid and everchanging because they are constructed through the diverse webs of interaction in everyday life« (Warf 1992: 164). Dementsprechend werden raumzeitliche Differenzierungen über eine Analyse »situiertes sozialer Praktiken« sichtbar, die »sensibel für die historischen und geographischen Spezifika des sozialen Lebens ist« (ebd.: 165, Übers.d.A.). Die Perspektive auf Sinnstrukturen, in denen das Individuen lernt, sich auf eine selbstverständliche (»alltägliche«) Weise in sozialen Situationen zu bewegen und zu agieren, ist jedoch nur eine Variante, »Alltag« als analytisch relevante Kategorie zu verstehen. Eine andere wurde im Anschluss an Arbeiten von Henri Lefebvre (2014, 1972 [1968]) geprägt, wobei es stärker um Fragen gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion sowie der Machtausübung und -anfechtung geht. Alltag ist die Sphäre, in der jede:r Einzelne mit konkreten Bedingungen der Produktion und Reproduktion und deren Gestaltung konfrontiert ist und sich mit ihnen auseinandersetzen muss; nicht zuletzt mit den Bedingungen des Wohnen, Arbeitens, der politischen Teilhabe. Für Lefebvre wird im Alltag Gesellschaft in ihrer Totalität erfahrbar, wenn auch Totalität für ihn stets kontingent, gesellschaftlich formiert und transformierbar ist. Alltag ist für Lefebvre (2014: 650f.) zwar nur *eine* Ebene in der gesellschaftlichen Totalität, zugleich ist sie aber *die* zentrale Ebene gesellschaftlicher Materialisierung und damit Ausgangspunkt aller Subjektivierung und Praxis: »Im täglichen Leben liegt der rationale Kern, das wirkliche Zentrum der Praxis« (Lefebvre 1972 [1968]: 49). Oder wie es Peter Marcuse (2010: 356) ausdrückt: »Everyday life is where the results of the social, economic and political systems in which we live are manifest and directly experienced – where the societal shapes and is shaped by the individual.«

Neben Alltag ist *Place* ein zweiter zentraler humangeographischer Begriff für die Hinwendung zum Lokalen. Doreen Massey (1994: 151) bestimmt diesen als konkreten Ort, an dem Menschen »positive« wie auch »negative« ökonomische, soziale und kulturelle Beziehungen aufbauen und diese mit einem konkreten Raum assoziieren: »[W]hat gives a place its specificity is not some long internalized history but the fact that it is constructed out of a particular constellation of social relations, meeting and weaving together particular locus.« (Massey 1994: 154) Charakteristisch für *Places* ist, dass sich in ihnen ökonomische, kulturelle und soziale Beziehungen auf eine partikuläre Weise kreuzen und diese Beziehungen verräumlichen. Walter Nicholls (2008: 842f.) führt weiter aus, dass *Place* eine bedeutsame Raumform für Sinnstiftung und Identitätsformierung darstellt. Insbesondere seien ortsbasierte Identitätsvorstellungen ein zentrales Motiv, um sich an politischen Mobilisierungen zu beteiligen.

Der dritte Begriff ist *Scale*. Dieser wird mit den Arbeiten von Peter Taylor (1982) und Neil Smith (2010 [1984]) eingeführt und spricht einerseits die räumliche Ausdehnung und Stabilisierung eines Machtverhältnisses sowie andererseits die hierarchische, maßstäbliche Ebene an, »auf der ein Prozess operiert (Marston 2000:

220). Stärker als Place ist Scale in politökonomischen Überlegungen verankert und so werden Scales meist als Ergebnis eines hierarchisch wirkenden Strukturierungsprinzips verstanden, das in territorial organisierten Machtverhältnissen zu vertikal verfestigten Maßstabsebenen führt (vgl. Jessop 2016, 2018; Jessop et al. 2008). Dieses Strukturierungsprinzip schlägt sich in skalaren Teilungen territorial organisierter politischer Macht nieder. Scale wird als inhärent politisch beschrieben, zumal es sich um eine Technologie handelt, so Smith (2010 [1984]: 230), mit welcher Praxen, Ereignisse und Menschen im Raum auf einer Ebene fixiert werden. Politics of Scale beschreibt sodann den »strategischen Einsatz von Skalen, also ihr Einsatz als ideologisches oder praktisches Mittel« (Belina 2008: 118) zur räumlich-maßstäblichen Ausdifferenzierung von Gesellschaft und Macht. In diesem Sinne meint die »lokale« Scale häufig die »unterste«, kommunale Einheit politisch-administrativer Organisation. Es geht dabei aber nicht um ein ontologisch fixiertes Unten, vielmehr wird betont, dass es gesellschaftliche Machtverhältnisse sind, die Prozesse auf einer Maßstabsebene verräumlichen und ihnen einen politischen Platz bzw. eine Reichweite zuweisen. Lokale sozialräumliche Konfigurationen sind in dieser Perspektive als »kontingente Ergebnisse strategischer Koordination und struktureller Kopplung in spezifischen sozialräumlichen Kontexten« (Jessop 2018: 93) zu verstehen.

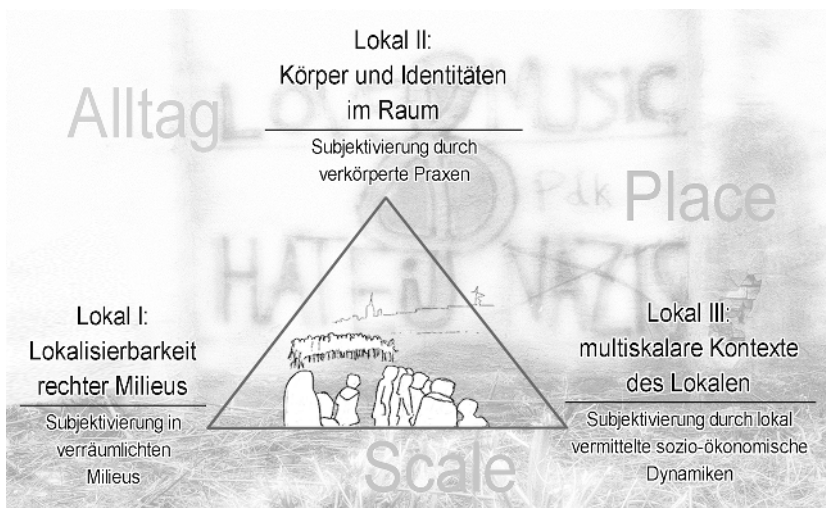
Wir haben hier nun mit Alltag, Place und der lokalen Scale drei Perspektiven auf das Lokale skizziert, wobei die umfangreichen Debatten und Kritiken zu jeder der drei Perspektiven nur sehr knapp betrachtet werden konnten. Zusammengekommen verdeutlichen sie, dass (erstens) gesellschaftliche Praxis in lokalen Gefügen vollzogen wird und dass (zweitens) dieses Lokale relevant für die Praxis vor Ort, aber auch auf anderen gesellschaftlichen Abstraktionsebenen ist. Das Lokale ist wesentlich formiert durch die Deutungen und das emotionale Erfahren dieser Orte. Gleichzeitig ist das Lokale auch immer eingebettet in skalare Ordnungen. Im Lokalen wird Gesellschaft mit ihren politisch-ökonomischen Strukturen, Geschlechternormen und Rassifizierungen je konkret erfahren, Plätze werden zugewiesen und bestehende gesellschaftliche Ordnungen angefochten.

4. Humangeographische Perspektiven auf rechtsextreme Subjektivierungen im Lokalen

Aus der vorgenommenen theoretischen Bestimmung von Subjektivierung sowie den Überlegungen zum Lokalen leiten wir drei konzeptionelle Zugänge zu lokalen rechtsextremen Subjektivierungsbedingungen ab, die wir an dieser Stelle vertiefen: Eine erste (Lokal I) befragt Subjektivierung von Gesellschaft ausgehend. Betrachtet werden die Rolle alltäglicher Praxen, emotionale Bindungen an Orte sowie lokalisierte Milieus, die rechtsextreme Praxen ermöglichen und durch diese

geschaffen werden bzw. für rechtsextreme Subjektivierungsweisen von Relevanz sind. Eine zweite Perspektive (Lokal II) befragt Subjektivierung mit Blickrichtung vom Individuum zur Gesellschaft. Ausgehend von einem Verständnis von Subjektivierung als permanenter (unabgeschlossener) Prozess, der stets mit konkreten Orten, alltäglichen Gefügen und skalaren Relationen verwoben ist, durch den Subjekte in eine bestimmte Position gerufen werden, befragen wir, inwieweit Situationen und Momente der Anrufung ›lokal‹ sind bzw. des Lokalen bedürfen. Eine dritte Perspektive (Lokal III), das Lokale im Hinblick auf rechtsextreme Subjektivierungsbedingungen zu problematisieren bzw. zu analysieren, setzt an der Frage an, inwieweit das Lokale in ökonomische, politische und soziale Dynamiken eingebunden ist, die ebendiese Subjektivierungsbedingungen begünstigen – fokussiert wird hier also stärker auf die strukturelle Verwobenheit der lokalen Ordnungen. Diese drei Zugänge sind als Heuristik zu verstehen, die zwar analytisch differenziert werden können, praktisch jedoch untrennbar verwoben sind. In gewisser Weise handelt es sich bei unserem Vorschlag auch um eine Intervention in die Debatte, ob nun eher sozioökonomische (vgl. Dörre 2020; Heitmeyer 2018; Nachtwey 2016; Streeck 2017) oder identitätspolitische Faktoren (vgl. Lengfeld 2018; Norris/Inglehart 2019; Quent 2019; Rippl/Seipel 2018) für das Erstarken des Rechtsextremismus entscheidend sind. Eine lokalisierte Perspektive zeigt, dass der Konflikt zwischen diesen Positionen »um eine falsche Frage kreist« (Mullis/Zschocke 2019: 22), zumal vor Ort beide Seiten immer schon konkret verschränkt verhandelt werden und Fragen nach sozioökonomischen Faktoren bzw. objektivierbare soziale Lagen und identitätspolitische Formierungen nicht klar zu differenzieren sind.

Abb. 1: Drei Zugänge zum Lokalen, eigene Darstellung



Lokal I: Die Lokalisierbarkeit von (rechten) Gesellschaftsmilieus

Wenn es darum geht, spezifische gesellschaftliche Gefüge zu erfassen, dann wird auch in der Rechtsextremismusforschung immer wieder auf das Konzept des Milieus zurückgegriffen (Ekman 2014; Varga 2021). Uns scheint, dass dieses sinnvoll mit Überlegungen zum Lokalen zu verbinden ist. Beispielhaft sind die Überlegungen von Wilhelm Heitmeyer, Manuela Freiheit und Peter Sitzler (2020: 58-68), die im Rahmen ihres Modells eines konzentrischen Eskalationskontinuums rechtsextremer Orientierungen und Handlungen auf den Begriff des Milieus Bezug nehmen (vgl. hierzu auch Freiheit et al. in diesem Band). Sie skizzieren entlang von Einstellungsmustern unterschiedliche gesellschaftliche Milieus, in denen der Rechtsextremismus als Kontinuum in unterschiedlicher Ausprägung verankert ist. Milieus bestimmen sie hierfür als »Facetten des Denkens und Handelns, die sich verdichten, Übereinstimmungen hervorbringen und die wechselseitig kommuniziert werden, um Wirkungsmacht gegenüber anderen Milieus zu erzeugen« (Heitmeyer et al. 2020: 60). Räumliche Bezüge sind hier durchaus präsent, spielen aber analytisch und theoretisch keine zentrale Rolle.

Wenn auch das Milieukonzept trotz offensichtlicher Bezüge zu Debatten um das Lokale in vielen Debattensträngen ohne direkte oder ausgearbeitete Raumbezüge auskommt (vgl. Herlyn 1998; Frey 2012), scheint uns die Frage nach dem ›Wo‹ von Milieus von besonderem Interesse zu sein (vgl. Matthiesen 1998). So zielt die Frage auf konkrete und spezifische Bedingungen des Entstehens und der Reproduktion räumlich ›verdichteter‹ rechtsextremer Einstellungen. An dieser Stelle ist es aus unserer Sicht produktiv, auf einen Milieubegriff zurückzugreifen, der in der (stadt-)soziologischen Debatte präsent ist. Die *allgemeine* Bestimmung von Milieu als »Verschränkung von objektiven Voraussetzungen des individuellen Handelns mit subjektiven Faktoren wie Wahrnehmungen, Interpretationen, Nutzungen und Gestaltungen« (Frey 2012: 504) wird hier *explizit* mit einer räumlichen Dimension verbunden, die von einem aktionsräumlichen Nahbereich – etwa im Sinne eines städtischen Quartiers – her gedacht wird. Oliver Frey (ebd.: 509) begründet dies über das »Wechselverhältnis zwischen räumlich-physischer Dinglichkeit eines Ortes und den ortsbezogenen sozialen Strukturen und den darin eingebetteten Handlungen«. Soziales Milieu und Ort korrespondieren demnach miteinander, weil Letzterer sowohl Ausdruck der aneignenden und damit »konstruktiven« Kapazitäten eines Milieus ist als auch konstitutiv für individuelle Wahrnehmungen und individuelles Handeln sein kann. Die räumliche Komponente des Milieus ist damit Resultat von Handlungen, hat aber zugleich auch eine dispositive, *strukturierende* Funktion, indem sie auf Subjekte einwirkt:

»Die Interaktion zwischen der materiellen Objekthaftigkeit und der Subjekthaftigkeit der Akteure innerhalb städtischer Milieus stellt eine Dualität zwischen Handlung und Struktur dar, welcher auch eine Dualität entspricht, die sich im

Raum widerspiegelt. Die handelnde Aneignung von Räumen schafft und verändert den jeweiligen Raum, so wie die räumlichen Strukturen selbst auf die handelnden Subjekte verändernd einwirken. In den baulichen Strukturen, den Häusern und infrastrukturellen Einrichtungen sowie den kodifizierten sozialen Beziehungen wie den Rechtsstrukturen, dem Eigentum und der Miete finden sich dementsprechend objektivierte soziale Strukturen wieder, die auf die städtischen Milieus einwirken.« (Frey 2012: 512)

Zwischen diesem Milieubegriff und dem Milieubegriff der Rechtsextremismusforschung lässt sich eine konzeptionelle Brücke über die Frage der Vermittlung zwischen Individuum und Milieu schlagen. Der Erfolg rechtsextremer Parteien hängt nicht zuletzt mit der Existenz *lokaler und regionaler Milieus* zusammen, in denen rechtsextreme Einstellungen gedeihen und Praxen legitimiert werden, darauf hat die Forschung immer wieder hingewiesen (vgl. Bescherer et al. 2021; Bürk 2012; Gest 2016; Kurtenbach 2018; Mullis 2021; van Gent et al. 2013). Erfahrungen vor Ort, die mit kollektiven Erfahrungen der Konstitution von ›Wir‹ und ›Die‹ zusammenfallen, sind hierbei von besonderer Bedeutung (Ajanovic et al. 2015). Dabei wird aber auch deutlich, dass vor Ort unterschiedliche Milieus zugleich mit divergierenden Ortsverständnissen und emotionalen Erfahrungen des Eigenen lokalisiert sein können. Ein um räumliche Kategorien erweiterter Zugriff auf Milieu erlaubt Konflikte vor Ort um Raum und Gesellschaft in Beziehung zu bringen. Wichtig ist jedoch, dass sich Milieus nicht immer an der Oberfläche des alltäglich Beobachtbaren zeigen. Margit Feischmidt und Kristóf Szombati vermuten in einer Untersuchung zu lokalen rechten Milieus in Ungarn, dass Unterstützer:innen rechtsextremer Haltungen häufig so lange ›unter dem Radar‹ bleiben, bis sich für entsprechend ausgerichtete Parteien sichtbar Wahlerfolge einstellen, die lokale Akteure legitimatorischen Rückhalt verleihen. Sie folgern daher:

»Studying the advance of the far right on the local level is important not only because it allows a combination of different analytic perspectives but also because support for the far right tends to be heavily concentrated in specific localities and supporters are generally reluctant to identify themselves prior to electoral breakthrough.« (Feischmidt/Szombati 2017: 314)

So verstanden können regional und lokal verortete Milieus eine wesentliche *vorbereitende* wie auch *verfestigende* Rolle für das Erstarken und die Akzeptanz rechtsextremer Akteur:innen und Parteien zukommen. Sie bilden in Wechselwirkung mit kollektiven alltäglichen Praxen und exkludierenden Identitätsformierungen das ›Seedbed‹, in dem rechtsextreme Orientierungen verfangen können, weil sie längst eingeschliffene Sichtweisen, Normen oder Empfindungen manifestieren.

Und umgekehrt können Milieus genau diesen Orientierungen die notwendige Resonanz und Absicherung verleihen.

Aus unserer Sicht bietet also ein Milieubegriff, der auch lokal situiert und verräumlicht konzipiert wird, einen ersten wichtigen Zugang für eine raumsensible und lokal fokussierte Rechtsextremismusforschung. Ein solcher Zugang ist von besonderem Interesse, weil er hilft, die Resonanzräume und sozialen Gefüge zu durchdringen, die rechtsextreme Politiken bzw. Politiker:innen ermöglichen und Machtgewinne begründen, aber auch zu erhalten helfen. Er erlaubt, soziale Deutungen von Orten, ressentimentbasierte Exklusionen und exkludierende Wir-Produktionen lokalisiert in den Blick zu nehmen. Wichtig ist hierbei, auf vorschnelle Schlüsse zu verzichten, um nicht in raumfetischisierende Erklärungen zu verfallen.

Lokal II: Rechte Anrufungen des Subjektes im Alltag – Körper und Identitäten im Raum

In Butlers viel zitiertem Beispiel einer Anrufung – der Ausruf »Es ist ein Mädchen!« beim ersten Anblick eines neugeborenen Kindes – weist der Ruf dem Körper eine sexuelle Identität zu und unterwirft das Kind einem ersten Anspruch, das Individuum in eine hegemoniale geschlechtliche Ordnung zu ziehen. Subjektivierungsprozesse vollziehen sich durch (hegemoniale) Diskurse, sie sind aber keineswegs amateriell, vielmehr stellen Subjekte eine »materialisierte Verkörperung gesellschaftlich normierter Repräsentationen dar« (Strüver 2015: 52). Gesellschaftliche Beziehungen und soziale Verhältnisse werden in und durch Körper verhandelt. Er ist das Objekt identifizierender und norm(alis)ierender Zuschreibungen – nicht nur für geschlechtliche Identifizierungen – und Referenz für »den Prozess der Normalisierung, [d.h.] die Art, wie bestimmte Normen, Ideen und Ideale unser verkörpertes Leben im Griff haben« (Butler 2009: 327f.). Zugleich ist er aber auch erkennendes Instrument: »This means that the human body takes up a dual role as both the vehicle of perception and the object perceived, as a body-in-the-world – a lived body – which ›knows‹ itself by virtue of its active relation to this world« (Simonsen 2007: 172). Alltagspraxen werden durch *verkörperte* Subjekte realisiert und Subjektivierungen finden durch Alltagspraxen statt. Das bedeutet, dass Menschen sich extrem rechts subjektivieren und subjektiviert werden können, weil sie in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen unmittelbar mit Ansprüchen konfrontiert werden, die ebendiese Positionen als normal, unvermeidlich oder natürlich erscheinen lassen.

Das Lokale wird dabei in dreifacher Hinsicht relevant: als gebaute Umwelt, als Ort körperzentrierter Interaktion und als wahrgenommene Norm. Die *gebaute Umwelt* selbst fungiert als Medium der Subjektivierung, das fortlaufend – wenn auch nicht unbedingt eindeutige – politische und sozioökonomische Identitätsangebote präsentiert, zu denen Individuen sich in Beziehung setzen bzw. gesetzt werden.

Praktiken des Gehens und Sehens, durch die das Individuum in die anrufenden Zumutungen architektonisch und städtebaulich vermittelter Narrative gerät, auf die es sich »einen Reim machen muss«, sind also stets auch mit identifizierenden »Angeboten« durchsetzt, die von gesellschaftlichen Kodierungen des physischen Raumes ausgehen (vgl. Strüver 2015 sowie Kübler et al. in diesem Band). Alltagspraxen bestehen aus Interaktionen – routinisierte wie auch zufällige –, die durch Zuschreibungen auf die Körper der Anwesenden geprägt sind. In der *körperzentrierten Interaktion* wird daher das Auftreten anderer zum Maßstab des eigenen Aussehens, Sprechens, Handelns, der Vorlieben und Abneigungen. Je enger das Spektrum sicht- und wahrnehmbarer Positionen normiert ist – wenn etwa rechte Akteur:innen im Lokalen die dominante, einzige oder einzig wahrnehmbare verkörperte Repräsentation sind –, desto enger werden Möglichkeiten kanalisiert. Mehr noch: Rechtsextreme Praxen sind fundiert durch Projektionen von Feindbildern von Körpern, durch die *die anderen* entlang rassifizierender, antisemitischer, frauenfeindlicher und weiterer menschenverachtender, antiliberaler Skripte identifiziert werden. Insbesondere im gewaltbereiten Spektrum des Rechtsextremismus, aber auch durch ein gewaltsames Unterdrücken jeglicher als abweichend empfundener *anderer* Haltung. Das macht lokale Interaktionsräume zu Räumen der Gewaltandrohung, Gewaltausübung und Gewalterfahrung. Rechtsextreme Feindbilder benutzen somatische Marker, anhand derer das Gegenüber »markiert« und der Abwertungs-, Ausgrenzungs- und Vernichtungslogik dieser Identifikation entsprechend behandelt wird. In den Mikropraxen des lokalen Alltags, die geprägt sind durch »a psychodynamics connected to space and place« (Pile 2010: 13), findet rechte Raumnahme dann statt, wenn Subjektivierungsansprüche dahingehend artikuliert und mit Mitteln der Gewalt und Angst durchgesetzt werden, dass abweichende Haltungen, Orientierungen, anderes Aussehen oder ein anderer Geschmack nicht geduldet werden und Gefolgschaft gefordert wird. Das Lokale kann mithin dahingehend subjektivierend wirken, dass die wahrnehmbare Präsenz von verkörperten Repräsentationen rechtsextremer Haltungen ein normierendes Umfeld erzeugt, dem sich das Individuum unterwirft, weil schon eine bestimmte – rechte – Normalität hergestellt worden ist.

Schließlich sind in diesem Zusammenhang Subjektivierungseffekte zu nennen, die primär aus der Wahrnehmung von und dem Umgang mit *Normen und Verhaltensweisen im täglichen Lebensumfeld* – des Wohnhauses, der Nachbarschaft, des Dorfes oder Stadtviertels – resultieren. Damit sind, auch in Abgrenzung gegenüber den in Abschnitt Lokal I angesprochenen Milieu- und Kontextannahmen, *interaktionsbasierte* Kontexteffekte gemeint, die von Sebastian Kurtenbach (2017: 60) im Rahmen seiner Untersuchung zu deprivierten sozialen Verhältnissen in Köln-Chorweiler als »Ergebnisse eines Prozesses der umweltvermittelten Anpassung des Individuums an eine im Wohngebiet als vorherrschend wahrgenommene Norm«, kurz: als umweltvermittelte Normanpassungen, verstanden

werden. Im Lokalen wahrgenommene *Normen* müssen als permanente Anrufungen an Individuen verstanden werden, sich in einer bestimmten, dieser Norm entsprechenden Weise zu verhalten – zu sprechen, zu denken, aufzutreten, zu reagieren. Abweichendes Verhalten wäre demnach zu verstehen als ein Verletzen der als geltend wahrgenommenen Norm(en). Aus poststrukturalistisch-subjekttheoretischer Sicht wäre die umweltvermittelte Normanpassung (einschließlich der Möglichkeit des Nicht-Gelingens und der aktiven Verweigerung) als Spannungsverhältnis zwischen Subjektivierungsansprüchen und Widerständigkeit des Subjekts zu deuten, das sich den diskursiv legitimierten und im jeweiligen Kontext hegemonialen Ansprüchen entsprechend identifiziert – oder nicht.

Eine solche Perspektive legt den Fokus auf konkrete Spektren der Subjektivierung in nahräumlichen Kontexten – einem Stadtviertel, einem Schulbezirk, einem Dorf – und fragt nach normalisierten und devianten Identifikationsangeboten und welche Verengungen stattgefunden haben. Gerade an Orten mit rechts-extremen Hegemonien verkleinert das Fehlen oder ›Wegbrechen‹ von alternativen Angeboten das Spektrum möglicher (nicht-rechtsextremer) Subjektpositionen und trägt zu einer rechtsextremen Normalität bei, der sich das einzelne Individuum (wenn überhaupt) nur um den Preis eines hohen Risikos des Ausschlusses und ggf. physischer und psychischer Gefährdungen entziehen kann – wohingegen sich für People of Color und als Migrant:innen identifizierte Menschen die Frage gar nicht stellt. Dies sind nicht zuletzt auch emotionale Erfahrungen, die in affektiven Handlungen resultieren, weshalb hier auch die Affekt- und Emotionsforschung (vgl. Hutta et al. 2021; Strick 2021) wichtige Einblicke in rechtsextreme Subjektivierungsweisen verspricht (Mullis/Miggelbrink 2021: 195f.). In poststrukturalistischer Diktion folgt aus der Verengung *möglicher* Normalitäten auf *eine* – rechtsextrem begründete und durchgesetzte – Normalität eine Verengung möglicher Anrufungen im nahräumlichen Umfeld, die sich im Lokalen als subkulturelle Verfestigung äußert: als Sog rechter Hegemonialität, dem sich viele Menschen und insbesondere Jugendliche häufig nur schwer entziehen können, wie die oben bereits genannten Befunde von Quent und Salheiser (2015) nahelegen.

Lokal III: Multiskalarer ›Kontext‹ des Lokalen

Die dritte Perspektive nimmt gesellschaftliche Strukturierungen und deren Materialisierungen im Lokalen in den Blick. Wir fokussieren gewissermaßen auf den multiskalaren ›Kontext‹ des Lokalen. Die ›Kontext-These‹, wie sie in der Rechtsextremismusforschung vertreten wird, ist eingängig, aber herausfordernd hinsichtlich der Beschreibung konkreter Wirkungsmechanismen und Kausalitätsannahmen sowie deren empirischen Überprüfung. Beispielhaft ist etwa die Arbeit von Wilhelm Heitmeyer und Andreas Grau, die zur Analyse der ›Rolle des sozialräumlichen Umfeldes für die Entwicklung menschenfeindlicher Einstellungen‹ (2013: 16) drei Ebenen heranziehen: die der »objektiven sozialstrukturellen Faktoren

auf der Individualebene« (ebd.: 17), »subjektive Indikatoren«² (ebd.) und Faktoren, die von ihnen als »objektive sozialstrukturelle Faktoren auf der Kontextebene« (ebd.: 18) bezeichnet werden. Matthias Quent und Peter Schulz (2015: 22; vgl. 22-27) identifizieren als Kontextfaktoren, die »möglicherweise begünstigend für rechtsextreme Machtgewinne« wirken, Indikatoren in den Bereichen »sozioökonomische Lage« und »politische Kultur«, wobei einmal etablierte Angebote selbst wiederum als Kontextfaktoren im Bereich der politischen Kultur Wirksamkeit entfalten. Eine Herausforderung solcher »Kontext-Analysen« ist, dass die konkrete Vermittlung zwischen strukturellen Bedingungen und tatsächlichem Verhalten auf der Individualebene tendenziell unterbestimmt bleibt – mit den bekannten Risiken stereotyper Erklärungen (deprivierte Verhältnisse führen zu rechten Einstellungen) und ökologischer Fehlschlüsse (die Annahme, dass jemand, der aus X kommt, aufgrund der dort herrschenden sozialen Verhältnisse eine bestimmte Einstellung hat) oder lokaler Essentialisierungen und Singularisierungen. Auf diese Problembereiche haben nicht zuletzt Arbeiten der humangeographischen Wahlforschung immer wieder hingewiesen (vgl. Förtner et al. 2019; Geilen/Mullis 2021; Kipfer/Dikeç 2019; Rolfes 2011). Wir schlagen daher vor, Scale als analytischen Zugang zu nutzen, um die Vermittlung zwischen Prozessen unterschiedlicher skalarer Anordnung und Reichweite klarer zu fassen. Das Scale-Konzept bietet einen Zugang, um genauer hinzuschauen, und dies in mehrfacher Hinsicht:

Erstens hilft eine Auseinandersetzung mit Scale, den eigenen epistemologischen Standpunkt sowie die Verortung der Forschungspraxis zu klären: »If you view the pieces from one scale you see one pattern (or lack of pattern), and if you view it from another scale you see a different one.« (Smith 1987: 64) Maximilian Förtner, Bernd Belina und Matthias Naumann (2019: 35) etwa haben sich dies zu eigen gemacht und verdeutlichen in ihrer Fallstudie zum Erfolg der AfD, dass je nach Betrachtungsebene jeweils »unterschiedliche[] Kontexte des Erfolgs der AfD« sichtbar werden. Kontext ist demnach nicht statisch, sondern bis zu einem bestimmten Grad abhängig vom analytischen Standort der Betrachtung. Zweitens dient der Verweis auf die Politics of Scale dafür, das Lokale als nicht nur vor Ort gemacht zu verstehen. Skalen sind Produkt eines machtdurchzogenen Prozesses und dabei werden dem Lokalen auch Eigenschaften zugewiesen. Ringen um Scale ist immer auch Ringen um politische Wirksamkeit einer Skala und darum, auf welcher Skala Entscheidungen getroffen werden. Für die Analyse bedeutet das, dass lokale Abhängigkeiten und Ungleichheiten nicht per se lokal sind, sondern sie immer auch lokal gemacht werden. Dies verdeutlicht, dass sich nicht alle lokalen Konflikte und Problemlagen auch im Lokalen lösen lassen. Im Gegenteil, die Engführung eines Phänomens auf das Lokale kann gar von Verantwortungen auf anderen Skalen ablenken und ist damit selbst eine Praxis der skalaren

2 Einstellungen, Wahrnehmungen, Interpretationen (ebd.).

Platzzuweisung. Drittens hilft Scale, die konstituierten politischen Ebenen klarer zu fassen und ihr Abhängigkeitsverhältnis zu befragen. Denn wenn auch Scale Produkt gesellschaftlicher Praxis ist, handelt es sich bei einmal institutionalisierten politischen Skalen um Strukturen mit Persistenz. Scale ist also immer auch institutionalisierte politische Bühne. Wichtig ist, dass diese lokalen Bühnen zwar unter ähnlichen Bedingungen entstehen, aber nicht identisch sind: Dresden ist nicht gleich Frankfurt am Main. Insofern ist wichtig, dass womöglich an unterschiedlichen Orten auch unterschiedliche Kontextfaktoren in unterschiedlicher Gewichtung von Relevanz werden. Viertens kann mittels Scale auch die Praxis von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen selbst betrachtet werden, insofern sie zum einen eigene Vorstellungen von der anzustrebenden skalaren Ordnung entwickeln und sie zum anderen aber auch die skalare Ordnung auf eine spezifische Weise für ihre Politik nutzen (vgl. Agnew 1997; Domann/Nuissl 2022). Die Betrachtung skalarer Praxis von rechtsextremen Akteur:innen kann somit erheblichen Aufschluss auf ideologische Perspektive, Machtansprüche und transformatorische Risiken bieten.

Insgesamt erlaubt Scale die multiskalare Verwobenheit von Kontext, dessen Machtdurchzogenheit und unterschiedliche lokale Ausprägungen ähnlicher Phänomene in den Blick zu nehmen. So kann beispielsweise die aktuelle Wohnungsnot, die zutiefst mit neoliberalen urbanen Restrukturierungen verschränkt ist, an einem Ort mit rassistischen Ressentiments gegen Zuwanderung einhergehen, an einem anderen Ort zu linkem Gegenprotest führen. Dies hängt stark von lokal tradierten Milieus und Pfadabhängigkeiten ab. Daher erscheint die Frage danach, was nun für extrem rechte Politiken ursächlich ist – objektiver Druck am Wohnungsmarkt oder tradierte Ressentiments –, wenig zielführend; vielmehr ist das stets lokale, konkrete Zusammenspiel von Milieus, Struktur und auch etwas Zufall, durch die bestimmte objektive Faktoren relevant gemacht werden. Die um Scale geführten Debatten zeigen, dass niemals a priori davon ausgegangen werden sollte, dass etwas nur lokal ist. Lokalisierte Gefüge sind immer in sozialen Kontexten eingebunden, die von ›überlokalen‹ Ordnungen, Normen und Diskursen geprägt sind.

5. Fazit

Das Lokale, so unser Ausgangspunkt, ist für die Rechtsextremismusforschung relevant, weil sich in ihm die alltäglichen Praxen vollziehen, in denen rechtsextreme Haltungen sichtbar werden und rechtsextremes Handeln stattfindet. Greifbar wird der Begriff des Lokalen, so unser Vorschlag, durch die Debatten um Alltag, Place und Scale. Das Lokale kann über sie als Ort bestimmt werden, wo Subjekte situiert und verkörpert sind, wo sie Welt erfahren, in Interaktion treten, sich

politisieren, Widerstände entwickeln oder sich Normen fügen. Das Lokale ist, wo Subjekt und gesellschaftliche Strukturen vermittelt werden (müssen). Im Lokalen werden Subjektivierungsansprüche vermittelt, aufgezwungen, abgelehnt und transformiert, im Lokalen werden die Spektren des Möglichen verhandelt – auch wenn die Bedingungen der Subjektivierung nicht allein lokal determiniert sind. Subjektivierungen sind niemals abgeschlossen und das Subjekt ist immer Produkt und Ausgangspunkt von Vergesellschaftung. Es ist sozialen Normen, Machtverhältnissen und Strukturprinzipien ausgesetzt, die es reproduziert, denen es sich ggf. entziehen kann oder die es verändert.

Das Lokale, so zeigen wir, ist nicht nur *ein* spezifischer Ort im gesamtgesellschaftlichen Gefüge, eher ist es *der* zentrale Ort gesellschaftlicher Praxis, denn im Lokalen materialisiert sich ›Welt‹, im Lokalen interagieren Menschen und setzen sich mit der ›Welt‹ auseinander. Das Lokale ist zugleich Produkt und Ausgangspunkt jeder Praxis. Um der Relevanz des Lokalen in den alltäglichen Praxen gerecht zu werden, ist es notwendig, die bestehende Rechtsextremismusforschung, die das Lokale in den Blick nimmt, um eine relationale Perspektive zu erweitern, mittels derer das Lokale gleichermaßen als produziert wie produktiv sichtbar gemacht werden kann. Hierfür schlagen wir einen dreifachen Blick auf das Lokale vor: Erstens sehen wir in der Verbindung von Debatten um (extrem) rechte Milieus und lokale Verräumlichungen einen produktiven Ansatz. Er erlaubt, milieuspezifische Deutungen von Orten, ressentimentbasierten Exklusionen und exkludierenden Wir-Produktionen lokalisiert in den Blick zu nehmen und diese Raumordnungen als relevant für das Wir-Verständnis von Milieus zu verstehen. Zweitens schlagen wir vor, die lokalisierte verkörperte Produktion von Subjekten, deren emotionale Involviertheit und affektiven Handlungen zu befragen, um so neben der Dimension der situierten Produktion von Gesellschaft auch Prozesse der Subjektivierung zu durchdringen. Drittens, so betonen wir, darf dieses Lokale jedoch niemals als *das* Lokale, als ein Singuläres, missverstanden werden. Es ist stets eingebunden in multiskalare Ordnungen, Machtverhältnisse und Ökonomien. Damit ist ein Ansatz vorgeschlagen, der lokal situiert Gesellschaft und Subjektivierung in den Blick nimmt und dabei auch die Bedeutung struktureller und materieller Dimensionen in Verbindung mit den ersten beiden Positionen hervorhebt. Deutlich wird, dass lokalisierte Identitätspolitiken untrennbar mit dem strukturellen Kontext verwoben sind, in dem sie artikuliert werden. Diese Artikulationen sind zwar nicht beliebig, sehr wohl aber kontingent – und damit auch veränderbar.

Literatur

- Agnew, John A. (1997): »The dramaturgy of horizons: geographical scale in the ›Reconstruction of Italy‹ by the new Italian political parties, 1992-1995«, in: *Political Geography* 16, S. 99-121.
- Ajanovic, Edma/Mayer, Stefanie/Sauer, Birgit (2015): »Bedrohte Räume. Antipluralismus in rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Diskursen in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 44, S. 75.
- Alkemeyer, Thomas/Bröckling, Ulrich (2018): »Jenseits des IndividuumS. Zur Subjektivierung kollektiver Subjekte. Ein Forschungsprogramm«, in: Alkemeyer, Thomas/Bröckling, Ulrich/Peter, Tobias (Hg.), *Jenseits der Person*, Bielefeld: transcript, S. 17-31.
- Autor*innenkollektiv *Geographie und Geschlecht* (2021): *Handbuch Feministische Geographien. Arbeitsweisen und Konzepte*, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Becker, Anna/Schreiber, Franziska/Göppert, Hannah (2020): »Zwischen Netz und Nachbarschaft: Die sozialräumliche Wirkung digitaler Medien im Kontext antipluralistischer Haltungen und politischer Polarisierung«, in: Berg, Line/Üblacker, Jan (Hg.): *Rechtes Denken, Rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte*, Bielefeld: transcript, S. 127-151.
- Belina, Bernd (2008): »Skalare Praxis: Zur Epistemologie des Re-Scaling«, in: *Wissen*, Markus/Heeg, Susanne/Röttiger, Bernd (Hg.): *Politics of Scale*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 106-123.
- Berlet, Chip/Sunshine, Spencer (2019): »Rural rage: the roots of right-wing populism in the United States«, in: *The Journal of Peasant Studies* 46, S. 480-513.
- Bescherer, Peter/Burkardt, Anne/Feustel, Robert/Mackenroth, Gisela/Sievi, Luzia (2021): *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bundschuh, Stephan (2004): »Rechtsextremismus und Sozialraum Aneignung von Räumen als rechtsextreme Strategie«, in: Pingel, Andrea (Hg.): *Sozialraumorientierung und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit*, Halle: Deutsches Jugendinstitut, S. 10-20.
- Bürk, Thomas (2012): *Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Butler, Judith (1995): *Körper von Gewicht*, Berlin: Berlin-Verlag.
- Butler, Judith (2009): *Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Chou, Mark (2020): »Populism and localism: a new research agenda«, in: *Democratization* 27, S. 1102-1109.

- Corradi, Valerio (2021): »Right-Wing Rural Populisms: Comparative Analysis of Two European Regions*«, in: *Rural Sociology*, DOI: 10.1111/ruso.12396.
- Dikeç, Mustafa (2013): »Beginners and equals. Political subjectivity in Arendt and Rancière«, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 38, S. 78-90.
- Domann, Valentin/Nuissl, Henning (2022): »Lokale Reartikulationen des Autoritären. Für eine skalensensible Analyse neurechter Politik »vor Ort««, in: *Geographische Zeitschrift* 1/22, S. 42-60.
- Dörfler, Thomas/Rothfuß, Eberhard (2021): »Sozialer Raum als vergessene mathesis universalis der Phänomenologie? Eine raum- und leibbezogene Perspektive auf die Strukturen der Lebenswelt«, in: Dreher, Jochen (Hg.): *Mathesis universalis – Die aktuelle Relevanz der »Strukturen der Lebenswelt«*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 143-167.
- Dörre, Klaus (2020): *In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ekman, Mattias (2014): »The dark side of online activism: Swedish right-wing extremist video activism on YouTube«, in: *MedieKultur: Journal of media and communication research* 30, S. 21.
- Feischmidt, Margit/Szombati, Kristóf (2017): »Understanding the rise of the far right from a local perspective: Structural and cultural conditions of ethno-traditionalist inclusion and racial exclusion in rural Hungary«, in: *Identities* 24, S. 313-331.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung«, in: *suburban* 7(1/2), S. 23-44.
- Foucault, Michel (1982): »Subjekt und Macht«, in: ders. (2005): *Analytik der Macht*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 240-263.
- Frey, Oliver (2012): »Städtische Milieus«, in: Frank Eckardt (Hg.): *Handbuch Stadtsoziologie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 503-526.
- Geilen, Jan L./Mullis, Daniel (2021): »Polarisierte Städte: Die AfD im urbanen Kontext. Eine Analyse von Wahl- und Sozialdaten in sechzehn deutschen Städten«, in: *Geographica Helvetica* 76, S. 129-141.
- Gest, Justin (2016): *The new minority. White working class politics in an age of immigration and inequality*, New York: Oxford Univ. Press.
- Häkli, Jouni/Kallio, Kiris P. (2014): »Subject, action and polis: Theorizing political agency«, in: *Progress in Human Geography* 38, S. 181-200.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen*, Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): *Rechte Bedrohungsalianzen*, Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Grau, Andreas (2013): »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum und bürgerschaftliches Engagement«, in: Grau, Andreas/

- Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 11-33.
- Herlyn, Ulfert (1998): »Milieus«, in: Häußermann, Hartmut (Hg.): *Großstadt. Soziologische Stichworte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151-161.
- Hillje, Johannes (2018): *Rückkehr zu den politisch Verlassenen*, Berlin: Das Progressive Zentrum e.V.
- Hutta, Jan S./Klosterkamp, Sarah/Laketa, Sunčana/Marquardt, Nadine (2021): »Affekte und Emotionen«, in: Autor*innenkollektiv *Geographie und Geschlecht* (Hg.): *Handbuch Feministische Geographien. Arbeitsweisen und Konzepte*. Op-laden/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 215-238.
- Ince, Anthony (2011): »Contesting the ›authentic‹ community: Far right spatial strategy and everyday responses in an era of crisis«, in: *Ephemera* 11, S. 6-26.
- Jessop, Bob (2016): »Territory, Politics, Governance and Multispatial Metagovernance«, in: *Territory, Politics, Governance* 4, S. 8-32.
- (2018): »The TPSN schema: Moving beyond territories and regions«, in: Paasi, Anssi/Harrison, John/Jones, Martin (Hg.): *Handbook on the Geographies of Regions and Territories*, Cheltenham (UK)/Northampton (US): Edward Elgar Publishing.
- Jessop, Bob/Brenner, Neil/Jones, Martin (2008): »Theorizing sociospatial relations«, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 26, S. 389-401.
- Kallio, Kirsi P. (2017): »Shaping subjects in everyday encounters: Intergenerational recognition in intersubjective socialisation«, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 35, S. 88-106.
- Karaliotas, Lazaros (2017): »Staging Equality in Greek Squares. Hybrid Spaces of Political Subjectification«, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 41, S. 54-69.
- Kipfer, Stefan/Dikeç, Mustafa (2019): »Peripheries against peripheries? Against spatial reification«, in: Güney, Murat/Keil, Roger/Üçoğlu, Murat (Hg.): *Massive Suburbanization: (Re-)Building the Global Periphery*. Toronto: University of Toronto Press, S. 35-55.
- Kurtenbach, Sebastian (2017): *Leben in herausfordernden Wohngebieten*, Wiesbaden: Springer.
- (2018): *Ausgrenzung Geflüchteter. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen*, Wiesbaden: Springer.
- Lefebvre, Henri (1972 [1968]): *Das Alltagsleben in der modernen Welt*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- (2014): *Critique of Everyday Life. Vol. 1-3*, New York/London: Verso Books.
- Lengfeld, Holger (2018): »Der ›Kleine Mann‹ und die AfD. Was steckt dahinter?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 295-310.

- Mamonova, Natalia/Franquesa, Jaume (2020): »Populism, Neoliberalism and Agrarian Movements in Europe. Understanding Rural Support for Right-Wing Politics and Looking for Progressive Solutions«, in: *Sociologia Ruralis* 60, S. 710-731.
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz*, Berlin: Suhrkamp.
- (2013): *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Marcuse, Peter (2010): »The need for critical theory in everyday life: Why the tea parties have popular support«, in: *City* 14, S. 355-369.
- Marston, Sallie (2000): »The social construction of scale«, in: *Progress in Human Geography* 24 (2), S. 219-242.
- Massey, Doreen (1994): *Space, Place and Gender*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Matthiesen, Ulf (Hg.) (1998): *Die Räume der Milieus*. Berlin: Sigma.
- Montenegro de Wit, Maywa/Roman-Alcalá, Antonio/Liebman, Alex/Chrisman, Siena (2021): »Agrarian origins of authoritarian populism in the United States: What can we learn from 20th-century struggles in California and the Midwest?«, in: *Journal of Rural Studies* 82, S. 518-530.
- Mullis, Daniel (2021): »Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt. From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity«, in: *Urban Studies* 58, 131-147.
- Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (2021): »Rechtsextremismusforschung in der deutschsprachigen Humangeographie: Stand der Debatte und Einleitung zum GZ Themenschwerpunkt«, in: *Geographische Zeitschrift* 109 (4), S. 184-207.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): *Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte*, Frankfurt a.M.: PRIF-Report.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Nicholls, Walter (2008): »The Urban Question Revisited: The Importance of Cities for Social Movements«, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 32 (4), S. 841-859.
- Norris, Pippa/Inglehart, Ronald (2019): *Cultural backlash. Trump, Brexit, and authoritarian populism*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Pile, Steve (2010): »Emotions and affect in recent human geography«, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 35, S. 5-20.
- Quent, Matthias (2019): *Deutschland rechts außen*, München: Piper.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*, Wiesbaden: Springer.

- Reckwitz, Andreas (2017): »Subjektivierung«, in: Gugutzer, Robert/Klein, Gabriele/Meuser, Michael (Hg.), *Handbuch Körpersoziologie*, Wiesbaden: Springer, S. 125-130.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018): »Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 237-254.
- Rolfes, Manfred (2011): »Rechtsextremismus und Raum – Über die Potenziale und Tücken eines räumlichen Blicks«, in: Kopke, Christoph (Hg.): *Die Grenzen der Toleranz. Rechtsextremes Milieu und demokratische Gesellschaft in Brandenburg. Bilanz und Perspektiven*, Universitätsverlag Potsdam, S. 129-149.
- Röpke, Andreas/Speit, Andreas (2019): *Völkische Landnahme: Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*, Berlin: Ch. Links Verlag.
- Schrage, Dominik (2012): »Subjektivierung durch Normalisierung«, in: Riegraf, Birgit/Spreen, Dierk/Mehlmann, Sabine (Hg.), *Medien – Körper – Geschlecht*, Bielefeld: transcript, S. 73-88.
- Schurr, Carolin/Strüver, Anke (2016): »The Rest. Geographien des Alltäglichen zwischen Affekt, Emotion und Repräsentation«, in: *Geographica Helvetica* 71, S. 87-97.
- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (2017 [1979/1984]): *Strukturen der Lebenswelt*, Konstanz/München: UTB.
- Simonsen, Kirsten (2007): »Practice, Spatiality and Embodied Emotions: An Outline of a Geography of Practice«, in: *Human Affairs* 17, S. 168-181.
- Smith, Neil (1987): »Dangers of the Empirical Turn: Some Comments on the CURS Initiative«, in: *Antipode* 19, S. 59-68.
- (2010 [1984]): *Uneven Development. Nature, Capital and the Production of Space*, London/New York: Verso.
- Stäheli, Urs (2000): *Poststrukturalistische Soziologien*, Bielefeld: transcript.
- Streeck, Wolfgang (2017): »Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus«, in: Geiselberger, Heinrich (Hg.): *Die große Regression*, Berlin: Suhrkamp, S. 252-273.
- Strick, Simon (2021): *Rechte Gefühle. Affekte und Strategien des digitalen Faschismus*, Bielefeld: transcript.
- Strüver, Anke (2015): »Raum- und Subjektconstitution durch visuelle Anrufungen auf der Mikroebene«, in: Schlottmann, Antje/Miggelbrink, Judith (Hg.): *Visuelle Geographien. Zur Produktion, Aneignung und Vermittlung von RaumBildern*, Bielefeld: transcript, S. 49-66.
- Taylor, Peter J. (1982): »A Materialist Framework for Political Geography«, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 7, S. 15-34.
- van Gent, Wouter/Jansen, Elmar/Smits, Joost (2013): »Right-wing Radical Populism in City and Suburbs. An Electoral Geography of the Partij Voor de Vrijheid in the Netherlands«, in: *Urban Studies* 51, S. 1775-1794.

- Varga, Mihai (2021): »The return of economic nationalism to East Central Europe: Right-wing intellectual milieus and anti-liberal resentment«, in: *Nations and Nationalism* 27, S. 206-222.
- Velho, Astride (2010): »(Un-)Tiefen der Macht. Subjektivierung unter den Bedingungen von Rassismuserfahrungen in der Migrationsgesellschaft«, in: Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hg.), *Rassismus bildet*, Bielefeld: transcript, S. 113-138.
- Veugeliers, John W. (2020): »Studying local context to fathom far-right success«, in: Ashe, Stephen D./Busher, Joel/Macklin, Graham/Winter, Aaron (Hg.): *Researching the Far Right. Theory, Method and Practice*, London: Routledge, S. 309-322.
- Vogelpohl, Anne (2012): *Urbanes Alltagsleben. Zum Paradox von Differenzierung und Homogenisierung in Stadtquartieren*, Wiesbaden: Springer VS.
- Warf, Barnie (1992): »Postmodernism and the localities debate. Ontological questions and epistemological implications«, in: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie* 84, S. 162-168.
- Wolf, Carina/Grau, Andreas (2013): »Relative Deprivation und Abstiegsängste in Sozialräumen«, in: Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 112-131.

**Räumliche Differenzierungen
rechter Einstellungen
und mögliche Erklärungsansätze**

Zur Provinzialität der AfD

Bernd Belina

1. Einleitung

Den Wahlerfolgen der AfD folgte die wissenschaftliche Analyse. Sukzessive gerieten auch räumliche Muster des Abschneidens der Partei in den Fokus, neben dem Ost-West-Unterschied auch jener zwischen Land und Stadt. Angesichts des in seiner Ausprägung neuen Phänomens lag der Schwerpunkt dabei verständlicherweise auf empirischen Untersuchungen, oft quantitativer Art, bei denen die Verfügbarkeit und Auswahl von Daten die Ergebnisse zumindest mitbestimmen. Folgender Beitrag wählt einen anderen Weg, um sich dem unterschiedlichen Abschneiden der AfD in Stadt und Land anzunähern. Er geht vom theoretischen Begriff der Provinzialität aus dem Kontext der Kritischen Theorie Theodor W. Adornos aus, um strukturelle Gründe des Land-Stadt-Unterschiedes des AfD-Erfolgs in Hessen zu benennen.

Im Beitrag wird rekonstruiert, dass Provinzialität im Anschluss an Adorno eine Geisteshaltung bezeichnet, die in unreflektierter Weise eine Apologie des Eigenen bei Abwertung des Fremden betreibt; in welcher Weise die Positionen der AfD für Provinzialität im Sinne Adornos stehen; und am Beispiel Hessens illustriert, dass das räumliche Muster der Wahlergebnisse der AfD einen Stadt-Land-Unterschied zeitigt, der rechtfertigt, zu argumentieren, dass die Provinzialität der AfD zwar überall verfängt, auf dem Land aber stärker als in der Stadt. Die Reihenfolge der Argumentation ist wichtig: Zunächst ist die Geisteshaltung als provinziell zu charakterisieren, erst anschließend ihre räumliche Manifestation. Ohne also zu behaupten, dass nur das Land provinziell ist, werden abschließend in Form von Thesen zwei Elemente des Alltagslebens auf dem Land identifiziert, die erklären können, warum provinzielle Positionen hier auf Widerhall treffen: die Übersichtlichkeit der sozialen und politischen Verhältnisse sowie der informelle Zwang zur Arbeit in der Freizeit. Gemeinsam ist beiden, dass der Ort des eigenen Lebens aufgrund der Alltagserfahrungen überhöht und vor Fremden geschützt wird. Abschließend wird argumentiert, dass Bildung und die Ermöglichung von Erfahrungen gerade auf dem Land zentral für den Kampf gegen den Rechtsruck sind, dass die Entprovinzialisierung der Provinz aber aus der Provinz

selbst heraus zu leisten ist. Dies zu unterstützen und zu begleiten, wäre angesichts des derzeitigen Rechtsrucks eine Aktualisierung Kritischer Theorie und Praxis im Anschluss an Adorno.

2. Provinzialität

»Provinz« ist im Alltagsgebrauch kein nettes Wort und niemand wird gerne »provinziell« genannt. Außer Martin Heidegger. Im kurzen Text »Warum bleiben wir in der Provinz?« begründet er 1933, dass er einen Ruf nach Berlin ablehnt, damit, dass seine »ganze Arbeit [...] von der Welt dieser Berge und ihrer Bauern getragen und geführt« (Heidegger 1983: 11) würde, ja dass sein Tun »von derselben Art« (ebd.: 10; Herv. i. Orig.) sei wie jene der Bauern des Schwarzwaldes. Sie teilten die »durch nichts ersetzbar[] alemannisch-schwäbische[] Bodenständigkeit« (ebd.: 10f.). Theodor W. Adorno, dessen Begriff der Provinzialität im Folgenden produktiv gemacht werden soll, kritisiert Heideggers Schwärmen für das Land. Im Namen des vermeintlich Eigentlichen und Ursprünglichen betreibe dieser »Blubo« (Adorno 2018: 449), also Blut-und-Boden-Ideologie, sowie hier und an anderer Stelle eine »Verherrlichung enger und gebundener, gemachter innermenschlicher Verhältnisse« (Adorno 1990: 153). Entgegen allen Idealisierungen des Landlebens war dieses, so Adorno, nie und ist nicht, was seine ideologischen Propagandist:innen behaupten: Nicht von Harmonie, Solidarität und Geborgenheit, sondern von Ausbeutung, Hierarchie und Gewalt sei es geprägt (Adorno 2018: 430, 450, 484). In dieser Hinsicht unterscheidet es sich nicht grundlegend von allen anderen sozialen Verhältnissen (Horkheimer/Adorno 2016). Die Realitäten des Landlebens, so Adorno, blendet Heidegger aus, wenn er den Vorwurf der Provinzialität strategisch »positiv wendet« (Adorno 2018: 448), um das vermeintlich Unmittelbare des Landes als Ideal zu postulieren. Das Lob der Bodenständigkeit geht einher mit einem ebensolchen der Unreflektiertheit, die bei Heidegger freilich in Form komplizierter und oft raunender Reflexion erfolgt. Diese »reflektierte Unreflektiertheit« (ebd.: 449) Heideggers, Lob der Unreflektiertheit und reflektiertes Ablehnen der Reflexion, ist für Adorno pure Ideologie – die er mit dem Begriff »Provinzialität« kennzeichnet. An anderer Stelle rekonstruiere ich, dass dieser Begriff von Provinzialität zwar eindeutig pejorativ ist, was die Gefahr beinhaltet, dass er als reine und pauschale Abwertung der Provinz verstanden werden kann, dass sein Inhalt aber zum einen begründet und zum anderen nicht auf bestimmte Räume bezogen ist. Vielmehr bezeichnet »Provinzialität« bei Adorno eine Geisteshaltung, die an sich unräumlich ist und überall auftreten kann, die aber vermittelt über die räumlich differenzierte Vergesellschaftung, die Möglichkeit von Erfahrungen sowie durch ideologische Überhöhungen tendenziell stärker auf dem Land zu finden ist als in der Stadt (Belina 2021; Förtner et al. 2019).

Die Geisteshaltung, die Adorno als »Provinzialität« bezeichnet, erwächst aus der Alltagspraxis durch Unreflektiertheit infolge mangelnder Bildung und Erfahrung. Dabei kann sie auf Ideologieangebote – wie die Philosophie Heideggers – zurückgreifen, die ebendiese Unreflektiertheit als authentisch und wahr propagieren. Sie zeichnet sich aus durch ein Denken in vermeintlich klaren Kategorien. Die Einteilung von Menschen in solche »Tickets« verstehen Horkheimer und Adorno (2016: 217) als Mittel und Ausdruck der Durchsetzung der verwalteten Welt und des gesellschaftlichen Verblendungszusammenhangs (Cremer-Schäfer 2020). Die resultierende »Ticketmentalität« (Adorno 2016: 217) wendet die Kategorisierung normativ und resultiert in einer »Wut auf die Differenz«, die solchem Denken »teleologisch innewohnt« (ebd.). In diesem Sinne ist die Gegenüberstellung des Eigenen und des Fremden zugleich identitätsstiftend und anschlussfähig an Autoritarismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2018). Dabei geht »Provinzialität« – anders als die gängigen Kategorien, die zur Beschreibung ländlicher Räume aus unterschiedlichen Perspektiven herangezogen werden, wie »Peripherie«, »Abgehängtsein« oder »Strukturschwäche« (vgl. Miggelbrink 2020) – nicht vom ländlichen *Raum* aus, sondern von einer in sozial-räumlichen *Prozessen* ausgebildeten individuellen Geisteshaltung, die sich räumlich manifestiert – in Stadt, Land und allen dazwischen angesiedelten Siedlungsformen gleichermaßen.

3. Die Provinzialität der AfD-Programmatik

Die AfD und ihre geistigen Wegbereiter:innen aus dem Spektrum der Neuen Rechten (vgl. Salzborn 2017; Weiß 2017) setzten auf Provinzialität. Besonders pointiert formulieren das Markus Metz und Georg Seeßlen (2018) in ihren »Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels« (Untertitel). Ohne sich dabei direkt auf Adorno zu beziehen, scheinen sie den Begriff der »Provinzialität« in seinem Sinne zu nutzen, wenn sie konstatieren, dass rechter Populismus eine »Hegemonie der Provinz und des Provinziellen über das Urbane und Weltoffene zu inszenieren« (ebd.: 65f.) versucht. Das Provinzielle als Gegenbegriff des Urbanen kann hier nach wie vor als nicht räumlich fixiert, sondern als Geisteshaltung verstanden werden, die sich überall findet; und die wesentlich über die Einteilung der Welt in »Tickets« funktioniert, zu deren wichtigsten bei der AfD die »Elite« zählt. Wenn es den Kern des Populismus ausmacht, sich als einzig legitime Stimme des Volkes gegen die Elite zu gerieren (Müller 2016), und die extreme Rechte in ihrer »vierten Welle« seit ca. 2000 ebendiese Form angenommen hat (Mudde 2019: 21), dann versprechen Rechtspopulist:innen »eine unendliche Ausdehnung des Provinziellen« (Metz/Seeßlen 2018: 81), in dem die weltoffenen Eliten nichts mehr zu sagen haben. Dabei ist die »Elite« absichtlich vage gefasst. Zum einen

wird so der offensichtliche Widerspruch verdeckt, dass Spitzenpolitiker:innen der AfD und viele ihrer Finanzier:innen selbstverständlich zu einem funktional bestimmten Begriff von Elite zu zählen wären. Zum anderen erlaubt die Vagheit es jeder und jedem, unterschiedliche Feindbilder unter »Elite« zu subsumieren. Adorno (2019) sprach 1967 in seinem unlängst veröffentlichten Vortrag »Aspekte des neuen Rechtsradikalismus« davon, dass seitens der Neonazis eine »ganze Reihe designierter Feinde« (ebd.: 30) attackiert werden, die ebenso vage bestimmt sind. Er benennt das »Imago des Kommunisten« (ebd.), den »Begriff des Materialismus« (ebd.: 31) sowie »Intellektuelle« (ebd.: 32) und »Träger des Geistes« (ebd.: 33). Die ersten beiden der vor über 50 Jahren zentralen Begriffe mögen nicht mehr aktuell klingen (auch wenn der »Kulturmarxismus« zu den zentralen Feinden in Teilen der extremen Rechten zählt), die beiden letzten hingegen umso mehr. Zentral sind mit der »Elite« Individuen und Gruppen gemeint, die durch Aufklärung, Ideologiekritik und Dekonstruktion gegen Menschenfeindlichkeit und für den Abbau vermeintlich klarer Gegensätze zwischen »dem Eigenen« und »dem Anderen« öffentlich auftreten – die sich also, mit Adorno gesprochen, um Entprovinzialisierung bemühen.

Auswertungen der Tätigkeit der AfD in Parlamenten (Butterwegge 2018 et al.; Hafenegger/Jestädt 2020) verdeutlichen, dass es dabei vor allem um zwei Gruppen geht: Politiker:innen und andere Personen des öffentlichen Lebens, die Migration nicht verdammen, sowie Intellektuelle, die sich gegen sexistische, homophobe und andere menschenfeindliche Ideologien stellen. Erstens ist das Hauptthema der AfD seit Anbeginn und verschärft seit 2015 die Ablehnung von Migration nach Deutschland. So gut wie alle anderen politischen Themen werden auf den für jeden Nationalismus konstitutiven Gegensatz zwischen »uns Deutschen« und »den Anderen« zurückgeführt und die Schuld an allen Problemen wird den »Ausländern« zugeschrieben (vgl. Dietl 2017). Primäre Objekte von Ablehnung und Beleidigung sind dabei die als »Ausländer« Angerufenen, die etwa als »Terroristen« und »Kriminelle« diffamiert werden. In der politischen Debatte verschiebt sich der Fokus von den »Ausländern« selbst auf »alle politischen Entscheidungsträger, die real oder vermeintlich gegen die [ausländerfeindliche; B.B.] Politik der AfD sind« (Butterwegge et al. 2018: 86). Diese werden »als ›Feinde des deutschen Volkes‹ angesehen« (ebd.), sie werden »kriminalisiert« und ihnen wird »mit einer Anklage oder Gefängnis gedroht« (ebd.). Zweitens ist wesentliches Element rechter Ideologie das Beharren auf heteronormativen Geschlechterhierarchien (Sauer 2018). So polemisiert die AfD in kleinen Anfragen im hessischen Landtag gegen Unisex-Toiletten, die Genderforschung und den »Gender-Unfug« (Hafenegger/Jestädt 2020: 106f.).

Um zu zeigen, wie solche AfD-Ideologeme Gewalt seitens Personen und Gruppen am äußersten rechten Rand Vorschub leisten, sprechen Heitmeyer, Freiheit und Sitzler (2020) von »rechten Bedrohungsallianzen«. Zu diesen zählen sie neben dem »autoritären Nationalradikalismus« von AfD und PEGIDA auch »system-

feindliche Milieus«, »klandestine terroristische Planungs- und Unterstützungs-milieus« sowie schließlich »terroristische Vernichtungsakteure«. Stichworte zu den tödlichen Ausprägungen dieser Allianz sind NSU, Olympia-Zentrum, Walter Lübcke, Halle und Hanau, wobei das Autor:innenkollektiv Feministische Intervention (2020) zu Recht hervorhebt, dass die Täter von Halle und Hanau ebenso wie ihre Vorbilder nicht nur Fremden-, sondern auch und zentral Frauenhasser waren. Auch ist auffällig, dass die Drohungen des NSU 2.0, dessen Verbindungen zur hessischen Polizei eindeutig, aber trotz Ermittlungserfolgen weiterhin ungeklärt sind, sich fast ausschließlich gegen Frauen richten, die sich öffentlich gegen Rassismus und Sexismus positionieren. Zur »Elite«, gegen die AfD und Neue Rechte heute »das Volk« in Stellung bringen, zählen wesentlich all jene, die sich in öffentlichen Debatten ebenso wie in politischer und zivilgesellschaftlicher Praxis gegen einfache und verdinglichte Dichotomien des »Ticket-Denkens« stellen und durch Hinterfragen und Kritik für Reflexion und Verkomplizierung allzu einfacher Weltbilder eintreten. Damit affirmieren AfD und Neue Rechte die real existierenden und sozial produzierten Hierarchisierungen mit ihren Privilegien und ihren Opfern, mit ihren Entfremdungen, Diskriminierungen und Gewaltverhältnissen; und zeihen all jene »Elite« und machen sie zu »Feinden«, die »den besseren Zustand aber denken als den, in dem man ohne Angst verschieden sein kann« (Adorno 2016: 116).

Nicht zur »Elite« hingegen zählen AfD und Neue Rechte die Ideolog:innen und Exekutor:innen des neoliberalen Marktradikalismus, dessen individualisierender und antidemokratischer Sozialdarwinismus (vgl. Brown 2018; Ptak 2019) von weiten Teilen der AfD geteilt (Dietl 2017) und zu einem »völkische[n] Turbokapitalismus« (Metz/Seefßen 2018: 83) zugespitzt wird. Anstatt die Ursachen von sozialen Problemen, von Armut, Abgehängtsein, Entfremdung und Entwürdigung in den Strukturen von Kapitalismus, Patriarchat und Staatsbürger:innenschaft zu suchen, werden von AfD und Neuer Rechter die »Eliten« mit ihrem Kosmopolitismus und Feminismus als Schuldige ausgemacht. So funktioniert der »verschobene Klassenkampf« (Leggewie 2015: 150), der »in der Regel nicht die möglichen Verursacher der eigenen, stets relativen Deprivation ins Visier nimmt, sondern erstens Minderheiten, die noch weit unter einem stehen, zweitens politische Repräsentanten, drittens die veröffentlichte Meinung und viertens eine Projektionsfläche wie »Brüssel« (ebd.). Auf Basis umfangreicher empirischer Studien argumentieren Dörre et al. (2018) zur sozialen Basis dieser »verdrängte[n] Klassenproblematik« (ebd.: 55):

»In einem von vertikalen Ungleichheiten geprägten Postwachstumskapitalismus, der mobilisierungsfähige intellektuelle Überzeugungssysteme für solidarisches Handeln marginalisiert, machen sich Klassenverhältnisse und Verteilungskämpfe bevorzugt im Modus der Konkurrenz, über eine permanente Scheidung der Ge-

winner von den Verlierern sowie mittels kollektiver Abwertungen und Ausgrenzung sozialer Großgruppen bemerkbar.« (Dörre et al. 2018: 58f.)

Die dabei verwendeten Dichotomien und resultierenden »Tickets«, die dazu dienen, die eigene Position »in öffentlichen Diskursen gegen »Anfechtungen« durch komplexere Weltansichten »abzupanzern« (Heitmeyer 2018: 249), beinhalten auch eine implizite Geographie. Hier erst wird die »Provinzialität« verräumlicht – und zwar zunächst durch jene Ideolog:innen, die sie predigen, und in Form einer Ticketmentalität, die das Land der Stadt gegenüberstellt. Im »dichotomisch-paranoide[n] Weltbild« (Leggewie 2015: 150) der Rechtspopulist:innen zählt »Peripherie« vs. »Zentrum (Hauptstadt)« (ebd.) oder eben »Land« vs. »Stadt« zu den zentralen Gegenüberstellungen. Damit steht auch die aktuelle Rechte in der Tradition der – wesentlich antisemitischen – rechten Großstadtfeindlichkeit. Schon Oswald Spengler (1923; zit. nach Bertels 1990: 11) hat dem »Steinklotz »Weltstadt« den »vom Lande seelisch gestaltete[n] Kulturmensch[en]« gegenübergestellt. In dieser Art wurden und werden »Urbanität und Judentum miteinander verkoppelt« (Michel 2014: 199).

Der aktuelle rechte kulturell-ideologische Bezug auf Land und Provinz ist ein modernisierter. Adorno meinte noch Kritik üben zu können, indem er betonte, dass das Ideal des Landes, das Heidegger ebenso wie Konservative und Faschist:innen bemühen, einem historisch vergangenen »Trugbild« (Adorno 2019: 608) entstamme und »die traditionelle Kultursubstanz des Dorfes zum bloßen Aberglauben« (ebd.: 610) geworden sei. Gegen die Anfälligkeit für den »Jargon der Eigentlichkeit« Heideggers und seiner Anhänger:innen, gegen deren »Ursprünglichkeit aus zweiter Hand« (Adorno 2018: 463), empfiehlt er »an die realen Interessen [zu] appellieren« (Adorno 2019: 51). Heute hingegen, so Metz und Seeßlen (2018: 81), gilt: »Der Rechtspopulist ist nicht »authentisch« volkstümlich [...]. Wenn er das Volkstümliche inszeniert, steht er zugleich neben sich.« Seine Provinz ist eine, »die sich aus ihrer eigenen Künstlichkeit nichts macht und sich keinesfalls mit »echter« Vergangenheit identifizieren will« (ebd.: 81f.). Vielmehr will sie ökonomisch von neoliberaler Globalisierung profitieren. Dieser Provinzialität ist mit Verweis auf die tatsächlichen Verhältnisse nur schwer beizukommen. Grund dafür, so die These im übernächsten Abschnitt, ist die Provinzialität selbst, die aus der Alltagspraxis heraus den eigenen Ort überhöht und sich deshalb stets bedroht wähnt.

4. Die AfD-Wahlerfolge – vor allem in der »Provinz«

Das räumliche Muster der Wahlerfolge der AfD zeitigt starke Unterschiede. In den Karten 1 und 2 sind ihre Zweitstimmenergebnisse in Hessen bei der Bundestagswahl 2017 respektive bei der Landtagswahl 2018 auf Gemeindeebene dargestellt.

Abb. 1: Zweitstimmenergebnisse der AfD auf Gemeindeebene in Hessen bei der Bundestagswahl 2017; Darstellung: Dipl.-Kart. E. Alban

Bundestagswahl 2017 in Hessen Ergebnisse in den Gemeinden

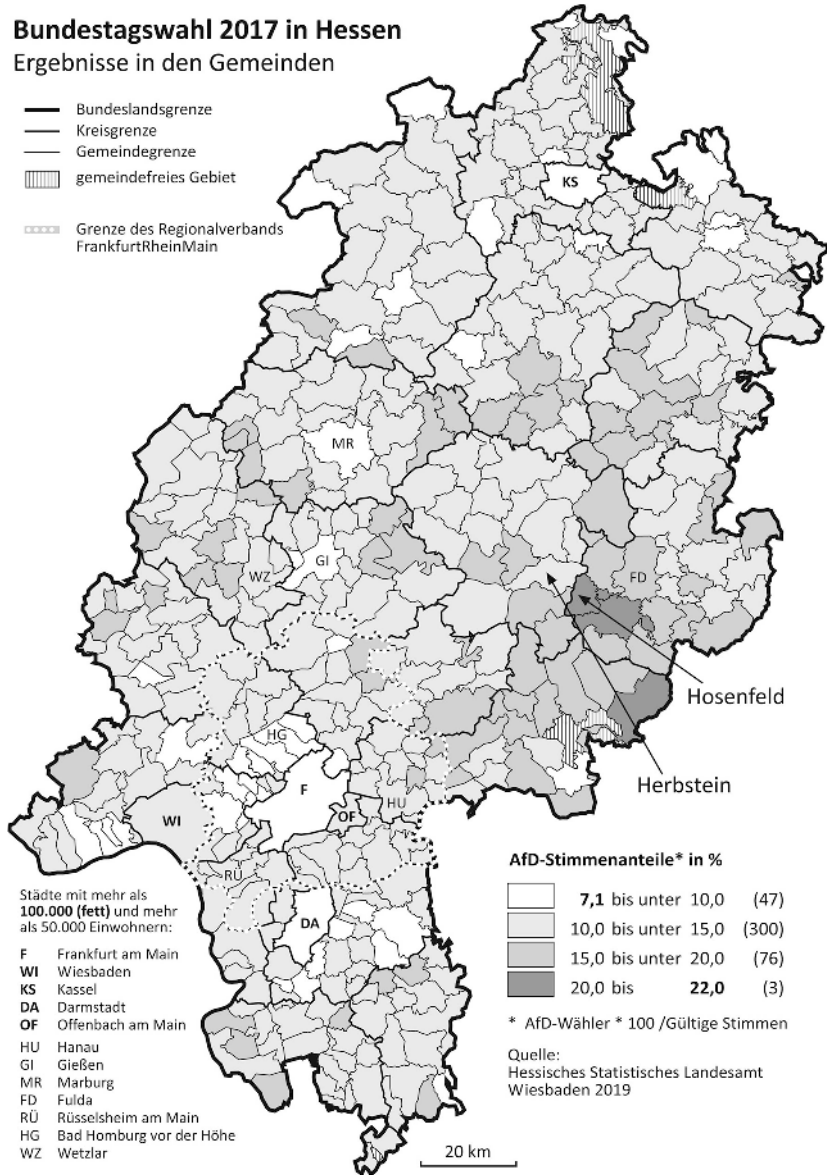
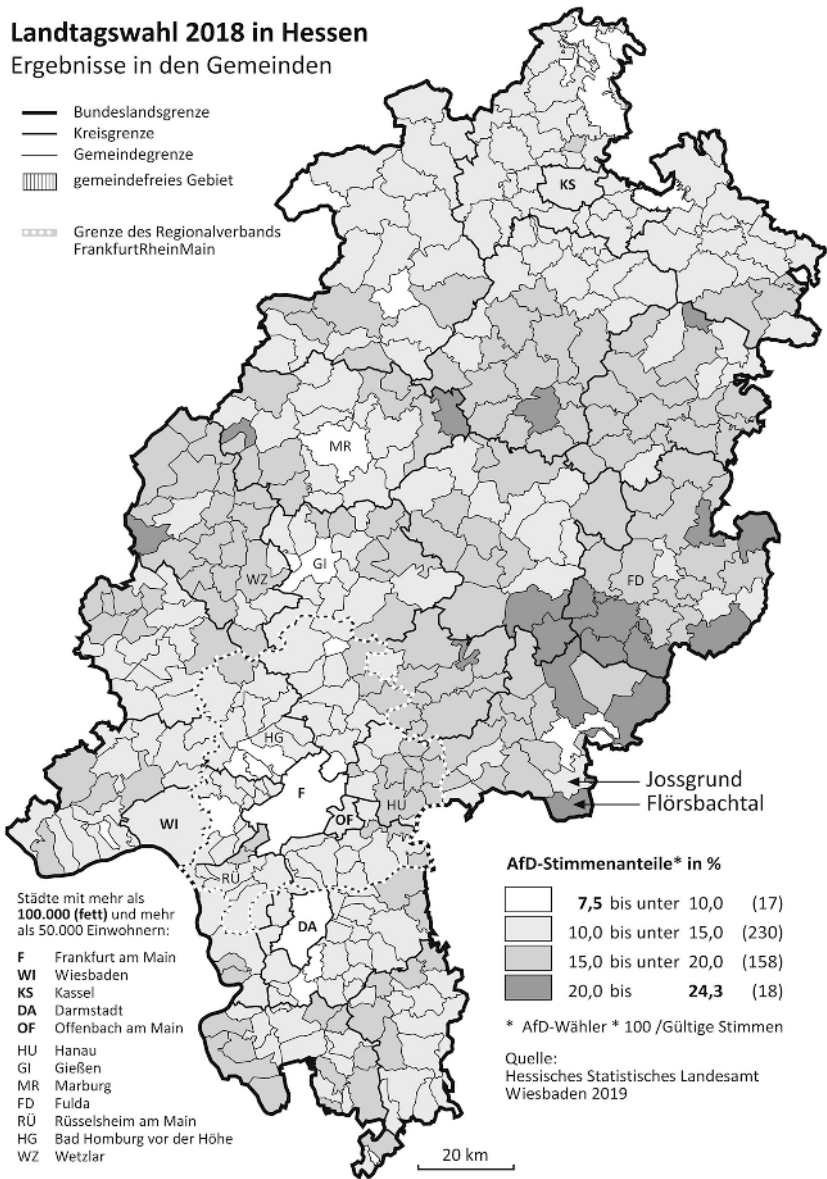


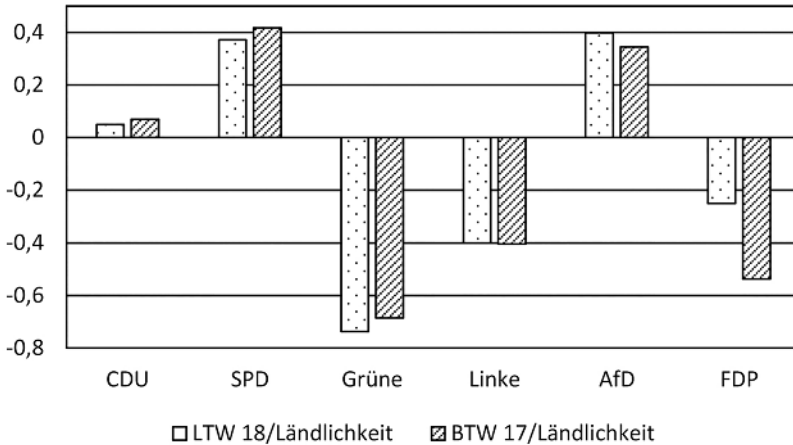
Abb. 2: Zweitstimmenergebnisse der AfD auf Gemeindeebene bei der Landtagswahl 2018; Darstellung: Dipl.-Kart. E. Alban

Landtagswahl 2018 in Hessen
Ergebnisse in den Gemeinden



Bei beiden Wahlen korreliert das Zweitstimmenergebnis der AfD in den Gemeinden besonders stark mit der Ausprägung ihrer »Ländlichkeit«, wie sie Küpper (2016) auf Basis von neun Indikatoren berechnet hat (Abb. 3).

Abb. 3: Korrelation der Wahlergebnisse der sechs im hessischen Landtag vertretenen Parteien bei der Bundestagswahl 2017 sowie der Landtagswahl 2018 mit der Ausprägung des Ländlichkeitsindex (nach Küpper 2016) auf Ebene der 425 Gemeinden



Während Grüne, Linke und FDP in städtischen Kommunen (teils deutlich) erfolgreicher sind als in ländlichen und die CDU in beiden in etwa gleich gut abschnidet, sind SPD und AfD insbesondere auf dem Land stark. Dabei ist die Stärke der SPD in ländlichen Gemeinden vor allem Nordhessens historisch gewachsen, jene der AfD vor allem in ländlichen Gemeinden in Mittel- und Osthessen hingegen neu. Im Süden und im Norden sowie in der westlichen Mitte, das zeigen die Karten, nehmen die Stimmanteile der AfD mit der Distanz zu den (Universitäts-) Städten zu.

Auf Basis dieser absichtlich einfachen, da gut nachvollziehbaren Darstellungen erscheint es gerechtfertigt zu sagen, dass die Provinzialität der AfD vor allem abseits der Städte verfängt – in Gegenden, die auch alltagssprachlich mitunter pejorativ als »Provinz« bezeichnet werden und in denen aufgrund der AfD-Erfolge vermutet werden kann, dass eine provinzielle Geisteshaltung zumindest weiter verbreitet ist als in den Städten. Weder steht das Land in Bezug auf seine Provinzialität aber in einer klaren Dichotomie zu den Städten – die AfD-Zweitstimmenergebnisse liegen auf einem Kontinuum, dessen Höchst- und Tiefstwerte in den Legenden der Karten angegeben sind –, noch ist das Land ein einheitlicher Raum. Vielmehr unterscheiden sich die Ergebnisse in benachbarten Gemeinden mitunter deutlich. So kam die AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Hosenfeld (Landkreis Fulda) auf 20,6 %, im angrenzenden Herbstein (Vogelsbergkreis) nur auf 13,1 %; oder bei der Landtagswahl 2018 in der Gemeinde Flörsbachtal auf 21,5 %, in der Nachbargemeinde Jossgrund (beide Main-Kinzig-Kreis) nur auf 12,3 %. Ent-

sprechend geht es im Folgenden nicht darum, Zusammenhänge zu identifizieren, die das Land immer und überall provinziell im Sinne Adornos machen – das wäre theoretisch grober Raumfetischismus und empirisch offensichtlich falsch –, sondern darum, warum es so zu sein scheint, dass in vielen Gemeinden auf dem Land mehr Menschen als in den Städten provinzielle Positionen teilen und wählen.

5. Zur Provinzialität des Landes

Weiterhin im Anschluss an Adorno sowie unter Bezug auf Literatur zu sozialen Verhältnissen auf dem Land werden im Folgenden in Form von Thesen strukturelle Unterschiede des Lebens in Stadt und Land benannt, die die stärkere Offenheit für Provinzialität in letzterem zu erklären helfen können. Beide Thesen gehen davon aus, dass eine positive Identifikation mit dem konkreten Lebensort, in der die faktischen überlokalen Verbindungen des Ortes ideologisch abgeschnitten werden und alles außerörtlich zum »fremden Anderen« wird, Ausdruck unreflektierter Ticketmentalität und damit provinziell ist. Als spezifisch ländliche Quellen der engen Verbindung mit dem konkreten Ort im Alltag, aus denen eine Überhöhung des »Eigenen« gegenüber dem »Fremden« folgen kann, werden, erstens, die vermeintliche Geborgenheit und, zweitens, der informelle Zwang zur Arbeit in der Freizeit identifiziert.

5.1 Die Übersichtlichkeit der Provinz

In »Jargon der Eigentlichkeit« kritisiert Adorno die positive Vorstellung einer Geborgenheit auf dem Land drastisch, wenn er schreibt: »Kogons Mitteilung, die ärgsten Greuelthaten der Konzentrationslager seien von jüngeren Bauernsöhnen verübt worden, richtet alle Rede von Geborgenheit; die ländlichen Verhältnisse, ihr Modell, stoßen ihre Enterbten in die Barbarei.« (Adorno 2018: 430 unter Bezug auf Kogon 1946) Die behauptete Geborgenheit kontrastiert Adorno hier und anderswo mit den realen sozioökonomischen Verhältnissen auf dem Land, die von »Herren und Knechten, Profitierenden und Benachteiligten, aber in unmittelbarer, nicht ganz vergegenständlichter Gestalt« (Adorno 2016: 233) gekennzeichnet seien, mithin von klaren und hierarchisch angeordneten »Tickets«. Passend zu dieser Charakterisierung rekonstruieren Jeggel und Ilien (1978) am Fall eines schwäbischen Dorfes, wie die bitteren ökonomischen und politischen Realitäten des 19. Jahrhunderts die Dorfgemeinschaft zu einem »Not- und Terrorzusammenhang« werden ließen, der vom eigenen Interesse und von familiären Abhängigkeiten, von strikten Hierarchien und der Abwehr alles Fremden sowie einem dazu passenden »autoritätsgebundene[n] Charakter« (ebd.: 48) gekennzeichnet war; und sie betonen: »Das Dorf als Interaktionssystem hält sich sehr viel länger

als seine eigenen wirtschaftlichen Grundlagen, damit besteht auch ›dörfliche‹ Denk- und Handlungsweise fort; Politik verändert ihre Inhalte, nicht ihre Form, ihre objektive Bedeutung, aber nicht ihre subjektive.« (Ebd.: 51) Ähnlich wird in der einschlägigen Forschung für bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg von einer im Vergleich zur Stadt festen und personalisierten Sozialstruktur auf dem Land gesprochen, die sich in klaren Hierarchien in Bezug auf politischen Einfluss niederschlug (vgl. Henkel 1993: 58–78). Dies hat sich seit den 1980er-Jahren einerseits deutlich verändert (vgl. Bätzing 2020; Dünckmann 2019), andererseits tragen die objektiven Strukturen von niedriger Siedlungsdichte und überschaubaren Siedlungsgrößen auch bei veränderter ökonomischer Grundlage noch immer dazu bei, dass sich die dörfliche Form des Zusammenlebens fortsetzt.

Hinweise legen nahe, dass nach wie vor gilt: Im übersichtlichen Dorf ist das Politische stärker »personen- als organisationsbezogen« (Schneider 1998: 100): »Politik ist hier nicht anonym, sie ist immer mit Personen verbunden. Jeder kennt dabei jeden.« (Hülsbusch 1991: 86) Dadurch wird »notwendige Konfrontation [...] häufig erschwert. Durch die persönliche Nähe entstehen auch Abhängigkeiten.« (Ebd.) Bis heute »haben Konflikte im Dorf eine eigene Dynamik, denn die Grenze zwischen der öffentlich-politischen und der privaten Sphäre ist nicht immer klar« (Dünckmann 2019: 150), weshalb auch »die Grenze zwischen persönlichen Fehden und politischen Meinungsverschiedenheiten oft nicht klar zu ziehen [ist]« (ebd.). Dies hat Folgen hinsichtlich »Befangenheiten und informeller Seilschaften – negativ bezeichnet als ›politischer Filz‹ oder ›Hinterzimmerpolitik‹« (ebd.: 149). Derartige Abhängigkeiten wiederum fördern »eine ausgeprägte lokalistische Einstellung« (Schneider 1998: 100), die das Eigene *per se* und bar jeden Inhalts zum Sinnvollen, Guten und Richtigen, gar zur Quelle eines (Lokal-)Stolzes erhebt, auch wenn es dafür die von Jeggle und Ilien (1978: 46–49) beschriebene ökonomische Grundlage mit einhergehender gesellschaftlicher Hierarchisierung gar nicht mehr gibt. Eine solche Konstellation wird potentiell immer und grundlegend »von außen« bedroht, von allen »Fremden« und insbesondere von den o.g. »Eliten«, die solche Verhältnisse hinterfragen und ggf. demokratisieren wollen. Derartige Konstellationen der Vergesellschaftung und der Subjektivierung folgen nicht notwendig aus niedriger Siedlungsdichte und überschaubaren Siedlungsgrößen, sie sind durch gesamtgesellschaftliche Prozesse überformt und häufig werden sie »von innen« herausgefordert (worauf im Schlussteil zurückzukommen ist). Gleichwohl fördern niedrige Siedlungsdichte und überschaubare Siedlungsgröße die Möglichkeit für das Fortleben der exkludierenden und für Autoritarismus anfälligen sozialen und politischen Formen, in denen, plakativ formuliert, die Geborgenheit des Landes vor allem Schutz der Vorteile und Privilegien der Autochthonen und vor Veränderung bedeutet.

Nach Metz und Seeßlen (2018) schließt die Propaganda des Rechtspopulismus an solche Konstellationen an, indem er eine »Reduktion auf das Sichtbare

und Nahe« (ebd.: 91) betreibt. »Der ideale Adressat eines Rechtspopulisten ist ein Mensch, der fest entschlossen ist, das Große seinem Führer zu überlassen und sich auf das Kleine in seiner Umgebung zu konzentrieren.« (Ebd.) Deshalb versprechen AfD und Neue Rechte »eine unendliche Ausdehnung des Provinziellen« (ebd.: 81) und schreiben vor, wie zu leben ist: »in semiotischen Systemen, die die urbanen Zumutungen des Fremden, des Unerwarteten und Unberechenbaren, der hohen Kultur ebenso wie der Subkultur abweisen« (ebd.: 78). In einem solchen System gilt:

»Ein Feind muss keiner sein, der mir etwas getan hat, nicht einmal einer, der mir etwas tun könnte, sondern einer, der zu Unrecht da ist, der ein Leben inmitten meines Lebens beansprucht, der meine Grenzen, meine Ordnungen, meine Geschichte, meine Bilder, mein Narrativ stört, durch das bloße Dasein.« (Metz/Seeßlen 2018: 167)

Ohne die ökonomische Grundlage kann das Dorf in dieser Imagination des Rechtspopulismus als »Not- und Terrorzusammenhang« fortleben, um die provokante Formulierung von Jeggle und Ilien (1978) aufzunehmen, und Politik für sich und gegen den Rest betreiben, mithin gegen »Fremde« und »Eliten«. Ob dem so ist oder ob z.B. die Nähe zu Städten, neue Generationen und/oder neu Hinzugezogene, aufkommende inklusive Traditionen im Dorf oder andere Aspekte diese Form aufbrechen und zur Entprovinzialisierung des Dorfes beitragen, wäre empirisch zu klären – und auch, wie sich Leben und Ideologeme dann darstellen.

5.2 Der informelle Zwang zur Arbeit in der Freizeit in der Provinz

Als weitere Spezifik des Landlebens identifiziert Adorno die ideologische Überhöhung und Apologetik des Eigenen infolge der Ortsgebundenheit der Landwirtschaft: »Wer durch die Gestalt seiner Arbeit zum lokalen Verharren gezwungen ist, macht gern aus der Not eine Tugend und sucht sich und andere davon zu überzeugen, seine Gebundenheit sei eine in höheren Ordnungen.« (Adorno 2018: 450) Aus den alltäglichen Mühen der Landarbeit, so die These, erwächst ein Stolz auf das Eigene, der mit der Ablehnung des Fremden einhergeht. Schon zu Adornos Zeiten »überschneiden sich [...] ländliche und städtische Wirtschafts- und Lebensformen« (Adorno/Rolfes 2019: 607) und infolge des »Agrarproblem[s]« (Adorno 2019: 15) und der »Dauerkrise kleinbäuerlicher Betriebe« (Adorno 2018: 450) wird die Landwirtschaft auf dem Land immer weniger zentral. Der Anteil derer, die von ihr leben, hat sich seitdem immer weiter verringert. Gleichwohl, so die These, bindet die Arbeit die Landbevölkerung nach wie vor an den Ort und macht diesen auch dadurch zu etwas Besonderem. Allerdings geht es heute nur noch am Rande um Landwirtschaft, sondern vor allem um die

Arbeit in der Freizeit, in der Häuser gebaut, Gärten gepflegt, Autos gewaschen und Vereine am Laufen gehalten werden und die durch informelle Kontrolle zur Pflicht wird.

So betonen Lecke und Pobel (1978: 112) bereits in den 1970er-Jahren, dass es »die unmittelbaren Abhängigkeiten« der agrarischen Produktionsweise zwar »nur noch abgeschwächt« gibt, doch »trotzdem ist man diesen Kontrollen ausgesetzt, funktionieren sie«. Das führen sie darauf zurück, dass sich auf dem Dorf Sozialbeziehungen »über die private Produktion am Ort realisieren«. »[D]er Garten, die Landwirtschaft, das Handwerk, die Nachbarschaftshilfe am Bau (in städtischer Sehweise ›Schwarzarbeit‹) stellen den örtlichen Alltag her«. Auf diese Weise entstünden spezifische »Produktionsöffentlichkeiten«, die gerade durch den informellen Zwang zur Arbeit in der Freizeit den Schein der Unmittelbarkeit und damit das, was Adorno als Provinzialität kennzeichnet, aufrechterhalten. Auch nach Richter (2019: 134) unterscheiden sich »ländliche Gesellschaften« [...], die in dünn besiedelten Regionen anzutreffen sind [...], nach wie vor von gesellschaftlichen Formationen in Großstädten«, wenn auch nicht mehr aufgrund von »Landwirtschaft oder dörflicher Vergemeinschaftung« (ebd.: 129). Vielmehr fungieren sie als »weitgehend erwerbsarbeitsfreier Ort«, als »monofunktionale[s] ›Wohndorf« [eine Formulierung, die von der im Haushalt vor allem von Frauen erbrachten Reproduktionsarbeit absieht und damit die geschlechtliche Arbeitsteilung reproduziert; B.B.], in dem oft nur noch die ganz Jungen und die ganz Alten einen Großteil ihres Alltags verbringen« (ebd.: 135). Entsprechend beruhen inzwischen zwar die »Teilnahme am dörflichen Sozialleben und die Intensität der Nachbarschaftsbeziehungen [...] auf der Entscheidung des Einzelnen« (ebd.: 134) und ein »traditioneller Lebensstil« werde zunehmend zur individuellen Wahl (Bätzing 2020: 208); gleichwohl gelten im Dorf »Regeln, die alle adressieren und von allen einzuhalten sind, die den Charakter von Pflichten haben« (Barlösius 2018: 67). Basis dafür bleibt die Arbeit. Insbesondere »bei Anzeichen von Faulheit, zur Schau gestelltem Luxus oder spektakulärem Äußeren [...] greifen Kontrollmechanismen in Form von Klatsch und Tratsch« (Richter 2019: 134). So wie die Arbeit in der Landwirtschaft die Dorfbevölkerung mit dem Ort verband und diesen als etwas Besonderes erscheinen ließ (und jenen, die ihr nach wie vor nachgehen, erscheinen lässt), so leistet für die Subjektivierung dasselbe heute die Arbeit in der Freizeit: Wer, wie freiwillig auch immer, einen großen Teil der lohnarbeitsfreien Zeit damit verbringt, das Haus auszubauen und das Dorf zu verschönern, wer in dieser Weise an den Ort gebunden ist, wird diesen ebenfalls für etwas Besonderes halten. Wer die eigene Arbeit in Eigenheimen und deren Renovierung vergegenständlicht, häufig auf (geerbtem) eigenem Grundbesitz, ist zudem auch finanziell an den Ort gebunden. Die Bindung an und der Stolz auf den Ort haben auf dem Land nach wie vor eine objektive Basis in den Strukturen des Alltags.

6. Die Entprovinzialisierung der Provinz

Ausgehend vom Verständnis von Provinzialität bei Adorno als zunächst raumunabhängiger Geisteshaltung der Unreflektiertheit, die apodiktisch das »Eigene« gegen das »Fremde« setzt und die grundsätzlich überall vorkommen kann, wurden im vorherigen Abschnitt zwei in der realen Vergesellschaftung auf dem Land angelegte Gründe identifiziert, warum die so verstandene Provinz noch immer eher auf dem Land sich findet. Auch in Städten wird die AfD gewählt, auch dort finden sich autoritäre Einstellungen und Praktiken und auch dort lohnt es nach objektiven Gründen dafür zu suchen, wie es Mullis (2021) für Frankfurt am Main oder Intelmann (2019) für Chemnitz in überzeugender Weise tun. Dass in diesem Beitrag der Zusammenhang von AfD-Wahlergebnissen, Provinzialität und ländlichem Raum im Zentrum stand, ist begründet in den empirischen Befunden aus dem vorletzten Abschnitt.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war für Adorno »das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie« (Adorno 1963b: 126; Herv. i. Orig.) ein zentrales Thema und Grund für zahlreiche öffentliche Interventionen. Das »in« ist kursiv gesetzt, weil Adorno nicht von einem klaren Gegensatz zwischen Demokratie und Nationalsozialismus ausging, sondern davon, dass die Bedingungen des Nationalsozialismus in der Demokratie der kapitalistischen Gesellschaft angelegt sind und fortbestehen. Weil er sieht, dass »die Möglichkeit, die objektiven, nämlich gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen, die solche Ereignisse [wie Auschwitz; B.B.] ausbrüten, zu verändern, heute aufs äußerste beschränkt ist« (ebd.: 93), bleibt nur der konstante Kampf darum, dass die fortbestehenden objektiven Verhältnisse keine faschistischen Subjekte hervorbringen. Deshalb plädiert er immer wieder für Bildung und Erziehung »zu kritischer Selbstreflexion« (ebd.: 94) und spricht in diesem Zusammenhang von der »Pflicht zur Entprovinzialisierung« (Adorno 1963a: 46).

In »Erziehung nach Auschwitz« (Adorno 1970) geht er »so weit, die Entbarbarisierung des Landes für eines der wichtigsten Erziehungsziele zu halten« (ebd.: 98). Scheinbar eher spontan entwickelt er in diesem Radiovortrag, der später verschriftlicht wurde, eine Strategie: »Dann könnte ich mir vorstellen, daß etwas wie mobile Erziehungsgruppen und -kolonnen von Freiwilligen gebildet werden, daß sie aufs Land fahren und in Diskussionen, Kursen und zusätzlichem Unterricht versuchen, die bedrohlichsten Lücken auszufüllen.« (Ebd.: 99) Albert Herrenknecht, Protagonist der linken »Provinzbewegung« der 1970er-Jahre (vgl. Gießmann 2018; Templin 2018), hält dem später entgegen: »Man kann die Provinzialität der Provinz nicht allein durch voluntaristische Bildungsanstrengungen überwinden und schon gar nicht über Methoden, die nicht auf dem Provinzboden gewachsen sind, und mit Leuten, die dort nicht groß geworden sind und ihre Provinz nicht kennen.« (Herrenknecht 1977: 134) Gerade in der aktuellen Lage, in der

die AfD Feindschaft gegen die »Elite« propagiert, zu der sie insbesondere eben jene zählt, die mit Bildung, Erziehung und Reflexion befasst sind, ist diese Kritik aktueller denn je. Regelmäßig treffen progressive Initiativen auf die »große, ernstzunehmende Sorge um den Ruf der Gemeinde und eine Infragestellung des friedlichen Zusammenlebens und sozialen Zusammenhalts« (Becker 2016: 450). Von außerhalb kommende Akteur:innen können damit besonders schwer umgehen. Die Entprovinzialisierung der Provinz muss vor allem Werk der Provinz sein. Die »Provinzbewegung« hatte sich genau das auf die Fahnen geschrieben. Die Anti-AKW-Bewegung sowie die Bewegung selbstverwalteter Jugendzentren, die in den 1970er-Jahren in Westdeutschland beide auf dem Land besonders stark waren bzw. von dort ausgingen, sind Belege ihres Erfolges (Herrenknecht 1977; Herrenknecht/Wohlfahrt 1991). Vor allem letztere betrieb eine »eigenständige ›Provinzarbeit‹, die [...] den eigenständigen Beitrag der Provinz für eine Aufhebung des Stadt-Land-Widerspruchs herauszuarbeiten [suchte]« (ebd.: 26) und zur »Subjektwerdung« der Linken und Alternativen in der Provinz« (ebd.) beitrug. Eingeschlafen ist sie bereits ab Ende der 1970er-Jahre, so Gießmann (2018) und Siegfried (2006), aufgrund ihrer Heterogenität, der Abwanderung politisierter Jugendlicher in Universitätsstädte, Mittelkürzungen infolge knapper Haushalte und weil die Jugendzentren mit »Linksradikalismus oder Drogenkonsum« (Siegfried 2006: 384) in Verbindung gebracht wurden – und nicht zuletzt auch aufgrund von »Professionalisierungsprozesse[n]« (Gießmann 2018: 55), die zur Entpolitisierung der Jugendarbeit beitrugen.

Um die Entprovinzialisierung der Provinz in den Städten kümmerten und kümmern sich soziale Bewegungen und – trotz Kürzungen und Professionalisierung – eine Vielzahl institutionalisierter Akteure und Aktivitäten aus Sozialer und Jugendarbeit, Erziehung und (politischer) Bildung. Nach dem Ende der Provinzbewegung sind es auf dem Land heute vor allem letztgenannte Akteure, die dort allerdings weniger präsent und schlechter ausgestattet sind als in der Stadt. Gleichwohl sind sie es zusammen mit engagierten Einzelpersonen sowie häufig auch lokaler Verwaltung, Vereinen und Kirchen, die sich der Propaganda und Praxis von AfD und Neuer Rechter entgegenstellen. Häufig institutionalisiert in lokalen »Partnerschaften für Demokratie«, die im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben« gefördert werden, engagieren sie sich in einem nicht immer einfachen Umfeld und betreiben die Entprovinzialisierung aus der Provinz heraus. Neben der ureigentlichen Aufgabe kritischer Wissenschaft, die akademischen Wiedergänger des eingangs zitierten Heidegger und ihre Apologien auf das wahre Landleben zu kritisieren, sollte sie solche progressiven Kräfte vor Ort stärken und mit ihnen kooperieren. Das wäre Aktualisierung Kritischer Theorie und Praxis im Anschluss an Adorno.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1963a): »Philosophie und Lehrer«, in: Ders., Eingriffe, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 29-53.
- (1963b): »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«, in: Ders., Eingriffe, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 125-146.
- (1970): »Erziehung nach Auschwitz«, in: Ders., Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 92-109.
- (1990): Philosophische Terminologie, Band 1, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- (2016): Minima Moralia, Berlin: Suhrkamp.
- (2018): »Jargon der Eigentlichkeit«, in Adorno Gesammelte Schriften, Band 6, Berlin: Suhrkamp, S. 413-526.
- (2019): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W./Rolfes, Max (2019): »Einführung zur Studie von K.-G. Grüneisen«, in: Adorno Gesammelte Schriften, Band 20.2, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 607-614.
- Autor:innenkollektiv Feministische Intervention (2020): »Toxische Männerwelten. Antifeminismus als tödliche Ideologie«, in: Luxemburg H. 2, S. 20-25.
- Barlösius, Eva (2018): »Dörflichkeit? Theoretische und empirische Reflexionen über einen heterodoxen Begriff«, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 66, S. 56-68.
- Bätzing, Werner (2020): Das Landleben, München: C.H. Beck.
- Becker, Reiner (2016): »Wenn abstrakte Items auf die Wirklichkeit der Stammtische treffen. Die lokale politische Kultur als begünstigender Faktor für die Herausbildung von Rechtsextremismus«, in: Wolfgang Frindte et al. (Hg.), Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«, Wiesbaden, S. 443-461.
- Belina, Bernd (2021): »Provinzialität bei Adorno«, in: Geographische Zeitschrift 109, S. 105-125.
- Bertels, Lothar (1990): Gemeinschaftsformen in der modernen Stadt, Opladen: Leske + Budrich.
- Brown, Wendy (2018): Die schleichende Revolution, Berlin: Suhrkamp.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd (2018): Rechtspopulisten im Parlament, Frankfurt a.M.: Westend.
- Cremer-Schäfer, Helga (2020): »Gesellschaftskritik mit und nach Adorno«, in: Heinz Sünker (Hg.), Theodor W. Adorno, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 32-48.
- Dietl, Stefan (2017): Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und »völkischem Antikapitalismus«, Münster: Unrast.

- Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018): »Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte«, in: Berliner Journal für Soziologie 28, S. 55-89.
- Dünckmann, Florian (2019): »Das Dorf als politischer Ort«, in: Werner Nell/Marc Weiland (Hg.), Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch, Berlin: J.B. Metzler, S. 144-151.
- Förtner, Max/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD«, in: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7, S. 23-44.
- Gießmann, Bertolt (2018): »Die Wiederentdeckung der Provinz. Die »Provinzbewegung« der 1970er Jahre und ihre Perzeption von Stadt und Land«, in: Julia Paulus (Hg.), »Bewegte Dörfer«, Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 43-56.
- Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah (2020): AfD im Hessischen Landtag, Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag.
- Heidegger, Martin (1983): »Schöpferische Landschaft: Warum bleiben wir in der Provinz?«, in: Ders., Aus der Erfahrung des Denkens 1910-1967 (= Gesamtausgabe, I. Abteilung, Band 13), Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann, S. 9-13.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuche, Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Rechte Bedrohungsalianzen, Berlin: Suhrkamp.
- Henkel, Gerhard (1993): Der Ländliche Raum, Stuttgart: B.G. Teubner.
- Herrenknecht, Albert (1977): Provinzleben, Frankfurt a.M.: Verlag Jugend und Politik.
- Herrenknecht, Albert/Wohlfahrt, Jürgen (1991): »Vom Kampf gegen die Provinz zum Kampf mit der Provinz«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4, S. 21-31.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno (2016 [1944]): Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Hülsbusch, Robert (1991): »Da ist manches anders! Friedensarbeit auf dem Land«, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 4, S. 84-88.
- Intelmann, Dominik (2019): »Sieben Thesen zur urbanen Krise von Chemnitz. Bemerkungen zu den Ereignissen seit dem 26. August 2018«, in: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7, S. 189-202.
- Jeggle, Utz/Ilien, Albert (1978): »Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang«, in: Hans-Georg Wehling (Hg.), Dorfpolitik, Opladen: Leske und Budrich, S. 38-53.
- Kogon, Eugen (1946): Der SS-Staat, München: Karl Alber.
- Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume (= Thünen Working Paper 68), Braunschweig: Thünen-Institut für Ländliche Räume.
- Lecke, Detlef/Udo Pobel (1978): »Unter der Linde und am Wartehäuschen. Jugendliche auf dem Dorf«, in: Kursbuch H. 54, S. 111-125.

- Leggewie, Claus (2015): »Populisten verstehen. Ein Versuch zur Politik der Gefühle«, in: Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Emotionen und Politik*, Baden-Baden: Nomos, S. 139-154.
- Metz, Markus/Seeßlen, Georg (2018): *Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels*, Berlin: Bertz und Fischer.
- Michel, Boris (2014): »Antisemitismus, Großstadtfeindlichkeit und reaktionäre Kapitalismuskritik in der deutschsprachigen Geographie vor 1945«, in: *Geographica Helvetica* 69, S. 193-202.
- Miggelbrink, Judith (2020): »Ländliche Räume – strukturschwach, peripher, abgehängt«, in: Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegand (Hg.), *Land in Sicht*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 64-79.
- Mudde, Cas (2019): *The Far Right Today*, Cambridge: Polity Press.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?*, Berlin: Suhrkamp.
- Mullis, Daniel (2021): »Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt. From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity«, in: *Urban Studies* 58, S. 131-147.
- Ptak, Ralf (2019): »Ménage-à-trois: Neoliberalismus, Krise(n) und Rechtspopulismus«, in: Alexander Häusler/Helmut Kellershohn (Hg.), *Das Gesicht des völkischen Populismus*, Münster: Unrast, S. 20-37.
- Richter, Ralph (2019): »Sozialer Wandel ländlicher Gesellschaften«, in: Werner Nell/Marc Weiland (Hg.), *Dorf. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Berlin: J.B. Metzler, S. 129-136.
- Salzborn, Samuel (2017): *Angriff der Antidemokraten*, Weinheim/Basel: Juventa.
- Sauer, Birgit (2018): »Demokratie, Volk und Geschlecht«, in: Katharina Pühl/Birgit Sauer (Hg.), *Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 178-195.
- Schneider, Herbert (1998): »Dorfpolitik«, in: Hellmut Wollmann/Roland Roth (Hg.), *Kommunalpolitik*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 86-101.
- Siegfried, Detlef (2006): »Urbane Revolten, befreite Zonen. Über die Wiederbelebung der Stadt und die Neuaneignung der Provinz durch die ›Gegenkultur‹ der 1970er Jahre«, in: Adelheid von Saldern (Hg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*, Stuttgart: Franz Steiner, S. 351-365.
- Spengler, Oswald (1923): *Der Untergang des Abendlandes*, München: C.H. Beck.
- Templin, David (2018): »Auf der Suche nach einer anderen Provinz. Alternative ›Provinzarbeit‹ zwischen linker Bewegungspolitik und neuem Heimatgefühl (1977-1983)«, in: Julia Paulus (Hg.), *›Bewegte Dörfer‹*, Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 21-41.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte*, Stuttgart: Klett-Cotta.

Rechte Bedrohungsallianzen in städtischen Zentren und ländlichen Peripherien – eine vergleichende Analyse

Manuela Freiheit, Peter Sitzer und Wilhelm Heitmeyer

1. Einleitung¹

Rechtsextremismus und autoritäre Politikvorstellungen werden häufig als problematische Haltung von Modernisierungs- und Bildungsverlierer:innen, insbesondere junger Männer, in ländlichen und ehemaligen Industrieregionen beschrieben. Dies treffe vor allem auf die ländlichen und strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands zu. Tatsächlich scheint ein Blick auf die geografische Verteilung der Stimmenanteile der Partei Alternative für Deutschland (AfD) diese Einschätzung zu bestätigen. So erhielt die AfD bei der Bundestagswahl 2017 in den Städten und Stadtregionen weniger Zweitstimmen als in den ländlichen Regionen (Bescherer et al. 2018: 4). Auch bei den jüngsten Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt haben in erster Linie junge Männer in ländlichen Wahlkreisen die AfD gewählt.² In eine ähnliche Richtung verweisen auch die empirischen Befunde zur sozial-räumlichen Verteilung und Verdichtung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Betrachtet man die Bundesrepublik insgesamt, sind die Werte zu fremdenfeindlichen, antisemitischen und autoritären Einstellungen in den ostdeutschen Bundesländern besonders ausgeprägt (Babka von Gostomski et al. 2007: 120). Zieht man den Radius noch einmal etwas enger und vergleicht die städtischen bzw. stadtteilbezogenen und ländlichen Sozialräume, so zeigt sich, dass fremdenfeindliche Einstellungen in kleineren sowie ostdeutschen Orten signifikant höher ausfallen als in Städten und westdeutschen Regionen (Petzke et al. 2007: 62).

Gleichzeitig gibt es aber auch gute Gründe, den schroffen Gegensatz zwischen Stadt und Land, Ost und West genauer zu betrachten. Ein Indiz dafür sind beispielsweise die »verinselten« Erfolge der AfD bei der Bundestagswahl 2017 im Ruhrgebiet,

1 Der Text basiert auf dem Buch »Rechte Bedrohungsallianzen«, das im Oktober 2020 im Suhrkamp-Verlag erschienen ist. Es werden die wissenschaftlichen Zugänge und Ergebnisse in kompakter Form dargestellt und mit einigen neuen Akzentuierungen versehen.

2 <https://www.zeit.de/campus/2021-06/afd-sachsen-anhalt-junge-ostdeutsche-landtagswahl/seite-2>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

im baden-württembergischen Mannheim oder in Berlin (siehe u.a. Heitmeyer et al. 2020: 182). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch für die jüngste Bundestagswahl 2021. Eine kleinräumige Betrachtung lässt zudem erkennen, dass die Stimmenanteile der AfD in den städtischen Randgebieten sich vom ländlichen Raum nur wenig unterscheiden (Bescherer et al. 2018: 4). Auch die flüchtlingsfeindlichen Angriffe in 2015/16 oder die staatlichen Verbotswellen rechtsextremer Gruppierungen in westdeutschen Städten und Kommunen (so zum Beispiel der »Nationale Widerstand Dortmund«, das »Freie Netz Süd« in Bayern oder die »Autonomen Nationalisten Göppingen« in Baden-Württemberg) stehen einer solchen Gegenüberstellung zwischen Stadt und Land, Ost und West negativ gegenüber.

Ein genauerer Blick zeigt vielmehr, dass die AfD vor allem in Regionen reüssieren konnte, wo alte ökonomische und soziale Probleme auf neue Herausforderungen treffen, so zum Beispiel auf die Unterbringung von geflüchteten Personen. Und auch die Einstellungsforschung, die über die Erfassung des Wahlverhaltens hinausgeht, zeigt, dass gruppenbezogen-menschenfeindliche Einstellungen in wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen deutlich stärker ausgeprägt sind als in wirtschaftlich aufwärtsstrebenden Regionen (Grau et al. 2012: 143f.). »Statistisch ist es demnach egal«, wie auch Quent (2016) in Bezug auf eine empirische Untersuchung hessischer und thüringischer Regionen formuliert, »ob man in Thüringen oder Hessen aufgewachsen ist: Einfluss auf die Affinität zum Rechtsextremismus haben vor allem die ökonomische Lage der Umgebung im Vergleich zu anderen sowie die Deutungsweisen dieser Situation.«

Ähnliches gilt für das Gefühl politischer und gesellschaftlicher Machtlosigkeit. Auch hier zeigen sich moderate bis starke Zusammenhänge zwischen dem Gefühl persönlicher Machtlosigkeit im Hinblick auf gesellschaftliche und politische Prozesse sowie der Abwertung gesellschaftlich schwacher Gruppen (Grau et al. 2012: 143f.). Zwar steht eine umfassende Erklärung noch aus, doch kann wohl davon ausgegangen werden, dass der demokratischen politischen Kultur in den jeweiligen Städten und Gemeinden eine entscheidende Funktion zukommt und es wichtig ist, dass eine »reflexive und reaktionsfähige Stadtgesellschaft« sich dem Agieren rechter bzw. rechtsextremer Gruppierungen entgegenstellt (vgl. ebd.; siehe auch Heitmeyer 2002; Strobl et al. 2003; Quent/Schulz 2015). Davon hängt mittelfristig ab, inwiefern sich Gruppierungen aus dem rechten Spektrum erfolgreich etablieren können oder nicht (ebd.).

Ein Blick auf den Forschungsstand zeigt allerdings, dass die Frage nach der »Raumordnung« (Wagner 2008: 15) bislang nicht hinreichend behandelt wurde. Insbesondere die Frage nach den spezifischen Bedingungen und Gelegenheitsstrukturen, die es rechtsextremen Gruppen ermöglichen, in unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexten zu agieren, wurde bisher nicht hinlänglich untersucht.

Nachfolgend soll daher den begünstigenden und hemmenden Gelegenheitsstrukturen für Raumeroberungen durch rechte Bedrohungsallianzen nachgegan-

gen werden. Sie sollen vergleichend für städtische und ländlich-kleinstädtische Sozialräume herausgearbeitet werden. Das Konzept der rechten Bedrohungsallianzen verweist dabei auf die Notwendigkeit, die verschiedenen Akteure im rechten Spektrum und ihre wechselseitigen Legitimationen zu analysieren. Diese Allianzen sind unübersehbar; sie müssen allerdings in ihrem Zusammenwirken genauer betrachtet werden (Heitmeyer et al. 2020: 18f.).

Empirisch stützt sich der Beitrag dazu auf das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt »Autonome Nationalisten«, das von 2015 bis 2017 am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt wurde. Ziel der Untersuchung war es, den Aktivitäten der sogenannten Autonomen Nationalisten (AN) bzw. vergleichbarer bewegungsförmiger Gruppierungen und deren Folgen in städtischen und ländlichen Kontexten nachzugehen. Hierzu wurden umfangreiche Sozialraumanalysen erstellt und mit den Aktivitäten der verschiedenen Gruppen in den ausgewählten Sozialräumen in Verbindung gebracht.³

Bezüglich der Großstädte wurden Berlin und Dortmund untersucht. Mit Blick auf die Kleinstädte wurden Kahla und Saalfeld in Thüringen sowie Buchholz in der Nordheide und Tostedt in Niedersachsen ausgewählt. In allen Sozialräumen waren zum Zeitpunkt der Untersuchung verschiedene Gruppen des bewegungsförmigen Rechtsextremismus aktiv, die jedoch unterschiedlich stark im Stadtbild und im Gemeinwesen der Untersuchungsräume in Erscheinung traten. Der Auswahl der Untersuchungsorte gingen dabei eine umfängliche Sichtung des Forschungsstands, Pressebeobachtungen, Internetrecherchen sowie Gespräche mit lokalen Expert:innen voraus.

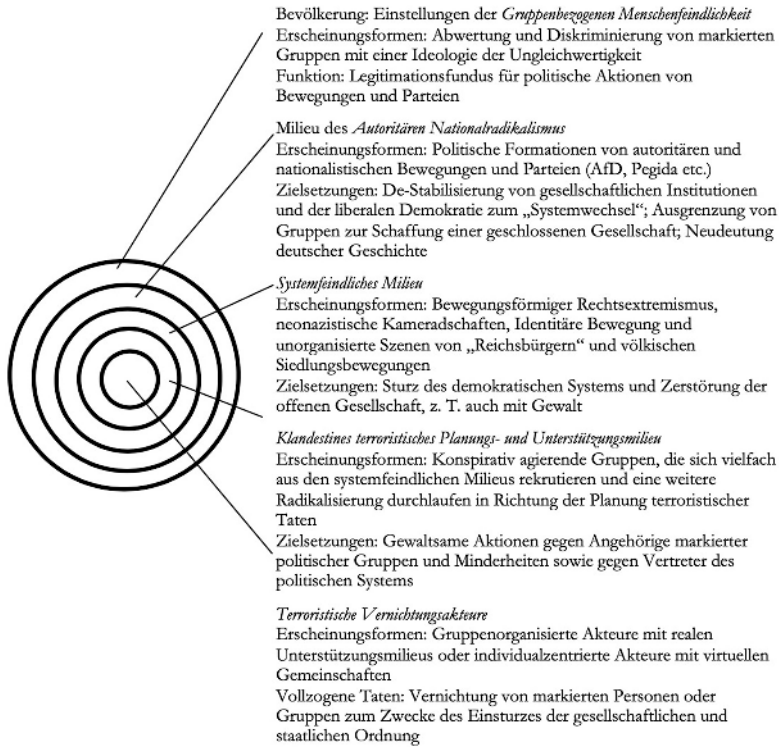
Bevor wir im Folgenden auf die empirischen Ergebnisse eingehen, soll zunächst jedoch der notwendige analytische Rahmen für rechte Bedrohungsallianzen in großstädtischen und ländlich-kleinstädtischen Räumen näher vorgestellt werden.

2. Der Analyserahmen für rechte Bedrohungsallianzen: Das konzentrische Eskalationskontinuum

Als ab 2011 das volle Ausmaß der Taten des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) ans Tageslicht kam, wurde in den Medien und von der Politik vielfach ein dichotomisches Bild »deutscher Zustände« gezeichnet: auf der einen Seite die sozial und menschlich intakte Gesellschaft, auf der anderen die verbrecherische Terrorzelle.

3 Siehe auch <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/254142102/ergebnisse?context=projekt&task=showDetail&id=254142102&selectedSubTab=2&>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

Abb. 1: Das Konzentrische Eskalationskontinuum, Quelle: Das Konzept ist 2002 von Borstel/Heitmeyer vorgestellt und 2018 von Heitmeyer ergänzt worden. Die neue, wiederum angepasste Variante entstammt Heitmeyer et al. 2020: 59



Eine solche Form der politischen Selbstentlastung, die auch vor dem Verfassungsschutz, der Polizei und der Justiz nicht halt machte, behinderte lange die gesellschaftliche Selbstaufklärung und Strafverfolgung, wie sich beispielsweise im NSU-Prozess gezeigt hat (vgl. u.a. Schultz 2018). Dass ein solches dichotomisches Bild »deutscher Zustände« nicht haltbar ist, zeigten auch Ausschreitungen gegen die Unterbringung geflüchteter Personen, insbesondere in den Jahren 2015 und 2016, an denen sich neben rechtsextremen Gruppen auch »ganz normale Bürger:innen« beteiligten und anlassbezogenen Allianzen mit Akteuren aus dem rechten Spektrum eingingen. Zwar wird rechtsextremistische Gewalt zahlenmäßig nur von einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung ausgeübt, unsere zentrale These ist jedoch, dass die Legitimation rechter Gewalt in einem gesellschaftlichen Umfeld stattfindet, das tief in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht und die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie von innen heraus bedroht.

Für die Analyse der begünstigenden und hemmenden Gelegenheitsstrukturen in ländlich-kleinstädtischen und großstädtischen Räumen ziehen wir daher ein Modell heran, das wir als »konzentrisches Eskalationskontinuum« bezeichnen (siehe Abb. 1).

Dieses Modell ist im Prinzip wie eine Zwiebel mit fünf Schichten aufgebaut: Die äußere, die größte Schicht, repräsentiert die Bevölkerung insgesamt, in der – auch abhängig von gesellschaftlichen Debatten – in unterschiedlichem Ausmaß Einstellungen zur *gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* vertreten werden. Solche Einstellungen drücken sich beispielsweise in antisemitischen, fremdenfeindlichen, muslimfeindlichen, rassistischen und/oder homophoben und sexistischen Einstellungen aus.

Diese Einstellungsvorräte macht sich die nächstkleinere Schicht, die Akteure des *autoritären Nationalradikalismus*, für ihre Zwecke zunutze. Das heißt, Teile der Bevölkerung liefern Legitimationen dafür, dass das Milieu des autoritären Nationalradikalismus, zu dessen Kern die Partei Alternative für Deutschland (AfD) und deren intellektuelles Umfeld der Neuen Rechten sowie soziale Bewegungen wie PEGIDA zählen, mit Parolen wie »Umvolkung« oder »Untergang des Abendlandes« Politik machen und sie zu Feindbildern verdichten kann.

Daraus entstehen dann, ohne dass man dies z.B. den Köpfen der AfD juristisch zurechnen kann, wiederum Legitimationsbrücken zur nächsten Schicht, einem Milieu, das wir als *systemfeindlich* bezeichnen. Hierzu zählen rechtsextreme Kleinstparteien wie Die Rechte oder die NPD, vor allem aber der bewegungsförmige Rechtsextremismus einschließlich neonazistischer Kameradschaften, die in der Regel mit massiven Bedrohungen und mit Gewalt hantieren; nicht unbedingt mit einem ausdrücklichen Vernichtungswillen, wie das Rechtsterrorist:innen tun, allerdings mit handgreiflicher Gewalt gegen Andersdenkende und Minderheiten. So kann etwa der massive Anstieg rechtsextremistischer Gewalt in den Jahren 2015 und 2016, als insbesondere die AfD oder auch PEGIDA öffentlichkeitswirksam gegen die Zuwanderung geflüchteter Menschen agitierten, als Hinweis auf einen solchen Zusammenhang gelesen werden.

Die vierte, zahlenmäßig wiederum kleinere Schicht bildet das *klandestine rechtsterroristische Planungs- und Unterstützungsmilieu*, zu dem beispielsweise Combat 18 als militanter Arm des Blood-&-Honour-Netzwerks gerechnet werden kann. Gemäß der Logik des Eskalationskontinuums ist das rechtsterroristische Planungs- und Unterstützungsmilieu im Vergleich zum systemfeindlichen Milieu noch einmal deutlich radikalisiert. Man fantasiert über oder plant rechtsterroristische Vernichtungstaten insbesondere gegen Menschen jüdischen Glaubens und Muslim:innen, weil mit ihnen »die Bedrohung des deutschen Volks« verbunden wird, zum Teil noch bestärkt und legitimiert durch Verschwörungsideologien. Dazu errichtet das klandestine Planungs- und Unterstützungsmilieu keine zusätzlichen Legitimationsbrücken, sondern konzentriert sich vielmehr auf »Brü-

cken zur Tat«. Ohne die Unterstützung Dritter hätte der NSU beispielsweise nicht in den Untergrund abtauchen und die Morde begehen können.

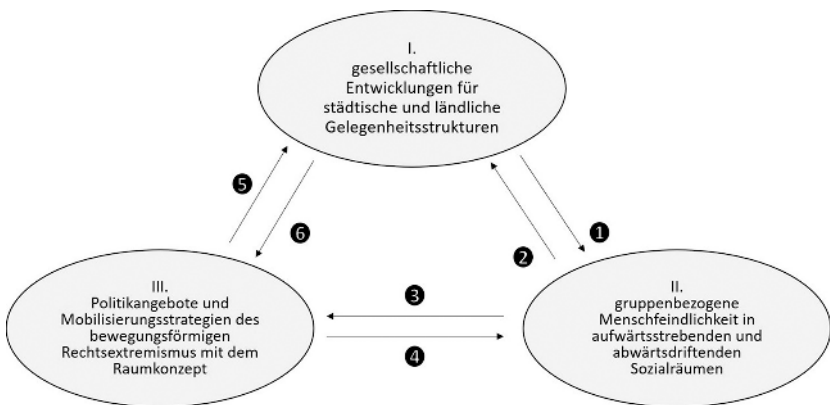
Den Kern des Eskalationskontinuums bilden schließlich *gruppenorientierte bzw. individuell agierende terroristische Vernichtungsakteure*. Legitimiert sehen sich diese durch eine Mischung aus Ideologien der Ungleichwertigkeit, Verschwörungs-ideologien und Feindbildern, die sich von innen nach außen bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft zurückverfolgen lassen.

Im Modell werden also einerseits verschiedene Ausschnitte des rechten Spektrums unterschieden, andererseits wird der Blick jedoch auf die *rechten Bedrohungsallianzen* als gesellschaftliches Problem gelenkt, die über die Ideologie der Ungleichwertigkeit als Kern der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit miteinander verbunden sind. Dabei nimmt die zahlenmäßige Größe der Milieus von außen nach innen ab, während die Radikalität, mit der Ideologien der Ungleichwertigkeit vertreten werden, und die Klandestinität sowie die Akzeptanz von und Bereitschaft zu (im Extremfall terroristischer) Gewalt von außen nach innen steigt. Gleichzeitig werden die inneren Schichten von den äußeren mit Legitimität versorgt. So beeinflussen die Akteure der äußersten Schicht auch die Akteure der weiteren Schichten.

Unter rechten Bedrohungsallianzen werden folglich keine formalisierten Vereinbarungen, sondern Übergänge und Verbindungen durch Legitimationsbrücken verstanden, die die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie von innen heraus bedrohen (Heitmeyer et al. 2020: 18ff.).

Um nun die Wechselwirkungen der Akteure in verschiedenen Kontexten sichtbar zu machen, ist unseres Erachtens vor allem ein soziologisches Modell der Interaktionsanalyse hilfreich. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die wesentlichen Prozesszusammenhänge.

Abb. 2: Prozesszusammenhänge in sozialräumlichen Kontexten, Quelle: Heitmeyer 2011: 24



Prozess 1: Gesellschaftliche Entwicklungen erzeugen städtische bzw. stadtteilbezogene und ländliche Lebensbedingungen, die im Zusammenhang mit (Des-)Integrationsdynamiken zur Entstehung gruppenbezogen-menschenfeindlicher Einstellungen beitragen können.

Prozess 2: Menschenfeindliche Mentalitäten verändern das soziale Klima und die demokratische Kultur in Städten und Gemeinden und stellen spezifische Gelegenheitsstrukturen für politische Aktivitäten dar (Petzke et al. 2007; Marth et al. 2010; Grau et al. 2012).

Prozess 3: Gleichzeitig schaffen gruppenbezogen-menschenfeindliche Einstellungen in Teilen der Bevölkerung Legitimationen und Anreize für den bewegungsförmigen Rechtsextremismus und den autoritären Nationalradikalismus.

Prozess 4: Dieses politische Spektrum unterbreitet je nach den spezifischen Gelegenheitsstrukturen in den jeweiligen Sozialräumen sein politisches Deutungs- und Aktionsangebot.

Prozess 5: Gleichzeitig skandalisieren die Akteure aus diesem Spektrum Themen wie Desintegration oder Flüchtlingsbewegungen und kritisieren die politischen Eliten, um sich zum eigentlichen Fürsprecher der nicht wahrgenommenen Bürger:innen zu stilisieren.

Prozess 6: Staatliche Akteure greifen unter anderem mit repressiven Mitteln dort ein, wo es zu Grenzüberschreitungen wie Bedrohungen oder Gewalt kommt. Wenn Politik und Zivilgesellschaft jedoch zulassen, dass menschenfeindliche Einstellungen und Aktionen sich normalisieren oder gar eskalieren, kann dies wiederum eine Belebung des rechtsextremen Spektrums nach sich ziehen.

Hinzu kommt, dass der moderne Rechtsextremismus explizit als »Raumordnungsbewegung« (Wagner 2008: 15) gesehen werden muss. Damit ist gemeint, dass in unterschiedlichen städtischen und ländlichen Gelegenheitsstrukturen angezielte »Raumgewinne« genutzt werden, um zu Machtgewinnen und Normalisierungen ihrer Positionen zu kommen.

Für die Analyse der oben genannten Sozialräume wurden dabei insbesondere die ersten drei »Zwiebelschichten« des Eskalationskontinuums in den Blick genommen (vgl. Abb. 1). Diese basieren zum einen auf problemzentrierten Interviews mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren wie der Polizei, dem Staatsschutz und/oder der Justiz. Zum anderen konnten vereinzelt auch aktive und ehemalige Akteure des rechtsextremen Spektrums für leitfadengestützte Interviews gewonnen werden, sodass das Sample insgesamt 69 Interviews um-

fasst. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Untersuchung war die teilnehmende Beobachtung in den Untersuchungsräumen. Wichtige Kriterien der Beobachtung waren hier vor allem die von den verschiedenen Gruppen verwendeten Symbole, Slogans, Zeichenarsenale und Parolen sowie die konkreten Interaktionen vor Ort, etwa im Umgang mit politischen Gegner:innen, der Polizei oder Medienvertreter:innen. Parallel dazu wurde eine Medienanalyse der Internetaktivitäten der rechtsextremen Gruppen in den ausgewählten Orten durchgeführt.

3. Raumordnungskämpfe in großstädtischen und ländlich-kleinstädtischen Sozialräumen

Der Kampf um Räume gehört seit jeher zum Kernbestand rechtsextremer Bewegungen und Parteien. Es geht dabei um ganz unterschiedliche Aktivitäten. Zur Analyse der Daten ziehen wir daher ein vierstufiges Raumkonzept heran (Heitmeyer 1999), das zwischen vier grundlegenden Machtansprüchen unterscheidet, die sukzessive auf sozialräumliche »Landnahmen« abzielen. Wesentlich ist, dass immer auch andere Akteure – im Sinne des Interaktionsmodells (vgl. Abb. 2) – beteiligt sind, die die Machtansprüche in den sozialen Räumen maßgeblich schwächen oder stärken können. In Tabelle 1 sind die zentralen Kategorien zur Analyse und Interpretation der empirischen Befunde dargestellt.

Tab. 1: Kriterien des Raumkampfes, Quelle: Heitmeyer et al. 2020: 198

Raumordnungsgewinne	mögliche Handlungen	Wirkung auf Nicht-Rechtsextreme und Raumordnung
Provokationsgewinne	Plakataktionen Sprühereien öffentliche Kurzauftritte Verteilungsaktionen Tabubrüche Grenzüberschreitungen	Aufmerksamkeit Empörung Abscheu Sensibilisierung
Räumungsgewinne	Gewalt gegen Angehörige markierter Gruppen raumorientierte Manifestationen Verkündung des Raumkampfes Konzentration auf bestimmte Orte	Angst und Einschüchterung Opfererfahrungen Verunsicherung Suche nach Hilfe

Raumgewinne	Demonstration des Raumgewinns weitere Gewalt gegen Angehörige markierter Gruppen Verächtlichmachung der Unterlegenen	Vertreibung von Orten Ausweichen von Orten (Umgehungsstrategien) Kenntnis von Treffpunkten
Normalisierungsgewinne	öffentliches Auftreten Rückgang von Gewalt	Akzeptanz kein Diskurs mehr (Schweigen)

Auf der ersten Stufe stehen zumeist Aktivitäten, die auf *Provokationsgewinne* abzielen. Neben Sprühereien, Aufkleberaktionen und öffentlichen Auftritten in Form von sprachlichen Provokationen konnten in den von uns in 2015 bis 2017 untersuchten Sozialräumen vor allem symbolträchtige Aktionen, wie die Besetzung des Brandenburger Tors im Jahr 2016 durch Aktivist:innen der »Identitären Bewegung«, antisemitische Einschüchterungsversuche, wie die Anfrage nach der Anzahl der in Dortmund lebenden Menschen jüdischen Glaubens von der Partei Die Rechte im Dortmunder Stadtrat, sowie unverhohlene Drohungen wie »Wir hängen nicht nur Plakate« beobachtet werden. Auch die Besetzung des Turms der Dortmunder Reinoldi-Kirche im Dezember 2016 zählt hierzu. Den klassischen Medien kommt hierbei eine wesentliche Verstärkerfunktion zu; sie verschaffen den Gruppierungen Aufmerksamkeit und Resonanz.

Räumungsgewinne, die zweite Stufe des Raumordnungskonzepts, sind gegeben, wenn Gegenakteure gezielt eingeschüchert und von bestimmten Orten verdrängt werden. Im Interaktionsverhältnis ist dabei entscheidend, wie die lokale Politik reagiert. Duldet und verharmlost sie entsprechende Aktionen, kann dies weitere Eskalationsschleifen stimulieren. Eine niedrige Kontrolldichte seitens der Polizei wirkt ebenfalls förderlich.

Entsprechende Einschüchterungsversuche bis hin zu gewalttätigen Übergriffen konnten wir für alle Sozialräume beobachten. So kam es zum Zeitpunkt der Untersuchung sowohl in den großstädtischen als auch in den ländlich-kleinstädtischen Sozialräumen wiederholt zu Angriffen gegenüber geflüchteten sowie linksalternativen und antifaschistisch organisierten Personen. Auch wurden insbesondere Standbetreiber:innen der SPD und der Partei DIE LINKE wiederholt bedroht, diffamiert und fotografiert. Weiterhin bedroht und eingeschüchert wurden Anwohner:innen, die rechte Aufkleber entfernten, auch wurden wiederholt Veranstaltungen gestört, vor allem solche, die sich für Geflüchtete einsetzten oder über rechte Strukturen vor Ort informierten.

Zu dieser Strategie gehören auch große Aufmärsche einschließlich bedrohlicher »schwarzer Blöcke«. So veranstaltete beispielsweise die neonazistische Kleinstpartei Der Dritte Weg am 1. Mai 2015 in Saalfeld unter dem Motto »Arbeit – Zukunft – Heimat/Überfremdung stoppen! Kapitalismus zerschlagen! Volkstod abwenden« einen Demonstrationzug, an dem sich nach Polizeiangaben

circa 600 Personen beteiligten. Am Tag der Demonstration bewegte sich dabei eine Personengruppe von etwa 80 schwarz gekleideten Neonazis ohne Polizeibegleitung auf dem Weg vom Bahnhof Richtung Innenstadt und griff auf der Höhe des Marktplatzes zwei junge Männer und eine junge Frau schwer an.⁴ Solche Räumungsgewinne sind zwar zeitlich begrenzt, gleichzeitig geht von ihnen aber ein erhebliches Bedrohungspotenzial aus. Dies zeigte sich auch im Oktober 2014, als die Gruppe »Hooligans gegen Salafisten« (HoGeSa) in Köln zwischen 3.000 und 5.000 Teilnehmende mobilisierte. Die Demonstration mündete in eine Straßenschlacht mit der Polizei. Auch mit der Chemnitzer Kundgebung im August 2018, zu der rechtsextreme Hooligans aufgerufen hatten, sollten Räumungsgewinne erzielt werden.

Häufiger als Großdemonstrationen wurden jedoch kleinere Demonstrationen mit oft deutlich weniger als 100 Teilnehmer:innen realisiert, die insbesondere in Dortmund genutzt wurden, um den Raumkampf in weitere Stadtbezirke zu tragen. Überregionale Resonanz erzeugte in Dortmund insbesondere auch eine Reihe von Todesanzeigen, die im Februar 2015 über ein mittlerweile gelöschtes Twitter-Konto verbreitet wurden und sich gegen Mitglieder der Piratenpartei, der LINKEN, der Jungsozialisten, des Bündnisses Dortmund gegen Rechts (BDgR) sowie Journalist:innen der Ruhrzeitung und zwei Weblogs richteten, die regelmäßig über den Rechtsextremismus in Dortmund informieren. Allerdings konnte die Urheberchaft dieser Morddrohungen bislang ebenso wenig geklärt werden wie die Farbbeutelanschläge und Hakenkreuzschmierereien an den Häusern einiger der Personen, die auch in den Todesanzeigen namentlich genannt wurden.

Auch in Berlin-Neukölln kam es während des Untersuchungszeitraums zu einer Serie von rechtsextremen Übergriffen. Dabei wurden ebenfalls Drohungen gezielt an ausgewählte Hauswände und in Treppenhäuser gesprüht, Scheiben eingeworfen und Autos angezündet. Betroffen waren neben demokratischen Kommunalpolitiker:innen und Gewerbetreibenden vor allem Menschen, die sich außerhalb der Parlamente in verschiedenen Kontexten gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren. Ebenso wie in Dortmund wurden diese Angriffe durch Veröffentlichungen auf einer von Neuköllner Rechtsextremen betriebenen Facebook-Seite begleitet. Dort wurde im August 2016 neben einer Liste von Flüchtlingsunterkünften im Bezirk auch eine Karte mit Adressen linker Vereine, Parteien und Trefforte mit der Aufschrift »Neukölln wehrt sich gegen Linksextreme« veröffentlicht.⁵

4 Siehe z.B. auch <https://ezra.de/prozessauftakt-zu-neonazi-angriffen-am-1-mai-2015-in-saalfeld-pfefferspray-attacke-auf-solidarita%CC%88tskundgebung-vor-amtsgericht-rudolstadt/>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

5 Siehe auch <https://rechtsaussen.berlin/2017/06/einschuechterung-als-strategie/>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

Bei *Raumgewinnen*, die auf Dauer gestellt sind, ist ein differenzierteres Bild zu zeichnen. Im Fall der Dortmunder Szene ist es gelungen, ein Stadtviertel deutlich zu kennzeichnen. Einerseits durch die räumliche Konzentration verschiedener rechtsextremer Wohnprojekte, andererseits über symbolische Markierungen durch unzählige Aufkleber, Sprühereien und großformatige Graffiti, denen mit Reinigungsaktionen allein nicht beizukommen war und ist, weil sie zeitnah wiederhergestellt wurden und werden. »Dorstfeld ist unser Kiez!«, lautet etwa ein Slogan, der in Dortmund-Dorstfeld zahlreiche Häuserwände ziert. Auch stehen den rechtsextremen Akteuren seit 2016 die Räumlichkeiten einer ehemaligen Wirtschaft für Kameradschaftsabende, Parteiversammlungen, Fortbildungen, Vortragsabende und kleinere Konzerte zur Verfügung. Zudem kam es während des Untersuchungszeitraums wiederholt zu persönlichen Bedrohungen, wenn politische Gegner:innen sich in die beanspruchten Straßenzüge begaben. So bot einer unserer Interviewpartner:innen eine gemeinsame Besichtigung Dorstfelds an, hätte zu unserem Schutz allerdings Polizeischutz angefordert. Auch wurde in der Vergangenheit eine Familie so lange bedroht, bis sie die Stadt verließ.

Zwar gibt es auch in Berlin einzelne Räume (z.B. Kneipen, Läden oder auch öffentliche Plätze), die vorrangig von rechtsextremen Akteuren aufgesucht und von anderen Bewohner:innen weitgehend gemieden werden. Insgesamt kann in Berlin zum Zeitpunkt der Untersuchung jedoch nicht von vergleichbaren Raumgewinnen wie in Dortmund-Dorstfeld gesprochen werden. Wie groß der Druck auf die Berliner Szene mittlerweile geworden ist, verdeutlicht auch die Tatsache, dass es für die Berliner Aktivist:innen im Unterschied zu ihren Dortmunder Gesinnungsgenos:innen immer schwerer wurde, Immobilien als feste Trefforte zu etablieren und diese langfristig zu halten.

Doch ebenso wie in Berlin sind auch der zivilgesellschaftliche Gegenwind und der Druck vonseiten der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden in Dortmund sehr hoch. Beides hinterließ in den letzten Jahren offenbar Spuren. Nach Jahren verschärfter Ermittlungen sei »die Dortmunder Neonazi-Szene [...] spürbar geschwächt«, so Polizeipräsident Gregor Lange in der Süddeutschen Zeitung im März 2021 (Wernicke 2021). Zur Begründung verwies Lange darauf, dass die Zahl rechtsextremer Machtansprüche auf der Straße zurückgegangen sei. Fackelzüge vor Flüchtlingsheimen wie noch im Jahr 2015 oder Demonstrationen mit Nazi-Sprüchen würden inzwischen vorab von Gerichten verboten – oder bei Verstößen von der Polizei aufgelöst und strafrechtlich verfolgt (ebd.). Auch politisch hätte das systemfeindliche rechtsextreme Milieu, das sich in Dortmund in erster Linie um die Partei Die Rechte gruppiert, gegenüber 2014 mehr als ein Drittel ihrer Wähler:innenstimmen verloren. Dies sei vor allem ein Erfolg der Dortmunder Zivilgesellschaft (ebd.). Nicht zuletzt dürfte auch der Wegzug einzelner Führungspersonen, insbesondere der Partei Die Rechte, zur gegenwärtigen Schwächung der Dortmunder Szene beigetragen haben. Ein Großteil der

Dortmunder Neonazis wird jedoch weiterhin als überaus gewaltbereit eingestuft (Brekenkamp 2021).

Im Falle des ländlich-kleinstädtischen Kontextes in Kahla und Saalfeld sind es hingegen die negativen Effekte der Verdrängungsprozesse in den ländlichen Raum, indem die »entleerten« Räume für überzeugte Aktivist:innen neue Attraktivität entfalten und sie dort eine eigene lokale Deutungshoheit entwickeln konnten. Während es Saalfeld dabei gelungen ist, entsprechende Entwicklungen umzukehren (siehe auch Strobl et al. 2003; Quent/Schulz 2015), betrachten rechts-extreme Akteure Kahla als ihre Stadt und treten entsprechend selbstbewusst und feindselig auf. Angehörige markierter Gruppen können sich dort kaum noch frei bewegen. So wurde etwa der Demokratieladen in Kahla, der im April 2013 anlässlich des geplanten »Tags der nationalen Jugend« in der Innenstadt eingerichtet wurde, wiederholt Ziel von Anschlägen. Im Interview erzählte uns ein rechtsextremer Jugendlicher aus Jena zudem, dass er seine Freizeit lieber mit Freunden in Kahla verbringe, weil er sich dort frei bewegen könne, während er in Jena wegen seiner (rechtsextremen) Kleidung Anfeindungen ausgesetzt sei.

Solche *Normalisierungsgewinne* lassen sich in urbanen Kontexten derzeit kaum realisieren. Gerade in großen Städten stellt sich eine aktive Zivilgesellschaft entsprechenden Versuchen entschlossen entgegen. Im kleinen Kahla wiederum zeigt sich, dass sich Normalisierungsgewinne einstellen, wenn solche Raumgewinne ohne demokratische Gegenwehr vorangetrieben und nicht mehr hinterfragt werden. Den ohnehin schwach aufgestellten zivilgesellschaftlichen Akteuren fehlt der Rückhalt durch die lokale Politik. Im Kommunalwahlkampf 2014 trat die CDU gar mit einem Kandidaten an, der offen mit zwei stadtbekanntem Neonazis sympathisierte. Hier sind dann vor allem die Einstellungsmuster in der Bevölkerung von Bedeutung: Einerseits kann das Ausbleiben von Protest als stille Zustimmung einer »schweigenden Mehrheit« gedeutet werden und stärkt auf diese Weise das Selbstvertrauen rechtsextremer Akteure. Andererseits motiviert Widerrede zur Gegenwehr. Wer sich gegen den grassierenden Rechtsextremismus äußert, gilt als »Nestbeschmutzer« und wird von Akteuren des systemfeindlichen Milieus eingeschüchtert, zum Schweigen gebracht oder aus der Stadt vertrieben. In allen vier Phasen eskalierender Raumkämpfe kommt es also immer auch darauf an, dass zivilgesellschaftliche, politische und staatliche Akteure Verantwortung übernehmen.

Vor diesem Hintergrund sollen im nächsten Schritt anhand der vergleichenden Analyse der städtischen Zentren und ländlich-kleinstädtischen Sozialräume die begünstigenden und hemmenden Gelegenheitsstrukturen näher bestimmt und herausgearbeitet werden.

4. Begünstigende und hemmende Gelegenheitsstrukturen in städtischen Zentren und ländlich-kleinstädtischen Sozialräumen

Wie die Ergebnisse der Sozialraumanalysen zeigen, speisen sich die Chancen der Mobilisierung, Ausbreitung und Verankerung rechter Bedrohungsallianzen in großstädtischen und ländlich-kleinstädtischen Sozialräumen aus grundsätzlich unterschiedlichen Konstellationen. So ist der ländliche Raum in seiner sozialstrukturellen Struktur z.B. der Berufsgruppen, der Vereine, der alltäglichen Interaktionen und vor allem der persönlichen Bekanntschaften und Beziehungen anders angelegt als die städtischen Kontexte, die deutlicher von Anonymität statt von Intimität geprägt sind (Heitmeyer 2014: 35). Zugleich bewirkt die demografische Entwicklung, dass sich ländliche und dörfliche Infrastrukturen einschließlich der Kleinstädte, die nicht im Umfeld von Metropolen liegen, massiv verändern (Dünkel et al. 2014: 297f.). So sehen sich Räume wie Kahla und Saalfeld seit einigen Jahren mit den unmittelbaren Folgen von Geburtenrückgang, Überalterung und Wanderungsverlusten konfrontiert (vgl. z.B. BBSR 2015). Damit einher geht oft auch ein Rückbau von Institutionen der Daseinsvorsorge. Ärztliche Praxen, Schulen, Kindergärten, Freizeitmöglichkeiten und Läden schließen (vgl. auch Neu 2014: 117). Zudem sind in ländlichen Räumen am Abend und am Wochenende kaum noch Busse unterwegs (ebd.). Wer die Kultur- und Freizeitangebote der nahen (Klein-)Städte wahrnehmen möchte, ist auf ein eigenes Fahrzeug oder die Fahrbereitschaft von Bekannten oder Eltern angewiesen. Zudem führt das ökonomische »Abdriften« von Regionen zum Verlust qualifizierter Menschen, insbesondere junger Frauen, die dann fehlen, um lokale Betriebe oder das Vereins- und Freizeitleben zu übernehmen. Auch eine aktuelle Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) zeigt, »dass die AfD dort erfolgreich ist, wo der Anteil der weiblichen Bevölkerung sinkt. Das ist ein Befund, der sich auch mit den Wahlanalysen auf Individualebene deckt, die unter Männern eine deutlich höhere AfD-Affinität als unter Frauen feststellen« (Richter et al. 2019: 7). Insofern gilt es aufmerksam zu verfolgen, ob es dem rechten Spektrum in ländlich-kleinstädtischen Gebieten gelingt, zivilgesellschaftliche Institutionen zu unterwandern. Gleiches gilt für die Lücken, die durch die zum Teil fehlende Präsenz der großen demokratischen Parteien entstehen. Hier nutzen Rechtsextreme vielerorts die Gelegenheit, sich als erfolgreiche »Kümmerer«, als die vermeintlich Einzigen, die sich den Problemen der verbliebenen Bevölkerung annehmen, zu präsentieren (Grau/Heitmeyer 2013; Quent 2014: 50).

Solche Möglichkeiten sind in verdichteten und großstädtischen Räumen vergleichsweise gering. Dort werden sie weitestgehend von antifaschistischen und aufmerksamen zivilgesellschaftlichen Gruppen aus dem öffentlichen Raum verdrängt und stark eingeschränkt. Selbst in Dortmund-Dorstfeld wehrt sich, wie

dargestellt, eine sehr aktive Zivilgesellschaft gegen »die Vereinnahmung ihres Stadtteils durch Rechtsextreme« (Back-Up – ComeBack 2018: 11). Trotz ihrer starken Präsenz im Stadtbild kann deshalb nicht von einer »Integration des Rechtsextremismus ins Gemeinwesen« (Borstel 2009: 68) die Rede sein.

Gleichwohl gelang es der Partei Die Rechte lange Zeit, Aktivist:innen verschiedener Strömungen und Generationen zumindest anlassbezogen zu vereinen. Auch zeigte sich die rechtsextreme Szene in Dortmund äußerst anpassungs- und wandlungsfähig. Nach dem Verbot der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) in 1995 wurde auf das Organisationsformat der sogenannten »Freien Kameradschaften« umgestellt, nach dem Verbot des »Nationalen Widerstands Dortmund« (NDWO) in 2012 retteten sich die Aktivist:innen wieder unter das schützende Dach des Parteiengesetzes und gründeten nur wenige Wochen nach dem Verbot dieser Organisation einen Kreisverband der Partei Die Rechte. Die »Flucht« unter das Parteidach sollte den Aktivist:innen einerseits als Schutz vor weiteren Repressionsmaßnahmen dienen (Schulze 2017: 465), andererseits ermöglichen die Parteienprivilegien – bei entsprechendem Zuspruch der Wähler:innen – eine staatliche Teilfinanzierung sowie größere Partizipationsmöglichkeiten bezüglich politischer Entscheidungsprozesse.

Weiterhin zeigt die Szene in Dortmund ein ausgesprochenes Organisations-talent. So gelang es ihr über Jahre, große Demonstrationen mit mehr als 1.000 Teilnehmer:innen auf die Beine zu stellen. Mit dem »Dortmundecho« und der Website des Bundesverbandes verfügt Die Rechte zudem über zwei Internetportale, die – neben einem Twitter- und Facebook-Account – die Parteiaktivitäten sowie lokalpolitische Ereignisse in einer vergleichsweise hohen Publikationsfrequenz dokumentieren. Weiterhin gelang es ihnen, ihre Aktivitäten im Internet erfolgreich an ihre Aktivitäten im realen Raum zu koppeln. Möglich wurde dies zum einen, weil die Stadt das Problem lange Zeit nicht ernst genommen hat. Zum anderen gelang es, fähige Aktivist:innen aus dem gesamten Bundesgebiet ins Ruhrgebiet zu locken. Außerdem wissen sich die führenden Dortmunder Akteure juristisch zur Wehr zu setzen, weil sie entweder entsprechend ausgebildet sind oder von Anwalt:innen unterstützt werden.

Trotz der vergleichsweisen guten Anbindung an den öffentlichen Nah- und Fernverkehr stellt sich in Berlin die Situation bei grundsätzlich ähnlichen Gelegenheitsstrukturen anders dar. Stadtteilübergreifende Aktivitäten wie in Dortmund gibt es nicht. Die Aktionen bleiben weitgehend bezirks- bzw. kiezbezogen. Die verschiedenen aktuellen Aktionsgruppen in Anlehnung an die ehemaligen Berliner AN bzw. den »Nationalen Widerstand Berlin« (NW-Berlin) haben in der Regel nur kurzzeitig Bestand. Heimatlos gewordene Aktivist:innen werden dann in das als »Freie Kräfte« bezeichnete Netzwerk integriert oder von parteipolitischen Gruppen aufgesogen, die überwiegend im Ostteil der Stadt tätig sind. Dabei haben sowohl die zivilgesellschaftliche Aufmerksamkeit als auch die nach

der Aufdeckung der NSU-Morde nicht mehr zögerliche Beobachtung und Repression durch staatliche Behörden dazu beigetragen, dass es seit der Indizierung von NW-Berlin nicht mehr gelungen ist, eine vergleichbare Internetplattform ins Leben zu rufen. Gleichwohl ist Berlin nach wie vor ein attraktiver Aufmarschort, allerdings vorrangig für auswärtige Rechtsextreme.

Die Akteure des klassischen Berliner Rechtsextremismus schafften es hingegen nicht, ihren Niedergang aufzuhalten. Dies betrifft vor allem die Berliner NPD, trotz ihrer starken personellen Überschneidung mit der Berliner Kameradschaftsszene. Gleichzeitig zeigen die kurzfristigen Erfolge sowie der Zuspruch zu einzelnen Veranstaltungen, dass das rechtsextreme Milieu in Berlin punktuell immer noch über ein enormes Mobilisierungspotenzial verfügt. So reisten zum Rudolf-Heß-Gedenkmarsch 2017 rund 1.000 Rechtsextreme aus Deutschland und dem näheren europäischen Ausland an (Berliner BMI/VSB 2019: 120). Blockaden der Zivilgesellschaft verhinderten allerdings einen reibungslosen Verlauf. Generell ist die Gegenöffentlichkeit in Berlin stark ausgeprägt. Sie besteht aus einem breiten Aktionsbündnis, zu dem die Stadt Berlin ebenso gehört wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Kultureinrichtungen, Schulen sowie zivilgesellschaftliche und antifaschistische Gruppen. Auch im Berliner Abgeordnetenhaus sowie in den Bezirksvertretungen stoßen rechtsextreme wie autoritäre und nationalradikale Positionen weitestgehend auf Ablehnung und Widerstand. Gleichwohl wurde wiederholt kritisiert, dass die Berliner Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden lange Zeit nicht konsequent gegen die Mitglieder des NW-Berlin vorgegangen wären und auf diese Weise zum Erstarken rechtsextremer Strukturen in einzelnen Stadtteilen Berlins beigetragen hätten.

Auch ist die Gewaltbereitschaft der Berliner Akteure nach wie vor hoch. Allein von 2016 bis 2019 wurden in Berlin-Neukölln mehr als 55 rechtsmotivierte Anschläge verübt, darunter 16 Brandanschläge. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stieg in Berlin innerhalb kurzer Zeit um 20 Prozent – von 128 Fällen im Jahr 2018 auf 153 Fälle im Jahr darauf (Betschka 2020).

In ländlich-kleinstädtischen Kontexten sehen die Gelegenheitsstrukturen anders aus. Dort geht es nicht um Masse, sondern um die Intensität von Beziehungen und die Möglichkeiten des direkten Kontakts. Gleichzeitig herrschen dort aber auch andere Formen der Vergemeinschaftung und sozialen Kontrolle vor. Damit ist oftmals auch eine geringere Bereitschaft verbunden, Konflikte innerhalb des Gemeinwesens zu thematisieren. Denn je enger und homogener die Bekanntschaften und Netzwerke sind, desto höher ist auch der Anpassungsdruck. Dies hindert lokale Eliten wie Bürgermeister:innen oftmals daran, eindeutig Position zu beziehen. »Wir waren ein kleiner Kreis im Stadtrat, der versucht hat, das Problem Rechtsextremismus anzugehen«, berichtet die ehemalige Bürgermeisterin von Kahla, »aber niemand in Kahla will Position beziehen. Das Problem

wird weggedrückt und verharmlost« (Langer 2018). In Kahla kam es so zu einer Normalisierung rechtsextremer Strukturen.

Quent und Schulz (2015) kommen zu einem ähnlichen Ergebnis. Auch ihre lokalen Fallstudien zeigen: In Jena hat ein zivilgesellschaftliches und städtisches Engagement gegen rechts dazu geführt, dass führende Rechtsextreme ihren Wohnsitz und ihre Aktivitäten ins benachbarte Kahla verlagert haben. Dort konnten die Rechtsextremist:innen 2011 ein Haus – die sogenannte Burg 19 – in der Innenstadt erwerben. »Die Annahme, dort auf mehr Sympathie und Zuspruch zu stoßen«, betont auch der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, »dürfte dabei ebenso maßgeblich [gewesen] sein wie die Vorstellung, hier unbehelligt agieren zu können« (Langer 2018).

Auch für Saalfeld konnte im Rahmen unserer Untersuchung eine Verlagerung rechtsextremer Aktivitäten in das ländliche Umfeld Saalfelds beobachtet werden (vgl. auch Quent/Schulz 2015: 41ff.). Viele Probleme, die in Saalfeld in den 1990er-Jahren und um die Jahrtausendwende zu beobachten waren (Strobl et al. 2003), beschäftigen nun umliegende Gemeinden, wo u.a. neue Gelegenheitsstrukturen durch billigen, weil leerstehenden Wohnungsbestand entstanden sind. In Saalfeld hat sich hingegen ein breites zivilgesellschaftliches Engagement herausgebildet. Auch fanden in den letzten Jahren zahlreiche Aktionen statt, um zu verhindern, dass rechte Akteure erneut Wirkungsmacht entfalten können.

Gleichzeitig steht Saalfeld jedoch wie Kahla vor der Herausforderung, trotz kommunaler Finanznot den staatlichen Einfluss aufrechtzuerhalten und präventiv gegen rechtsextreme Tendenzen vorzugehen, indem beispielsweise Angebote der Jugendarbeit bereitgestellt werden (siehe auch Quent/Schulz 2015: 52ff., 156). Allerdings könnte sich die Idee der sogenannten »selbstverwalteten Jugendzentren«, die uns in den Interviews begegnet ist, gerade in den umliegenden Gemeinden als eher kontraproduktiv erweisen. Jugendliche haben dort oft kaum Abwechslung, und die Möglichkeiten bzw. Anreize für soziales Engagement sind gering. Dadurch bieten sich günstige Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Akteure.

Hinzu kommt ein vergleichsweise geringes Spektrum an subkulturellen Ausdrucksformen, weshalb insbesondere Jugendliche einem größeren Konformitätsdruck ausgesetzt sind. Sie passen sich vorhandenen Cliquenstrukturen an, weil sie Freundeskreise nicht einfach so wechseln können. Ein weiteres Problem in den Dörfern und kleinen Städten sind die Verharmlosung und Relativierung rechter Jugend- und Subkulturen, häufig einhergehend mit der Kriminalisierung linker Gegenkulturen. Dadurch wird die Wahrnehmung als politisches Problem verhindert und der Zeitpunkt für geeignete Gegenmaßnahmen verpasst. Aus beiden Faktoren kann sich eine feindselige Aufschaukelungsdynamik von Denk- und Handlungsmotiven entwickeln, die nicht allein Jugendliche betreffen müssen.

Auch zeigen die Wahlergebnisse der AfD in Kahla (27,1 % Erststimmen) und Saalfeld (25,6 % Erststimmen) ein erhebliches Potenzial für autoritär-national-

radikales Gedankengut. Allerdings konnte die AfD bei der Bundestagswahl 2017 auch in einzelnen Ostberliner Bezirken einen Stimmenanteil von über 20 % erzielen und verweist auch für Berlin auf ein durchaus vorhandenes rassistisches sowie fremden- bzw. muslimfeindliches Mobilisierungspotenzial.⁶

In den niedersächsischen Gemeinden Buchholz in der Nordheide und Tostedt zeigen sich noch einmal andere Gelegenheitsstrukturen. Beide Kleinstädte liegen im Einzugsbereich von Hamburg. Rechtsextreme Gruppen wie die Kameradschaft »Nationaler Widerstand Tostedt« oder »Gladiator Germania« hatten in den Orten durchaus eine Tradition, ihre Mitglieder waren in der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr oder in Sportvereinen aktiv. Die »Aktionsgruppe Nordheide« versuchte über eine Bürger:innenbewegung, Anschluss an das bürgerliche Lager zu finden, um insbesondere gegen die Unterbringung von Geflüchteten im Landkreis Harburg vorzugehen. Dabei sind die verschiedenen (Klein-)Gruppen zwar gut vernetzt, zugleich sind die internen Streitigkeiten jedoch so groß, dass sie nicht weiter expandieren. Hinzu kommen auch hier die anhaltende und zunehmende Distanzierung einer breiten Gegenöffentlichkeit sowie ein Strategiewechsel der Polizei. Auch wurde die hohe soziale Kontrolle in den ländlich-kleinstädtischen Strukturen genutzt, um die rechtsextremen Aktivist:innen aus ihrer Anonymität zu holen und sie aus dem öffentlichen Raum ins Private zurückzudrängen (Heitmeyer et al. 2020: 194).

Entscheidend ist also demnach weniger die Größe oder die geografische Lage als vielmehr die Konfliktfähigkeit von Stadtgesellschaften und Gemeinden. Wo Konflikte offensiv angegangen und ausgetragen werden, können rechte Bedrohungsallianzen nur schwer Fuß fassen und gedeihen. Wo hingegen die Sorge um das Image der Stadt oder der Wunsch nach Harmonie überwiegt, lassen sich Normalisierungsprozesse beobachten. Man müsse als Verwaltung die »Neutralität wahren«, heißt es dann etwa. Für vermeintlich Abweichende kann dies jedoch bedeuten, dass sie stigmatisiert, ausgeschlossen oder gar bedroht werden (siehe auch Dünkel/Geng 2014: 153f.).

Erschwerend kommt hinzu, dass in dörflichen Regionen institutionelle Kontrollen beispielsweise durch die Polizei kaum präsent sind. Schon aus strukturellen Gründen ist es in der Peripherie schwieriger, Straftaten frühzeitig zu registrieren oder Menschen vor möglichen Übergriffen zu schützen (siehe auch Heitmeyer 2014: 143f.). Oft fehlt es in den kleinstädtischen und ländlich dünn

6 Für die Bundestagswahl 2017 liegen die Ergebnisse für die Erst- und Zweitstimmen bislang nicht kleinräumig für Kahla und Saalfeld, sondern nur für den Wahlkreis Saalfeld-Rudolstadt – Saale-Holzland-Kreis – Saale-Orla-Kreis vor. Für die AfD betragen die Erststimmen 29,3 % bzw. 28,2 % für die Zweitstimmen. Im Vergleich mit anderen Wahlkreisen erreicht die AfD hier eines ihrer zehn besten Ergebnisse (<https://www.sueddeutsche.de/projekte/bundestagswahl-2017/saalfeld-rudolstadt-saale-holzland-kreis-saale-orkreis>, zuletzt geprüft am 26.10.2021).

besiedelten Siedlungsstrukturen auch an Wissen, Sensibilität, Netzwerken und finanziellen Mitteln, um angemessen gegen rechts vorzugehen. Zudem bestehen persönliche Verflechtungen mit Akteuren der rechtsextremen Szene. Man pflegt nachbarschaftliche Kontakte, unterstützt sich gegenseitig und ist eventuell schon gemeinsam zur Schule gegangen (vgl. auch Quent 2014: 50f.). Deshalb war es auch nicht überraschend, dass gerade in diesen Kontexten die Angriffe auf Flüchtlingsheime stattgefunden haben.

In der nachstehenden Tabelle sind noch einmal alle wesentlichen Gelegenheitsstrukturen für Raumeroberungen durch rechte Bedrohungsallianzen für großstädtische und ländlich-kleinstädtische Räume zusammengefasst und vergleichend dargestellt. Grundsätzlich wird zwischen vier wesentlichen Kategorien unterschieden: 1. Infrastrukturen, 2. Vergemeinschaftungen, 3. Institutionelle und informelle Kontrolle sowie 4. öffentliche Aufmerksamkeit und Kommunikation (siehe Tab. 2).

Tab. 2: Gelegenheitsstrukturen in großstädtischen und ländlich-kleinstädtischen Räumen, Quelle: Heitmeyer et al. 2020: 184ff.

Kategorien \ Räume	Ländlich-kleinstädtischer Raum	Großstädtischer Raum
<i>Infrastruktur</i>		
Verkehrsinfrastruktur	Einschränkung des öffentlichen Nahverkehrs/keine Fernverkehrsverbindung	Verfügbarkeit des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs (schnelle Aktivierungsmöglichkeit)
Versammlungsinfrastruktur (Gaststätten/Privateinrichtungen)	Schließung von Gaststätten/Übernahme von Gaststätten durch Rechts-extreme	generelle Verfügbarkeit öffentlicher Treffpunkte
politische Infrastruktur	fehlende Präsenz der großen, demokratischen Parteien vor Ort	generelle Verfügbarkeit (Parteibüros) und Präsenz der großen, demokratischen Parteien
<i>Vergemeinschaftungen</i>		
Homogenität/Heterogenität der Einstellungen	hohe Homogenität bei Einstellungen	hohe Heterogenität der Einwohner:innen
Einsickerungen in Vereinen (Sportvereine, Feuerwehr, Schützenvereine, Kitas etc.)	hohe Chancen durch Veralterung und Entleerung der Dörfer (fehlender Nachwuchs in Institutionen)	altersspezifische »Durchmischung«

Bekanntschaften (Nachbarschaften/»Alltagshilfen«)	große Chancen über Nachbarschaftshilfe (»Kümmerer«), Gegenseitigkeit	professionelle Hilfsstrukturen
Wechselchancen des Freundes-/Bekanntekreises	eher gering (außer Internet)	eher hoch
»Verschönerungen« des öffentlichen Raums	Dorfgemeinschaftsvereine	städtische Ämter/private Firmen
<i>Institutionelle und informelle Kontrolle</i>		
Kontrollstrukturen (Polizei)	Vergrößerung der Verwaltungsbezirke → Verringerung der Polizeistationen	schnellere Polizeikontrollen
Konformitätsdruck/Anonymität in den sozialen Kontakten	geringe Abweichungen vom dominierenden Verhalten (Ausschlussdrohungen)	Anonymität als »Schutz«
soziale Kontrolldichte (Wer spricht mit wem?)	hohe soziale Kontrolle (Jede:r kennt jede:n - und deren:dessen jeweilige Geschichte)	geringere soziale Kontrolle
<i>Öffentliche Aufmerksamkeit/Kommunikation</i>		
Ausdünnung der traditionellen Kommunikation (etwa über lokale Zeitungen)	keine/kaum Berichte über lokale Ereignisse (»alternative« Dorfblätter)	geringes Interesse im Nahraum
Demonstrationen: »Kritische Masse«	große Probleme für »kritische Masse« (Medienaufmerksamkeit)	geringe Probleme für »kritische Masse« (Medienpräsenz)
»Markierungen« des öffentlichen Raums (Spuckies, Graffiti, Wahlplakate etc.)	wenig Widerstand gegen die Markierungen	Kampf um die Anbringung, Beseitigung, konkurrierende Markierungen

5. Fazit und Ausblick

Mit dieser differenzierenden Darstellung sollte einerseits, wie eingangs erwähnt, vereinfachenden Gegenüberstellungen von Stadt und Land, Ost und West entgegengewirkt, andererseits aber zugleich die Bedeutung ländlich-kleinstädtischer Peripherien als Gelegenheitsstruktur rechter Bedrohungsallianzen deutlich gemacht werden. Zwar dominieren in den meisten Medien die Bilder von bedrohlich wirkenden *kurzzeitigen*, bestenfalls für wenige Stunden dauernden Aufmärschen, die zumeist in großen Städten wie Berlin stattfinden. Dies ist kalkulatorisch und logistisch effektiv, weil dort die medialen Resonanzerwartungen und die tatsächliche Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit am größten sind.

Aber die *langfristigen* politischen Sozialisationsprozesse als Voraussetzungen für die Normalisierungs- und Mobilisierungsgewinne finden mit den beschriebenen Mechanismen in den ländlich-kleinstädtischen und vor allem in den peripheren sozialgeografischen Räumen statt. Vor diesem Hintergrund ist auch die Warnung des Verfassungsschutzes vor Immobilienkäufen insbesondere in ländlichen ostdeutschen Gebieten zu verstehen. Hier ist insbesondere die dünnbesiedelte Siedlungsstruktur in Ostdeutschland zu erwähnen, die dieser Strategie entgegenkommt. Dort stehen ausreichend bezahlbare Häuser zur Verfügung. Zudem bieten sich dort beste Möglichkeiten, strategisch Ehrenämter zu besetzen und in die Gesellschaft vor Ort hineinzuwirken (Röpke/Speit 2019: 134). Zu dieser Strategie gehören auch die sogenannten »völkischen Siedlungsprojekte, die auf eine langfristige Beeinflussung der Alltagskultur ausgerichtet sind« (ebd.). Insbesondere das 50-Einwohner:innen-Dörfchen Jamel im Landkreis Nordwestmecklenburg gilt mittlerweile als fest in »völkischer Hand«. Insofern entscheiden dann die Einstellungsmuster in der Bevölkerung und öffentlich wahrnehmbare Gegenpositionen darüber, ob die rechtsextremen Gruppierungen weitere Mobilisierungspotenziale ausschöpfen können oder nicht.

Dies gilt u.E. auch in Zeiten, in denen sich neue Funktionsdifferenzierungen zwischen dem Agieren in den virtuellen Räumen mit den Möglichkeiten der sozialen Netzwerke und dem Agieren in den realen Räumen ergeben. Zwar bauen sich die Bedrohungen zunehmend über virtuelle Aktionsräume und soziale Netzwerke auf. Die physischen Gewaltdemonstrationen und -taten vollziehen sich jedoch unverändert im realen Raum.

Literatur

- Babka von Gostomski, Christian/Küpper, Beate/Heitmeyer, Wilhelm: »Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände*, Folge 5, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 102-128.
- BackUp – ComeBack (2018): *Alter Hass in neuen Kleidern* (2. erweiterte Auflage), Dortmund.
- Bescherer, Peter/Feustel; Robert/Schelenz, Laura/Sievi, Luzia (2018): *Urbaner Populismus? Das Gefahrenpotenzial der Stadtentwicklung*. PODESTA-Working Paper 1, August 2018, online verfügbar unter: <http://podesta-projekt.de/wp-content/uploads/2018/08/Urbaner-Populismus-WorkingPaper-1-Podesta-August-2018-web.pdf>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- Betschka, Julius (2020): »Rechtsextremistische Gewalt in Berlin steigt um 20 Prozent«, in: *Der Tagesspiegel* vom 22.02.2020, online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/innensenator-geisel-gibt-der-afd-eine-mitschuld->

rechtsextremistische-gewalt-steigt-in-berlin-um-20-prozent/25572912.html, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

- Borstel, Dierk (2009): »Geländegewinne? Versuch einer (Zwischen-)Bilanz rechts-extremer Erfolge und Misserfolge«, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden: Springer VS, S. 58-74.
- Brekenkamp, Lukas (2021): »Wieso bekannte Neonazis aus NRW plötzlich nach Ostdeutschland umziehen«, in: Neue Westfälische vom 11.06.2021, online verfügbar unter: https://www.nw.de/nachrichten/zwischen_weser_und_rhein/23028255_Wieso-bekannte-Neonazis-aus-NRW-ploetzlich-nach-Ostdeutschland-umziehen.html, zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2015): Wohnungsmarktprognose 2030, Bonn.
- Dünkel, Frieder/Geng, Bernd (2014): »Gewalt und Rechtsextremismus in ländlichen Räumen. Response zum Beitrag von Wilhelm Heitmeyer«, in: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hg.), Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden: Springer VS, S. 147-161.
- Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (2014): Ertrag und Folgerungen aus der Greifswalder Tagung »Think rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge«, in: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hg.), Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden: Springer VS, S. 297-308.
- Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2013): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim: Beltz Juventa.
- Grau, Andreas/Groß, Eva/Reinecke, Jost (2012): »Abgehängte Sozialräume. Die Bedeutung der Jugendarbeitslosigkeit für Orientierungslosigkeit und Fremdenfeindlichkeit«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin: Suhrkamp, S. 129-149.
- Heitmeyer, Wilhelm (2014): »Rechtsextremismus im ländlichen Raum«, in: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hg.), Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge, Wiesbaden: Springer VS, S. 131-146.
- (2011): »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Interaktionsprozesse im gesellschaftlichen Raum«, in: Robertson-von Trotha, Carolin Y. (Hg.), Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts »Mitte«, Baden-Baden: Nomos, S. 21-38.
- (2002): »Rechtsextremistische Gewalt«, in: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 501-546.

- (1999): »Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus – Zum Problem unzureichender Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen«, in: Kalb, Peter E./Sitte, Karin/Petry, Christian (Hg.), *Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?*, 5. Weinheimer Gespräche, Weinheim/Basel, S. 47-79.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): *Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II*, Berlin: Suhrkamp.
- Langer, Anette (2018): »Thüringens rechte Komfortzone«, in: *Der Spiegel* vom 21.07.2018, online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/kahla-wie-ein-ort-in-thueringen-zur-neonazi-hochburg-wurde-a-1217534.html>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- Marth, Julia/Grau, Andreas/Legge, Sandra (2010): »Fremdenfeindlichkeit: Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände*, Folge 9, Berlin: Suhrkamp, S. 61-81.
- Neu, Claudia (2014): »Ländliche Räume und Daseinsvorsorge – Bürgerschaftliches Engagement und Selbstaktivierung«, in: Dünkel, Frieder/Herbst, Michael/Schlegel, Thomas (Hg.), *Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge*, Wiesbaden: Springer VS, S. 117-124.
- Petzke, Martin/Endrikat, Kirsten/Kühnel, Steffen M. (2007): »Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände*, Folge 5, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 52-76.
- Quent, Mathias (2016): »Eine Frage des Milieus – Ist der Osten ein Hort der Rechten?«, in: *MILIEU* vom 15.05.2016, online verfügbar unter: <http://www.dasmili.eu/art/ist-der-osten-deutschlands-ein-hort-der-rechten>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- (2014): »Der ›Volkstod‹ und die Übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen«, in: *Berliner Debatte Initial* 25, 2014/1, S. 40-53.
- Quent, Mathias/Schulz, Peter (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*, Wiesbaden: Springer VS.
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Mathias (2019): *Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden*, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena 2019.
- Röpke, Andreas/Speit, Andreas (2019): *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*, Berlin: Ch. Links Verlag.
- Schultz, Tanjev (2018): *NSU. Der Terror von rechts und das Versagen des Staates*, München: Droemer HC.

- Schulze, Christoph (2017): Etikettenschwindel. Die Autonomen Nationalisten zwischen Pop und Antimoderne, Kommunikation & Kultur, Band 11, Baden-Baden: Tectum.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hg.) (2019): Verfassungsschutz Berlin. Bericht 2018, Berlin, März 2019, online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.
- Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana (2003): Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim/München: Juventa.
- Wagner, Bernd (2008): »Neuer Rechtsextremismus und ›kulturelle Subversion««, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 4/2008, S. 6-16.
- Wernicke, Christian (2021): »Sperrstunde im Nazi-Kiez«, in: Süddeutsche Zeitung vom 25.03.2021, online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/dortmund-polizei-neonazis-1.5247203>, zuletzt geprüft am 26.10.2021.

Umkämpftes Ortsverständnis

Eine Fallstudie zu Rechtspopulismus in Leipzig

Peter Bescherer

1. Einleitung

Für einen Großteil der Menschen ist das Politische zumeist nicht das Alltägliche. Politik (»Sonntagsreden«) oder Arbeit (»Werktag«) von der Sphäre des unmittelbaren Lebens zu trennen, ist jedoch verkehrt. Denn der Alltag hat große Bedeutung für politisches Denken. Damit er aber das Bestehende nicht zementiert, muss der Alltag in seiner Fraglosigkeit aufgebrochen und Distanz zu seinen Kategorien gefunden werden. Stadt und Land sind solche Kategorien, die – wie die Diskussion um den Rechtspopulismus zeigt – Alltagsplausibilität haben, zugleich aber den Blick auf den Alltag verstellen. Dieser Überlegung will ich hier nachgehen und im Rückgriff auf empirische Forschungen in Leipzig zeigen, dass der lokale Alltag beides ist: Teil des Rechtspopulismus und Teil seiner Überwindung.¹

In unserer Forschung (Bescherer et al. 2021) konnten wir zeigen, wie sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus und rechten Ressentiments als Auseinandersetzung um Ortsverständnisse erweist. Bedeutung hat demzufolge insbesondere, auf welcher räumlichen Maßstabebene soziale Phänomene platziert werden (in der humangeografischen Debatte als *Scaling* bzw. *Rescaling* bezeichnet) und wie lokale und supralokale Ebenen vermittelt werden. Nachdem ich den Stadt-Land-Gegensatz als Forschungsperspektive zurückgewiesen habe (Kap. 2), möchte ich in drei empirischen Zugriffen solche Auseinandersetzungen um Ortsverständnisse rekonstruieren. Zunächst (Kap. 3) gehe ich auf Interviews mit lokalen Expert:innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft ein. Sie geben einen widersprüchlichen Bezug auf den Ort zu erkennen und illustrieren die Schwierigkeit, lokale und überlokale Bedingungen des Rechtspopulismus zu vermitteln. Diese Schwierigkeit untersuche ich im Anschluss (Kap. 4 u. 5) anhand von Auseinandersetzungen um bezahlbaren städtischen Wohnraum. Als aktivistischer Forscher/forschender Aktivist in einer Leipziger Mieter:inneninitiative konnte ich verschiedene Muster der Rassifizierung der Wohnungskrise rekon-

¹ Ich danke Judith Miggelbrink und Daniel Mullis für hilfreiche Kommentare.

truieren, die mit einem ausgrenzenden Ortsverständnis einhergehen (Kap. 4). Zugleich kann ich durch die Mitarbeit in der Initiative Ansätze zur Diskussion stellen, wie die Auseinandersetzung mit rechten Ressentiments unter Mieter:innen geführt und ein inklusives Ortsverständnis entwickelt werden kann (Kap. 5). Dabei geht es nicht um die »Bekämpfung von Rechtsextremismus«, sondern den Versuch, widersprüchliche »proto-ideologische Impulse« (Candeias 2020: 148) – und in diesem Sinne wird hier von Rechtspopulismus gesprochen – in ein politisches Projekt einzubauen und zu transformieren.

2. Forschungsperspektive – Vom Stadt-Land-Gegensatz zum lokalen Alltag

Beim Versuch, den Zulauf des Rechtspopulismus zu erklären, greifen Beobachter:innen häufig auf die Kategorien Stadt und Land zurück. Die urbanen Zentren sind demnach geprägt von Erfahrungen der Migration, Pluralisierung, kulturellen Diversität und weltanschaulichen Toleranz; die ländlichen Regionen von Einfältigkeit, demographischer Entleerung, rigider sozialer Kontrolle und Konformitätsdruck. Aus dieser Perspektive ist es kein Wunder, dass im Falle gesellschaftlicher Modernisierungsschübe und sozialer Polarisierung die große Regression v.a. auf dem Land ihren Anfang nimmt. Der Stadt-Land-Gegensatz scheint an Bedeutung zu gewinnen, weil er aus verschiedenen – auch konträren Positionen – einen Zweck erfüllt: So ist der ländliche Raum wahlweise kulturell rückständig und reaktionär, ökonomisch abgehängt und deshalb rechts oder Sinnbild der »einfachen Menschen« mit verunglimpften Heimat- und Gemeinschaftsbedürfnissen; die Stadt gilt dementsprechend als hip und dynamisch, Zentrum wirtschaftlicher und kultureller Innovation oder Ort von Eliten und Gutmenschen. Administrative Klassifikationen (eine Siedlung mit mehr als 2.000 Einwohner:innen ist eine Stadt) und Wahlkreiseinteilungen (auf der Ebene von Wahlbezirken sieht es schon wieder ganz anders aus) lassen hingegen die relative Willkür der zugrunde liegenden Einteilungen erkennen. Und wissenschaftlich, v.a. seitens der Sozialgeographie und Stadtsoziologie, hat sich das Denken in Stadt-Land-Kategorien schon länger abgenutzt (Sieverts 1997; Gestring 2013; Brenner/Schmid 2014; Höhne 2015). Technologischer Fortschritt, kapitalistische Inwertsetzung, Zunahme sozialer und räumlicher Mobilität, kulturelle Differenzierung oder Individualisierung von Lebensformen mussten in der Begriffsbildung berücksichtigt werden. Kapital, Arbeit, Menschen, Informationen, Wissen und Güter befinden sich zwischen den Orten, Regionen und Ländern in ständigem Austausch. Lebensweisen streuen quer durch den geographischen Raum. Soziale Ungleichheit, demographische Entwicklung, politische Orientierungen oder interpersonale Bindungen sind innerhalb von Städten ebenso ausdifferenziert

wie nicht alle Dörfer ökonomisch abgehängt und kulturell verödet sind. Kurz: Das Stadt-Land-Schema ist nicht in der Lage, solche Differenzierungen angemessen zu erfassen. Es ist daher schlüssiger, Stadt und Land als Kontinuum und in Hinblick auf Wechselwirkungen und Abhängigkeiten zu betrachten; der »Gegensatz zwischen Stadt und Land«, so auch Förtner et al. (2019: 31), muss »hinterfragt bzw. als dynamisches und veränderbares Verhältnis begriffen werden«. Seit den Anfängen der Soziologie, als sich Stadt und Land als erkenntnisleitende Kategorien etabliert haben, ist also viel passiert. Passiert ist auch Ideologiekritik. Dementsprechend hat sich gezeigt, dass der Stadt-Land-Kontrast eine »zentrale Funktion innerhalb der theoretischen Modellierungen der Moderne« erfüllt (Höhne 2015: 40) und an ihm aus politischen Gründen festgehalten wird. Tatsächlich aber, so Neil Brenner und Christian Schmid, die die Interdependenz und Entgrenzung im Bild der *Planetary Urbanization* festhalten, ist die Vorstellung des Nicht-Städtischen »an ideological projection« (2014: 162).

Genau besehen sind Stadt und Land keine tauglichen Kategorien, wenn es um die Erklärung und Zurückdrängung autoritärer, rassistischer, nationalistischer oder antifeministischer Denk- und Handlungsformen geht. Sie sollten ohne diese Schablonen (moderne und bunte Stadt vs. rückständiges und braunes Dorf) auskommen. Das heißt jedoch nicht, dass der lokale Alltag nicht wichtig ist. Im Gegenteil: Politische Haltungen sind ohne Bezugnahme auf die Erfahrungen im sozialen Nahraum und ihre subjektive Auslegung schwerlich zu verstehen. Insofern ist entscheidend, die konkreten Ortsverständnisse zu kennen sowie politisch mit und an ihnen zu arbeiten.

3. Expert:innendiskurse – Städtische Probleme und städtischer Rechtspopulismus

Im Rahmen unserer Fallstudie haben wir eine Reihe von Interviews mit Expert:innen (n=18) aus Kommunalpolitik und -verwaltung, Verbänden und Vereinen sowie der Zivilgesellschaft (Kirche, Soziokultur etc.) geführt. Die Aussagen, so meine Interpretation,² lassen in der Summe eine argumentative Auf- und Abwertung des Städtischen als Maßstab sozialer Praxis erkennen, die dazu tendiert, den Rechtspopulismus vom Ortsverständnis zu entkoppeln.

Gerade in der Populismusdebatte haben Expert:innen keinen guten Ruf. Selbst wenn die pauschale Kritik am vermeintlichen Fachidiot:innentum unberechtigt ist, sind Expert:innen auch für Sozialwissenschaft keine Quelle der Wahrheit. Ihre Befragung dient hingegen der Rekonstruktion von Wahrnehmungen und Erfahrungen, die im Kontext von mitunter umstrittenen Entwicklungen

2 Für eine konträre Interpretation siehe Feustel 2021.

und Entscheidungen stehen. Expert:innenwissen ist somit einerseits tatsächlich Betriebswissen über die Abläufe in bestimmten Institutionen. Es ist andererseits aber auch Wissen, das mit besonderer Macht ausgestattet ist und daher orientierungs- und handlungsleitend für Nicht-Expert:innen wirkt oder die Umstände ihres Handelns strukturiert (Bogner et al. 2014).

Die größten Probleme der Stadt Leipzig, so geben es die befragten Expert:innen übereinstimmend wieder, hängen mit der demographischen Dynamik und der damit verbundenen Infrastrukturentwicklung zusammen. Mitbedingt durch Versäumnisse in der politischen Regulierung dieser Dynamik sei es zu einer ungleichen räumlichen Entwicklung gekommen. Nachdem sie – v.a. nach dem Ende der DDR – lange geschrumpft ist, wächst die Stadt seit ca. 2010 mit enormer Geschwindigkeit. Der Verwaltungsapparat sei, so die Befragten, hinsichtlich Personalkapazität wie auch Kompetenz auf die Anforderungen nicht eingestellt; Kindergärten, Schulen, der lokale Sozialstaat kämen an Belastungsgrenzen. In exemplarischer Weise räumt etwa ein Lokalpolitiker der SPD ein: »Ich finde diesen Begriff Wachstum aufgrund der Geschwindigkeit inzwischen gar nicht mehr positiv für Leipzig.« Durchweg nehmen die Befragten ein soziales und kulturelles Auseinanderdriften der Stadtquartiere im Prozess des Wachstums wahr. Insbesondere die peripher gelegenen Ortsteile seien Auffangbecken geworden für verschiedenste Gruppen, die sich das Leben anderswo in der Stadt nicht mehr leisten können. Peripherisierung, wie die genannten Ortsteile sie erfahren, findet in verschiedenen Dimensionen statt (Kühn/Weck 2013). Die Befragten verweisen auf Prozesse der Abkopplung und der Stigmatisierung, betonen also materielle sowie symbolische Aspekte der ungleichen räumlichen Entwicklung. Man könne sie etwa anhand der Sanierung von Schulen erkennen, die in den randständigen Großwohnsiedlungen vernachlässigt werde, oder an den Tramlinien, auf denen neue und moderne oder noch die Wagen »aus DDR-Zeiten« unterwegs seien (so der Befragte der SPD) – aber auch an der infrastrukturellen Unterausstattung dieser Quartiere, die vor dem Hintergrund des langanhaltenden Bevölkerungsrückgangs erklärbar sei, jedoch heute ein »schwerwiegendes Gefühl des Benachteiligtseins« unter den Bewohner:innen zur Folge habe, wie eine Befragte der Partei Die Linke erklärt. Dass sich soziale Probleme in den Großwohnsiedlungen konzentrieren, ist auf die Wohnungsmarktsituation in Leipzig (Rink 2020) zurückzuführen. Insbesondere die ausschließende Form der Verdrängung (indem durch Preiserhöhung bei Neuvermietung statusniedrige Gruppen vom Zuzug ausgeschlossen werden) befördert die ungleiche Verteilung der sozialen Statusgruppen über die Wohngebiete der Stadt. Für die ungleiche räumliche Entwicklung und die allgemein angespannte Wohnraumsituation trügen auch die Kommunalpolitik und -verwaltung eine Mitverantwortung, so die Befragte des Mieter:innenvereins: »Man hat zu lange gewartet, man hat auch zu lange in Richtung der Wohnungseigentümer und Wohnungsgesellschaften gehört.« In Sachen

Wohnungspolitik, aber auch darüber hinaus sei zudem ein Mangel an Bürger:innenbeteiligung zu beobachten, so ein Grünen-Politiker: »Es geht primär immer um das Thema Akzeptanz schaffen«, aber nicht um ergebnisoffene Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse.

In der Analyse der Interviews wurde der Zusammenhang rekonstruiert, der zwischen den von den Expert:innen beschriebenen städtischen Problemen und ihren Aussagen zum Rechtspopulismus besteht. Im Hinblick auf die skizzierte ungleiche räumliche Entwicklung beschreiben die Befragten eine Situation, die sich als Gelegenheitsfenster für den Rechtspopulismus deuten lässt. Das Missverhältnis zwischen Krisenprozessen und ihrer politischen Verarbeitung schafft demnach einen »populistischen Moment« (Goodwyn 1978; Dubiel 1985) oder hinterlässt eine »Lücke« (Flecker 2008), was dazu führt, dass lang gewachsene Loyalitäten gekappt und politische Neuorientierungen angestoßen werden. Unter diesen Bedingungen erleben viele Bewohner:innen ›ihre‹ Stadt als handlungsunfähig und sehen ihr Vertrauen in politische Institutionen und Repräsentant:innen enttäuscht. Dieses Argument wird von den Aussagen der Expert:innen gestützt. Aus der materiellen und symbolischen Vernachlässigung bestimmter Stadtteile resultiert demnach ein Konkurrenzgefühl, das sich auch in der Übernahme rechter Ressentiments niederschlägt. Exemplarisch schildert ein Sozialarbeiter die Sicht vieler seiner Klient:innen: »Jahrelang ist nichts passiert und jetzt kommt noch wer, der an deiner Tischdecke zuppelt, der noch irgendwie was vom Kuchen abhaben will.« Sei der Streit um Wohnungen oder Unterstützungsleistungen auch häufiger behauptet als tatsächlich erlebt, hat er doch Konsequenzen, so ein befragter Gewerkschafter: »Diese Konkurrenzsituation um Schulplätze und Kita-plätze und die Tatsache, dass die so ausgestattet sind, wie sie ausgestattet sind, das spielt Populisten oder spielt AfD und Co. total in die Hände.« Anhand der Wohnungsprobleme lässt sich die Argumentation der Expert:innen zum Hintergrund populistischer Ressentiments und rassistischer Stereotype verdeutlichen. So sei etwa an der Tendenz, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums gegen den Bedarf an Frischluftschneisen zu stellen, die der Gewerkschafter beobachtet, ein gewisses »Gefälle zwischen Eliten und Normalbürger[n]« erkennbar. Gegen »die da oben« richteten sich nach Aussage des Befragten der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft zuletzt auch vermehrt die Kommentare der Mieter:innen aus Leipzig-Grünau, einer der größten DDR-Plattenbausiedlungen. Die Bewohner:innen fühlten sich mit den Veränderungen im Stadtteil allein gelassen; niemand habe sie gefragt, »ob sie das überhaupt so wollten«. Vorwürfe treffen auch ein Wohnungsunternehmen, das »ganze Blöcke nicht saniert und eben dort nur tatsächlich Migranten reingesteckt [hat]« (Sozialarbeiterin). Im Ergebnis würden genau jene Bilder geschaffen, die der Rassifizierung von sozialen Problemen Vor-schub leisten.

Soweit beschreiben die befragten Expert:innen im Grunde genommen sehr genau, wie aus ihrer Sicht städtische Probleme, insbesondere die ungleiche räumliche Entwicklung, rechtspopulistische Ressentiments befördern. Als *städtisches* Phänomen wollen sie rechte Deutungs- und Handlungsmuster dennoch *nicht* betrachten. Dabei ist ein Wechsel des Registers auffällig: Innerhalb des Erzählrahmens ›Städtische Probleme‹ steht die politische Nachfrage im Vordergrund, wird explizit ›Rechtspopulismus‹ als Erzählrahmen eingeführt, rückt das (ausbleibende) rechte Angebot ins Zentrum. Rechtspopulismus sehen die Befragten in erster Linie in der AfD verkörpert, deren Agenda über plakative Parolen hinaus keine lokalpolitische Anbindung habe. Die Arbeit der Partei im Stadtrat wird als sachlich nicht relevant beschrieben – »Die haben nichts auf der Pfanne«, so ein Befragter aus dem Oberbürgermeisterbüro – und folge mehr oder weniger schematisch den Kampagnen der Bundespartei. Die Argumentation legt nahe, dass die Wahlentscheidung für die AfD also nichts mit den Problemen vor Ort zu tun habe. Oder anders: Wer AfD wählt, tut es nicht, weil sie:er von der Partei lokalpolitisches Engagement erwartet. Der befragte Politiker der Grünen nimmt denn auch an, »dass da Dinge im Hirn tiefer sitzen, an Vorurteilen, die erst mal gar nichts mit Stadtentwicklung zu tun haben«. Aber wenn der städtische Alltag und seine Probleme keine (maßgebliche) Rolle für den Rechtspopulismus spielen, was dann? Zu den »Dingen«, die »im Hirn tiefer sitzen«, gehört, was der Gewerkschafter eine prinzipielle »Veränderungsverweigerung« nennt. Sie wird häufig mit der DDR-Vergangenheit und der Transformationsgeschichte begründet: »Die sagen, also gerade im Osten: Wir haben schon mal eine riesige Veränderung hinter uns. Da wurde mit uns mindestens Schindluder getrieben und zwar im großen Stil. [...] Und daraus ergibt sich dann so eine Einschätzung von wegen, ›Wir wollen hier keine Fremden haben‹.« Ein ebenfalls interviewter Pfarrer ergänzt, dass sich im Rechtspopulismus ein Problem mit veränderten gesellschaftlichen Leitbildern ausdrücke, etwa »dass es mehr [als] zwei Identitäten gibt«. Für das AfD-Umfeld »ist das zu anstrengend, was wir hier machen«. V.a. aber werden rechte Denk- und Handlungsweisen auf den Medieneinfluss zurückgeführt: »Es spielen da die ganzen globalen, diffusen Ängste, die ohnehin in den Medien sehr stark mittransportiert werden, das spielt da alles eine Rolle.« (SPD-Befragter) In Teilen der lokalen und regionalen Berichterstattung finde eine »Volksverdummung« statt, kritisiert der Grüne, und das »Verblödungsfernsehen« präge den Alltag stärker als die Erfahrung auf der Straße, mutmaßt der Befragte des kommunalen Wohnungsunternehmens.

Wenn die für unsere Studie befragten Expert:innen (vgl. Kap. 3 u. 4 in Bescherer et al. 2021) den Rechtspopulismus unabhängig von der Stadtentwicklung betrachten wollen, geht es ihnen nicht darum, unliebsame Entwicklungen auszusitzen, zu verschweigen oder schönzureden. Dass der Rechtspopulismus kein *städtisches* Problem sei, wird in erster Linie darauf zurückgeführt, dass es keine

rechte Stadtpolitik gebe. Rechte Denk- und Handlungsweisen im Alltag, abseits von Wahlverhalten oder organisiertem Aktivismus, stehen für die Befragten nicht in einem lokalen Zusammenhang. Stattdessen werden der ostdeutsche Kontext sowie überlokale gesellschaftliche Veränderungen betont. Eine zentrale Rolle für die Rechtsverschiebung im politischen Spektrum wird schließlich »den Medien« zugeschrieben – oftmals auffällig pauschal und einseitig, also ohne das aktive Moment in der Medienrezeption noch zu erwähnen. Kurz: Die Gründe für den Aufstieg des Rechtspopulismus, der auch vor Ort zu beobachten sei, müssen in den Augen der Expert:innen auf tieferer (biographischer, psychologischer) und höherer (gesellschaftlicher, medialer) Ebene als der städtischen gesucht werden.

Die Art und Weise, in der im rekonstruierten Expert:innendiskurs auf die Stadt Leipzig Bezug genommen wird, verdeutlicht m.E. ein bestimmtes Ortsverständnis bzw. den Umgang mit Ortsverständnissen. Die Bezugnahmen auf den *städtischen* Kontext des Rechtspopulismus als die Ebene der bloßen Manifestation eines *gesellschaftlichen* Problems entspringen einem Dilemma. Einerseits sind die Befragten um die Aufrechterhaltung ihrer politischen Handlungsfähigkeit bemüht, die sie auf der lokalen Ebene sehen. Andererseits wollen sie nicht in die »local trap« (Purcell 2006) laufen, also bloß aus der Perspektive »ihrer« Stadt argumentieren, ohne gesamtgesellschaftliche Änderungsbedarfe zu berücksichtigen. Die Vermittlung der lokalen mit der gesamtgesellschaftlichen Ebene führt immer wieder zu Problemen. Die Verschränkung der Maßstabebenen, v.a. wie gesellschaftliche Prozesse sich lokal nicht nur abbilden, sondern in spezifischer Weise adaptiert werden, kommt, wie beim Verweis auf »die Medien«, zu kurz. Unklar bleibt etwa, wie das gesellschaftlich überlieferte rassifizierte Wissen (Hielcher 2019) die Empörung über soziale Probleme, wie die Wohnraumversorgung, kontaminiert. Im Ortsverständnis der Expert:innen stehen sich Gesellschaft und Stadt einander letztlich unvermittelt gegenüber.

4. Mieter:innen – Rechtspopulistische Deutungen der Wohnungsfrage

Ein problematisches Ortsverständnis zeigt unsere Studie auch auf der Quartiers-ebene. Am Thema Wohnen kann hier die diskursive Platzierung krisenhafter sozialer Prozesse auf bestimmten räumlichen Maßstabebenen nachvollzogen werden. Sie hat, so möchte ich zeigen, weitreichende politische Folgen, geht sie doch, zumindest teilweise, mit einem engen und ausgrenzenden Ortsverständnis einher. Methodisch stützt sich dieser Teil der Studie, wie auch die im dritten Kapitel umrissenen Ansätze zur Lösung rassistischer Verknüpfungen der Wohnungsfrage, auf meine Erfahrungen in einer Leipziger Mieter:inneninitiative. Das zugrunde liegende empirische Material umfasst leitfadengestützte Interviews mit

Mieter:innen, die an der Initiative beteiligt sind, v.a. aber informelle Gespräche, eigene Beobachtungen und Erlebnisse (Haustürgespräche, Versammlungen, Veranstaltungsplanung und -durchführung, Protestaktionen etc.).³ Im Folgenden will ich den Stadtteil und das lokale Wohnungsproblem vorstellen und von dort ausgehend drei Muster skizzieren, in denen die rechtspopulistische und rassistische Deutung der Wohnungskrise erfolgt.

Das untersuchte Quartier befindet sich im nordöstlichen Stadtgebiet. Es liegt in räumlicher Nähe zu einem jungen, migrantisch und studentisch geprägten Szenestadtteil, unterscheidet sich aber – bemessen an Interviewaussagen und Stadtdiskurs (Liebmann 2019) – lebensweltlich stark von ihm. Im Ortsteil ist das Nettoeinkommen der Haushalte niedriger und die SGB-II-Quote höher als im städtischen Durchschnitt. Viele Bewohner:innen sind höheren Alters und haben hier einen Großteil ihres Lebens verbracht, aber auch der Anteil an (jüngeren) Menschen mit Migrationsgeschichte hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Wahlbeteiligung ist generell gering, das Wahlverhalten spricht jedoch für eine große politische Dynamik, haben doch CDU und insbesondere SPD stark an Stimmen verloren, Die Linke und die AfD hingegen an Zuspruch gewonnen. Ab 1905 begann der »Bauverein zur Beschaffung preiswerter Wohnungen« im Süden des Ortsteils Wohnungen für einfache Post- und Bahnbeamt:innen zu errichten. Lange in genossenschaftlicher Hand, wurden die Bestände 2005 an die österreichische Immobiliengesellschaft Conwert verkauft, die ihrerseits 2017 an das in Deutschland marktführende Wohnungsunternehmen Vonovia übergang.

Der Verkauf an die börsennotierte und renditeorientierte Vonovia hat unter den Mieter:innen, die ich während der Feldforschung kennenlernte, ein Gefühl entfremdeten Wohnens hervorgerufen. Mit diesem Begriff (*residential alienation*) beschreiben Madden und Marcuse (2016: 53-83) die subjektive Wahrnehmung und Verarbeitung von Mietsteigerung, Aufwertung und Verdrängung. Ihrer Analyse nach durchleben die Betroffenen eine persönliche Krise, die mit Unsicherheit, Stress, Besorgnis und Ohnmacht einhergeht. Die bedrohte Wohnsituation und Unzufriedenheit mit der Versorgungslage oder den Infrastrukturen am Wohnort, so haben auch andere Studien gezeigt (für Deutschland etwa Alisch/zum Felde 1990; Dörfler 2010), ruft Gefühle des Kontrollverlusts hervor und erfordert bestimmte Bewältigungsstrategien, die abwertenden und ausgrenzenden Charakter annehmen können (Hillje 2018; Mullis 2021; Rinn/Wiese 2020). Die Situation der Bewohner:innen im untersuchten Quartier kann sowohl in Bezug auf das Mietverhältnis als auch die Nachbarschaft als entfremdetes Wohnen beschrie-

3 Der Inhalt dieses wie auch des dritten Abschnitts geht aufgrund meiner Beteiligung an der beschriebenen Auseinandersetzung auch auf Formen kollektiver aktivistischer Wissensproduktion und auf Diskussionen unter Mieter:innen und Aktivist:innen zurück (Choudry 2014). Gruß und Dank an die Beteiligten!

ben werden. Wenn es sich dabei auch um kein ostdeutsches Problem handelt, ist doch die Referenzfolie für Entfremdungskritik im Osten aufgrund der DDR-Vergangenheit und der Erfahrung des genossenschaftlichen Wohnens eine andere als im Westen. Viele der beanstandeten Bewirtschaftungspraktiken hängen aus Sicht der Mieter:innen dementsprechend mit dem spürbaren Verwertungsinteresse des Wohnungsunternehmens zusammen, das keine andere Verbindung zum Quartier hat als das »nackte Interesse« hoher Einnahmen, wie schon Marx das einzige Band beschrieb, das die Bourgeoisie zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen habe. Die Veränderungen in der Nachbarschaft werden von dieser Warte aus beurteilt – so auch der fehlende Zusammenhalt der Hausgemeinschaft und die Anonymität des Lebens im Stadtteil. »Zu DDR-Zeiten«, führen verschiedene Befragte an, habe es das nicht gegeben. Die Angst, das »Eigene« zu verlieren, erweist sich als Folge der Kommodifizierung von Tätigkeiten, die früher als gemeinschaftliche Aufgaben angesehen wurden. Eine Mieterin beschreibt, dass damals die Pflege der Grünflächen oder die Treppenreinigung »in Eigenregie« durchgeführt wurde und das Zusammenleben daher »sozialer« und »nicht [mit] Profitgier behaftet« war. Jetzt hingegen handelt es sich um Dienstleistungen, die die Gemeinschaftlichkeit gewissermaßen unterhöhlen. Auch die Veränderung des Quartiers wird in Absetzung von der (idealisierten) Vergangenheit beschrieben, wobei ausgrenzende Kulturalisierung keine Seltenheit ist (in vergleichbarer Weise für Stuttgart: Mackenroth 2021; für Frankfurt am Main: Mullis 2021). Als in bestimmter Hinsicht problematisch wird etwa die Veränderung der Gewerbestruktur und des Gastronomieangebots beschrieben: »Ja, also deutsche Küche fehlt.« Politik und Vermieter:innen würden mehr »kulturelle Vielfalt« ins Quartier bringen wollen, was die Anwohner:innen als Bruch mit Normalitätserwartungen betrachten: »Viele sagen: Man fühlt sich nicht mehr heimisch«, bringt es eine Befragte auf den Punkt.

Entfremdetes Wohnen verändert die Bedeutung, die Mieter:innen »ihren« Orten zuschreiben. Es entscheidet mit darüber, wie gesellschaftliche Veränderungen im Alltag erlebt werden, etwa ob Migration als Bedrohung, Bereicherung oder Selbstverständlichkeit städtischen Zusammenlebens gesehen wird (Belina 2017: 103). Im Rückgriff auf das empirische Material lassen sich drei Muster der rechtspopulistischen Verknüpfung von Bedürfnissen nach angemessener Wohnqualität und bezahlbarer Miete rekonstruieren, die ich als *Schuldzuweisung*, *Relevanzverschiebung* und *Linksautoritäre Mischung* beschreiben möchte.

Ein erstes Muster kann als *Schuldzuweisung* bezeichnet werden: Mieter:innen schreiben die Verantwortung für ihre prekäre Wohnsituation einer »dritten Partei« zu. Sie schwächen ihre strukturelle Macht gegenüber den Vermieter:innen, indem sie Unterscheidungen nach Herkunft, Kultur oder auch Leistung einführen. Eine weit verbreitete Wahrnehmung dieser Art ist die vermeintliche Ressourcenkonkurrenz: »Immer rein nach Leipzig und die Deutschen unter der Brücke

und die Ausländer kriegen die Wohnung«, so eine Mieterin. Außer auf Wohnraum erstreckt sich die Konkurrenz auch auf Anerkennung und Wertschätzung: »Warum gibt es eine kostenfreie Mietrechtsberatung oder Sozialberatung für unsere Immigranten und nicht für uns?« Dass die Heizkosten nicht dem tatsächlichen Verbrauch entsprechend, sondern anhand einer Flächenpauschale abgerechnet wurden, hat unter den Mieter:innen begrifflicherweise für Empörung gesorgt. Sie ist jedoch dann besonders groß – und rassistisch, weil die Konstruktion homogener Wir- und Die-Lager voraussetzend –, wenn Geflüchtete im Haus leben, müssen die Alteingesessenen es doch mitbezahlen, »wenn die Ausländer die Heizung aufdrehen und gleichzeitig die Fenster aufreißen«. Außer an Menschen mit Fluchterfahrung gehen Schuldzuschreibungen an die Adresse der Hausmeister:innen, die für ihre mangelnde Arbeitsmoral gescholten werden: »Die Objektbetreuer sind zu faul, den Müll einzusammeln.« Und auch die verbreitete Distanz zu Politik folgt diesem Muster: »Die Politiker, die leben in ihrer Traumwelt. [...] Die müsstet mal in so einer Wohnung wohnen mit solchen Leuten, mal ein halbes Jahr, mal sehen, was die dann sagen.« Die »dritte Partei« kann schließlich eine verräumlichte »Störung von außen« sein. Im Fall der Vonovia-Siedlung äußerten mehrere Mieter:innen ihre Angst, Probleme mit Kriminalität, Müll, Lautstärke etc. könnten aus dem nahegelegenen multiethnischen Quartier, das medial heftig stigmatisiert wird, in ihren Stadtteil »herüberschwappen«.

Ein zweites Deutungsschema lässt sich als *Relevanzverschiebung* zusammenfassen: Der Antagonismus zwischen Mieter:innen und Wohnungsunternehmen wird anderen Beschwerden untergeordnet. Es geht dann nicht mehr um die Belastung durch hohe Wohnkosten oder die Ungerechtigkeit am Wohnungsmarkt, sondern um »Probleme mit Ausländern«. Steigende Mieten und die häufig fehlerhaften Betriebskostenabrechnungen werden durchweg bemängelt, aber Handlungsbedarf wird von einem Teil der Mieter:innen an anderer Stelle gesehen: »Ich will meine Ruhe haben, mir reichen schon die Ausländer«, stellt etwa ein Befragter die Probleme mit Vonovia zurück. Drastische Äußerungen in diese Richtung konnten wir auch bei Haustürgesprächen hören, die der Gründung der Mieter:inneninitiative vorausgingen: »Was macht ihr denn eine Mieterinitiative? Ihr müsst was gegen die Ausländer unternehmen!« Oder bei der ersten Versammlung, zu der wir eingeladen hatten, um über bezahlbare Mieten zu sprechen, und wo eine Mieterin mitteilte, sie sei gekommen, »weil wir eine Bürgerwehr brauchen«. Die Gründung der Initiative befürworteten die Mieter:innen, was aber nicht heißt, dass alle aus der Nachbarschaft gleichermaßen willkommen sind: »Habt ihr toll organisiert. Aber warum habt ihr denn die Araber eingeladen?«, wurden wir etwa bei der Gründungsfeier im Sommer 2019 gefragt. Das Wohnungsunternehmen taucht in diesem Deutungsrahmen nur deshalb auf, weil es nichts gegen die »lauten Ausländer« unternehme: »Wir haben gemeinschaftlich ein Lärmprotokoll gemacht. Aber Vonovia reagiert nicht darauf.« Mieter:innen, die diesem Deutungsmuster

folgen, sind sogar bereit, die Aufwertung des Quartiers zu akzeptieren, solange Gewerbe und Gastronomie damit »wieder deutscher« werden. Die Erfahrungen mit den Vermieter:innen werden gewissermaßen überschrieben durch die kategoriale Differenz zu »Ausländern«.

Ein drittes Muster der rechtspopulistischen Deutung der prekären Wohnsituation nenne ich *Linksautoritäre Mischung*. Der Begriff soll verdeutlichen, dass es sich um die Verschmelzung gegensätzlicher Orientierungen handelt: der Kritik einer angeblich unlauteren Ressourcen- und Aufmerksamkeitskonkurrenz mit der Kritik an Kommodifizierung. Beispielhaft ist die Annahme, Vonovia vermiete gezielt an Migrant:innen, »weil sie die Miete vom Staat kriegen. [...] Dann ist das sowieso egal, wie dreckig es aussieht, Hauptsache, sie kassieren.« Oder, in einer anderen Variante: Vonovia vermiete an Migrant:innen, um Alteingesessene aus der Nachbarschaft zu verdrängen und die frei werdenden Einheiten teurer neu vermieten zu können. Die vermeintliche Diversitätspolitik (»Die wollen Ausländer reinnehmen, damit hier eine kulturelle Vielfalt reinkommt.«) wird in diesem Sinne auf ökonomische Motive zurückgeführt. Die Alteingesessenen antworten ihrerseits mit Monokultur, etwa in Hinblick auf Lautstärke und Erziehung: »Und dann spielen die abends auf der Straße Fußball. Also, nee. Das sind Sitten.« Häufig sind solche Stereotype verbunden mit dem Vorwurf, Vonovia kläre nicht genügend über die »deutschen Sitten« auf. Linksautoritarismus, eine »Kombination aus sozialprotektionistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik einerseits und einem kulturellen Autoritarismus andererseits« (Jörke/Nachtwey 2017: 165), entspricht der Perspektive der Mieter:innen, Angriffe von innen (neoliberale Politik und Wirtschaft) wie von außen (Migration) abwehren zu müssen, um zu ihrem Recht zu kommen.

Die rechtspopulistischen Deutungen der entfremdeten Wohnsituation – die keine zwangsläufige Reaktion und auch empirisch nicht bei allen Mieter:innen im untersuchten Quartier anzutreffen sind – sind krasse Ausprägungen eines verengten und ausgrenzenden Ortsverständnisses. In Reaktion auf die aktuell problematische Situation neigen die Betroffenen zu einer Idealisierung der Vergangenheit »ihres« Stadtteils, die Heterogenität und Konflikt ausblendet.

5. Aktivist:innen – Für Solidarität und ein inklusives Ortsverständnis!

Gegen dieses ausgrenzende Ortsverständnis richten sich die Aktivist:innen – darunter der Autor –, die im Frühjahr 2019 im Quartier eine Initiative für bezahlbares Wohnen angestoßen haben. Neben dem Expert:innendiskurs zum städtischen Rechtspopulismus und den rassifizierenden Verarbeitungsweisen prekärer Mieter:innen sind Erfahrungen und Ansätze der mietenpolitischen Bewegung in

der Auseinandersetzung mit rechten Ressentiments ein dritter Baustein unserer Forschung. Ich will im Folgenden dokumentieren und diskutieren, wie die Leipziger Initiative mit dieser Herausforderung umgeht und welches Ortsverständnis sie entwickelt.

Die Arbeitsweise der Initiative, die sich selbst als *Mietergemeinschaft*⁴ bezeichnet, ist an den Grundsätzen des *Transformative Community Organizing* (TCO) orientiert. Community Organizing, Gemeinwesenarbeit, ist eine Säule der Sozialarbeit (Stövesand 2019) und zudem, v.a. in den USA, ein Prinzip zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation, das mit einer »variety of different political goals« und »different kinds of organizations« (Fisher/DeFilippis 2015: 370) einhergehen kann. Als *Transformative Community Organizing* bezeichnen stadtteil- und wohnungspolitische Initiativen ihre Zusammenarbeit mit Nachbarschaften, die darauf zielt, strukturelle Ungleichheit und Ausgrenzung zu überwinden (Maruschke 2014; zur neueren Debatte Kunkel/Seppelt 2021). Ausgangspunkt sind dabei Probleme im (städtischen) Alltag, die – wie die prekäre Wohnsituation – nach konkreter Abhilfe verlangen, aber letztlich nur durch gesellschaftliche Veränderung behoben werden können. In den Alltag integrierbar sollen auch die Formen der Beteiligung sein. Dafür sind belastbare soziale Beziehungen und Vertrauen zwischen den Mitwirkenden wesentlich; nur so wird die Zusammenarbeit subjektiv bedeutsam und Handlungsfähigkeit erfahrbar. Der Aufbau effektiver Gegenmacht soll über Organisation erfolgen. Darunter ist die strukturierte Zusammenarbeit zu verstehen, die den Einzelnen eine jeweils angemessene Form von Verantwortung überträgt und darum bemüht ist, alle von den festgestellten Problemen (hier: fehlerhafte Nebenkostenabrechnungen, ungerechtfertigte Modernisierungsumlage, entpersonalisierte Verwaltungsabläufe etc.) Betroffenen einzubeziehen. Mit der Orientierung am Alltag ist Offenheit gegenüber anderen Milieus und Lebensentwürfen verbunden; Gemeinsamkeiten werden gerade auch dort gesucht und aktiv hergestellt, wo man sie kulturell oder habituell nicht unbedingt erwartet. Offenheit darf aber nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden und muss deshalb mit Klarheit einhergehen. Das heißt, die Organizer:innen nehmen eine politische Haltung ein, die sie benennen und offensiv vertreten.

Auf dieser praktisch-strategischen Grundlage – die von der Covid-19-Pandemie erschüttert, aber keineswegs zerstört wurde (Bescherer/Heller 2021) – will die Mieter:inneninitiative den Konflikt mit Vonovia in kollektiv-organisierter Form austragen, darüber hinaus die Bewohner:innen aber auch für weitergehende Veränderungen der Wohnraumversorgung gewinnen und Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen. Dabei stoßen die Organizer:innen unter den Mieter:innen

4 Die Aktivist:innen haben sich trotz Bauchschmerzen darauf eingelassen, die Bezeichnung nicht nonbinär zu gendern; für die Mieter:innen kam eine Formulierung mit Sternchen, Doppelpunkt o.Ä. nicht infrage.

immer wieder auf die oben beschriebenen rechtspopulistischen Deutungen. Dem Prinzip nach soll die aktivistische Intervention im Quartier Erfahrungen der Zusammenarbeit und der Konfliktaustragung ermöglichen, die den Blick der Einzelnen auf Gesellschaft und die Beziehungsweisen zwischen ihnen verändert. In diesem Sinne können erlebte Solidarität und Differenz Vorurteile abbauen und Ressentiments entkräften. Im Einzelnen haben die Organizer:innen bislang folgende Wege des Umgangs mit rechten Ressentiments eingeschlagen:

Für die Art und Weise der Reaktion auf problematische Bemerkungen haben sich Kontext und Zeitpunkt als entscheidend erwiesen. Gemäß dem Prinzip der Offenheit werden rassistische Bemerkungen zunächst nicht als Ausdruck eines geschlossenen rechten Weltbildes, sondern als Verallgemeinerung einzelner Erfahrungen und Übernahmen aus gesellschaftlichen Diskursen betrachtet. Fallen solche Bemerkungen im Rahmen einer Versammlung, wird die Diskussion gezielt auf den Konflikt mit dem Wohnungsunternehmen zurückgelenkt. Niemand soll vorgeführt, aber Diskriminierung auch keine Bühne gegeben werden. In den Pausen oder in kleineren Gesprächsrunden wird die Auseinandersetzung offensiver geführt, mit Argumenten, Grenzziehungen oder auch der Äußerung persönlicher Ängste vor dem gesellschaftlichen Rechtsruck. Solche schwierigen Gespräche kommen überhaupt nur zustande, weil es gelungen ist, tragfähige Beziehungen zu den Mieter:innen aufzubauen. Sie können aber, auch das zeigen die Erfahrungen in der Mietergemeinschaft, dazu führen, dass sich Einzelne zurückziehen.

Häufig ist aufseiten der Mieter:innen eine Art Abspaltung und Ausgliederung des »Problembereichs Ausländer« zu beobachten, die dem produktiven Streit entgegensteht. In Erwartung erwünschten Verhaltens sowie auch aus Konfliktvermeidung kommentieren sie ihre eigenen Vorurteile mit der Bemerkung »Ich weiß, ihr seht das anders«. Es handelt sich um eine Form, der Diskussion auszuweichen, die aber vor dem Hintergrund der großen Wertschätzung betrachtet werden muss, die die Mieter:innen der Initiative als sozialem Ort entgegenbringen.

Die Auseinandersetzung mit Rassismus liefe anders, wären Migrant:innen in der Mieter:inneninitiative vertreten. Ihr Anteil an der Nachbarschaft hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dass sie sich nicht angesprochen fühlen, mag der Sprachbarriere geschuldet sein, die auch durch die Übersetzung einzelner Flugblätter nicht überwunden werden kann (ähnlich Mullis/Zschocke 2019: 23f.). Ein weiterer möglicher Grund ist, dass sich insbesondere Menschen mit Fluchtbiographie bei Problemen eher an institutionelle Strukturen wie Quartiers- und Stadtteilmanagement wenden. Es ist zudem kein Zufall, dass v.a. alteingesessene Bewohner:innen zu den Versammlungen kommen. Der Verdrängungsdruck dürfte für sie subjektiv und emotional sehr groß sein. Geflüchtete haben ihrerseits keine Geschichte im Quartier und tatsächlich werden sie bei Vonovia häufiger fündig als bei anderen Vermieter:innen. Letztlich darf nicht vergessen werden, dass der Rassismus, mit dem Menschen mit Fluchtbiographie konfrontiert sind, von ihnen

Dankbarkeit und Unterwürfigkeit erwartet und es ihnen erschwert, Forderungen zu erheben. Für Mieter:innen mit Flucht- und Migrationsbiographie ist es im Allgemeinen also nicht naheliegend, sich in einer TCO-Initiative zu engagieren. In einer Gesellschaft, die ihnen vielfach mit Diskriminierung oder unklaren Integrationsforderungen begegnet, suchen sie nach Unterstützung vermutlich zuerst in migrantischen Netzwerken und nicht bei einer erkennbar nicht-migrantischen Initiative. Ob es gelingt, eine solidarische Nachbarschaft aufzubauen, wird sich jedoch nicht zuletzt an der Diversität der Initiative selbst entscheiden. Wollen die Alteingesessenen ihre Interessen effektiv durchsetzen, tun sie gut daran, mit dem Quartier in seiner ganzen Breite zusammenzuarbeiten.

Die Auseinandersetzung mit rechten Ressentiments ist auch eine Auseinandersetzung mit dem begrenzten und ausgrenzenden Ortsverständnis. So hat es sich für die Organizer:innen als wichtig erwiesen, die Bedürfnisse der Alteingesessenen nach Wiederherstellung »ihres Stadtteils« nicht pauschal als reaktionär abzutun. Die Bindung an den Ort, mit der Mieter:innen auf die Veränderungen im Quartier reagieren, kann mit Ausgrenzung und Nationalismus einhergehen, sofern sie Halt in der angeblich stabilen und einträchtigen Gemeinschaft vergangener Zeiten suchen. Die Organizer:innen versuchen, die Bedeutung, die der lokale Alltag und die Geschichte des Quartiers für die Bewohner:innen haben, in einer Weise aufzunehmen, die über territoriale Kontrollansprüche hinausweist, indem sie beispielsweise eine Verknüpfung herstellen zwischen der konkreten Situation vor Ort und den Verhältnissen auf anderer, städtischer bis globaler Ebene. Ein Ansatz dafür ist Vonovia selbst, ist das Wohnungsunternehmen doch das größte in Deutschland, hat eine Rechtsform als europäische Aktiengesellschaft und ist über institutionelle Investor:innen in globale Entwicklungen verstrickt. Aber auch ganz praktisch durch den Austausch mit Initiativen aus anderen Städten oder durch Stadtteilspaziergänge, die einen kritischen Blick auf die idealisierte Vergangenheit des Quartiers ermöglichen, versuchen die Organizer:innen, die Abgeschlossenheit des Ortsbezugs aufzubrechen. Ihr Ziel ist ein »global sense of place« (Massey 1991), der den »eigenen« Ort als Schnittpunkt vielfältiger Identitäten und Beziehungen kenntlich macht.

6. Fazit

Ausgangspunkt meiner Überlegungen war die Kritik an der Art und Weise, auf die in der politischen Öffentlichkeit (und teilweise auch der Wissenschaft) Kategorien Stadt und Land und ihr vermeintlicher Gegensatz herangezogen werden, um den Aufstieg des Rechtspopulismus zu erklären. Ich habe hingegen argumentiert, dass der Stadt-Land-Gegensatz empirisch nicht plausibel ist und seine Attraktivität als Diskurselement selbst politischen Erwägungen folgt. Im Gegenzug habe

ich die Bedeutung des lokalen Alltags für politische Orientierungen betont, die quer zum Denken im Stadt-Land-Schema untersucht werden sollte. Anhand eigener empirischer Befunde aus Leipzig habe ich daraufhin eine exemplarische Analyse von solchen Bedeutungszuschreibungen vorgenommen, die in der englischsprachigen Debatte als *Sense of Place* oder eben als Ortsverständnisse bezeichnet werden.

Die Befunde wurden in drei Hinsichten bzw. unter drei Akteursgruppen (Expert:innen, Mieter:innen und Aktivist:innen) erhoben und im Zusammenhang mit dem lokalen Rechtspopulismus diskutiert. Es hat sich gezeigt, dass der Expert:innendiskurs dazu tendiert, lokale Alltagserfahrungen zu vernachlässigen, wohingegen die Mieter:innen – vor dem Hintergrund ihrer prekären Miet- und Wohnsituation – zu einer besonders starken Bindung an den Ort neigen. Die aktivistische Intervention kann schließlich als Arbeit an einem nicht-territorialen Ortsverständnis bezeichnet werden.

Auf allen drei Ebenen finden Prozesse des Scalings und Rescalings statt. Bei der Betrachtung des Rechtspopulismus wird also auf die lokale und die überlokale Maßstabebene Bezug genommen, um politische Positionen zu untermauern. Die Schwierigkeit besteht darin, die Ebenen zu vermitteln. Denn die einseitige Betrachtung makrosoziologischer Strukturen ist ebenso wenig plausibel wie die Essentialisierung des Lokalen: »Die Ausblendung von Zusammenhängen zwischen verschiedenen Maßstabebenen tendiert daher gleichzeitig dazu, städtische Probleme unterkomplex zu behandeln, wie sie in einem unüberschaubaren globalen Interdependenzknäuel aufzulösen. Über- und Unterschätzung lokaler Einflussmöglichkeiten werden damit leicht zu zwei Seiten derselben Medaille.« (Bernt/Görg 2008: 238) Auch wenn sie immer wieder von Rückschlägen getroffen wird und mit der fortwährenden Suche nach gelingenden Beziehungen zu den Mieter:innen einhergeht, kommt die aktivistische Tätigkeit diesem Anspruch am ehesten nach. Berücksichtigung findet hier v.a. die Ambivalenz des Alltags: Weil rechte Deutungen der Wohnsituation unhinterfragt mitlaufen, ist er Teil des Problems; weil er ein unabdingbarer Ansatzpunkt für gesellschaftliche Transformation ist, ist er Teil der Lösung.

Literatur

- Alisch, Monika/Felde, Wolfgang zum (1990): »Das gute Wohngefühl ist weg!« Wahrnehmungen, Bewertungen und Reaktionen von Bewohnern im Vorfeld der Verdrängung«, in: Jörg Blasius (Hg.), *Gentrification. Die Aufwertung innenstadtnaher Wohnquartiere*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 277-300.
- Belina, Bernd (2017): »Zur Geographie der Abstiegs-gesellschaft«, in: *Prokla* 47(1), S. 97-104.

- Bernt, Matthias/Görg, Christoph (2008): »Searching for the Scale – Skalenprobleme als Herausforderung der Stadt- und Umweltforschung«, in: Markus Wisen/Bernd Röttger/Susanne Heeg (Hg.), *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 226-250.
- Bescherer, Peter/Burkhardt, Anne/Feustel, Robert/Mackenroth, Gisela/Sievi, Luzia (2021): *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und soziale Bewegungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bescherer, Peter/Heller, Kristina (2021): »Harte Prüfung – Mieter:innen-Organizing im Leipziger Quartier in Pandemiezeiten«, <https://www.move-projekt.de/housing/harte-pruefung-mieterinnen-organizing-im-leipziger-quartier-in-pandemiezeiten/>, aufgerufen am 30.12.2021.
- Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2014): *Interviews mit Experten. Eine praxisorientierte Einführung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Brenner, Neil/Schmid, Christian (2014): »Planetary Urbanization«, in: Neil Brenner (Hg.), *Implosions – explosions. Towards a study of planetary urbanization*, Berlin: Jovis, S. 160-163.
- Candeias, Mario (2020): »Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen. Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit«, in: *Fromm Forum* 24, S. 141-162.
- Choudry, Aziz 2014: »(Almost) Everything you always wanted to know about activist research but were afraid to ask: What activist researchers say about theory and methodology«, in: *The Multidisciplinary Journal of Social Protest* 1(2), S. 75-88.
- Dörfler, Thomas (2010): *Gentrification in Prenzlauer Berg? Milieuwandel eines Berliner Sozialraums seit 1989*, Bielefeld: transcript.
- Dubiel, Helmut (1985): »Das Gespenst des Populismus«, in: *Merkur* 39(8), S. 639-651.
- Feustel, Robert (2021): »Zwischen Skepsis und Sorge«, in: Bescherer et al. (Hg.), *Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie*, S. 78-97.
- Fisher, Robert/DeFilippis, James (2015): »Community organizing in the United States«, in: *Community Development Journal* 50(3), S. 363-379.
- Flecker, Jörg (2008): »Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und ihre politische Verarbeitung«, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), *Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Opladen/Farmington Hills: Budrich, S. 79-100.
- Gestring, Norbert (2013): »Stadt und Land. Siedlungsstruktur«, in: Steffen Mau/Nadine M. Schöneck (Hg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands* Bd. 2, 3., grundl. überarb. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 857-869.
- Goodwyn, Lawrence (1978): *The Populist Moment. A Short History of the Agrarian Revolt in America*, Oxford: Oxford University Press.

- Hielscher, Lee (2019): »Mit Rechten reden? Lasst mal lieber über Rassismus sprechen!«, in: sub\urban 7(1-2), S. 153-158.
- Hillje, Johannes (2018): »Rückkehr zu den politisch Verlassenen«, Berlin: Das Progressive Zentrum e.V.
- Höhne, Stefan (2015): »Die Idiotie des Stadtlebens«, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 9(2), S. 39-46.
- Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (2017): »Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien«, in: Dirk Jörke/Oliver Nachtwey (Hg.), Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Leviathan Sonderband 32, Baden-Baden: Nomos, S. 163-186.
- Kühn, Manfred/Weck, Sabine (2013): »Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien«, in: Matthias Bernt/Heike Liebmann (Hg.), Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen, Wiesbaden: Springer VS, S. 24-46.
- Kunkel, Kalle/Seppelt, Jana (2021): »Was Organizing (nicht) ist«, in: LuXemburg 1/2021, S. 98-103.
- Liebmann, Michael (Hg.) (2019): Schönefeld mit Abtnaundorf, Neustadt und Neuschönefeld. Ein Leipziger Stadtteillexikon, Leipzig: Pro Leipzig.
- Mackenroth, Gisela (2021): »Wie das Fahrradhäuschen die Wäscheleine verdrängt: Alltag und Ressentiment in einem Stuttgarter Quartier «mit besonderem Entwicklungsbedarf«, in: Bescherer et al. (Hg.), Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie, S. 153-174.
- Madden, David/Marcuse, Peter (2016): In Defense of Housing. The Politics of Crisis, London/New York: Verso.
- Maruschke, Robert (2014): Community Organizing. Zwischen Revolution und Herrschaftssicherung, Münster: edition assemblage.
- Massey, Doreen (1991): »A global sense of place«, in: Marxism today June 1991, S. 24-29.
- Mullis, Daniel (2021): »Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt. From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity«, in: Urban Studies 58(1), S. 131-147.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte, PRIF Report 5/2019, Frankfurt a.M.: HSFK.
- Purcell, Mark (2006): »Urban Democracy and the Local Trap«, in: Urban Studies 43(11), S. 1921-1241.
- Rink, Dieter (2020): »Leipzig: Wohnungspolitik in einem Wohnungsmarkt mit Extremen«, in: Dieter Rink/Björn Egner (Hg.), Lokale Wohnungspolitik. Beispiele aus deutschen Städten, Baden-Baden: Nomos, S. 177-196.

- Rinn, Moritz/Wiese, Lena (2020): »Politiken sozialer Mischung und die Produktivität von Rassismus im ›gefährlichen Viertel««, in: *Geographica Helvetica* 75 (1), S. 23-36.
- Sieverts, Thomas (1997): *Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*, Braunschweig/Wiesbaden: Vieweg.
- Stövesand, Sabine (2019): »Gemeinwesenarbeit als sozialraumbezogenes Handlungsfeld«, in: Fabian Kessl/Christian Reutlinger (Hg.), *Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 557-579.

Die AfD und das »Dornröschenschloss« – über die (Be-)Deutung von Peripherisierung für den Rechtspopulismuszuspruch

Larissa Deppisch

1. Einleitung

Bei der Bundestagswahl im September 2017 erhielt die Alternative für Deutschland (AfD) 12,6 % der Zweitstimmen. Erstmals zog damit eine rechtspopulistische Partei in den Deutschen Bundestag ein. Zudem ist sie seit 2014 im Europaparlament und seit 2018 auch in allen Länderparlamenten vertreten (Bücker et al. 2019: 32-33, 49). Deutlich wird, dass die Partei in politischen Institutionen Fuß fassen kann, obwohl ihre inhaltliche Ausrichtung seit ihrer Gründung im Februar 2013 immer weiter nach rechts rückt und zahlreiche AfD-Spitzenpolitiker:innen für rechtsextreme Äußerungen oder den konsequenzenlosen Umgang damit innerhalb der Partei bekannt sind (Pfahl-Traughber 2019). Ob im öffentlichen Diskurs, in den Parlamenten oder auf Karten der Wahlgeografie – die AfD eignet sich über ihre Wahlerfolge in vielerlei Hinsicht Räume an. Die Gesellschaftswissenschaften haben sich seither an der Erklärung dieses Phänomens versucht.¹

Die These der Modernisierungsverlierer:innen geht etwa davon aus, dass die AfD vor allem von Personen gewählt wird, die sich eine Verbesserung ihrer ökonomischen Benachteiligung erhoffen (etwa Lengfeld 2017: 211, 215). Für diese These spricht, dass mit einem bildungsdemografisch (Grözinger 2017) und sozioökonomisch (Bergmann et al. 2017) weniger gut abschneidendem räumlichen Kontext¹ hohe AfD-Wahlerfolge einhergehen. Zugleich geht mit einer geringen formalen Bildung sowie beruflichen Stellung (Lux 2018), dem Gefühl, benachteiligt zu sein (ebd.), oder gehegten Abstiegsängsten (Kohlrausch 2018) eine höhere Wahrscheinlichkeit einher, AfD zu wählen. Für die »Gruppe der unteren Mittelschicht [...] [sind] Unsicherheitserfahrungen am Arbeitsplatz und mangelnder tarifvertraglicher Schutz treibende Faktoren für die AfD-Wahl« (Hilmer et al. 2017: 50).

¹ Direkte Rückschlüsse von räumlichen Kontextfaktoren auf individuelles Verhalten zu ziehen, ist allerdings nicht zulässig (Schoen 2014: 118; Winkler 2014: 747-748), weshalb die Verortung der räumlichen Ergebnisse hier mit Vorbehalt interpretiert werden sollte.

Aber auch die Identifikation rechts(radikal) Eingestellter mit den kulturellen Inhalten der Partei wird als Erklärung für die AfD-Wahlentscheidung angeführt (etwa Lengfeld 2017: 211). Zahlreiche Studien stützen die Relevanz politischer Einstellungsmerkmale, wie etwa die Ablehnung von Geflüchteten (Baron 2018; Decker et al. 2018; Hambauer/Mays 2018; Lengfeld 2017, 2018; Lengfeld/Dilger 2018; Richter et al. 2019a; 2019b; Rippl/Seipel 2018; Schröder 2018). Zudem schnitt die AfD in Räumen, die in der Vergangenheit hohe Wahlergebnisse rechtsradikaler Parteien aufwiesen, überdurchschnittlich ab (Franz et al. 2018; Richter/Bösch 2017; Richter et al. 2019a; 2019b; Schwander/Manow 2017). Für Bayern wurde beobachtet, dass mit der Nähe zur Grenze (Jäckle et al. 2018) sowie zu Unterkünften für Geflüchtete (Stecker/Debus 2019) auch die AfD-Wahlergebnisse steigen.

Allerdings gibt es auch Ergebnisse, die die Verflechtung von ökonomischen und kulturellen Faktoren betonen. So werden in Räumen mit hohem Rechtspopulismuszuspruch sowohl Migration als auch die Unsicherheit von Arbeitsbedingungen als große Probleme wahrgenommen (Hillje 2018). Zudem wurde für Räume mit hohen AfD-Wahlergebnissen die Verschneidung einer wirtschaftlich schlechten Lage und rechter Einstellungsmerkmale (Kurtenbachs 2019; zusätzlich auch mit einem geringeren Ausländer:innenanteil, s. Giebler/Regel 2017) sowie eine sozioökonomische Heterogenität (Bergmann et al. 2018) festgestellt. Des Weiteren steigt unter AfD-Sympathisant:innen der Anteil rechts Eingestellter parallel zum Anteil sozioökonomisch Benachteiligter (Heitmeyer 2018: 224-225): »Es ist vielmehr die in der Vergangenheit erfahrene Arbeitslosigkeit, die sich in Verbindung mit der Flüchtlingspolitik nach 2015 zu einem Syndrom des Unmuts verfestigte« (Manow 2018: 99-100). Gleichwohl gibt es auch Arbeiten, die neben jener Verflechtung betonen, dass die AfD auch in der Mitte auf relevanten Zuspruch stößt (Celik et al. 2020; Vehrkamp/Wegschaidter 2017: 60).

Die Protestwahlthese schließlich geht davon aus, dass AfD-Wählende vor allem ihrer Unzufriedenheit mit der Politik der eigentlich präferierten Partei provokativ Ausdruck verleihen wollen (etwa Lengfeld 2017: 215). Diese These stützen Ergebnisse, die einen positiven Zusammenhang zwischen der AfD-Wahl und Unzufriedenheit mit der Regierung feststellen (Giebler/Regel 2017, Klein et al. 2018; Schmitt-Beck et al. 2017; zu sozialer Gerechtigkeit s. Bergmann et al. 2017) und AfD-Sympathisant:innen als Kritiker:innen der real existierenden Demokratie ausmachen (Nachtwey/Heumann 2019). Für Politikverdrossenheit spricht auch der positive Zusammenhang zu hohen Anteilen an Nichtwählenden bei vergangenen Wahlen (Richter et al. 2019b). Allerdings wurde mit Ausnahme der Bundestagswahl 2017 widerlegt, dass »die AfD vormalige Nichtwählende mobilisiere, die mehrheitlich dann diese Partei wählen würden« (Haußner/Leininger 2018: 90). Hinsichtlich der räumlich-kontextuellen »politische[n] Distanz« (Rösel/Sonnberg 2016: 6) wurde im Falle Mecklenburg-Vorpommerns festgestellt, dass von

der Gemeindegebietsreform stark betroffene Gemeinden einen höheren AfD-Zuspruch aufwiesen.

Zudem wurde im populär-medialen Diskurs um die Bundestagswahl 2017 eine weitere These prominent angeführt. Diese besagt, dass die Bevölkerung ländlicher, wirtschaftlich wie infrastrukturell schwacher Räume beabsichtige, ihrer Unzufriedenheit über ihre Lebensverhältnisse mittels der AfD-Wahl kundzutun (Deppisch 2020, s. auch Naumann 2021: 11-13). Für diese These könnte sprechen, dass der Kontext von Räumen mit hohem AfD-Zuspruch als unattraktiv wahrgenommen wird, was aus Zusammenhängen mit negativen Wanderungsbilanzen (Vorländer 2020: 19) oder einem hohen Anteil älterer Menschen (Richter/Bösch 2017; Franz et al. 2018; Grözinger 2017) geschlossen werden kann. Auch zeichnen sich Räume mit hohen AfD-Wahlergebnissen durch eine weniger gute infrastrukturelle Ausstattung (Diermeier 2020) sowie individuelle Problematisierungen von Infrastrukturabbau auf (Hillje 2018). Ob die AfD vermehrt in ländlichen Räumen gewählt wird, ist allerdings umstritten (bestätigend: Bergmann et al. 2017; Franz et al. 2018; Richter/Bösch 2017; relativierend: Deppisch et al. 2019;). Zudem weisen auch urbane Räume Infrastrukturabbau und hohen AfD-Zuspruch auf (Zschocke 2019).

Die Analysen entlang der verschiedenen Erklärungsansätze rückblickend betrachtend fällt auf, dass insbesondere der potenzielle Zusammenhang zwischen der Infrastrukturschwäche ländlicher Räume und AfD-Wahlerfolg kaum explizit untersucht wurde. Im Folgenden gehe ich deshalb der Frage nach, welche Kausalität dieser skizzierten Beziehung zugrunde liegen könnte. Da es sich um ein exploratives Unterfangen handelt, greife ich methodologisch auf die Grounded Theory zurück. Mithilfe dieser untersuche ich qualitativ-sinnverstehend eine Gruppendiskussion, welche in einem ländlichen Raum mit hohem AfD-Zuspruch geführt wurde. Ich arbeite heraus, wie die Teilnehmenden die Entwicklung des räumlichen Kontextes zeichnen und wie sie diese symbolisch deuten. Dabei stellt das *Dornröschenschloss* eine zentrale Figur dar. Des Weiteren gehe ich darauf ein, welche Handlungsstrategien die Teilnehmenden aus jenen Deutungen ableiten und schließlich auch, welche politische Konsequenzen – insbesondere hinsichtlich des AfD-Zuspruchs – diese nach sich ziehen. Ziel ist, den bisherigen Erklärungsansatz theoretisch anzureichern, um zu einem tiefergehenden Verständnis des Zusammenhangs zu gelangen.

2. Methode und Daten

Entsprechend der explorativen Heuristik der Grounded Theory, des *theoretical sampling* (Glaser/Strauss 1967: 45, 48), verfolge ich das Ziel, Daten zu erheben, die den bisher erarbeiteten Erklärungsansatz anreichern oder erweitern. Hierfür analysiere ich vergleichend (Glaser/Strauss 1967: 21-22) verschiedene »slices of data«

(ebd.: 68). Dazu zählen die Transkripte von Gruppendiskussionen (nach Kühn/Koschel 2018), welche die kollektive Wahrnehmung der Bevölkerung ländlicher Räume einfangen. Die Stimuli der Leitfäden sind so gewählt, dass sie orientiert am skizzierten Problemzusammenhang zum Reden über die demografische Entwicklung, die wirtschaftliche Situation, die infrastrukturelle Ausstattung und kulturell-politische Stimmung anregen. Gleichzeitig wird den Teilnehmenden die Möglichkeit eigener Relevanz- und Themensetzungen gegeben.

Um potenziell unterschiedliche Wahrnehmungen zu erfassen, wird eine soziodemografisch heterogene Zusammensetzung der Gruppe angestrebt. Dementsprechend divers erfolgt auch die Akquise über das Verteilen von Flyern im Ort und die direkte Ansprache potenzieller Gatekeeper (Bürgermeister:innen, Vereine), über Ebay-Kleinanzeigen und an lokale Zeitungen gerichtete Pressemitteilungen. Um ein Bild über die soziostrukturellen Hintergründe der Teilnehmenden zu erhalten, wird im Anschluss an die Diskussion ein standardisierter Fragebogen ausgegeben, der Geschlecht, Alter, Wohndauer, Bildung, Erwerbsstatus und Einkommen erfasst. Zur Teilnahme eingeladen sind alle Bürger:innen, die im jeweils untersuchten Ort wohnen.

Zur eigenen Vorbereitung der Gruppendiskussion wird die kleinräumliche Situation mithilfe statistischer Daten zu Demografie, Wirtschaft, Infrastruktur und vergangenen Wahlergebnissen skizziert. Andere »slices of data« (Glaser/Strauss 1967: 68) sind zudem problemzentrierte Interviews (nach Witzel 2000), die mit Bürgermeister:innen und Mitarbeiter:innen des Landkreises geführt werden, um subjektive Wahrnehmungen einzuholen, welche über die Erkenntnisse statistischer Daten hinausweisen. Die Interviews und die Gruppendiskussion werden per Audiorekorder aufgezeichnet und im Anschluss transkribiert. Namen von Personen und Orten werden anonymisiert (z.B. steht »B4« für die vierte teilnehmende Person). Die Analyse basiert auf einer induktiven Codierung des Datenmaterials (Glaser/Strauss 1967: 30, 37, 106-113).

Gemäß des Prinzips der minimalen Kontrastierung, durch welche relevante Detailunterschiede herausgearbeitet werden (Glaser/Strauss 1967: 49, 55-56), habe ich zunächst im Projekt eine Kreisregion ausgewählt, die jene Struktureigenschaften aufweist, welche der bisher herausgearbeiteten theoretischen Erklärung entsprechen: Die Kreisregion des in diesem Text dargestellten Fallbeispiels (als Kadorf pseudonymisierte Gemeinde) ist sehr ländlich, weist eine »weniger gute« sozioökonomische sowie eine unterdurchschnittliche infrastrukturelle Lage und mit ca. 25% ein überdurchschnittliches AfD-Wahlergebnis auf.² Sie liegt darüber

2 Die Einschätzung zur Ländlichkeit und sozioökonomischer Lage erfolgte nach der Thünen-Typologie ländlicher Räume (siehe <https://karten.landatlas.de/app/landatlas/>) und die Einschätzung der infrastrukturellen Lage auf Basis eines entsprechenden Indexes des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (internes zur Verfügung gestelltes Dokument der Ergebnisse

hinaus in Ostdeutschland. Die Auswahl weiterer Kreisregionen wird im Verlauf des Forschungsprozesses entsprechend der Entwicklung der Theorie angepasst (ebd.: 48-50). Dabei gehe ich neben minimal auch maximal kontrastierend vor. Die maximale Kontrastierung dient dazu, eine Vielfältigkeit der Daten zu generieren und gegebenenfalls sogar Ähnlichkeiten zwischen strukturell unterschiedlichen Kreisregionen zu entdecken (ebd.: 49, 55-56).³

Die Gruppendiskussion in Kadorf wurde 2019 geführt, wobei sich die Diskussionsgruppe aus neun Personen zusammensetzte: zwei Frauen und sieben Männern im Alter zwischen ca. 20 und 85 Jahren (Durchschnitt: 56 Jahre). Die meisten Teilnehmenden wohnten bereits ihr ganzes Leben lang in Kadorf. Zwei Teilnehmende sind in ihren Zwanzigern und eine Person ist als Kind zugezogen, wobei diese Teilnehmenden bereits seit mehreren Jahrzehnten im Ort lebten. Alle Teilnehmenden legten entweder die Mittlere Reife oder das Abitur ab⁴. Anschließend haben die meisten einen (Fach-)Hochschulabschluss erlangt, zwei eine Lehre absolviert. Die Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen⁵ fallen in den Bereich von ca. 1.700 bis 3.300 Euro (Durchschnitt ca. 2.300 Euro). Die meisten Teilnehmenden sind in Vollzeit und eine Person ist geringfügig erwerbstätig; drei Teilnehmende gehen keiner Lohnarbeit nach (z.B. Rentner:innen, Student:innen, Arbeitslose). Es fehlten Personen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss. Trotz expliziter Ansprache von Frauen und Jugendlichen konnte der Überhang an Männern mittleren oder höheren Alters nicht verhindert werden. Die Zusammensetzung spiegelt letztlich aber auch den Umstand wider, dass gerade jüngere (gut ausgebildete) Frauen aus ländlichen Räumen abwandern (BBSR 2013).

Im Folgenden werde ich insbesondere auf Basis dieser Gruppendiskussion den Prozess vom Infrastrukturverfall bis hin zur AfD-Wahl aufzeigen. Teilweise greife ich auch auf andere »slices of data« (Glaser/Strauss 1967: 68) zurück, was

aller Indikatoren für die Einzeldimensionen regionaler Lebensverhältnisse auf Kreisregionsebene). Die Angabe zum Wahlergebnis stammt aus Daten auf Wahllokalebene, die der Bundeswahlleiter zur Verfügung stellte (siehe <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse>) und die auf Gemeinde- sowie Kreisebene aggregiert wurde.

3 Die maximale Kontrastierung erfolgt zum einen mit einer Kreisregion, die ähnliche Strukturmerkmale, aber ein unterdurchschnittliches AfD-Wahlergebnis aufweist; zum anderen mit Kreisregionen, die ebenfalls ein überdurchschnittliches AfD-Wahlergebnis, aber stark abweichende Struktureigenschaften aufweisen. Die minimale Kontrastierung erfolgt mit einer anderen Kreisregion, die ähnliche Struktureigenschaften, aber ein unterdurchschnittliches AfD-Wahlergebnis aufweist sowie innerhalb einer Kreisregion zwischen den Interviews und der Gruppendiskussion.

4 Bzw. Äquivalente.

5 Berechnet nach der neuen Skala der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) mit den Faktoren 1,0 für den:die Hauptbezieher:in, 0,5 je weiterem Haushaltsmitglied im Alter ab 14 Jahren und 0,3 je weiterem Haushaltsmitglied unter 14 Jahren (siehe <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Sozialberichterstattung/Glossar/occdskala.html>).

jeweils kenntlich gemacht wird. Dazu zählen auch andere Forschungsarbeiten, deren Anschlussfähigkeit sich im Laufe des Analyseprozesses herausstellte.⁶

3. Vom Peripherisierungsprozess zum AfD-Zuspruch

3.1 Peripherisierung Kadorfs

Ausgangspunkt des folgenden Erklärungsansatzes stellt eine negative demografische Entwicklung ländlicher Räume dar, die durch geringe Geburtenraten und Abwanderung bedingt ist (Deppisch 2020, Naumann 2021: 11-13), so auch in Kadorf. Die Teilnehmenden berichten, dass Personen aus Kadorf abwandern, weil sie lokal, im wirtschaftlich schwach aufgestellten Ort, keinen (zu ihrem persönlichen Profil) passenden Arbeitsplatz finden würden. Dagegen versprechen wirtschaftlich prosperierende Orte berufliche Perspektiven. Für die Teilnehmenden aus Kadorf setze dieser Prozess mit der gesellschaftlichen Transformation der Wende ein. Vor 1990 hätten eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, Bergbauunternehmen und andere Betriebe, etwa im Bereich Elektronik, Arbeitsplätze für die Bewohner:innen gestellt. Mit der Wende seien von einst 300 in der Landwirtschaft beschäftigten Personen nur etwa zehn Arbeitsplätze geblieben. Mit der Sprengung des Schachts sei der Bergbau komplett eingestellt worden – für die älteren Kadorfer:innen, die aus ihrer Arbeit durchaus eine gewisse Lebenszufriedenheit zogen, ein einschneidendes Ereignis: »Jetzt nehmen die mir alles!« (B4) Auch Ende der 2010er-Jahre hätte es nur wenige Arbeitsplätze vor Ort gegeben, sodass die meisten Kadorfer:innen in die nächstgrößere Stadt pendeln würden. Auch eingekauft werde vermehrt außerhalb Kadorfs – im Gegensatz zu früher: »[V]or fünf Jahren noch hatte ich ungefähr 50-80 Wocheneinkäufe, wo die Leute mit vollem Wagen hier rausgefahren sind.« (B9) Zudem würden baurechtliche Gesetze wie der Denkmalschutz niedrigschwelliges Bleiben unattraktiv machen.

Dass weniger Menschen im Ort leben und konsumieren, bedeute auch, dass sich die Nachfrage nach Gütern aller Art vor Ort verringere. Der Erhalt von Einrichtungen der Grundversorgung sei deshalb in vielen Fällen nicht mehr profitabel genug (s. auch Deppisch 2020; Naumann 2021: 11-13). Moniert wird auch, dass Bürokratie und Gesetze Vorhaben zur Verbesserung der Versorgungsstruktur erschweren würden, wie z.B. die Auflage, einen Parkplatz vor einem Einkaufsladen anzulegen. Während um 2015/16 der Abbau von Infrastrukturen im Vergleich zu anderen Orten noch als relativ glimpflich verlaufend wahrgenommen wurde, sei

6 Der Einbezug bestehender theoretischer Überlegungen, denen eine nachgeordnete Rolle zukommt (Glaser/Strauss 1967: 37), wurde nach der Erstellung der grundlegenden Codierung vorgenommen.

schließlich »mit einem Schlag alles weggefallen« (B5). Geschlossen seien etwa der Frisiersalon, die Bankfiliale, ärztliche Praxen und die Post, wobei der verbliebene Briefkasten so eingewachsen sei, dass »man sich gar nicht mehr [traue], etwas reinzustecken« (B7). Und wo einst in jedem Ortsteil ein Kindergarten gewesen sei, sei heute nur noch einer übrig, der Raum für alle Kinder Kadorfs biete. Insbesondere die Schließung des letzten Einkaufsladens wird beklagt. Von ehemals drei Schulen sei nur noch eine übrig, welche sich allerdings in Verwaltungshoheit einer anderen Gemeinde befinde. Bereits jetzt gehen nicht alle Kinder auf die Schule im Ort, was sich auf das Dorfleben auswirke, etwa auf ehrenamtliche Aktivitäten: »[B]ei uns ist nicht so viel Zulauf [im Jugendverein]. Auch weil halt viele [...] auf das Gymnasium in die Stadt gehen müssen. Da haben dann halt viele dort ihre Freude, gehen da halt weg.« (B3)

Für die Kadorfer:innen bedeutet dieser Abbau von Versorgungsstrukturen, dass sie nicht mehr (bei ersatzloser Schließung) oder schwieriger (bei längerem Anfahrtsweg) am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, wie etwa vor Ort zu arbeiten, einzukaufen oder sich mit Gleichgesinnten im Verein auszutauschen. Der gesamte Prozess – von negativer demografischer wie wirtschaftlicher Entwicklung über eine sinkende Nachfrage, Schließungen von Versorgungsstrukturen und damit einhergehende Teilhabebeeinträchtigungen – wird auch als Peripherisierung bezeichnet (Barlösius/Neu 2008: 18; Beetz 2008: 7-11). Gemeint ist damit eine Bewegung in »ein[em] Spannungsfeld, das typischerweise durch *Kräftekonzentration im Zentrum* und *Kräftezersplitterung an der Peripherie* gekennzeichnet ist« (Kreckel 1992: 42, Hervorh. im Original; s. auch Neu 2006: 12).⁷

Im Sinne einer Teilhabeermöglichung zentralisierend und damit Lebensqualität fördernd wirken für Kadorf die ruhige Lebensweise und die schöne Landschaft (wie der Wald), welche explizit wertgeschätzt werden, sowie das neu eröffnete Altersheim. Dieses biete nicht nur Arbeitsplätze vor Ort, sondern Sorge auch dafür, dass pflegebedürftige ehemalige Kadorfer:innen »jetzt wieder zu ihren Familien zurück[...]gehen, kurz bevor sie sterben. Die können also zu Hause sterben, kann man sagen, ne? In den Armen ihrer Kinder.« (B4) Hinsichtlich der Gesamtentwicklung fallen diese Funktionsgewinne im Vergleich zu den peripherisierenden Prozessen jedoch kaum ins Gewicht.

Die Peripherisierung ist allerdings nicht für alle Kadorfer:innen gleich problematisch. So sind von schlecht aufgestellten ÖPNV-Strukturen – in manchen Ortsteilen fahre der Bus nur einmal am Tag – insbesondere Personen betroffen, die »Schwierigkeiten haben, noch Auto zu fahren« (B4), die nie einen Führerschein gemacht haben oder solche, so wird befürchtet, denen die Fahrerlaubnis aufgrund des Alters entzogen werden könnte. Denkbar wäre in diesem Kontext

⁷ Geht die Bewegung mit Machtverlusten einher, wird von Peripherisierung, bei Machtgewinn von Zentralisierung gesprochen (Keim 2006: 3).

auch eine Teilhabe einschränkung aufgrund des Umstandes, sich finanziell kein Auto leisten zu können. Inwiefern die Teilhabe durch schlechte ÖPNV-Strukturen eingeschränkt wird, hänge auch von der Gunst anderer ab: »Man ist also angewiesen, wenn man nicht selber fahren kann, mit jemandem hinzufahren« (B8). Dass Peripherisierung für manche Personengruppen eine Benachteiligung bedeuten kann und für andere nicht, zeigt auf, dass sich verschiedene Räume am selben Ort überlagern können (s. auch Lefebvre 2006: 332, 334; Löw 2001: 130-131).⁸

3.2 Deutung und Bedeutung des Peripherisierungsprozesses

Unabhängig vom gruppenbezogenen Ausmaß der Teilhabe einschränkung werden die Schließungen verschiedener Einrichtungen der Versorgungsstruktur als gravierend und persönlich empfunden. Dies wird insbesondere durch die Schilderung deutlich, die Einrichtungen seien persönliche, eigene Dinge, »die man uns weggenommen hat« (B8). Zwar befinden sich die Bankfiliale, der Frisiersalon oder der Einkaufsladen nicht im privaten Besitz der Kadorfer:innen, aber die Teilhabe möglichkeit, die mit der Schließung erschwert wird oder gänzlich schwindet, ist für sie ein sehr persönlicher Einschnitt in ihr eigenes, privates Leben. Für viele Menschen selbstverständliche Alltagspraktiken, wie morgens Brötchen holen zu gehen oder schnell noch eine Banküberweisung einzuwerfen, sind nun nicht mehr (so einfach) möglich. Neu und Nikolic (2020: 180) weisen darauf hin, dass im Zuge der Schließungen zudem auch Möglichkeiten des niedrigschwelligen zwischenmenschlichen Austauschs entfallen, sogenannte »soziale Orte«.

Dementsprechend düster zeichnen die Kadorfer:innen auch ihre Zukunftsaussichten, was insbesondere an Auseinandersetzungen um den Friedhof deutlich wird. Durch die Abwanderung verantwortlicher Verwandter gebe es auf dem Friedhof »mittlerweile grüne Flächen, weil sich niemand mehr um die Grabsteine kümmert und um die Gräber. Also kommen die Gräber weg.« (B4) Statt als Ort des Erinnerens und Trauerns gepflegt zu werden, verkommt der Friedhof zum Symbol dafür, aufgegeben, zurückgelassen und vergessen zu werden. »[W]eil die Kinder weg sind, haben wir, die älteren Leute, Angst. Wie soll mein Grab aussehen? Das Unkraut wächst dann drüber« (B1) – über die in Form des Grabes manifestierte Erinnerung wie Gras über eine Sache. Doch nicht nur Gräber überwuchern vor dem Hintergrund der Peripherisierung: »[W]enn es so weiter geht, dann müssen wir uns in zehn Jahren alle einen Freischneider besorgen, denn dann leben wir

8 Raum wird gemäß diesem relationalen Raumverständnis weder im Sinne einer physischen, dem Menschen externen Entität verstanden, die ohne Inhalt bestehen kann (Neu 2006: 10), noch gilt er als bewegungslose passive und kontinuierlich existierende Handlungsgrundlage. Stattdessen ergibt sich hier Raum aus der Anordnung, der »Struktur der Lage der Körper« (Löw 2001: 17).

wie im Dornröschenschloss, weil ein Haus nach dem anderen nicht mehr bewohnt wird.« (B2)

Das Dornröschenschloss⁹ ist als Raum komplett losgelöst von einem Ort, der auf einer Landkarte aufzufinden wäre. Mit diesem wird hier jedoch nichts Verwünschenes oder gar Romantisch-Märchenhaftes angerufen. Vielmehr steht das Dornröschenschloss symbolisch für eine drohende negative Entwicklung in Form einer hermetischen Welt, die durch eine externe Macht hervorgerufen wurde. Diese Entwicklung wird zwar erahnt und als struktureller und demografischer Wandel vorhergesehen. Sie kann gegebenenfalls durch persönliche wie politische Mühen abgemildert, jedoch letztendlich nicht verhindert werden. Das Dornröschenschloss steht hier symbolisch dafür, machtlos, ausgeliefert zu sein und nichts gegen die sukzessive Peripherisierung tun zu können. So wie sich der Schlaf über das ganze Schloss legt, so schließt in Kadorf ein Laden nach dem anderen. Und wie sich schließlich kein Blättchen des Baumes vor dem Schloß mehr regen mag, so verfällt auch das Dorfleben in einen tiefen Schlaf. Schließlich verbildlicht das Dornröschenschloss auch, wie durch die Abwesenheit menschlicher Tätigkeiten die Natur überhandnimmt. So wie die Dornenhecke das Schloß umzieht, überwuchern auch in Kadorf Häuser, Gräber, sogar Briefkästen. Im Unterschied zum Märchen, in welchem die Bewohner:innen keine Wahl haben, wollen sich die Kadorfer:innen allerdings nicht der Entwicklung fügen und auf externe Rettung (etwa durch die AfD oder Investor:innen) warten, sondern sind bereit, selbst aktiv zu handeln (»Freischneider«).

3.3 Handlungsstrategien und politische Konsequenzen

Konkret äußere sich die Bereitschaft, aktiv etwas gegen den Verfallsprozess zu unternehmen, beispielsweise darin, Protest lautstark zu äußern und politisch für den Erhalt von Versorgungsstrukturen, wie etwa einer Schule vor Ort, einzutreten: »Für die Schule sind wir angetreten. Unsere Kinder sind mit in den Kreistag gefahren« (B4). Die politischen Weichen, so der Eindruck, würden nicht vor Ort, im ländlichen Kadorf, gestellt. Vielmehr würden Gesetze in urbanen Räumen gemacht, die zwar für ländliche Räume gelten, jedoch die in ländlichen Räumen wie Kadorf vorherrschenden Strukturbedingungen nicht berücksichtigten. Was zur Forderung führt: »[D]a muss man vielleicht auch für ländliche Regionen andere Gesetze schreiben« (B7). Der politische Protest der Kadorfer:innen sei allerdings kaum von Erfolg gekrönt. Dementsprechend sind sie mit den regierenden Partei-

9 Für die Interpretation des »Dornröschenschlosses« beziehe ich mich auf die neuere Grimmsche Fassung aus den »Kinder- und Hausmärchen« (Brüder Grimm 1843), da diese meines Erachtens die für den hier referenzierten Kulturraum geläufigste ist.

en unzufrieden. Zurück bleiben Gefühle der Benachteiligung: »Wir sind abgehangen. Wir sind nur noch die Menschen zweiter Klasse in unserer Gesellschaft.« (B9)

Diese Kritik greift neben anderen Parteien auch die AfD mit ihrem Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2017 auf. Sie kritisiert, dass die Regierung es versäumt habe, durch eine effektive Förderung ländlicher Räume gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Die AfD fordert, die Entwicklung ländlicher Räume entsprechend der jeweiligen strukturellen Lage zu fördern, wie etwa durch die Unterstützung mittelständischer und landwirtschaftlicher Betriebe. Auch will die Partei ländliche Räume für die Ansiedlung junger Familien attraktiv gestalten sowie Infrastrukturen verbessern, insbesondere schnelle Internetverbindungen und mobile Versorgungsstrukturen. Gleichzeitig verspricht die Partei, zu einem gewissen Grad politische Entscheidungskompetenzen zu dezentralisieren und Kommunen mehr Handlungsmacht zuzusprechen (Deppisch et al. 2021: 6-7¹⁰).

Vor diesem Hintergrund wurde die AfD in Kadorf als Hoffnungsträgerin gesehen. So sei der Ausdruck »etabliertere Partei alternativer Deutschen [...] von der Begrifflichkeit ja erst mal eine Sache, wo man sagt, hier will jemand etwas gestalten, etwas anders machen« (B9). Jene Hoffnung darauf, dass die AfD selbst für infrastrukturelle Verbesserungen sorgen könne, oder darauf, durch die AfD-Wahl bei Entscheidungstragenden Aufmerksamkeit auf die problematisierte Versorgungssituation zu lenken, könnte Menschen in ländlichen, peripheren Räumen dazu motiviert haben, bei der Bundestagswahl 2017 die AfD zu wählen (s. auch Deppisch 2020, Naumann 2021: 11-13). In Kadorf trifft die Partei allerdings auch auf Zweifel an ihrer politischen Handlungskompetenz und Wirkmächtigkeit: »Die greifen die Probleme auf, die die Leute haben, sicher. Aber die können auch nur mit Wasser kochen. Wenn kein Arzt da ist, kann kein Arzt auf das Land kommen.« (B7)

Doch die Kadorfer:innen verlassen sich nicht gänzlich auf Eingriffe der Politik, sondern sehen sich ebenfalls selbst in der Verantwortung: »Also, sollten wir uns noch irgendwie mal versuchen, auch an die eigene Nase zu fassen. Unser Konsumverhalten [außerhalb statt vor Ort zu kaufen, d.V.] hat das natürlich auch mit gefördert, dass dieser Betrieb nicht mehr da ist. [...] [W]eil es sich eben nicht lohnt für so einen Betrieb.« (B9) Des Weiteren versuchen sie durch Eigeninitiative für Angebote und damit auch für Lebensqualität zu sorgen. Dies erfolge entweder durch ehrenamtliches Engagement oder dadurch, Betriebe vor Ort zu führen und aufrechtzuerhalten. So wird etwa versucht, eine Gaststätte im Ort zu eröffnen. Der:die voraussichtliche Betreiber:in vertrete, so wird es in der Gruppendiskussion nahegelegt, allerdings rechtsextreme Positionen. Engagement wie dieses sei, darauf weist Simon (2020: 163-164) hin, für Akteur:innen des rechten Randes eine gängige Möglichkeit, als Kümmer:innen aufzutreten und Sympathiepunkte

10 Vgl. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf, vom 01.05.2016.

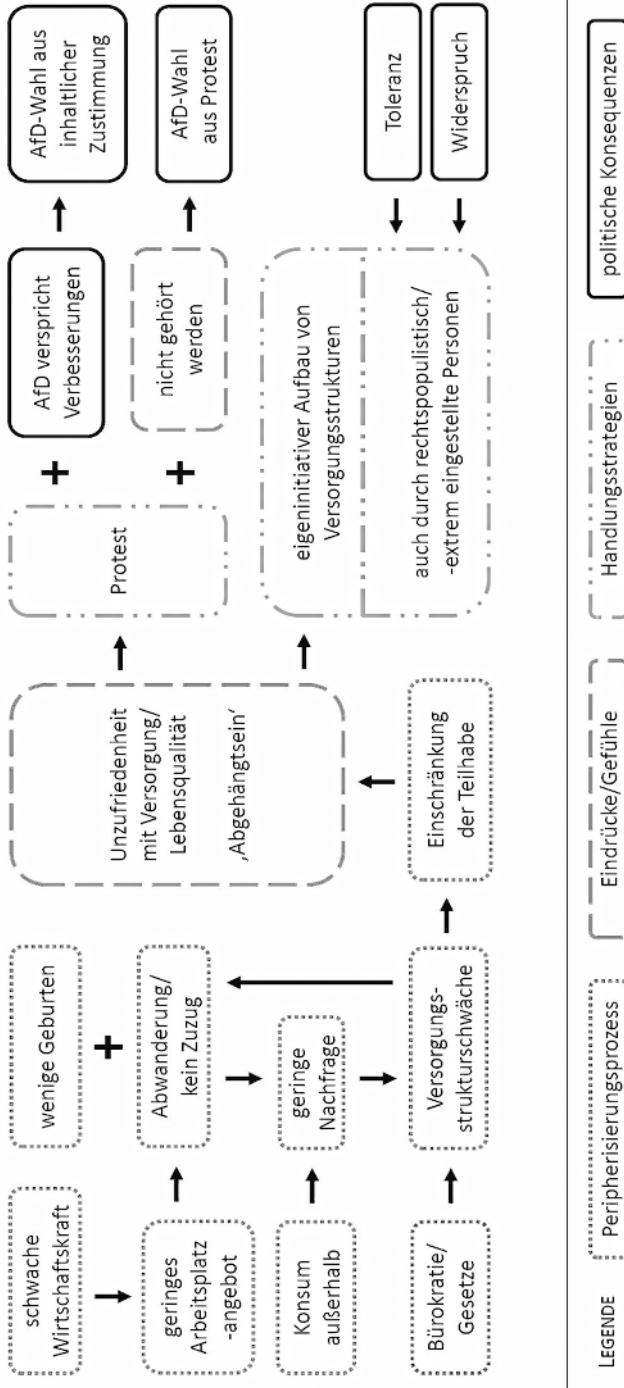
bei der Bevölkerung zu sammeln. In Kadorf entsteht daraufhin ein Zielkonflikt zwischen Infrastrukturaufbau und Rechtsextremismusprävention. Auf der einen Seite treffen jene Pläne auf Unbehagen und Ablehnung. Auf der anderen Seite wird befürchtet, dass deshalb das neue Infrastrukturangebot nicht angenommen werden könnte: »Wir müssen so eine Chance nutzen, egal ob jemand rechts, links oder sonst etwas denkt« (B4).

Auch in Bezug auf Personen mit Migrationshintergrund ist die politische Stimmung in Kadorf gespalten. Zum einen berichten Gruppendiskussionsteilnehmende, wie Kadorfer:innen eine immigrierte Familie im Alltag unterstützt hätten. Diese sei allerdings letztendlich weggezogen, weil sie »hier keine Struktur gehabt« (B4) hätte. Auch Geflüchtete gebe es keine im Ort. Zum anderen werden Ressentiments gegenüber Personen mit Migrationshintergrund angedeutet: »Und heutzutage ist ja schon einer, der nur mal den Mund aufmacht und die Wahrheit sagt über zum Beispiel Problem[e] mit diesen Einwanderern, da heißt es ja schon: ›Du bist rechts!‹ Ja, aber so ist es ja nicht.« (B2) Rechtspopulistische oder -extreme Parteien erhielten in den Bundestags- sowie Landtagswahlen der letzten 30 Jahre jedoch kaum Zweitstimmen in dem Landkreis, dem Kadorf angehört. 1998 erzielten die rechtspopulistischen Parteien DVU, die Republikaner und Pro DM zusammen ca. 7 % und die NPD erreichte bei der Bundestagswahl 2005 sowie bei der Landtagswahl 2014 mit jeweils ca. 5 % ihre Höhepunkte. Nur der Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 sticht mit ca. 25 % als rechtspopulistischer Zuspruch heraus. In der Regel erlangten CDU und die Linke die Löwenanteile der Zweitstimmen. Dementsprechend kann statt von einer rechtspopulistischen/-extremen Wahltradition eher von einem punktuellen rechtspopulistischen Aufbegehren die Rede sein.¹¹

Rückblickend wird deutlich, dass die Ausgangssituation der Peripherisierung in unterschiedlicher Hinsicht mit rechtspopulistischer/-extremer Politik in Verbindung stehen kann. Wird die Teilhabe einschränkung problematisiert, etwa indem sich die Bevölkerung als »abgehängt« empfindet und unzufrieden ist, kann es zum einen zu politischem Protest kommen. Fühlen sich die Protestierenden nicht gehört, kann die AfD-Wahl als Instrument erscheinen, den Unmut kundzutun. Gleichzeitig können die Versprechungen der AfD, die infrastrukturelle Lage vor Ort zu verbessern, von der Regierung enttäuschte Bevölkerungsgruppen dazu

11 Aus Anonymisierungsgründen werden weder der Name des Landkreises Kadorfs noch die Wahldaten Kadorfs benannt. Deshalb beziehen sich die folgenden Wahldaten auf den Landkreis Kadorfs. Die Zweitstimmenergebnisse auf Landkreisebene sind für die Landtagswahlergebnisse von 1990 bis 2019 beim Thüringer Landesamt für Statistik (siehe https://wahlen.thueringen.de/landtagswahlen/lw_wahlergebnisse.asp) und für die Bundestagswahlen von 1990 bis 2017 beim Bundeswahlleiter (siehe <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021.html> beim jeweiligen Wahljahr unter dem Reiter »Weitere Ergebnisse«) abrufbar.

Abb. 1: Vom Peripherisierungsprozess zum AfD-Zuspruch



motivieren, die Partei aus inhaltlicher Überzeugung zu wählen – in der Hoffnung, dass sich durch die AfD tatsächlich etwas an ihrer Lebensqualität ändert. Zum anderen kann das Gefühl des »Abgehängtseins« dazu führen, dass die Bevölkerung den Aufbau von Versorgungsstrukturen selbst in die Hand nimmt. Ergreifen hier rechtspopulistisch/-extrem eingestellte Personen die Chance, sich durch ihr Engagement als Kümmer:innen darzustellen, steht die lokale Bevölkerung vor der Herausforderung, ob sie jenen Personen samt der politischen Gesinnung mit Toleranz oder Widerspruch begegnet (s. Abb. 1).

4. Fazit

Vor dem Hintergrund der AfD-Wahlerfolge diskutieren gesellschaftswissenschaftliche Studien vor allem, ob der zu beobachtende Rechtspopulismusanspruch auf eine sozioökonomisch schlechte Lage, rechte Einstellungsmerkmale oder Protestmotivation zurückzuführen sei. Dagegen wurde der potenzielle Zusammenhang zu Infrastrukturschwäche insbesondere ländlicher Regionen eher weniger untersucht, wenngleich dieser populär-medial in die Debatte eingebracht wird. Ziel dieses Beitrags war es deshalb, diesen theoretischen Erklärungsansatz mithilfe einer qualitativ-explorativen Untersuchung anzureichern, welche sich methodologisch an der Grounded Theory orientiert. Auf Basis der Analyse einer Gruppendiskussion, welche 2019 im ländlichen, wirtschaftlich wie auch infrastrukturell »weniger gut« abschneidenden Ort Kadorf geführt wurde, und regionalen Wahldaten wurden schließlich drei Wege nachgezeichnet, die theoretisch von einem Peripherisierungsprozess zur Wahl der AfD oder Toleranz von rechtspopulistischen/-extremen Positionen beschrritten werden können.

Dabei spielen die Deutung der Versorgungssituation als Einschränkung von Lebensqualität und ein entsprechend entwickeltes Gefühl der Unzufriedenheit eine große Rolle. Relevant sind also nicht nur die grundlegenden strukturellen räumlichen Kontextfaktoren, sondern auch die Wahrnehmung und Beurteilung derselben. Dabei ist zu beachten, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen zwangsläufig gleichermaßen von Infrastrukturabbau betroffen sind. Erst angesichts einer Bewertung der Lage als problematisch wird dem Verfall der Kampf angesagt. Stellvertretend steht hierfür die Symbolik des Dornröschenschlosses, dessen Überwucherung Bürger:innen aktiv zu verhindern versuchen.

Jene Unzufriedenheit kann sich zum einen in politischem Protest ausdrücken. Empfinden die Protestierenden, nicht gehört zu werden, kann die AfD-Wahl eine Möglichkeit sein, auf sich aufmerksam zu machen. Gleichzeitig verspricht die AfD programmatisch, die infrastrukturelle Situation zu verbessern. Personen könnten deshalb ebenfalls eine reale Hoffnung in die Partei setzen und die AfD aufgrund ihrer infrastrukturpolitischen Versprechen wählen. Zum anderen kann die Unzufriedenheit mit der Infrastruktursituation darin münden, dass die Bürger:innen

Versorgungsstrukturen in Eigeninitiative aufbauen. Dies bietet Kadorfer:innen mit rechtspopulistischer/-extremer Einstellung die Möglichkeit, sich als Kümmer:innen zu geben. Tolerieren Bürger:innen diese Unterfangen, kann sich eine rechtspopulistische/-extreme Stimmung im Ort eher verfestigen. Insgesamt wird deutlich, dass dieser Erklärungsansatz verschiedene Elemente (wirtschaftliche, infrastrukturell schlechte Lage, rechte Einstellungsmerkmale, Protest) der oft gegeneinander diskutierten Thesen zur Erklärung des Rechtspopulismuszu- spruchs in ihrer Verflechtung verhandelt (s. auch Mullis/Zschocke 2019: 22; Geilen/Mullis 2021).

Allerdings besteht weiterhin Potenzial, die vorliegende Analyse zu erweitern. So wurde der hier dargestellte Erklärungsansatz primär ausschließlich entlang einer ländlichen, ostdeutschen, infrastrukturell weniger gut aufgestellten Kreisregion beschrieben. Quantitative Studien zum AfD-Wahlerfolg kontrastieren in räumlicher Hinsicht jedoch zwischen Stadt und Land sowie zwischen Ost- und Westdeutschland (Bernet et al. 2019: 7; Falkner/Kahrs 2018: 24-26; Mullis/Zschocke 2019: 6-11). Beispielsweise erklären vor allem in Ostdeutschland rechte Einstellungsmerkmale die AfD-Wahl (Pesthy et al. 2021) und auch der gesellschaftliche Zusammenhalt fällt insbesondere dort negativ aus (Rösel/Samartzidis 2018). Urbane Räume betrachtend wird jedoch aufgezeigt, »dass die gesellschaftlichen Bruchlinien des Erstarkens der extremen Rechten [...] auch mitten durch die Städte in Ost wie West verlaufen« (Geilen/Mullis 2021: 140).

Des Weiteren stellt sich die Frage, ob sich der Zusammenhang zwischen Peripherisierungsprozessen und AfD-Zuspruch für Städte anders darstellt als für ländliche Räume. Auch zwischen Städten wurden bereits Unterschiede ausgemacht, was für eine kleinteiligere Differenzierung der räumlichen Kategorien in diesem Zusammenhang spricht. Für die Städte Düsseldorf, München und Leipzig wurde etwa festgestellt, dass die wahrgenommene Aufwertung des Wohnumfelds den Zusammenhang zwischen hohem AfD-Zuspruch und sozioökonomischen Ängsten abschwächt (Üblacker et al. 2020). In Frankfurt am Main (Mullis 2021) und Leipzig (Zschocke 2019) konnte die AfD dagegen auch in von Verdrängung betroffenen Stadtteilen punkten. Förtner et al. (2019) argumentieren darüber hinaus gehend, statt des Stadt-Land-Dualismus die verschiedenen Ausprägungen von Urbanisierung, Peripherie und Zentralität zu betrachten.

Übergreifend ist festzuhalten, dass kleinräumige Analysen durch ein detaillierteres Bild über lokale Zusammenhänge die vielversprechende Möglichkeit bieten, einen entscheidenden Erkenntnisgewinn zur Erklärung des AfD-Wahlerfolgs beizutragen.

Literatur

- Barl \ddot{o} sius, Eva/Neu, Claudia (2008): »Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Auspr \ddot{a} gung r \ddot{a} umlicher Ungleichheit«, in: Eva Barl \ddot{o} sius/Claudia Neu (Hg.), Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? (= Materialien der Interdisziplin \ddot{a} ren Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung l \ddot{a} ndlicher R \ddot{a} ume – LandInnovation –, Nr. 21), Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 17-23.
- Baron, Daniel (2018): Who identifies with the AfD? Explorative analyses in longitudinal perspective (= SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, Nr. 983), Berlin: DIW.
- BBSR (2013): Auf der Suche nach dem guten Leben. Geschlechtstypische Wanderungen in Deutschland (=BBSR-Analysen KOMPAKT, Nr. 4), Bonn: BBSR.
- Beetz, Stephan (2008): »Peripherisierung als r \ddot{a} umliche Organisation sozialer Ungleichheit«, in: Eva Barl \ddot{o} sius/Claudia Neu (Hg.), Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? (= Materialien der Interdisziplin \ddot{a} ren Arbeitsgruppe Zukunftsorientierte Nutzung l \ddot{a} ndlicher R \ddot{a} ume – LandInnovation –, Nr. 21), Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 7-16.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehues, Judith (2017): »Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert f \ddot{u} hlenden Durchschnittsverdiener?«, in: ZParl 48(1), S. 57-75.
- (2018): »Ein komplexes Gebilde. Eine sozio- \ddot{o} konomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017«, in: ZParl 49(2), S. 243-264.
- Bernet, Tobias/Bescherer, Peter/Beurskens, Kristine/Feustel, Robert/Michel, Boris (2019): »Stadt von rechts? Eine Einleitung«, in: sub\urban 7(1/2), S. 7-21.
- Br \ddot{u} der Grimm (1843): Kinder- und Hausm \ddot{a} rchen. Gro \ddot{u} ße Ausgabe, Band 1, G \ddot{o} ttingen: Verlag der Dieterichschen Buchhandlung.
- B \ddot{u} cker, Sinah/Schade, Sarah Maria/Wiegerling, Ulrike (2019): »Die AfD: Woher sie kommt, wie sie funktioniert, wer sie unterst \ddot{u} tzt«, in: Eva Walther/Simon D. Isemann (Hg.), Die AfD – psychologisch betrachtet, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 27-56.
- Celik, Kazim/Decker, Oliver/E. Br \ddot{a} hler, Elmar (2020): »Rechtsextremismus f \ddot{u} r die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-W \ddot{a} hlerschaft von 2014 bis 2020«, in: Oliver Decker/Elmar Br \ddot{a} hler (Hg.), Autorit \ddot{a} re Dynamiken. Neue Radikalit \ddot{a} t – alte Ressentiments, Gie \ddot{s} en: Psychosozial-Verlag, S. 149-175.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Br \ddot{a} hler, Elmar (2018): »Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf«, in: Oliver Decker/Elmar Br \ddot{a} hler (Hg.), Flucht ins Autorit \ddot{a} re. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gie \ddot{s} en: Psychosozial-Verlag, S. 65-115.

- Deppisch, Larissa (2020): »Gefühle des Abgehängtseins« – ein Angstdiskurs«, in: Susanne Martin/Thomas Linpinsel (Hg.), *Angst in Kultur und Politik der Gegenwart. Beiträge zu einer Gesellschaftswissenschaft der Angst*, Wiesbaden: Springer VS, S.179-203.
- Deppisch, Larissa/Klärner, Andreas/Osigus, Torsten (2019): »Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?«, in: *Wissen schafft Demokratie* 5, S. 74-87.
- Deppisch, Larissa/Osigus, Torsten/Klärner, Andreas (2021): »How Rural is Rural Populism? On the Spatial Understanding of Rurality for Analyses of Right-wing Populist Election Success in Germany«, in: *Rural Sociology* (online first), S. 1-23.
- Diermeier, Matthias (2020): »Ist mehr besser? Politische Implikationen der separaten Daseinsvorsorge in Deutschland«, in: *ZPol* 30, S. 539-568.
- Falkner, Thomas/Kahrs, Horst (2018): *Deutungsmuster zum Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Ein Bericht zu neueren empirischen Studien* (= Arbeitspapier, Nr. 1), Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD. Zur Produktion des Urbanen und des Ruralen im Prozess der Urbanisierung«, in: *suburban* 7(1/2), S. 23-44.
- Franz, Christian/Fratzscher, Marcel/Kritikos, Alexander S. (2018): *AFD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker*, Berlin: DIW.
- Geilen, Jan L./Mullis, Daniel (2021): »Polarisierte Städte: Die AfD im urbanen Kontext. Eine Analyse von Wahl- und Sozialdaten in sechzehn deutschen Städten«, in: *Geographica Helvetica* 76, S. 129-141.
- Giebler, Heiko/Regel, Sven (2017): *Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen* (=WISO Diskurs, Nr.16), Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Glaser, Barney/Strauss, Anselm (1967): *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*, Hawthorne, New York: Aldine de Gruyter.
- Grözinger, Gerd (2017): *Der Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Eine regionalorientierte Analyse* (= Discussion Paper, Nr. 27), Flensburg: Europa-Universität Flensburg, Internationales Institut für Management und ökonomische Bildung.
- Hambauer, Verena/Mays, Anja (2018): »Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und derWählerInnen der anderen Parteien«, in: *ZfVP* 12, S. 133-154.
- Haußner, Stefan/Leininger, Arndt (2018): »Die Erfolge der AfD und die Wahlbeteiligung: Gibt es einen Zusammenhang?«, in: *ZParl* 49(1), S. 69-90.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen* (= Signaturen der Bedrohung I), Berlin: Suhrkamp.

- Hillje, Johannes (2018): Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Berlin: Das Progressive Zentrum.
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Jäckle, Sebastian/Wagschal, Uwe/Kattler, Andreas (2018): »Distanz zur Grenze als Indikator für den Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern?«, in: ZfVP 12, S. 539-566.
- Keim, Karl-Dieter (2006): »Peripherisierung ländlicher Räume«, in: APuZ 37, S. 3-7.
- Klein, Markus/Heckert, Fabian/Peper, Yannic (2018): »Rechtspopulismus oder rechter Verdross? Eine empirische Analyse der Unterstützung der AfD im Vorfeld der Bundestagswahl 2017«, in: KZfSS 70, S. 391-417.
- Kohlrausch, Bettina (2018): Abstiegsängste in Deutschland. Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus (= Workingpaper Forschungsförderung, Nr. 58), Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Kreckel, Reinhard (1992): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Kühn, Thomas/Koschel, Kay-Volker (2018): Gruppendiskussionen. Ein Praxis-handbuch, Wiesbaden: Springer VS.
- Kurtenbach, Sebastian (2019): Räumliche Aspekte des Rechtspopulismus, Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.
- Lefebvre, Henri (2006): »Die Produktion des Raums«, in: Jörg Dünne/Stephan Günzel (Hg.), Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 330-342.
- Lengfeld, Holger (2017): »Die ›Alternative für Deutschland‹: eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, in: KZfSS 69, S. 209-232.
- (2018): »Der ›Kleine Mann‹ und die AfD: Was steckt dahinter? Antwort an meine Kritiker«, in: KZfSS 70, S. 295-310.
- Lengfeld, Holger/Dilger, Clara (2018): »Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der ›Alternative für Deutschland‹ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016«, in: ZfS 47(3), S. 181-199.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lux, Thomas (2018): »Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die ›Alternative für Deutschland‹: eine Partei für Modernisierungsverlierer?«, in: KZfSS 70(2): S. 255-273.
- Manow, Philip (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin: Suhrkamp.
- Mullis, Daniel (2021): »Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt«, in: Urban Studies 58(1), 131-147.

- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte (= PRIF Report, Nr. 5), Frankfurt am Main: PRIF; HSFK.
- Nachtwey, Oliver/Heumann, Maurits (2019): »Regressive Rebellen und autoritäre Innovatoren: Typen des neuen Autoritarismus«, in: BJS (= Sonderband: Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften), Wiesbaden: Springer VS, S. 435-453.
- Naumann, Matthias (2021): »Infrastruktureller Populismus. Infrastruktur als Agenda, Instrument und Erklärung rechter Raumproduktionen«, in: GZ (online first).
- Neu, Claudia (2006): »Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung«, in: APuZ 37, S. 8-15.
- Neu, Claudia/Nikolic, Ljubica (2020): »Mythos Gemeinschaft? Vom sozialen Zusammenhalt in ländlichen Räumen«, in: Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegandt (Hg.), Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung, S. 170-183.
- Pesthy, Maria/Mader, Matthias/Schoen, Harald (2021): »Why Is the AfD so Successful in Eastern Germany? An Analysis of the Ideational Foundations of the AfD Vote in the 2017 Federal Election«, in: PVZ 62, S. 69-91.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas (2017): Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017, Jena: IDZ.
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2019a): Die AfD zur Kreiswahl 2019 in Thüringen. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene, Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.
- (2019b): Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in Thüringen, Jena: IDZ.
- Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018): »Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen?«, in: KZfSS 70, S. 237-254.
- Rösel, Felix/Samartzidis, Lasare (2018): »Wert- statt Geldmangel. AfD triumphiert im Osten dort, wo es an Toleranz und Vertrauen in die Politik fehlt«, in: ifo Dresden berichtet (3). Dresden: ifo.
- Rösel, Felix/Sonnenburg, Julia (2016): »Politisch abgehängt? Kreisgebietsreform und AfD Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern«, in: ifo Dresden berichtet 23(6), S. 6-13.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/van Deth, Jan W./Staudt, Alexander (2017): »Die AfD nach der rechtspopulistische Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs«, in: ZPol 27, S. 273-303.

- Schoen, Harald (2014): »Daten in der empirischen Wahlforschung«, in: Jürgen Walter/Harald Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 109-131.
- Schröder, Martin (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich (= SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, Nr. 975). Berlin: SOEP; DIW Berlin.
- Schwander, Hanna/Manow, Philip (2017): It's not the economy, stupid! Explaining the electoral success of the German right-wing populist AfD (= CIS Working Paper, Nr. 94), Zürich: CIS.
- Simon, Titus (2020): »Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen«, in: Lynn Berg/Jan Üblacker (Hg.), Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld: transcript, S. 155-176.
- Stecker, Christian/Debus, Marc (2019): »Refugees Welcome? Zum Einfluss der Flüchtlingsunterbringung auf den Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 in Bayern«, in: PVS 60, S. 299-323.
- Üblacker, Jan/Kretschmer, Saskia/Lukas, Tim (2020): »Rechtspopulismus: (k)eine Alternative für Gentrifizierungsverlierer_innen?«, in: Lynn Berg/Jan Üblacker (Hg.), Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld: transcript, S. 109-125.
- Vehrkamp, Robert/Wegschaidt, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vorländer, Hans (Hg.) (2020): Emigration in Europa. MIDEM Jahresbericht 2020. Dresden: TU Dresden.
- Winkler, Jürgen (2014): »Historische Wahlforschung«, in: Jürgen Walter/Harald Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: Springer VS, S. 729-767.
- Witzel, Andreas (2000): »Das problemzentrierte Interview«, in: FQS1(1).
- Zschocke, Paul (2019): »Im Schatten der Stadt. Ist Leipzig-Grünau ein Modellwahlbezirk der AfD?«, in: Leipziger Zustände 2019, S. 68-71.

Rechtsextreme Rauman eignungen in alltäglichen Vergesellschaftungen

Rechte Räume reconstructed

Identitätsfassaden in Skopje und Dresden

Felicitas Kübler, Felix Schilk und Anke Schwarz

1. Rekonstruierte Räume als Hegemonieprojekt

In den vergangenen Jahren wurden das Zentrum von Skopje und der Dresdener Neumarkt im Rahmen von historisierenden Rekonstruktionsprojekten in großem Maßstab umgebaut. Beide Stadtzentren sind im 20. Jahrhundert großflächig zerstört worden: Skopje durch ein verheerendes Erdbeben am 26. Juli 1963, Dresden durch die Bombardierungen vom 13. und 14. Februar 1945 als Reaktion auf den deutschen Vernichtungskrieg. Architektonisch imitieren diese Rekonstruktionen zum Teil historische Straßenverläufe und dekorative Ornamente durch den Einsatz moderner Baumethoden und -materialien. Auf Ebene des Diskurses sind rekonstruierte urbane Räume mit Identitätsangeboten verklammert, die meist eine Dichotomie zwischen einem »klassisch-barock« erscheinenden Stadtbild als Ausdruck einer »organisch« gewachsenen »europäischen« Stadt und »grauen« und »maßstabslosen« Funktionsbauten der Nachkriegszeit evozieren. Die Debatten um Stadtrekonstruktionen sind eng verknüpft mit Geschichtsnarrationen sowie Vorstellungen des »Schönen« und »Hässlichen«, die bisweilen an rechte Zuschreibungen des »Eigenen« und »Fremden« anschließen.

Im Rahmen dieses Beitrags verstehen wir »rechts« als ein politisches Feld, das sich durch eine hierarchische und antilibérale Gesellschaftsvorstellung, einen exkludierenden Nationalismus sowie eine mythologische und heroische Geschichtsschreibung auszeichnet. Wir sprechen von rechten Akteur:innen und unterscheiden idealtypisch zwei Formen: »Neue Rechte« verstehen wir als Überbegriff für ein publizistisches und bewegungspolitisches Milieu, das eine »Scharnierfunktion [...] zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus« (Gessenharter 1994: 124) einnimmt. Vom klassischen Rechtsextremismus unterscheidet sich die Neue Rechte durch den Anspruch einer weltanschaulichen Kanonisierung des rechten Denkens und die diskursive Praxis der Metapolitik (vgl. Langebach/Raabe 2016). Darunter verstehen Akteur:innen der Neuen Rechten das Agieren in einem »vorpolitischen Raum«, in dem kulturelle Muster, Wahrnehmungs- und Denkgewohnheiten geformt werden, die sich langfristig verdichten und politisch ka-

pitalisiert werden können. Rechtspopulismus verstehen wir hingegen als ein politisches Hegemonieprojekt, dessen sich diverse Parteien und Gruppen bedienen.

Unser Beitrag setzt sich anhand der Rekonstruktionsprojekte in Skopje und Dresden mit zwei Fragen auseinander: Inwiefern entsteht durch das Zusammenwirken von gebauter Umwelt, Identitäts- und Geschichtsdiskursen ein geschichtspolitisches Projekt, das gesellschaftliche Ausschlüsse legitimiert? Wie wird die Ästhetisierung der rekonstruierten Räume zum diskursiven Vehikel für rechtspopulistische Hegemonieprojekte? Diese Fragestellung schließt einerseits an die in den letzten Jahren aufgeworfenen Debatten über »rechte Räume« und »Stadt von rechts?« an, die in den Zeitschriften *ARCH+* (235) und *sub|urban* (7 [1/2]) diskutiert wurden (vgl. Trüby 2020). Der gegenwärtige Erfolg der Rekonstruktionsarchitektur erklärt sich andererseits aus ihrer Funktionalität für eine neoliberale Stadtpolitik, die auf eine wettbewerbsförmige Vermarktung von »Authentizität« setzt.

Im folgenden Kapitel argumentieren wir daher, dass Rekonstruktionsprojekte dazu tendieren, gesellschaftliche Widersprüche und wachsende soziale Polarisierungen zu verdecken, und dass sich aus dieser Funktion Anschlüsse und Überschneidungen zu den Diskursfeldern der Neuen Rechten und rechtspopulistischen Politiken ergeben. Diese Überlegungen werden durch eine architektursemiotisch fundierte Auseinandersetzung mit Stadtumbauprojekten in Skopje und Dresden exemplarisch verdeutlicht und theoretisch mit der Analyse rechter Hegemoniestrategien verknüpft, die abschließend als Ästhetisierung der Politik beschrieben werden.

2. Rekonstruktionsarchitektur und neoliberale Inwertsetzung

Die Konjunktur der Rekonstruktionsarchitektur und der sie begleitenden Diskurse ist ein Effekt der zunehmenden Wettbewerbsorientierung von Städten. Politökonomisch kann sie als Aufwertung und Kommodifizierung urbaner Räume verstanden werden (vgl. Brenner et al. 2010; Belina et al. 2013). Diese Transformation der Städte in um Kapital konkurrierende Standorte führt zu einer Restrukturierung urbaner Governance, welche sowohl die bauliche Gestaltung der Stadt als auch den Zugriff auf die Bevölkerung verändert (vgl. Harvey 1989; Schipper 2013). Die diskursive Positionierung der unternehmerischen Stadt orientiert sich an Imagepolitiken und Konzepten des Marketings (vgl. Heeg/Rosol 2007; Mattisek 2011). Städtischer Architektur wird insbesondere zur Intensivierung des Stadt- und Tourismusmarketings eine zentrale Rolle für die lokale Wettbewerbsfähigkeit zugeschrieben.

Mit Andreas Reckwitz (2017: 386) lässt sich die in den westlichen Konsumgesellschaften in den 1970er-Jahren beginnende Veränderung der Stadtgestaltung,

die in den postsozialistischen Gesellschaften seit den 1990er-Jahren in beschleunigter Form nachgeholt wird, als Abkehr vom fordistischen Funktionalismus und Hinwendung zu affektiven Singularisierungspraktiken deuten, die den Neoliberalismus kulturell flankieren: »Die Praxis der Kulturalisierung der Städte im neuen Urbanismus ist zugleich eine Praxis der Singularisierung des urbanen Raums, in der dieser [...] zum emotional affizierenden Ort werden soll.« Als Teil des *City Branding* soll Architektur ein »malerisches Ambiente« (Ronneberger 2018: 284) touristisch in Wert setzen und durch Einbettung in historische Narrationen zugleich affizierende Identifikationsangebote und Konsumräume schaffen. Die Soziologen Luc Boltanski und Arnaud Esquerre (2019: 523f.) bezeichnen diesen Prozess in ihrer Studie über die Transformation der Warenstrukturen im postindustriellen Kapitalismus als »Patrimonialisierung«. Darunter verstehen sie die »Aufbereitung eines materiellen oder materialisierbaren Elements [...], die dessen Verwurzelung in einem Raum [...] herausarbeitet, in dem es sich von Anfang an, seit seinen ›Ursprüngen‹, als Träger von Erinnerungskraft befunden hat und den es zu erhalten gilt«. Patrimonialisierung ist die narrative Inwertsetzung von Geschichte für eine Form des Kapitalismus, die Boltanski und Esquerre »Bereicherungsökonomie« nennen.

2.1 Rekonstruktionen als Konsolidierung sozialer Widersprüche

Altstadtrekonstruktionen sind in den meisten Fällen mithin keine harmlose »Verschönerung«, sondern eingebettet in politische Hegemonieprojekte, welche Diskussionen über gesellschaftliche Widersprüche und soziale Polarisierung verdrängen. Durch die Fokussierung des Diskurses auf Ästhetik und Fassadenarchitektur werden Fragen nach Eigentumsverhältnissen, Nutzungsformen und Partizipation marginalisiert. Rekonstruktionsarchitektur fungiert stattdessen als »Medium symbolischer Integration« (Durth 1987: 597). So konstatieren André Tomczak et al. (2018: 242) anhand der Umgestaltung der »Potsdamer Mitte«, dass Rekonstruktionsprojekte »den ideologischen Kitt [liefern], mit dem Widersprüche zusammengehalten und soziale Fragen ausgeklammert werden«. Zugleich transportierten die rekonstruierten Gebäude und Plätze eine spezifische Geschichtsdeutung, in der historische Brüche, gesellschaftliche Transformationen und soziale Kämpfe unsichtbar gemacht würden und die Ausübung politischer Macht hinter einer Alltagsästhetik verschwände. Durch diese Repräsentation der Geschichte wird ein kollektives Identitätsangebot geschaffen (vgl. Hobsbawm 1983), das mit seiner Imagination von ästhetischer Homogenität und der Suggestion, einen »ursprünglichen«, »authentischen« Zustand wiederherzustellen, Anschlussmöglichkeiten für rechte Diskurse bietet. Wesentlich für diese Anschlussfähigkeit ist die Einbettung der Rekonstruktionsprojekte in ein sozial exkludierendes und geschichtsrevisionistisches Hegemonieprojekt.

2.2 Rekonstruktionen als rechte Imaginationen

Rechte Imaginationen und politische Ziele werden häufig durch territoriale Aspekte gerahmt und artikuliert (vgl. Dwyer/Jones 2000; Bürk 2012; Lizotte 2020). Doch wie kommt es, dass heute vor allem Altstadtrekonstruktionen – also das, was die Architekturtheoretikerin Verena Hartbaum (2020) als »retrospektives Bauen« fasst – in diese Imaginationen beziehungsweise politischen Praktiken eingebunden werden?

Wie die Untersuchungen von Peter Bescherer et al. (2019) zeigen, bedienen rechte Vorstellungen von Stadt verschiedene Diskursfelder wie Stadtbilder und -planung, Wohnungspolitik und Sicherheitskonzepte. Rechte Imaginationen der Stadt bilden kein monolithisches Konzept, dennoch findet sich in allen Diskurssträngen ein antimodernes Gemeinschaftsbild, das Homogenität und Ordnung sowie die Bedrohung durch Kontingenz- und Fremdheitserfahrungen in der modernen Großstadt hervorhebt. Bescherer et al. zufolge werden urbane Räume in rechten Diskursen somit als Orte der Differenz und des Nicht-Identischen abgelehnt; das Idealbild ist stattdessen die antiurbane, rurale Stadt. Gleichzeitig erfahren Städte in rechten Diskursen eine Aufwertung als Wirtschaftsstandort (vgl. ebd.: 12-19). Für beide Stadtbilder – die identitätsstiftende rurale Stadt und die Stadt als Wirtschaftsstandort – fungiert die vermeintliche »Authentizität« historisierender Architekturen als diskursives Vehikel, an das neurechte Metapolitik andocken kann, wie Anthony Ince (2011: 23) skizziert: »Linked to increasing social, economic and cultural insecurity surrounding the multiplicity of territorialisations taking place as part of globalised capitalism, the deployment of claims to authenticity can be a powerful political device for neo-fascist politics«. Es sei mithin kein Zufall, dass sich Rekonstruktionen heute zu einem »Schlüsselmedium der autoritären, völkischen, geschichtsrevisionistischen Rechten« entwickelt haben, konstatiert der Architekturtheoretiker Stephan Trüby (2020: 138) am Beispiel der »Neuen Frankfurter Altstadt«, deren Bau maßgeblich auf die Initiative rechter Lokalpolitiker¹ zurückgeht und die in neurechten Medien wie *Sezession*, *Junge Freiheit* und *Cato* affirmativ in Szene gesetzt wird. Die Gründe dafür erklärt der neurechte Vordenker Karlheinz Weißmann (2013: 38) mit erstaunlicher Ehrlichkeit: »Es geht dabei selbstverständlich nicht um Geschichte als Gegenstand der Forschung oder kritischer Würdigung, sondern um die Imagination, die sie hervorrufen kann«.

Den durch Rekonstruktionsarchitektur vermittelten Zusammenhang von neoliberaler Stadtpolitik und rechter Diskursbesetzung werden wir im Folgenden

¹ An einigen Stellen im Text haben wir uns entschieden, die männliche Form als Bezeichnung für Akteursgruppen zu verwenden. Dabei geht es uns nicht um ein Unsichtbarmachen von Personen oder Geschlechtern, sondern um eine Problematisierung der Zusammensetzung und Maskulinität der betreffenden Gruppen.

anhand der Fallbeispiele Skopje und Dresden aufzeigen. Beide Städte eignen sich für eine Analyse verschiedener Stadtvisionen und der ihnen zugrunde liegenden Paradigmen, da sie Parallelen in der stadsgeschichtlichen Entwicklung aufweisen und sich in beiden Fällen sozialistische und postsozialistische Transformationsprozesse exemplarisch verdichten (vgl. Fischer/Delitz 2007: 4; Stefanovska/Koželj 2012).

3. Rechte Räume in Skopje und Dresden

Unser Fallvergleich folgt der These, dass sich die am Beispiel von Skopje augenscheinlichen und zum Teil grotesken Tendenzen auch in Dresden in subtilerer Form beobachten lassen: Die über die soziale Raumproduktion vermittelten Machtverhältnisse manifestieren sich in einer pseudohistorischen Ästhetik und transportieren zugleich eine geschichtspolitische Agenda. Die architektonische Transformation wird im Rahmen des Stadtmarketings aufgegriffen und verankert das geschichtspolitische Framing in einem lebensweltlichen Kontext. Neoliberale Aufwertungs- und soziale Konsolidierungsstrategien liefern eine narrative Infrastruktur für rechte Identitätspolitik.

3.1 Zerstörung und sozialistischer Wiederaufbau

Die Partnerstädte Dresden und Skopje teilen eine ähnliche Geschichte von vielfacher Zerstörung und Wiederaufbau. Preußische beziehungsweise österreichische Truppen belagerten die Städte im 17. und 18. Jahrhundert. Im Zweiten Weltkrieg wurde Dresden bombardiert. Ein starkes Erbeben zerstörte 1963 weite Teile von Skopje. In beiden Städten folgte danach eine Wiederaufbauphase im Geiste der städtebaulichen Moderne. Sozialistische Eigentumsverhältnisse ermöglichten ambitionierte Stadtvisionen, wie der mit dem Generalplan für den Wiederaufbau von Skopje beauftragte japanische Architekt Kenzo Tange (zit. n. Lin 2010: 193) hervorhob: »Yugoslavia is a socialist country in which land is not privately held, the city government had sufficient power to make it possible to introduce our total plan«.

Tange plante das neue Skopje als moderne Idealstadt mit hohem Lebensstandard, effizienter Verkehrsführung und multifunktionalen öffentlichen Räumen. Innerhalb kurzer Zeit entwickelte sich die Stadt zu einem urbanen Labor, in dem einige der renommiertesten internationalen Architekt:innen mit neuen Paradigmen und Ausdrucksmitteln experimentierten (vgl. Deskova et al. 2017: 19). Die großflächige Verwendung von Stahlbeton und die äußere Sichtbarkeit der Konstruktionsprinzipien im Stil des zeitgenössischen Brutalismus können auf einer semiotischen Ebene als Ausdruck von Stabilität und (politischer) Transparenz ge-

lesen werden, was dem Zeitgeist und Selbstbild der jugoslawischen Aufbauzeit entspricht. Vielerorts fanden folkloristische Motive Eingang in die bauliche Gestaltung und stifteten eine Synthese zwischen lokalen Traditionen und der internationalen Moderne, wie sie der föderative Staatsgedanke des sozialistischen Jugoslawiens beanspruchte (vgl. Cvitković/Kline 2017: 41). Das Konzept sah außerdem eine umfassende Umgestaltung der städtischen Achsen und den Einbezug symbolischer Elemente vor (vgl. Lin 2010). Hochhäuser sollten die ankommenden Besucher:innen vom neuen Bahnhof wie durch ein »Stadttor« zum Zentrum leiten, das durch Wohnblöcke in Form einer »Stadtmauer« und Turmhäuser umschlossen wurde.

Ähnliche Überlegungen lagen dem 1962 begonnenen Bau der Prager Straße in Dresden – einem der architektonischen Hauptprojekte der DDR (vgl. Delitz 2010: 291) – zugrunde. Wie in Skopje sollte durch Wohn- und Hotelhochhäuser eine »städtebaulich markante Torsituation« (Topfstedt 1988: 98) geschaffen werden. Die Orientierung an der Formensprache des *International Style* sollte Offenheit symbolisieren und sich optisch von der stalinbarocken Bebauung des Dresdner Altmarktes abheben, welche in den frühen 1950er-Jahren nach dem Leitbild der »nationalen Tradition« errichtet worden war (vgl. Kil 2007: 67). Statt monumentaler Blockrandbebauung wurden nun im Kontrast zur »Engräumigkeit der meisten mittelalterlichen Anlagen und der City kapitalistischer Städte« die »Großzügigkeit und Weiträumigkeit« als »Wesenszug sozialistischer Städte« bestimmt (Deutsche Bauakademie 1960, zit. n. Topfstedt 1988: 50).

In beiden Fällen konnten die ambitionierten städtebaulichen Entwürfe jedoch nicht vollständig realisiert werden. Während die Innenstädte der DDR nach dem Machtantritt Erich Honeckers im Jahr 1971 zugunsten des Wohnungsbauprogrammes vernachlässigt wurden, führte die jugoslawische Wirtschaftskrise in Skopje zu einem weitgehenden Stillstand der Bauaktivitäten. Die Reihung von großen Baustellen und Brachflächen im Stadtzentrum, die beide Städte über die folgenden Jahrzehnte hinweg dominierten, erzeugte eine Atmosphäre des Unfertigen. Bedingt durch die wirtschaftliche und politische Stagnation in den 1970er-Jahren erlosch die Strahlkraft des Sozialismus zunehmend – in der offiziellen Terminologie der DDR war nicht mehr zukunftssträchtig vom »Aufbau«, sondern vom »real existierenden Sozialismus« die Rede – und wich in den 1980er-Jahren einer Nostalgie nach der alten Stadt. Bereits 1977 wurde in Dresden der Grundstein zum Wiederaufbau der zerstörten Semperoper gelegt, die bis 1985 aufwendig rekonstruiert wurde (vgl. Dietrich 2018: 1738-1743). Dieser Prozess fügt sich ein in gesamteuropäische Entwicklungen. Nach dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 unter dem Motto »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit« war die moderne Architektur mit einem Popularitätsverlust konfrontiert. Durch die politische und ökonomische Transformation nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften beschleunigte sich dieser Prozess. Charakteristisch waren eine Um-

codierung städtebaulicher Visionen – von Zukunftseuphorie zu nostalgischen Bildern des Verlustes – und eine grundlegende Neugestaltung der Eigentumsverhältnisse, die sich in die innerstädtischen Räume einschrieben (vgl. Kil 2007: 74ff.; Mariotti/Pencic 2015: 179; Janev 2017: 164).

3.2 Postsozialistische Transformation und symbolische Umcodierung

Der politische und ökonomische Systemwandel in den 1990er-Jahren markierte in beiden Städten einen erneuten städtebaulichen Bruch. Zuerst verschwanden Denkmäler und Straßennamen, die an das alte System erinnerten. Dann erfasste der rasche Privatisierungsprozess die Innenstädte, in denen aufgrund der vorherigen Eigentumsverhältnisse und der weitläufigen Bebauung noch lukrative Bauflächen vorhanden waren. »Lücken schließen« und »Urbanität durch Dichte« hießen die neuen Lösungen der Stadtplaner:innen, die fast unisono für umfassende städtebauliche Revisionen plädierten und für Dresden eine Wiederannäherung an das »alte Stadtbild« und ehemalige Straßenverläufe vorsahen (vgl. Kil 2007: 73ff.). Der 1997 aufgestellte neue Bebauungsplan für Skopje sah ebenfalls eine Steigerung des »urbanen Charakters« der Stadt durch Nachverdichtungen und Rekonstruktionen vor (vgl. Stefanovska/Koželj 2012: 95ff.).

Damit verbunden war eine diskursive Diskreditierung moderner Architektur und sozialistischer Planungsparadigmen. Galt die Dresdner Prager Straße bis in die 1980er-Jahre noch als gelungenes Beispiel des *International Style*, die für ihre urbane Weitläufigkeit und Aufenthaltsqualität gelobt wurde, sprachen die Baubürgermeister nach dem Zusammenbruch der DDR vom »Gruselkabinett städtebaulicher Sünden« und einer »soldatische[n] Aneinanderreihung von Blöcken und Zeilen« (zit. n. Kil 2007: 73f.), während sich in öffentlichen Debatten die Einschätzung der DDR-Architektur als »anmaßende Raumverschwendung« und »nutzlose, windige Brachen« durchsetzte (ebd.: 76).

Viele Gebäude wurden nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftsordnung bewusst vernachlässigt und mit neuen Zuschreibungen belegt. Was einst Aufbruch in eine bessere Zukunft verheißen sollte, wurde plötzlich mit Tristesse und Niedergang assoziiert. Konservative Gegner:innen der modernen Architektur kolportierten in Dresden die Rede von der »zweiten Zerstörung« der Stadt durch den Sozialismus. Analog sprachen rechte Politiker in Skopje von einem kollektiven »Trauma«, das der »japanische Tyrann« Kenzo Tange der Stadt zugefügt habe (vgl. Boškowska 2016: 181). Der mazedonische Soziologe Goran Janev (2017: 163) bezeichnet diesen Prozess als *grey-spacing* und versteht darunter »a governmentality tool used to delegitimize the previous users and owners of space and to render them vulnerable to the new regulation«.

Für die privatwirtschaftliche Neuverteilung erwies sich diese symbolische Umcodierung als überaus funktional. Die Stadt, so der Architekturkritiker Wolf-

gang Kil (2007: 76), wurde seitdem »vor allem als Bauflächenmarkt« begriffen und musste »zur Gewinntauglichkeit erst einmal gründlich umgekrempelt werden. Das Mokieren über die »langweiligen« Fassaden diente dabei nur als Alibi; entscheidend ist der Rückgewinn jedes einzelnen damals an die Öffentlichkeit verschenkten Quadratmeters Boden«. Durch eine geschichtspolitisch konnotierte Umdeutung des innerstädtischen Raumes wurde dieser auch für eine ökonomische Aneignung verfügbar gemacht. In Dresden und Skopje richtete sich die Adressierung nostalgischer Ästhetiken als dezidierter Gegenentwurf gegen die »sozialistische Stadt« und ihre Gestaltung des öffentlichen Raumes. Dessen symbolische Restrukturierung wurde durch neue touristische und konsumorientierte Nutzungsformen flankiert und ökonomisch in Wert gesetzt.

3.3 Nation Building als Stadtumbau: Skopje 2014

Im seit 1991 unabhängigen (Nord-)Mazedonien gab es über neue Konsum- und Verkehrsräume hinaus einen großen Bedarf an neuen Verwaltungs- und Regierungsgebäuden und den Wunsch nach einer repräsentativen Hauptstadtarchitektur, der vor allem von der rechtspopulistischen Partei VMRO-DPMNE² geweckt wurde. Aufgrund von Konflikten mit den Nachbarstaaten und einer im föderalen Jugoslawien kaum vorhandenen institutionalisierten Nationalgeschichtsschreibung forcierten die politischen Akteur:innen in den 1990er-Jahren das *Nation Building* dadurch, dass der neue Staat in eine Genealogie zum antiken Makedonien und das byzantinisch-orthodoxe Mittelalter gestellt und die staatliche Geschichtspolitik neu ausgerichtet wurde.³

2 Die »Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die nationale Einheit« wurde 1990 als Oppositionspartei gegen die regierende Kommunistische Partei gegründet und stellte 1998-2002 sowie 2006-2016 die Regierung. In der zweiten Legislaturperiode gab die konservative Partei ihre proeuropäische Ausrichtung auf und orientierte sich immer stärker an einem rechtspopulistischen Klientelismus, wie ihn auch Victor Orbáns Fidesz in Ungarn verfolgt.

3 Die Konfliktlinien mit den Nachbarstaaten sind äußerst komplex und können hier nur knapp umrissen werden: Im Zentrum des Konflikts mit Serbien steht die Autokephalie (Unabhängigkeit) der orthodoxen Kirche Mazedoniens, Bulgarien widerspricht der Eigenständigkeit der mazedonischen Sprache, die albanische Minderheit wird des Irredentismus (Zusammenführung aller ethnischen Albaner:innen in einem Großalbanien) verdächtigt und Griechenland beansprucht das historische Erbe der hellenistischen Antike für seine eigene, nach dem Ende der osmanischen Herrschaft im 19. Jahrhundert neu erfundene Nationalgeschichte. Im Zuge dieser Auseinandersetzung blockierte Griechenland in der UN jahrzehntelang die internationale Anerkennung des Staatsnamens, wodurch das Land offiziell als F.Y.R.O.M. (Former Yugoslav Republic of Macedonia) bezeichnet wurde. Im Februar 2019 ist der Konflikt von den in beiden Ländern amtierenden (Mitte-)Links-Regierungen mit der Umbenennung in »Nordmazedonien« schließlich beigelegt worden.

Während der zweiten Regierungsperiode der VMRO-DPMNE unter dem Ministerpräsidenten Nikola Gruevski erfuhr dieser Prozess eine politische Beschleunigung. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit beauftragte die Partei weitgehend unbekannte Architekt:innen mit der grundlegenden Überarbeitung des Bebauungsplanes von 1997. Im Jahr 2007 erfolgte im Rahmen einer Kampagne zur »Hebung der nationalen Würde und des Optimismus« die Umbenennung des Flughafens von Skopje nach Alexander dem Großen. Nach dem griechischen Veto gegen den NATO-Beitritt im Jahr 2008 erlebte die »Antikisierung« der Geschichtspolitik einen weiteren Schub (vgl. Boškovska 2016: 177) und kulminierte schließlich im Stadtumbauprogramm »Skopje 2014«. Die radikalen Pläne für einen Umbau des Zentrums wurden der verblüfften Öffentlichkeit 2010 durch ein Internetvideo vorgestellt und sollten »der Stadt ein neues Image geben, im Stile einer europäischen Metropole«, wie der Bürgermeister Vladimir Todorovikj (zit. n. Graan 2016: 72, eig. Übersetzung) auf einer Pressekonferenz proklamierte. Im Video wurden zahlreiche Statuen, Regierungsgebäude, Museen, Hotels sowie eine orthodoxe Kirche, ein Theater und ein großer Triumphbogen vorgestellt, deren Bau kurz darauf begann und mittlerweile abgeschlossen ist. Neben zahlreichen Neubauten gehörten auch Rekonstruktionen sowie die großflächige Umgestaltung der bis dahin weitgehend ornamentfreien Fassaden im Innenstadtbereich zum Programm. Durch die Ergänzung von Stuck und Balustraden sollte die Architektur sowohl »europäischer« wirken als auch auf die hellenistische Antike referieren (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Das NAMA-Kaufhaus aus dem 1960er-Jahren erhielt im Rahmen von »Skopje 2014« ein Facelifting und hat mittlerweile eine klassizistische Fassade (Foto: F. Schilk 2015 & 2018)



Die neuen Gebäude und Denkmäler sind Teil einer »offensive[n] Geschichtspolitik« (Boškovska 2016: 182), in dessen Zentrum die Umgestaltung des zentralen Makedonija-Platzes stand. Dort wurde 2011 anlässlich des 20. Jahrestages der mazedonischen Unabhängigkeit eine 22 Meter hohe Reiterstatue von Alexander dem Großen enthüllt, die mit gezücktem Schwert in Richtung der osmanischen Altstadt gerichtet ist, wo sein Vater Philipp II. mit erhobener Faust thront (siehe

Abb. 2). Zur Einweihung bezeichnete sie der damalige Außenminister Antonio Milošoski (zit. n. Bieber 2020: 59, Klammern nach Bieber) als »our way of saying (up yours) to them (Greece)«. Im Projekt ginge es um die Behauptung der mazedonischen Identität, die durch den Namensstreit mit Griechenland bedroht sei (siehe Fußnote 2). Darüber hinaus wurde mit dem Stadtumbau das Ziel verfolgt, die Attraktivität der Stadt für internationale Investitionen und Tourist:innen zu erhöhen (vgl. Boškowska 2016: 190).

Eine weitere Referenz bildet das Selbstverständnis als christlich-orthodoxe Nation, das durch Statuen der »Slavenapostel« Kyrill und Method und das bereits 2002 als Reaktion auf einen albanischen Aufstand im Jahr zuvor errichtete, 66 Meter hohe Millenniumskreuz auf dem Hausberg von Skopje zum Ausdruck kommt (siehe Abb. 2). Alle diese Objekte sind innerhalb von Sichtachsen auf den größtenteils von (muslimischen) Albaner:innen bewohnten Teil der Stadt ausgerichtet. Die lange Periode der osmanischen Herrschaft wird in der Stadtgestaltung hingegen komplett ausgeblendet (vgl. Roth 2017: 92). Sam Vaknin, der ehemalige Berater von Gruevski, gab offen zu, dass die »Antikisierung ein doppeltes Ziel habe, nämlich die Albaner zu marginalisieren und eine Identität zu schaffen, die den Albanern nicht erlaubt, Mazedonier zu werden« (zit. n. ebd.: 96).

Abb. 2: Das Millenniumskreuz, Alexander der Große und die Slavenapostel Kyrill und Method sind demonstrativ in Richtung von Skopjes albanischem Stadtteil ausgerichtet, wo Alexanders Mutter sehnsüchtig in die Ferne blickt (Foto: F. Schilk 2018)



Neben der geschichtspolitischen Aneignung der hellenistischen Antike und der »symbolic appropriation of space« (Danzer 2009: 1562f.) der osmanisch geprägten und von der albanischen Minderheit bewohnten Stadtgebiete war die Diskreditierung der sozialistischen Vergangenheit und ihrer geschichtlichen Narrative ein weiteres erklärtes Ziel des Projektes, wie es im Propagandafilm »Skopje prodolžuva«⁴ heißt: »Skopje 2014 richte sich gegen das Grau des Sozialismus und die »Betonbauten, die uns vom Schönen abschotten sollten.« (Boškovska 2016: 188) Zahlreiche Denkmäler und Gebäude aus der jugoslawischen Zeit wurden umgesetzt oder verbaut. An der Uferpromenade des Flusses Vardar verdeckt nun eine neue Reihe an Regierungs- und Kulturgebäuden die mit Architekturpreisen ausgezeichnete Oper aus den 1970er-Jahren und die Minarette der Altstadt (siehe Abb. 3).

Abb. 3: Symbolische Landnahme: Statuen und Kolonnaden versperren den Blick auf das Gebäude der mazedonischen Oper und die Minarette der Altstadt von Skopje (Foto: F. Schilk 2018)



Nachdem die rechtspopulistische Regierung von Gruevski nach Korruptionskandalen und Protesten 2017 abgewählt wurde, hat die neue sozialdemokratische Regierung den Stadtumbau gestoppt. Die Folgen des Projektes waren jedoch, neben hohen Instandhaltungskosten und Verfahren wegen Umgehung der Bauvorschriften, eine verschärfte gesellschaftliche Polarisierung entlang ethnischer

4 Der 5-minütige Film »Skopje geht weiter« bietet einen guten Überblick über das Nation Building durch Skopje 2014: Siehe: https://www.youtube.com/watch?v=a_FdY8suf8 [letzter Zugriff: 27.01.2021].

Kategorien. Die Marginalisierung der albanischen Bevölkerungsgruppen hat Spuren im Stadtbild hinterlassen: »Die VMRO hat versucht, eine nationale Geschichtserzählung im öffentlichen Raum zu bauen. Sie wollte keine demokratischen, sondern ethnische Staatsbürger schaffen«, so der Soziologe Goran Janev (zit. n. Schilk 2018). Das Projekt habe die »symbolic landscape« (Janev 2017: 158) von Skopje verändert und – ganz im Sinne der »invented traditions« (Hobsbawm 1983) – neue Geschichtsnarrative konstruiert.

3.4 City Branding und Geschichtsrevisionismus: Dresdens barocke Altstadt

Der 2005 abgeschlossene Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden und die damit verbundene Umgestaltung des Neumarktes stellt ein frühes Beispiel der großflächigen Altstadtrekonstruktion in Deutschland dar. Zugleich lässt sich an diesem Beispiel die diskursive Besetzung dieses Umbaus durch rechte Akteur:innen nachzeichnen. Als Björn Höcke (2017) in seiner vielfach kritisierten »Dresdner Rede« das Berliner Denkmal für die ermordeten Juden Europas als »Denkmal der Schande« bezeichnete, referierte er unmittelbar zuvor auf die aus seiner Sicht angemessenere Symbolik der Dresdner Rekonstruktionen: »Der [...] Wiederaufbau der Frauenkirche war für uns Patrioten ein Hoffnungsschimmer dafür, dass es ihn doch noch gibt, diesen kleinen Funken deutschen Selbstbehauptungswillen. Aber, liebe Freunde, bis jetzt sind es nur Fassaden, die wieder entstanden sind.« In einem aktuellen Antrag »Einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität auf den Weg bringen« lobt die AfD-Fraktion im Bundestag die »erfolgreichen Rekonstruktionsprojekte in Dresden«, beklagt die »menschenverachtende Häßlichkeit« und »Trostlosigkeit« der Bauten der »brutalistischen Moderne« und fordert »einen grundlegenden Paradigmenwechsel einzuleiten, der unseren Städten ein Stück jener Heimat, Identität und Tradition zurückgibt, die durch die großflächigen Verwüstungen des Bombenkrieges und die Bauverfehlungen der Nachkriegsarchitektur sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch der DDR verloren gegangen ist.« (Deutscher Bundestag 2021: 2)

Diese positiven Bezüge vonseiten der AfD lassen sich durch die geschichtspolitischen Implikationen der Altstadtrekonstruktion erklären. So sind in Dresden mit dem Wiederaufbau der Frauenkirche und des daran anschließenden Neumarktes zugleich die Spuren der Bombardierung – als direkte Folge von Nationalsozialismus, Krieg und der Beteiligung der lokalen Bevölkerung an der Shoah – aus der Stadt verschwunden (vgl. Klein 2013). Somit bietet die Rekonstruktionsarchitektur nicht nur eine Projektionsfläche für eine Ästhetisierung des Alltags, sondern liefert höchst materielle Bausteine für einen Diskurs, der »nicht von einer anderen Zukunft, sondern von einer anderen Geschichte« (Oswalt 2000:

56, zit. n. Trüby 2020: 128) träumt und Anspruch auf eine »globale Reform der gebauten Umwelt« erhebt, wie der konservativ-traditionalistische Architekt Léon Krier (2020: 4) in der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* bemerkte.

Der Stadtumbau in Skopje unterscheidet sich von der Rekonstruktion der Dresdner Altstadt durch seine explizite Einbettung in ein nationalistisches Projekt und die völlige Intransparenz seiner Umsetzung. Skopje 2014 stieß von Anfang an auf Protest vonseiten der lokalen Bevölkerung und wird bis heute eher mit Scham hingenommen, während sich die Rekonstruktionen in Dresden größerer Zustimmung erfreuen. Im Gegensatz zu Skopje erfolgte der Ausverkauf der innerstädtischen Bauflächen in Dresden nicht qua politischem Klientelismus, sondern hauptsächlich durch das Engagement von städtebaulichen Lobbygruppen, die ihre ästhetischen Vorlieben unter dem Deckmantel der Bürger:innenbeteiligung kapitalisieren. Am rekonstruierten Dresdner Neumarkt finden sich heute primär Hotels und Gastronomieangebote, die sich hauptsächlich an Tourist:innen richten. Rekonstruktion und touristische Erschließung werden als materielle Voraussetzungen für ein erfolgreiches Branding verhandelt; der aus dem 19. Jahrhundert stammende Beiname »Elbflorenz« wurde zur zentralen Imaginations- und Marketingfolie (vgl. Trüby 2020: 138).

In den Rekonstruktionen manifestiert sich auch ein Wandel der Erinnerungspolitik und Staatsarchitektur im »wiedervereinigten« Deutschland. Während die Bonner BRD und die DDR ihr nationales Selbstverständnis auf der Westbindung bzw. dem Antifaschismus gründeten, verknüpft die Berliner Republik das ostentative Bekenntnis zu den nationalsozialistischen Verbrechen mit dem Selbstbewusstsein der »geläuterten« Nation, die sich historischer Traditionslinien wieder mit Gelassenheit bedient (vgl. Caborn 2006). In der Architektur ist seit den 1990er-Jahren eine Rückkehr des monumentalen Bauens zu konstatieren, die in der Architekturzeitschrift *ARCH+* bereits 1994 im Kontext des Aufstiegs der Neuen Rechten diskutiert wurde: »Fast über Nacht verschwanden die »offenen«, unbequemen Formen aus dem Repertoire« und die »Pflicht zur Wahrung der kulturellen Identität der Stadt« rückte an die Stelle von Zukunftsentwürfen und Utopien (Geipel 1994: 42, 40).

Die historisch codierte Fassadenarchitektur negiert nicht nur die Vielfalt der baulichen Formen nach 1945, sondern reduziert Geschichte auf ein »eindimensionales Wunschkonzert« (Trüby 2020: 148). Eine Plakette an einem rekonstruierten Haus in der Dresdner Sporergergasse 12 verdeutlicht exemplarisch die in die Rekonstruktionen eingeschriebene Verdrängung nationalsozialistischer Schuld und deutscher Täter:innenschaft (siehe Abb. 4, vgl. Trüby 2020: 259). Auf diskursiver Ebene bereitet diese Eindimensionalität und Simplifizierung der Erinnerung wiederum den Boden für Geschichtsrevisionismus: »The appeal of narrative fetishism [...] lies in the possibility of exchanging culpability for innocence and trauma for wholeness, rather than constructing a narrative that refuses such totalized al-

ternatives in favor of a less satisfying, more ambivalent memory« (James 2006: 265). So verwundert es kaum, dass rechte Akteur:innen wie Pegida und AfD die Kulisse der rekonstruierten Altstadt als Bühne nutzen – steht diese doch für ein Geschichtsbild, in dem der Nationalsozialismus auf eine Fußnote reduziert wird – und alle Versuche, diese Kulissen zu irritieren, niederbrüllen und politisch diffamieren.⁵

Abb. 4: Auf der Sporergasse 12 in Dresden wird die Deportation in die Vernichtungslager durch unscharfe Begriffe relativiert, während zugleich eine Kausalität von Bombenangriff und Tod der jüdischen Bewohner:innen behauptet wird. Shoah und Vernichtungskrieg als Ursache für die Bombardierung der Stadt werden so aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt (Foto: Wikicommons)



5 Von April 2017 bis Frühjahr 2019 wurde auf dem Neumarkt das temporäre »Denkmal für den permanenten Neuanfang« errichtet, das den »Schauplatz von architektonischen Therapien, die möglichst bruchlos an die vergangene Unversehrtheit anschließen sollen« (Landeshauptstadt Dresden, Amt für Kultur und Denkmalschutz 2017) kritisch kommentierte. Lokalpolitiker der AfD und Personen aus dem Pegida-Umfeld störten die Eröffnung des Kunstwerks mit Rufen wie »Schrott« und »Schande«. Ein ähnlicher Protest hatte sich auch zwei Monate zuvor bei der Errichtung der Installation »Monument« aus drei senkrecht stehenden Bussen des syrisch-deutschen Künstlers Manaf Halbouni formiert.

3.5 Exklusion und Hegemonie: Rechte Raumnahme

In Skopje ist die Neuschreibung der Geschichte von Anfang an in Marketingkonzepte und das Projekt einer »gezielten Patrimonialisierung« (Boltanski/Esquerre 2019: 51) eingebettet worden. Dabei wird »versucht die Spuren der jüngsten Vergangenheit zu tilgen oder zumindest zu verwischen« (ebd.: 525). Einerseits sollte die ethnisch-mazedonische Bevölkerung durch Kampagnen und Inszenierungen affektiv am *Nation Building* beteiligt werden. Andererseits hatte das Projekt die Vermarktung von Skopje als Tourismusdestination zum Ziel. Neben nationalistischen Monumenten und Repräsentationsgebäuden sah das Stadtumbauprogramm die Errichtung zahlreicher Attraktionen wie Riesenräder, Fontänen und Restaurantschiffen vor. In einer Semiotikanalyse beschreibt Andrew Graan (2016: 79) das Projekt deshalb als »Nation Brand Regime«, das die nationale Identität als »branded commodity« konstruiert: »The spectacular scale and coordinated style of Skopje 2014 clearly reflected a well financed effort to communicate something about Macedonia to publics abroad and at home« (ebd.: 72).

Eine ähnliche, wenngleich deutlich erfolgreichere Marketing- und Patrimonialisierungsstrategie lässt sich in Dresden beobachten. Seit dem Wiederaufbau der Frauenkirche inszeniert sich die Stadt als beliebtes Tourismusziel, dessen Kapital in seinem einzigartigen Stadtbild liege. Die Nutzung und Inszenierung der rekonstruierten Innenstadt ist fast vollständig von diesem Zweck bestimmt; Passant:innen können konsumieren, sich an den pseudohistorischen Fassaden erfreuen und seit 2014 jeden Montag die Reden der Pegida hören.

Das *Nation Branding* in Skopje und die barocke Inszenierung von Dresdens Altstadt lassen sich als Umsetzung einer Hegemoniestrategie verstehen, die den urbanen Raum umstrukturiert und neu codiert. Diese Funktion überschneidet sich mit neoliberaler Stadtpolitik, die den Ausschluss marginalisierter Gruppen aus dem Stadtbild beinhaltet und unerwünschte Aneignungen des öffentlichen Raumes durch defensive Architektur unterbindet (vgl. Mitchell 1997; RomaRespekt/Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen 2019).⁶ In beiden Fällen werden partikuläre Konzepte und Imaginationen aufgegriffen, durch die gesellschaftliche Exklusion einerseits im öffentlichen Raum urbanistisch materialisiert und andererseits durch den Verweis auf historische Narrative legitimiert wird. Zugleich geht die »Verdrängung von Konflikthaftigkeit und Heterogenität städ-

6 Die Aufenthaltsqualität der öffentlichen Räume spielte in den Überlegungen zu Skopje 2014 eine untergeordnete Rolle. So wurde etwa die Hälfte der Grünflächen im Zentrum versiegelt und ein Großteil der offenen Flächen mit Hunderten Denkmälern und Statuen gefüllt. Die wenigen Sitzgelegenheiten, die im Zuge des Stadtbaus entstanden, sind faktisch nicht nutzbar, da zum Schutz der Statuen vor Vögeln in regelmäßigen Abständen ein hochfrequenter Signalton erklingt.

tebaulicher Praxis [...] mit einem instrumentellen Verständnis von Kunst, Architektur und Geschichte einher« (Bescherer et al. 2019: 35), das sich im städtischen Wettbewerb besonders gut kommerzialisieren lässt.

4. Fazit

Anhand der Stadtumbauten in Dresden und Skopje haben wir herausgearbeitet, dass die jeweiligen Rekonstruktionsprojekte auf einer diskursiven und materiellen Ebene nicht nur ein revisionistisches Geschichtsbild transportieren, sondern auch gesellschaftliche Ausschlüsse legitimieren und reproduzieren können. In diesem Kontext stellen sie Ressourcen für eine neurechte Metapolitik bereit. Im Rahmen der diskursiven Besetzung kommt der Zuschreibung von Ästhetik eine zentrale Funktion zu. So werden traditionalistischen Formen und Motiven, wie sie in Rekonstruktionen zur Anwendung kommen, im scheinbar unpolitischen und »nur-ästhetischen [Alltagsd]iskurs« (Trübey 2020: 138) ein intrinsisch »schöner« bzw. »ästhetisch ansprechender« Charakter zugeschrieben. Der genuin politische Charakter von Architektur und Stadtplanung wird dabei ausgeblendet. Der Zweck dieser Zuschreibung wird in folgendem Zitat aus der neurechten Zeitschrift *Sezession* deutlich: »Dabei geht es dem ›Volksempfinden‹ weniger um Denkmalpflege oder um eine historisch korrekte Rekonstruktion. Es besteht vielmehr der Wunsch, anstelle der abweisenden und beliebigen Bauten der Moderne eine Architektur mit Identifikationsfaktor zu errichten« (Borrmann 2014: 33). Wo die »Verschönerung« der Innenstädte zum »Identitätsfaktor« wird, fungiert sie als diskursives Vehikel für rechtspopulistische Hegemonieprojekte, die sich in Raumgestaltung und Stadtplanung materialisieren können.

Rekonstruktionen werden zu »rechten Räumen«, indem sie ein revisionistisches Geschichtsbild transportieren und exkludierende Identitätsangebote machen. In rechten Räumen geht es nicht primär um Geschichte, sondern um die Legitimation von Macht: »Rekonstruktion ist also als funktionales Prestige Bestandteil einer autoritären Haltung gegenüber der Stadtbevölkerung« (Bescherer et al. 2019: 35). Mit Walter Benjamin (2018: 42, Herv. i. O.) lässt sich die metapolitische Aneignung der Rekonstruktionsarchitektur als »*Ästhetisierung der Politik*« beschreiben. In Identitätsfassaden soll »das Volk« seinen Ausdruck finden, ohne die Eigentumsverhältnisse anzutasten.

Literatur

- Belina, Bernd/Heeg, Susanne/Pütz, Robert/Vogelpohl, Anne (2013): »Neuordnung des Städtischen im neoliberalen Zeitalter – zur Einleitung«, in: *Geographische Zeitschrift* 101 (3-4), S. 125-131.
- Benjamin, Walter (2018 [1935]): *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bescherer, Peter/Burkhardt, Anne/Feustel, Robert/Mackenroth, Gisela/Sievi, Luzia (2019): *PODESTA-Working Paper 2: Antiurbane Utopien. Die Stadt im Diskurs der Rechten*, Jena/Tübingen: Selbstverlag.
- Bieber, Florian (2020): *The Rise of Authoritarianism in the Western Balkans*, London: Palgrave.
- Boltanski, Luc/Esquerre, Arnaud (2019): *Bereicherung. Eine Kritik der Ware*, Berlin: Suhrkamp.
- Borrmann, Norbert (2014): »Demokratische Architektur?«, in: *Sezession* 60, S. 28-33.
- Boškowska, Nada (2016): »Skopje 2014: Makedonien auf der Suche nach seiner Vergangenheit«, in: Martina Baleva/Boris Previšić (Hg.), »Den Balkan gibt es nicht«. Erbschaften im südöstlichen Europa, Köln: Böhlau Verlag, S. 170-190.
- Brenner, Neil/Peck, Jamie/Theodore, Nik (2010): »Variegated neoliberalization: geographies, modalities, pathways«, in: *Global Networks* 10 (2), S. 182-222.
- Bürk, Thomas (2012): *Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland. Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Caborn, Joannah (2006): *Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik*, Münster: Unrast.
- Cvitković, Sabina/Kline, Mihael (2017): »Skopje: Rebranding the Capital City through Architecture and Monuments to Remake the Nation Brand«, in: *Sociologija i proctor* 55 (1), S. 33-53.
- Danzer, Alexander M. (2009): »Battlefields of Ethnic Symbols. Public Space and Post-Soviet Identity Formation from a Minority Perspective«, in: *Europe-Asia Studies* 61 (9), S. 1557-1577.
- Delitz, Heike (2010): *Gebaute Gesellschaft. Architektur als Medium des Sozialen*, Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Deskova, Ana Ivanovska/Deskov, Vladimir/Ivanovski, Jovan (2017): »Skopje Modernismus 1945-1990«, in: Adolph Stiller (Hg.), *Skopje – Architektur im Mazedonischen Kontext*, Salzburg: Müry Salzmann, S. 16-26.
- Deutscher Bundestag (2021): *Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Renner, Dr. Götz Frömming, Thomas Ehrhorn, Marc Bernhard, Siegbert Droese, Mariana Harder-Kühnel, Waldemar Herdt, Jörn König, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Tobias Matthias Peterka, Dr. Dirk Spaniel, René*

- Springer und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/28794 – Einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität auf den Weg bringen, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/287/1928794.pdf>. [Letzter Zugriff: 01.06.2021]
- Dietrich, Gerd (2018): Kulturgeschichte der DDR. Band 3: Kultur in der Konsumgesellschaft 1977-1990, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Durth, Werner (1987): »Tradition als Innovation. Tendenzen der Stadtgestaltung«, in: Hanno Loewy/Thomas Kreuder (Hg.), Konservatismus in der Strukturkrise, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 592-615.
- Dwyer, Owen J./Jones, John Paul (2000): »White socio-spatial epistemology«, in: *Social & Cultural Geography*, 1 (2), S. 209-222.
- Fischer, Joachim/Delitz, Heike (2007): »Stadtvisionen«, in: *Dresdner Hefte* 25 (92), S. 3-4.
- Geipel, Kaye (1994): »Der Trend zum Universalismus«, in: *ARCH+* 122, S. 39-45.
- Gessenharter, Wolfgang (1994): *Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München: Knauer.
- Graan, Andrew (2016): »The Nation Brand Regime: Nation Branding and the Semiotic Regimentation of Public Communication in Contemporary Macedonia«, in: *Sings and Society* 4 (S1), S. 70-105.
- Hartbaum, Verena (2020): »Retrospektives Bauen in Berlin. Zur politischen Ökonomie des historischen Rückgriffs oder warum Investorenarchitektur (auch) ideologisch ist«, in: *ARCH+* 241, S. 56-60.
- Harvey, David (1989): »From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism«, in: *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 71 (1), S. 3-17.
- Heeg, Susanne/Rosol, Marit (2007): »Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick«, in: *PROKLA* 149, S. 491-509.
- Hobsbawm, Eric (2000 [1983]): »Introduction: Inventing Tradition«, in: Eric Hobsbawm/Terence Ranger (Hg.), *The Invention of Tradition*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1-14.
- Höcke, Björn (2017): »Gemütszustand eines total besiegten Volkes«, Rede im Wortlaut, dokumentiert auf Tagesspiegel vom 19.01.2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518-all.html>. [Letzter Zugriff: 27.01.2021]
- Ince, Anthony (2011): »Contesting the »authentic« community: Far-right spatial strategy and everyday responses in an era of crisis«, in: *ephemera* 11 (1), S. 6-26.
- James, Jason (2006): »Undoing trauma: Reconstructing the Church of Our Lady in Dresden«, in: *Ethos*, 34 (2), S. 244-272.
- Janev, Goran (2017): »Burdensome past: Challenging the socialist heritage in Macedonia«, in: *Studia ethnologica Croatica* 29, S. 149-170.
- Kil, Wolfgang (2007): »Aufbruch ins Leichte und Lichte. Die Visionen des Sozialismus für Dresden«, in: *Dresdner Hefte* 25 (92), S. 64-77.

- Klein, Philipp (2013): »Frauenkirche-Mania. Über die Frauenkirche, den Dom zu Dresden und den Wiederaufbau«, in: Autor_innenkollektiv »Dissonanz« (Hg.), Gedenken abschaffen. Kritik am Diskurs zur Bombardierung Dresdens 1945, Berlin: Verbrecher Verlag, S. 97-104.
- Krier, Léon (2020): »Der Modernismus ist eine Ideologie«, in: Junge Freiheit 35, S. 4-5.
- Landeshauptstadt Dresden, Amt für Kultur und Denkmalschutz (2017): Denkmal für den permanenten Neuanfang, https://www.dresden.de/media/pdf/kulturamt/Denkmal_fuer_den_permanenten_Neuanfang_Dokumentation.pdf. [Letzter Zugriff: 27.01.2021]
- Langebach, Martin/Raabe, Jan (2016): »Die ›Neue Rechte‹ in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden: Springer VS, S. 561-592.
- Lin, Zhongjie (2010): Kenzo Tange and the Metabolist movement. Urban utopias of modern Japan, New York: Routledge.
- Lizotte, Christopher (2020): »The mainstreaming of ›vulgar territory‹ and popular visions of hyper-bordered and feminized territory«, in: Geography Compass 2020.
- Mariotti, Jasna/Pencic, Divna (2015): »Changing Perspectives of Urbanity during Socialism and after: the Case of Two Neighborhoods in Skopje«, in: Studies in History and Theory of Architecture 3, S. 174-182.
- Mattissek, Annika (2011): Die neoliberale Stadt: Diskursive Repräsentationen im Stadtmarketing deutscher Großstädte, Bielefeld: transcript.
- Mitchell, Don (1997): »The Annihilation of Space by Law: The Roots and Implications of Anti-Homeless Laws in the United States«, in: Antipode 29 (3), S. 303-335.
- Reckwitz, Andreas (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin: Suhrkamp.
- RomaRespekt/Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hg.) (2019): Zuhause bedeutet für mich eigentlich, ein Zuhause zu haben, ganz einfach. Erfahrungen von Obdachlosigkeit und Migration, Dresden: Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen.
- Ronneberger, Klaus (2018): »Geschichtspolitik«, in: Bernd Belina/Matthias Nauermann/Anke Strüver (Hg.), Handbuch Kritische Stadtgeographie, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 280-284.
- Roth, Klaus (2017): »Die Nation bauen« – Die Konstruktion der Nation aus Antike und Mittelalter. Bulgarien und Mazedonien als Beispiele«, in: Irene Götz/Klaus Roth/Marketa Spiritova (Hg.), Neuer Nationalismus im östlichen Europa: kulturwissenschaftliche Perspektiven, Bielefeld: transcript, S. 81-100.
- Schilk, Felix (2018): »Monumente, die keiner braucht«, in: Jungle World 26, S. 10-11.

- Schipper, Sebastian (2013): Genealogie und Gegenwart der »unternehmerischen Stadt«. Neoliberales Regieren in Frankfurt am Main 1960-2010, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Stefanovska, Jasna/Koželj, Janez (2012): »Urban planning and transitional development issues: The case of Skopje, Macedonia«, in: Urbani Izziv 23 (1), S. 91-100.
- Tomczak, André/Lutz, Manuel/Zschoge, Holger (2018): »Make Potsdam Great Again«, in: sub\urban, 6 (2-3), S. 231-244.
- Topfstedt, Thomas (1988): Städtebau in der DDR 1955-1971, Leipzig: VEB E.A. Seemann Verlag.
- Trüby, Stephan (2020): Rechte Räume. Politische Essays und Gespräche, Basel: Birkenhäuser.
- Weißmann, Karlheinz (2013): »Die große Erzählung«, in: Sezession 53, S. 34-38.

Leipzig-Grünau: Wie die Baseballschlägerjahre zum heutigen Erfolg der AfD beitragen

Paul Zschocke

1. Einleitung

Leipzig-Grünau, Großwohnsiedlung am westlichen Rande Leipzigs, ist eine der prägendsten Siedlungen der DDR-Wohnungspolitik (Grunze 2017: 56). Während einige langjährige Bewohner:innen in Interviews ihre Erinnerung an die »Gartenstadt« (G1 2018) gegenüber verfallenen Altbauvierteln der DDR-Zeit betonen, verweisen andere darauf, dass Grünau seit 1990 »von außen als Ghetto« (G2 2018) verschrien ist. Den Charakter des Stadtteils prägen der Bevölkerungsverlust von 88.000 (1990) auf 40.700 (2010) und die umfangreichen Wohnungsabrisse (6.800 von einst 36.000 Wohnungen) während des »Stadtumbau[s] Ost« (Grunze 2017: 53; 69). Ursächlich dafür war der Niedergang des Leipziger Westens als Industriestandort im Zuge der Vereinigung von BRD und DDR (Intelmann 2020; Rink 2010). Langjährige Bewohner:innen Grünaus empfinden die Folgen dieses Prozesses als Benachteiligung, die sich negativ auf ihre Lebensqualität im Stadtteil auswirkt (Budnik et al. 2017: 89).

Seit der Bundestagswahl 2017 steht Grünau in erster Linie wegen des Erfolgs der Alternative für Deutschland (AfD) im Fokus: Mit Ergebnissen von 25,0 % (Grünau-Ost) bis 29,5 % (Lausen-Grünau) ist Grünau einer der erfolgreichsten städtischen Stimmbezirke der AfD. Grünau steht dabei paradigmatisch für ein Muster urbaner Zustimmung zur AfD in Ostdeutschland (Naber 2019). Deutlich wird, dass »eben nicht nur die Dörfer am Stadtrand emsig AfD gewählt haben, sondern auch die Bewohner der Plattenbausiedlungen in Grünau, Schönefeld-Ost, Mockau und Paunsdorf« (Julke 2020), die bis dato »als Hochburgen von DIE LINKE galten« (Vöckler 2019: 18).¹ Obwohl dieser Stimmenwandel unbedingt erklärungsbedürftig ist, sind lokale Perspektiven auf die Wahlerfolge der AfD bisher eher rar (u. a. Mullis/Zschocke 2019; Bescherer et al. 2021).

¹ Leipzig-Grünau ist kein gänzlich homogenes »Plattenbauviertel«, im Zentrum existiert eine Eigenheimsiedlung, der Fokus liegt hier jedoch auf der Großwohnsiedlung und ihren Plattenbauten.

Solche Perspektiven analysieren die Verräumlichung von Kontinuitäten und regressiven Einstellungspotentialen, um die Wahlerfolge der AfD zu verstehen. Dabei treten Stimmengewinne extrem rechter Parteien zyklisch auf und regionale sowie kleinräumige historische Kontinuität sind zentral (u.a. Arzheimer et al. 2001; Goerres et al. 2018). So ist die AfD heute dort erfolgreich, wo in der Vergangenheit auch Republikaner (REP) und die Nationaldemokratische Partei (NPD) Erfolge verbuchen konnten. Solche »demokratiefernen Räume« (Richter/Bösch 2017) sind durch ein »langfristiges politisches Klima von Demokratieverdrossenheit und Demokratiefeindlichkeit« (Richter et al. 2019: 7) geprägt. Zugleich wurden bei der Mehrheit der AfD-Wähler:innen manifest rechtsextreme und autoritäre Einstellungsmuster nachgewiesen (u.a. Vehrkamp 2021: 4). Dieser Beitrag versteht solche Einstellungsmuster als *regressive Einstellungspotentiale*. In den letzten Jahren wirken sie zunehmend auf Wahlentscheidungen und insbesondere die AfD mobilisiert sie mithilfe »regressiver Politiken« (Mullis/Zschocke 2020: 120; 134-135). Wie Daniel Mullis und ich in einem gemeinsamen Projekt außerdem herausgestellt haben (Mullis/Zschocke 2019: 119-121), sind *Abstieg*, *Entdemokratisierung*, *soziale Lage* und *Rassismus* vier wesentliche Dimensionen, die zur Erklärung diese Erfolgs herangezogen werden sollten, wobei nicht zuletzt die Frage der demokratischen Teilhabe besonders zentral scheint (Geilen/Mullis 2021). Folglich vertiefe ich im vorliegende Beitrag insbesondere die Dimension der *Entdemokratisierung* aus qualitativer Perspektive. Dazu ergänze ich quantitative Befunde zu *demokratiefernen Räumen* um eine Analyse *rechter Raumnahme* der 1990er-Jahre, die in journalistischen Arbeiten unter dem Schlagwort *Baseballschlägerjahre* jüngst aufgegriffen wurde (Bangel 2019; Helles Sachsen 2019; Kasek 2019). Ich gehe der Frage nach, welche Rolle die rechte und rassistische Gewalt der 1990er-Jahre für aktuelle regressivere Politiken und die Erfolge der AfD in Grünau spielt.

Der erste Teil dient der Reflexion von Arbeiten zu »rechter Raumnahme« und der Entwicklung eines heuristischen Konzeptes, das die Bedingungen und langfristigen Folgen extrem rechter Praxen und regressiver Politiken im Lokalen erfasst. Anschließend folgen die Darstellung und Analyse rechter Raumnahme in Grünau während der 1990er- und frühen 2000er-Jahre. Dazu setze ich mich mit (journalistischen) Betroffenen- und Expert:inneninterviews, Zeitungsberichten und Eindrücken, die ich während eines ethnographischen Stadtrundganges im Sommer 2020 gesammelt habe, auseinander. Abschließend diskutiere ich die Auswirkungen der rechten Raumnahme und ihrer Festschreibung in einer regressiven Stadtteilkultur sowie der Feindschaft gegenüber alternativen, zivilgesellschaftlichen Orten auf die heutige Situation im Stadtteil und die Erfolge der AfD.

2. Demokratiefere Räume und rechte Raumnahme

Im Zentrum von Analysen zu rechter Raumnahme stehen territoriale Praxen extrem rechter Akteur:innen sowie ihre Wahlerfolge.² Mit der Etablierung der Strategie der »National befreiten Zonen« Ende der 1990er-Jahre im Umfeld der NPD sind insbesondere in Ostdeutschland »sozialräumliche Machtversuche« (Heitmeyer 1999: 47) und ein »ideologisch begründeter Kleinkrieg gegen ›Feinde‹ um Raumordnung und Macht« (Wagner 2002: 19) beschrieben worden. Deutlich wurde: Rechte Hegemoniebestrebungen sind kein »Übergangsphänomen aufgrund der sozialen, politischen und ökonomischen« Transformation der frühen 1990er-Jahre, sondern Konsequenz verschränkter Krisenphänomene, die zur »Ausweitung, Eskalation, Stabilisierung und Normalisierung fremdenfeindlicher Einstellungen und rechtsextremistischer Gewalt geführt haben« (Heitmeyer 1999: 47-48). Im Verlauf zweier Jahrzehnte sind, so Thomas Bürk (2012: 32), »Reproduktionsräume einer rechten, neonationalsozialistischen Bewegung entstanden«, die keinesfalls als »jugendkulturelles Phänomen betrachtet werden können«. Im Folgenden verdeutliche ich die spezifische Situation *regressiver Politisierung* in Ostdeutschland anhand empirischer Befunde. Anschließend werden Peripherisierung und Segregation als Ursache rechter Raumnahme diskutiert und Raumordnungskriterien zur Beurteilung konkreter Bestrebungen werden erläutert. Abschließend wird rechte Raumnahme als Problem lokaler Hegemonie bestimmt und mit dem Konzept der reflexiven Stadtgesellschaft die normative Dimension der Analyse eingeführt.

2.1 Regressive Politisierung in Ostdeutschland

Anhand empirischer Befunde kann die Bedeutung »demokratieferer Räume« (Richter/Bösch 2017) für die Politisierung *regressiver Potentiale* konkretisiert werden. Während rechtsextreme Einstellungen seit der Gründung der Bundesrepublik rückgängig sind (Arzheimer et al. 2001: 228), läuft diesem Trend die Entwicklung in Ostdeutschland entgegen. Die 1990 noch niedrigeren Werte gleichen sich bis 2008 an die Werte im Westen an (Decker et al. 2018: 87); heute teilen im Osten 9,5 % manifest rechtsextreme Einstellungen, während der Anteil über die Jahre im Westen auf 3 % gesunken ist (Decker et al. 2020: 51). Regressive Einstellungspotentiale haben sich im Osten vor allem nach der Wende etabliert und sind nicht zuletzt Folge des gesellschaftlichen Wandels nach der Jahrtausendwende (Quent

2 Ein etwas älterer Forschungsstand zu sozialräumlichen Arbeiten der Rechtsextremismusforschung findet sich bei Bürk (2012: 27-31).

2016: 111-112).³ Gerade in Ostdeutschland wurden, so Stöss (2000: 32), nach der »Wende« große Hoffnungen in Demokratisierung und Marktwirtschaft gesetzt; die »anfänglich große Zuversicht in das westliche System« ist dann aber »in besonders herbe Enttäuschung« (ebd.) umgeschlagen. Wenn auch diese tradierten Bedingungen weiter prägen, ist es *heute* akut das »Gefühl der kulturellen Bedrohung durch die Zuwanderung von ethnisch-kulturell fremden Menschen nach Deutschland«, das für das Erstarken regressiver Politiken verantwortlich zeichnet, resümiert Lengfeld (2018: 306).

Insbesondere in den Stadtteilen vieler Großstädte ist der Zusammenhang zwischen dem Anteil migrantischer Menschen und lokalen Ergebnissen der AfD jedoch höchst unterschiedlich (Geilen/Mullis 2021: 136), sodass »es auf die Betrachtung tradierter Rassismen und urbaner Exklusionsmechanismen sowie Konfliktlagen ankommt« (ebd.: 138). Gerade für Ostdeutschland ist auch der Zusammenhang von regressiven Einstellungspotentialen und sozioökonomischen räumlichen Ungleichheiten im lokalen Kontext belegt (u.a. Grau 2017: 17-19; Wolf/Grau 2013: 130-131). Betont wird das subjektive Empfinden von Benachteiligung (Heitmeyer 2007), Unsicherheit und Orientierungslosigkeit (Hüpping/Reinecke 2007: 95), woraus Erfahrungen der politischen Machtlosigkeit erwachsen (u.a. Marth 2013). All diese Faktoren werden als bedeutsam für die Etablierung von regressiven Einstellungspotentialen betont. Eine aktive und lokal verankerte Zivilgesellschaft kann hier entgegenwirken und ist für die soziale Kohäsion – neben dem Ausgleich durch soziale Gerechtigkeit – insofern von besonderer Bedeutung, als sie politische Teilhabe und Einflussnahme ermöglicht (ebd.: 79; Gundelach 2017: 218).

2.2 Rechte Raumnahme und reflexive Stadtgesellschaft

Quent und Schulz (2015) schlagen vor, die Vermittlung regressiver Politiken im Alltag nicht in erster Linie anhand von Angebotsstrukturen, also aktiven Kame-radschaften, Treffpunkten und Parteien, zu untersuchen. Auch langfristig wirk-mächtige »Kontextfaktoren« (Quent/Schulz 2015: 285) wie die lokale politische Kultur, die Veränderung sozioökonomischer Lagen ebenso wie die kurzfristige Verarbeitung von Krisen als situative Effekte sollten in Analysen berücksichtigt werden (Quent 2016: 112). Als relevante Kontextfaktoren des Erfolgs der AfD und territorialer Strategien der extrem Rechten bestimmen Förtner et al. (2019) die Ent-stehung »neuer Peripherien« (ebd.: 33). Im Prozess dieser Peripherisierung »wer-den große Teile der Bevölkerung in Außenbezirke verdrängt und ehemals wichtige Produktionsstätten erfahren einen Niedergang« (ebd.), wobei die subjektive Erfah-

3 Die Dimension der »Ausländerfeindlichkeit« des ostdeutschen Bevölkerungsteils, die seit jeher stärker ausgeprägt ist als im Westen der Republik (Decker/Brähler 2018: 81-87).

rung von »Entfremdung und Ausgeschlossenheit vom Zentrum« (ebd.) sowie des »Verlust[s] von Zentralität« (ebd.: 36) prägen. Auch sozialraumbezogene Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen, dass insbesondere periphere Stadtviertel, in denen Exklusion und Segregation einen schnellen Wechsel der Bewohner:innen zur Folge haben, anfällig für die Mobilisierung von Vorurteilen und Ressentiments sind (Kraft/Freiheit 2011). Das veränderte Aufeinandertreffen von etablierten Alteingesessenen und verdrängten Zugezogenen im Stadtviertel kann die (Selbst-)Verortung der Menschen im alltäglichen Lebensumfeld verändern und ähnliche Reaktion hervorrufen wie Erfahrungen ökonomischer Entsicherung. Der Fokus auf Peripherisierung und Segregation verdeutlicht, dass regressivere Einstellungspotentiale und extrem rechte Politiken nicht überall auf fruchtbaren Boden fallen und die sozialen und ökonomischen Gefüge vor Ort, aber auch lokale gesellschaftliche Hegemonien berücksichtigt werden müssen.

Um die rechten Raumnahmen – wie in Leipzig-Grünau während der Baseballschlägerjahre – kontextgebunden einzuordnen, sind die »Raumordnungskriterien« von Borstel und Luzar (2016) hilfreich. In Anschluss an Heitmeyers (1999) Diskussion sozialräumlicher Machtversuche befragen sie das typische Aktionsrepertoire rechter Gruppen – Propaganda und Gewalt – in seiner Wirkung auf das sozialräumliche und zivilgesellschaftliche Umfeld (Abb. 1) und untersuchen damit konkret, »wie jenseits demokratischer Legitimation in der Öffentlichkeit verschiedene Formen der *Machtversuche* und der Machtausübung erfolgen« (Heitmeyer 1999: 67, Herv. i. O.). Rechte Raumnahmebestrebungen zielen insofern immer auch darauf, anderen Akteur:innen die eigene regressivere »Situationsdefinition« (Heitmeyer 1999: 58) aufzuzwingen und folgen einem Eskalationsschema, das idealtypisch in vier Stufen unterteilt wird.

(1) *Provokationsgewinne*: Diese manifestieren sich durch die Verbreitung von Propaganda und kurzzeitige Besetzung des öffentlichen Raumes, sodass Gegner:innen und Zivilgesellschaft mit ihrer Präsenz konfrontiert werden.

(2) *Räumungsgewinne* befördern die Einschränkung der Bewegungs- und Meinungsfreiheit von Gegner:innen (z.B. im Jugendclub, auf öffentlichen Plätzen) insbesondere durch körperliche Angriffe. Sie haben Opfererfahrungen zur Folge und schaffen Angsträume für Betroffene, die beginnen, nach Unterstützung zu suchen. Zugleich verkünden rechte Gruppen den »Raumkampf« durch das Ausrufen einer »National befreiten Zone« oder eines »Nazi-Kiezes«.

(3) *Raumgewinne* lassen sich feststellen, wenn Betroffene keine oder wenig Unterstützung in der Zivilgesellschaft finden und demokratische Antworten auf rechte Raumnahmebestrebungen ausbleiben. Gegner:innen werden dauerhaft vertrieben und Betroffene beginnen, Orte der Raumnahme zu meiden; Gewalt gegen spezifische Gruppen, oft Betroffene rassistischer Diskriminierung, verfestigt deren gesellschaftliche Ausgrenzung dauerhaft. Zugleich wirken subkulturellen

Angebote, wie Feiern, rechte Musik oder ein spezifischer Stil, integrierend auf potentielle Anhänger:innen. Rechte Raumnahme wirkt insofern nicht nur *gegen* das zivilgesellschaftliche Umfeld, sondern im Fall mangelnder Gegenwehr droht zunehmende Einflussnahme auf lokale Gesellschaft.

(4) Darauf folgende *Normalisierungsgewinne* bergen die analytische Herausforderung, dass die territorialen Praxen rechter Akteur:innen, die nunmehr auf Reproduktion und Machterhalt gerichtet sind, weniger offensichtlich, subtiler und an bürgerliche Diskurse anschlussfähiger vollzogen werden. Dabei droht ein wahrnehmbarer Rückgang von Gewalt als Rückgang oder Scheitern rechter Raumnahme interpretiert zu werden. Der Rückgang kann jedoch ein Indiz dafür sein, dass Vorherrschaft nicht mehr durch spektakuläre Gewalt errungen werden muss. Zugleich kann die sozialräumliche Dominanz blind machen für Alltagsgewalt und latente Ausgrenzung in diesen »Angsträumen« (Bürk 2012: 288). Normalisierungsgewinne sind somit schwieriger zu erkennen und zugleich gesellschaftlich hochgefährlich. Durch sie entsteht ein latentes »rechtsextrems Raumklima« (Richter et al. 2019), das auch jenseits konkreter Gewalttaten wirkt und *demokratieterne Räume* konstituiert.

Um diesem normativen Problem gerecht zu werden, sollte die Analyse rechter Raumnahme auf die Initiierung einer »reflexiven Stadtgesellschaft« (Grau/Heitmeyer 2013: 31-33) gerichtet sein. Darunter ist der Umfang an zivilgesellschaftlichem Engagement zu verstehen, das der Abwehr und Verdrängung von Problemdefinitionen zu rechter Raumnahme entgegentritt.

Abb. 1: »Raumordnungskriterien« nach Borstel und Luzar (2016)

Raumordnungsgewinne	Mögliche Handlungen	Wirkung auf Nicht-Rechtsextrême und Raumordnung
Normalisierungsgewinne	Öffentliches Auftreten Rückgang von Gewalt	Akzeptanz oder Abfindung Kein Diskurs mehr (Schweigen) Rückzug zivilgesellschaftlicher Akteure
Raumgewinne	Demonstration des Raumgewinns Weitere Gewalt gegen »Feinde« Verächtlichmachung der Unterlegenden Integrierende Aktionen für Mitglieder (z. B. Feste)	Vertreibung von Orten Ausweichen von Orten (Umgehungsstrategien) Kenntnis von Treffpunkten Angst und Einschüchterung Diskurs
Räumungsgewinne	Gewaltaktionen gegen »Feinde« Raumorientierte Manifestationen Verkündung des Raumkampfes Konzentration auf bestimmte Orte	Angst und Einschüchterung Opfererfahrungen Unsicherheit im Umgang Suche nach Hilfe beginnt
Provokationsgewinne	Plakataktionen Sprühereien Öffentliche Kurzauftritte Öffentliche Gründungen Verteilungsaktionen	Erste Wahrnehmungen Erste Begegnungen Beginnende Sensibilisierung

Raumnahmestrategien extrem rechter Akteur:innen sind nicht losgelöst vom Kontext und der gesellschaftlichen Situation vor Ort zu untersuchen und das Maß an zivilgesellschaftlicher Gegenwehr ist zentral (Bürk 2012: 333). Die Analyse des Wechselverhältnisses zwischen *rechter Raumnahme* und *zivilgesellschaftlicher Reaktion* sowie der erreichte Grad rechter Raumordnungskriterien (Abb. 1) können insofern als Zugang zur Analyse lokaler politischer Kulturen und regressiver Einstellungspotentiale fruchtbar gemacht werden.

3. Die Baseballschlägerjahre in Grünau

Ab dem November 1989 wandelte sich die Stimmung auf Leipzigs Straßen, besonders im Umfeld der wöchentlichen Montagsdemonstrationen (Meltschack et al. 2021). Auch wenn diese als Kulminationspunkt der »Friedlichen Revolution« ins öffentliche Bewusstsein eingegangen sind, berichten Zeitzeug:innen über die regressive Schlagseite der Proteste. So seien sehr bald Rufe nach »Großdeutschland« zu vernehmen gewesen, es sei zu Bedrohungen sowie Angriffen auf Alternative und »Ausländer« sowie Aufrufen zur »Lynchjustiz« gekommen (Schneider/Mareth 2020: 245-248). Die Rekrutierungsversuche neonazistischer Parteien und Organisationen aus Westdeutschland (insb. Die Republikaner) fielen hier auf fruchtbaren Boden, wie Zeitzeug:innen den Oktober 1989 schildern (ebd.: 244). Berichten über solche *Provokations- und Räumungsgewinne* wurde in den letzten Jahrzehnten kaum Gehör geschenkt – dies ändert sich gegenwärtig im Lichte der Debatte um die Baseballschlägerjahre in Ostdeutschland.

Eingebettet in diese Stimmung etablierten sich in der peripheren Lage Grünau schon 1990 erste Strukturen extrem rechter Parteien, Chauvinismus und Rassismus waren weit verbreitet und schlugen vielfach in Überfälle auf alternative Orte sowie Unterkünfte für Asylsuchende um (Rassismus Tötet 2012: 6-7). Insbesondere eine am Rande Grünaus gelegene Unterkunft für Asylsuchende (Ortsteil Lausen) wurde in den frühen 1990er-Jahren wiederholt Ziel von Angriffen. Unmittelbar nach dem tagelangen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 kam es zu einem Angriff, an dem bis zu 100 rechte Gewalttäter:innen beteiligt waren. Steine, Flaschen und Brandsätze flogen, wobei mehrere Bewohner:innen zum Teil schwer verletzt wurden. Bereits nach einem Angriff im August 1991 äußerten sich die Täter:innen bereitwillig in den Medien und bekräftigten, den Tod der Menschen billigend in Kauf genommen zu haben. Anwohner:innen zeigten Verständnis für den pogromartigen Überfall und äußerten Bereitschaft, sich ebenfalls an solchen Taten zu beteiligen (Siegel/Schapira 1991). Die Polizei in Leipzig war vielfach nicht in der Lage, Angriffe zu verhindern, selbst wenn sie vor Ort war (ebd.; Meltschack et al. 2021).

3.1 Der Kirschberghauskonflikt – rechte Raumnahme mit kommunaler Unterstützung

In Grünau sollte bei Baubeginn 1976 nach Planung Wohnraum für bis zu 100.000 Menschen entstehen, bis 1989 wuchs die Bevölkerung sukzessive auf 88.000 an. Zugleich wird noch heute rückblickend ein Mangel an öffentlicher Infrastruktur konstatiert (G1 2018; G2 2018; G3 2018), der schon damals den Charakter des Stadtteils als »zentrale Peripherie« (Förtner et al. 2019: 39) ausmachte. Neben fehlenden Straßen und Nahversorgungseinrichtungen betraf dies insbesondere jugendkulturelle Einrichtungen, Sportstätten und allgemein Orte der Begegnung. Während der DDR und der unmittelbaren Zeit nach ihrem Zusammenbruch sei diesem Mangel durch aktive Hausgemeinschaften, nachbarschaftliche Hilfe und die ›DDR-Nischenkultur‹ Abhilfe geschaffen worden (G2 2018). Nach 1990 wurden die infrastrukturellen Defizite mittels Errichtung eines großen Marktzeltes und später durch den Bau der beiden Einkaufszentren PEP und Alleecenter in Grünau-Mitte gemildert. Der Mangel an Orten der Begegnung wird hingegen teilweise bis heute betont. Dies hat besondere Bedeutung, zumal die »engen Hausgemeinschaften« (G2 2018) mit dem Ende der DDR-Gesellschaft und den einschneidenden Umbrüchen ebenfalls erodierten. Ohnehin wurde der ideologisch aufgeladene sowie mitunter zwanghafte und repressive Zusammenhalt von einem Teil der frühen Bewohner:innen vor allem negativ wahrgenommen (G3 2018) und Abwanderung, Politisierung und Polarisierung, ökonomische Verwerfungen und veränderte Erwerbsverhältnisse untergruben das nivellierte soziale Gefüge der »arbeiterlichen Gesellschaft« (Mau 2019: 14-15; 48) auch in Grünau als bald.

Auch die Jugendkultur in Grünau veränderte sich im Zuge dieser Umbrüche. Bis 1995 gab es lediglich drei betreute Jugendeinrichtungen im Stadtteil, die alle nach dem Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit« (Kahane 1999) arbeiteten. Darunter auch das Kirschberghaus in Mitte, das seit 1990 kommunal betrieben und 1995 durch einen offenen Jugendtreff sowie 1996 durch den *Treff2* im gleichen Gebäude ergänzt wurde. Nachdem jugendliche Neonazis im Umfeld der Stuttgarter Allee und besonders nahe der Einkaufszentren PEP und Alleecenter durch Pöbeleien, Sachbeschädigungen und Angriffe auffielen, deuteten sich *Räumungs- und Raumgewinne* der ohnehin im Stadtteil präsenten Neonaziszene an. Neben alternativen und rassistisch diskriminierten Jugendlichen begann auch die breite Anwohner:innenschaft, die Magistrale zu meiden. Daraufhin veranlasste das Jugendamt 1996 eine Intervention durch Streetworker:innen. Die Angestellten des Jugendbildungsverein Leipzig (JBV) holten die rechten Jugendcliquen gemäß den Grundsätzen der akzeptierenden Jugendarbeit ins Kirschberghaus, was unter anderem zur Gründung des *Treff2* führte (Hagemann/Stecker 2004: 7). Dieser wurde – städtisch geduldet – von rechten Jugendlichen und Neonazis faktisch in Selbst-

verwaltung betrieben und »funktionierte bald als Bilderbuchrekrutierungsfeld für Nazikader« (Klarofix 1999: 17; Wagner et al. 1999: 21). Die neonazistische Klientel des Kirschberghauses wird in dieser Zeit auf etwa 130 gewaltbereite Jugendliche geschätzt. In der Folge entstand eine Melange aus kommunal und polizeilich gestützter Raumaneignung der neonazistischen Szene, die sich zu *Normalisierungsgewinnen* ausweiten konnte, wie im Folgenden gezeigt wird.

3.2 Die Alltäglichkeit rechter Gewalt und antifaschistische Interventionen

Nach dem Verbot einer Reihe nationalsozialistisch orientierter Organisationen im Jahre 1994 änderte die extrem rechte Szene in der BRD ihre strategische Ausrichtung. Die NPD und ihr Drei-Säulen-Konzept »Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe und Kampf um die Parlamente« (Wagner 2002: 26), das später um die vierte Säule »organisierter Wille« erweitert wurde, spielte hierbei eine zentrale Rolle. Im Zentrum stand fortan das Ziel der Eroberung des kommunalen Nahraums durch »kulturelle Subversion« und Dominanz in soziokulturellen Räumen unter dem Schlagwort der »national befreiten Zonen« (ebd). Insbesondere in Ostdeutschland ging diese strategische Verschiebung mit einer weiteren Zunahme von Straßengewalt und gezielten Angriffen auf Gegner:innen einher. In diesem Gefüge bildete sich Leipzig-Grünau neben der Sächsischen Schweiz und der Kleinstadt Wurzen als Schwerpunktregion in Sachsen heraus. Wie Schilderungen von Betroffenen aus Grünau verdeutlichen, wurden schwerste rechte, rassistische Gewalttaten zum Alltagsphänomen (u. a. ASN 1998):

»Mittlerweile werden erkennbar nicht-rechte Jugendliche selbst während der Schulzeit auf dem Schulgelände gesucht und angegriffen [...]. Namen von Freunden werden erpreßt, die Haare »geschnitten« [...] oder auch der Tod [wird] billigend in Kauf genommen, wie am selben Tag[,] als An der Kotsche zwei junge Iraner lebensgefährlich verletzt wurden.« (GAG 1999b)

Opfer dieser Gewalt berichten zudem, dass die polizeiliche Verfolgung der Taten weitestgehend ausblieb; vor allem Betroffene rassistischer Gewalt hätten Angst vor den Folgen einer Anzeige gehabt. Und auch Anwohner:innen, die städtische Öffentlichkeit und regionale Presse lassen jede Unterstützung von Betroffenen vermissen, sodass weite Teile des öffentlichen Raumes alsbald zum Angstraum für Betroffene wurden und sich die *Raumgewinne* der rechten Szene ins Stadtteilleben einschrieben.

Schwere Gewalttaten gehörten während der *Baseballschlägerjahre* in Grünau zum Alltag. Um aktiv gegenzuhalten, entstanden Gruppen wie das Antifaschistische Schulnetz (ASN) oder die Grünauer Antifagruppe (GAG). Gegenseitige Unterstützung im Alltag, Aufklärungsarbeit vor Ort sowie Druck auf die Öffent-

lichkeit und die Stadtverwaltung zu erzeugen, waren die erklärten Ziele einer im Ansatz vorhandenen *reflexiven Stadtgesellschaft*. Vor allem wollten sie in diesem Umfeld, in dem rechte Cliques und organisierte Neonazis den öffentlichen Raum sowie Jugendzentren dominierten (Hagemann/Stecker 2004: 8-9), Orte für alternative Jugendliche schaffen (u.a. GAG 2001). Damals Aktive berichten noch heute im Rahmen des erwähnten Stadtrundgangs schockiert über die rechte Gewalt als traumatische Erfahrung.

Unterstützung für diese antifaschistische Arbeit kam zwischen Oktober 1998 und Sommer 2000 mehrfach aus anderen Stadtteilen Leipzigs. Plakatiert wurde eine Chronik rechter Gewalt in Grünau, am Kirschberghaus wurde eine Kundgebung organisiert und unter dem Motto »Wir wollen kein Teil einer Nazi-bewegung sein!« (GAG et al. 2000) zu einer Großdemonstration mobilisiert. Die Lage im Stadtteil spitzte sich vorübergehend weiter zu und die Aktionen endeten nicht selten in Konflikten mit Neonazis und der Polizei. Die Lokalpresse berichtete durchaus, legte ihr Augenmerk aber unisono auf die »linken Unruhestifter« (Hagemann/Stecker 2004: 8) und verteidigte die Zustände im Kirschberghaus sowie die akzeptierende Sozialarbeit.

3.3 Problematik der akzeptierenden Jugendarbeit

Die Problematik der *akzeptierenden Jugendarbeit* in Grünau reichte weit über die sozialarbeiterische Blindheit gegenüber rechten Gewalttaten und Konformitätsdruck hinaus. So etablierte sich eine zweifelhafte Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeit und Polizei sowie polizeilichem Staatsschutz, »die in ihrer Gesamtausrichtung offenbar darauf zielt, notwendige Repression zugunsten des Flusses weiterer Informationen möglichst abzufedern« (Wagner et al. 1999: 30). Nach Aussagen des Fachpersonals wurden keine Propagandadelikte und auch »nicht jede Körperverletzung« bei der Polizei angezeigt; andere Strafverfolgungsverfahren wurden in Abstimmung mit Kontaktbeamten:innen »im Interesse der Jugendliche dort behandelt« (ebd.).

Das Kirschberghaus mit all seinen Einrichtungen – Offener Treff, »Kübel Inn« (JBV) und *Treff 2* – war in dieser Zeit ein Umschlagplatz für Propagandamaterial von Kameradschaften, der NPD und ihrer Jugendorganisation (JN). Ihre Kader gingen mit Wissen des Personals im Haus ein und aus, es fanden zeitweise Schulungen, Kameradschaftsabende und Kadertreffen statt, staatsschutzbekannte neonazistische Bands probten hier und verbreiten bei Konzerten volksverhetzende Inhalte und Mordaufrufe. Auf dem Höhepunkt dieser Aktivitäten reisten neonazistische Jugendliche und Personal des Kirschberghauses im März 1997 gemeinsam per Busreise zur NPD-Demonstration gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1939-45« in München und begriffen die Organisation der Fahrt als pädagogische Maßnahme (Wagner et al. 1999: 21-25).

Noch Ende der 1990er-Jahre weigerte sich die Stadtverwaltung, insbesondere der zuständige Jugenddezernent und der Jugendamtsleiter, die schweren Übergriffe und die Problematik um das Kirschberghaus anzuerkennen. Die Situation änderte sich nur langsam aufgrund der Öffentlichkeitsarbeit der alternativen Jugendlichen und der bezugzunehmenden Berichterstattung der überregionalen Presse (GAG 2001: 34). Gegen alle Widerstände leisteten sie damit einen gewichtigen Beitrag zum städtischen Eingeständnis, dass die Präsenz der extremen Rechten nicht mehr haltbar war, und setzten eine reflexive Haltung in der Stadtgesellschaft durch.

3.4 »Alternative Drain« – Normalisierung rechter Raumnahme durch Verdrängung

Letztlich kam eine städtische Studie zum Schluss, dass die akzeptierende Jugendarbeit vor Ort zur Plattform neonazistischer Akteur:innen und ihrer »Nationale[n] Jugendarbeit« (Wagner et al. 1999: 19) wurde. Die Situation in Grünau Ende der 1990er-Jahre ist anhand der Raumordnungskriterien von Borstel und Luzar (2016: 43; Abb.: 1) damit eindeutig im Bereich der Normalisierungsgewinne – der höchsten Stufe rechter Raumnahme – einzuordnen. Noch vor der großen antifaschistischen Demonstration »Wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein!« (GAG et al. 2000) gegen das Kirschberghaus im Sommer 2000 ergriff die Stadt weitreichende Maßnahmen gegen diese Zustände in der kommunalen Jugendarbeit. Unter anderem wurde die Leitung des Jugendamtes neu besetzt und der heutige Oberbürgermeister Burkhard Jung zum Beigeordneten für Jugend, Schule und Sport ernannt. Unter Mithilfe einer Initiativer kritischer Sozialarbeiter:innen wurde die Jugendarbeit komplett überarbeitet, eine Opferberatungsstelle ins Leben gerufen und es wurden strikte Grenzen in der Arbeit mit extrem rechten Jugendlichen definiert (Hagemann/Stecker 2004: 10).

Der durch neonazistische Gruppen selbstverwaltete *Treff 2* wurde ebenfalls geschlossen und im Kirschberghaus ein Trägerwechsel vollzogen. Dennoch »ging noch über längere Zeit das rechte Stammpublikum ein und aus« (ebd.: 9). Zu Rückzugsräumen avancierten jedoch vermehrt rechte Wohngemeinschaften. Bestrebungen, einen Treffpunkt für nicht-rechte Jugendliche einzurichten, wurden seitens der Stadt blockiert – es gäbe schon genügend Jugendeinrichtungen in Grünau (ebd.: 10). So blieb es im Wesentlichen bei der Situation, die die Jugendlichen Anfang 1999 in einem offenen Brief an die Stadtverwaltung schilderten:

»Viele Grünauer Jugendliche und Kinder werden aus Grünau gedrängt. So sehen sie sich gezwungen, außerhalb von Grünau ihre Freizeit zu verbringen oder sich dem politischen Bild des Umfelds anzupassen. Ehemalige alternative Clubs und Cliquentreffpunkte wurden von Faschos unterwandert oder haben sich aufgrund

massiver Drohungen und Überfälle aufgelöst. [...] Gewalttätige Übergriffe auf offener Straße sind fast zur Normalität geworden. Die tägliche Angst der Betroffenen [...] macht ein normales Leben in Grünau fast unmöglich. Bestimmte Orte, Wege und Gebiete müssen gemieden werden, um sich nicht erhöhter Gefahr auszusetzen. [...] Meist geschehen diese Übergriffe unter den Augen von Passanten, die jedoch fast immer wegschauen. Anzeigen wegen Körperverletzung werden in den seltensten Fällen erstattet, da die Angst und der psychische Druck der Überfallenen sehr groß sind.« (CAG 1999a)

Für die Betroffenen rechter Gewalt hatte das weitreichende Folgen. Die Bedrohungslage gerade für alternative Jugendliche blieb anhaltend hoch und so sahen sie sich – zum Teil mitsamt ihren Familien – zum Wegzug aus dem Stadtteil gezwungen. Die rechte Raumeignung und Normalisierung rechter Lebenswelten in Leipzig-Grünau wirken sich in zwei wesentlichen Punkten auf die politische Kultur im Stadtteil aus:

Erstens wird deutlich, dass *Rassismus und regressive Stadtteilkultur* zu keinem Zeitpunkt wirklich herausgefordert wurden. Allein antifaschistische Jugendliche solidarisierten sich mit den massiv von Gewalt betroffenen Geflüchteten in Grünau und thematisierten die Unterbringung in Sammelunterkünften und Versorgung mit »Essensgutscheinen« anstelle von Bargeld (KAHINA 2000: 8-9). Das Gewalthandeln der Neonaziszene wurde erst nach längerer Auseinandersetzung als Problem anerkannt. Dabei blieb es im Wesentlichen auch: Die lokale Situation sowie Einstellungen und Ressentiments wurden nicht in den Fokus gerückt. Insofern kann den städtischen Behörden rückblickend eine gewisse Blindheit gegenüber der strategischen Gewaltdistanz von Teilen der Szene, den Hegemoniebestrebungen einer modernisierten Rechten (Wagner et al. 1999: 31) und der konkreten Dominanz rechter Akteur:innen sowie einer regressiven Stadtteilkultur im Alltag Leipzig-Grünaus unterstellt werden.

Zweitens wird eine Verschränkung von *Schrumpfung und »Alternative Drain«* (Hagemann/Stecker 2004: 12) deutlich. Die Bevölkerung Grünaus schrumpfte schon seit den frühen 1990er-Jahren und insbesondere im Kontext des Kirscherberghauskonflikts äußerten Betroffene und Zeitzeug:innen, dass alternativ geprägte Milieus den Stadtteil nicht nur mieden, sondern in hoher Zahl verließen. Den Wegzug vollzogen in dieser Zeit hauptsächlich besser qualifizierte, flexible und jüngere Bewohner:innen. »Überalterung« (Kabisch et al. 2005: 17) wurde binnen zweier Jahrzehnte zu einem der drängendsten Probleme des Stadtteils (Kabisch et al. 2010: 16-19) – was heute wiederum gerade seitens der älteren Bevölkerung als Verlust von Lebensqualität beschrieben wird (Budnik et al. 2017: 89). Es kam zu einem regelrechten »Alternative Drain«, so Hagemann und Stecker (2004: 12-13). Im Zuge dessen »dünnert sich das Potenzial demokratischer und zivilgesellschaftlicher

schaftlicher Gegenkräfte aus« (ebd.). Die *rechte Raumnahme* ist also aufs Engste mit den Schrumpfungs- und Peripherisierungsprozessen verwoben.

4. Der lange Schatten der Baseballschlägerjahre

Lange Zeit blieben solche Dynamiken unbeachtet. Erst die Social-Media-Kampagne des Journalisten Christian Bangel (2019) unter dem Hashtag #baseballschlägerjahre verhilft Betroffenenberichten in den letzten Jahren zu einer breiten Öffentlichkeit und thematisiert das staatliche wie gesellschaftliche Versagen, das weit über frühen 1990er-Jahre hinaus lokale Gesellschaft in Ostdeutschland nachhaltig prägt. Auch wenn die jugendkulturelle und gewaltförmig-deviante Erscheinungsform neonazistischer Szenen in den 2000er-Jahren wahrnehmbar zurückging, hinterließ sie vielerorts ein »differenziertes Netz rechtsradikaler BürgerInnen« (Bürk 2012: 347). Alternative Gegenkulturen und antirassistisch »heterotopisch-tolerante Orte« (ebd.: 348), die gerade im Osten eine Basis für eine aktive Zivilgesellschaft bilden, werden über die 1990er-Jahre hinaus nachhaltig aus dem Stadtteil verdrängt. Währenddessen wird die regressive Stadtkultur der weißen Mehrheitsbevölkerung, die durch Wegsehen, Entsolidarisierung und geteilte rassistische Ressentiments bestimmt ist, kaum herausgefordert. Schon 2004 stellen Kabisch et al. (2005: 90) für Grünau fest: »Probleme wie Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Überalterung sowie die Angst vor Ausländern und Angehörigen unterer sozialer Schichten verschmelzen zu einem stark pessimistischen Zukunftsbild«. Unter Langzeitbewohner:innen sind diese geteilten Erfahrung einer *anhaltenden Peripherisierung* des Stadtteils Leipzig-Grünau konstitutiv für ein Milieu der »Alteingessenen« (G2 2018). Beide Phänomene, eine rassistische und regressive Stadtteilkultur sowie die Ablehnung gegenüber alternativen, zivilgesellschaftlichen Orten, prägen den Stadtteil auch im folgenden Jahrzehnt. So wird bspw. 2012 eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende, die im Zuge progressiver »Dezentralisierung« geschaffen werden sollte, nach rassistischen Protesten durch Anwohner:innen verhindert (Kausch et al. 2012) und Projekte wie »Bunte Platte« und »KOMM-Haus« werden wiederholt Ziele von Angriffen und sogar Brandschlägen (chronik.LE 2009: 21-22; 37).

Die Desintegration und offene Ablehnung gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten prägen Grünau bis heute (u.a. Budnik et al. 2017: 89). Die Stadtentwicklung Leipzigs nach 2010 (ebd.: 82), ebenso wie die Zunahme von Segregation in ostdeutschen Großwohnsiedlungen (Helbig/Jähnen 2018), verstärken die Polarisierung zwischen den Stadtteilbewohner:innen entlang ethnisierender Zuschreibungen. Geflüchtete, die aus Gemeinschaftsunterkünften in reguläre Wohnungen ziehen, finden nahezu ausschließlich in Großwohnsiedlungen Wohnraum (Hummel et al. 2017) und auch bei Zwangszuweisung in kommunale Wohnungs-

bestände dominiert Grüna-Mitte (Budnik et al. 2017: 84). Angebotsmieten sind hier aufgrund des hohen Leerstandes günstig und Großunternehmen, die Wohnraum im Zuge der Kommodifizierung der DDR-Wohnungsbestände erworben hatten, vermieten geschäftsmäßig an Empfänger:innen staatlicher Wohnungssubvention (Bernt/Holm 2020: 107; G4 2018). Zugleich hat sich um Schlagworte wie ›Alteingesessene‹, ›soziale Entmischung‹, ›Zuzug von Prekarisierten und Migrantisierten‹, ›Verlust städtischer Infrastruktur‹ sowie ›Konflikte im öffentlichen Raum‹ eine hegemoniale Deutung der Stadtteilentwicklung durchgesetzt, die prägend für das Bild Grünaus als »zentrale Peripherie« (Förtner et al. 2019: 38) ist. Gegenüber den regressiven Politiken und ressentimentgeladenen Ansprachen der AfD sind diese Deutungen überaus anschlussfähig (vgl. Zschocke 2019). So beklagt die AfD-Stadtratsfraktion im Juni 2018 unter dem Titel ›Grüna: Schatten und Licht‹, dass das »Integrierte Stadtentwicklungskonzept Grüna 2030« (Stadt Leipzig 2018) dem Stadtteil nur »scheinbar eine rosige Zukunft verspricht«. Dabei beunruhigt die AfD insbesondere »die Tendenz zur Verschlechterung der Sozialstruktur«, konkret der »fortschreitende Zuzug von einkommensschwachen Einwohnern und der weitere Zuzug von Migranten. Und dies ohne verwaltungsseitige Überlegungen zum Gegensteuern!«. Darüber hinaus bemängelt sie die Zentralisierung und den Wegfall von Infrastruktureinrichtungen und sorgt sich insbesondere um »ältere Grünaer« (AfD-Stadtratsfraktion 2018). Eine Ansprache, die durchaus ihre Wirkung entfaltet, wie auch Expert:innen bestätigen (G1 2018; G3 2018).

5. Fazit

Wie Thomas Bürk (2012: 348-350) zeigt, haben die unwidersprochene Raumnahme neonazistischer Akteur:innen und eine fremdenfeindliche, bisweilen rassistische Stadtkultur in ostdeutschen Kleinstädten nachhaltigen Schaden angerichtet. Eine vergleichbare Verflechtung ist auch für die *zentrale Peripherie* Leipzig-Grünaus charakteristisch, wo die akzeptierende Jugendarbeit rechte Raumnahmebestrebungen und neonazistische Dominanz der Jugendkultur verstetigte und rechte *Normalisierungsgewinne* institutionalisierte. Darüber hinaus belegt der Konflikt um das Kirschberghaus die Wirkung weiterer lokaler Kontextfaktoren. Der periphere Charakter der Großwohnsiedlung infolge der ›Wende‹; eine regressiv politische Kultur, die ignoriert und Betroffene rechter Gewalt ausgrenzt, sowie die falsche Toleranz von Behörden gegenüber der rechten Szene haben die Baseballschlägerjahre in Grüna möglich gemacht.

Die rechte Raumnahme wirkt wiederum auf den Stadtteil und Alltag seiner Bewohner:innen zurück. Der »*Alternative Drain*« (Hagemann/Stecker 2004: 12), die Verdrängung alternativer Akteur:innen und die Behinderung einer *reflexiven*

Stadtgesellschaft, ist mit den Prozessen der Schrumpfung und Peripherisierung verschränkt. Die nachhaltige Schwächung der lokal aktiven Zivilgesellschaft infolge der Baseballschlägerjahre zeigt, wie »demokratiefeerne Räume« (Richter/Bösch 2017) entstehen, die neben anhaltender Verunsicherung durch Stadtentwicklungsprozesse und zunehmender Segregation zum heutigen Erfolg der AfD in Leipzig-Grünau beitragen. Ob es sich hierbei um ein leipzigspezifisches Muster handelt oder ob Großwohnsiedlungen weitergehende Bedeutung für die Stimmengewinne der AfD im Osten haben, bleibt zu klären. Deutlich wird jedoch: Regressive Politiken profitieren von einer anschlussfähigen politischen Kultur vor Ort und dem dauerhaften Ausbleiben ernsthaften Widerspruchs, dem Mangel an einer *reflexiven Stadtgesellschaft*. Sie ist das Gegenbild einer feindseligen Normalität, in der regressive Einstellungspotentiale und eine »harmonisierende Gemeinschaftlichkeit« (Grau/Heitmeyer 2013: 33) dominant zu werden drohen (Bandt et al. 2021).

Interviews

G1 (2018): Expert:inneninterview in Grünau, 22.03.2018.

G2 (2018): Expert:inneninterview in Grünau, 05.04.2018.

G3 (2018): Expert:inneninterview in Grünau, 21.03.2018.

G4 (2018): Expert:inneninterview in Grünau, 22.03.2018.

Literatur

- AfD-Stadtratsfraktion (2018): Grünau. Schatten und Licht, <http://fraktionleipzig.webair24.de/presse/pressemitteilungen/gruenau-schatten-und-licht-9495.html> vom 12.02.2021.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, Jürgen W. (2001): »Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten«, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 220-245.
- ASN (1998): »Interview mit jugendlichen Grünauer Antifas«, in: *Klarofix 11/1998*, Leipzig, S. 6-11.
- (2020): »Ursachen der Regression. Ökonomische Abstiegsängste oder Cultural Backlash? Die falsche Frage!«. Überlegungen anhand empirischer Eindrücke aus Frankfurt am Main und Leipzig, in: Carina Book/Nikolai Huke/Norma Tiedemann (Hg.), *Autoritärer Populismus*, S. 132-149.
- Bandt, Emily/Hemmann, Max/Zschocke, Paul (2021): *Gegen die harmonisierende Gemeinschaftlichkeit: Potenziale und Grenzen zivilgesellschaftlicher Doku-*

- mentation am Beispiel der Plattform chronik.LE. In: IDZ (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus, Band 10. Jena, S. 150-161. Bangel, Christian (2019): »Neonazis: Und immer wieder das Gefühl, dass die Polizei nicht helfen wird«, in: Die Zeit vom 07.11.2019, <https://www.zeit.de/2019/46/neonazis-jugend-nachwendejahre-ostdeutschland-mauerfall> vom 06.03.2021.
- Bernt, Matthias/Holm, Andrej (2020): »Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen«, in: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 8, S. 97-114.
- Bescherer, Peter/Burkardt, Anne/Feustel, Robert et al. (Hg.) (2021): Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen (= Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, Band 36), Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Borstel, Dierk/Luzar, Claudia (2016): »Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge«, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 39-54.
- Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.) (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum (= Wochenschau Wissenschaft), Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl.
- Budnik, Maria/Grossmann, Katrin/Haase, Annegret/Haid, Christian/Hedke, Christoph/Kullmann, Katharina/Wolff, Manuel (2017): Divercities. Dealing with Urban Diversity (= Divercities: dealing with urban diversity), Utrecht: Utrecht University. Faculty of Geosciences.
- Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten (= Raumproduktionen, Band 14), Münster: Westfälisches Dampfboot.
- chronik.LE (2009) (Hg.): Leipziger Zustände 2009, Leipzig. Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar (2018): »Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018«, in: Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.), Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 65-115.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Pickel, Gert/Brähler, Elmar (2020): »Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf«, in: Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.), Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 27-88.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD«, in: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7, S. 23-44.

- GAG (1999a): »Brief Grünauer Jugendlicher an die Stadtverwaltung«, in: Grün-AS 03/1999.
- (1999b): »Schluß mit dem Gejammer der Grünauer Nazis«, in: Klarofix 01/1999, Leipzig, S. 4-5.
- (2001): »... unsere Taktik ist, weiter Druck zu machen ...!«, in: Klarofix 01/2001, Leipzig, S. 34-37.
- GAG/BGR/ASN (2000): »Wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein!«. Aufruf zur Antifa-Demo am 17.6.2000, in: Klarofix 05/2000, Leipzig, S. 18-19.
- Geilen, Jan L./Mullis, Daniel (2021): »Polarisierte Städte: Die AfD im urbanen Kontext. Eine Analyse von Wahl- und Sozialdaten in sechzehn deutschen Städten«, in: *Geographica Helvetica* 76, S. 129-141.
- Goerres, Achim/Spies, Dennis C./Kumlin, Staffan (2018): »The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany«, in: *Swiss Political Science Review* 24, S. 246-269.
- Grau, Andreas (2017): »Zum Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum«, in: Kemal Bozay/Dierk Borstel (Hg.), *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 7-23.
- Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2013): *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden (= Konflikt- und Gewaltforschung)*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Grunze, Nico (2017): *Ostdeutsche Großwohnsiedlungen. Entwicklungen und Perspektiven (= Quartiersforschung)*, Wiesbaden: Springer VS.
- Gundelach, Birte (2017): »Soziales Vertrauen in ethnisch heterogenen Nachbarschaften«, in: *Soziale Probleme* 28, S. 207-222.
- Hagemann, Anke/Stecker, Heidi (2004): *Leipzig streitet um das Kirschberghaus. Working Paper.*
- Heitmeyer, Wilhelm (1999): »Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen«, in: Peter E. Kalb/Karin Sitte/Christian Petry (Hg.), *Rechtsextremistische Jugendliche – was tun? 5. Weinheimer Gespräch*, Weinheim: Beltz, S. 47-79.
- (Hg.) (2007): *Deutsche Zustände. Folge 5*, Berlin: Suhrkamp.
- Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie (2018): *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*, Berlin.
- Helles Sachsen (2019): *Baseballschlägerjahre*, <https://twitter.com/HellesSachsen/status/1194454568240844802> vom 03.06.2021.
- Hummel, Steven/Krasowski, Beate/Midelia, Sotiria/Wetendorf, Juliane (2017): *Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt. Situationsbeschreibung & Handlungsempfehlungen*, Leipzig.

- Hüpping, Sandra/Reinecke, Jost (2007): »Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 5*, Berlin: Suhrkamp, S. 77-101.
- Intelmann, Dominik (2020): »Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur Politischen Ökonomie Ostdeutschlands«, in: Sören Becker/Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*, Berlin: Springer Spektrum, S. 99-110.
- Julke, Ralf (2020): »Schon zur Landtagswahl war der deutliche Unterschied zwischen Stadtrand und Innenstadt in Leipzig unübersehbar«, in: *Leipziger Zeitung* 2020.
- Kabisch, Sigrun/Berndt, Matthias/Fritzsche, Annett (2005): *Grünau 2004. Einwohnerbefragung im Rahmen der Intervallstudie »Wohnen und Leben in Leipzig-Grünau«*. Ergebnisbericht, Leipzig.
- Kabisch, Sigrun/Großmann/Katrin (2010): *Grünau 2009. Einwohnerbefragung im Rahmen der Intervallstudie »Wohnen und Leben in Leipzig-Grünau«*. Ergebnisbericht, Leipzig.
- Kahane, Anetta (1999): »Die reine Lehre ist die reine Leere. Zur Kritik der akzeptierenden Sozialarbeit«, in: *Bulletin. Schriftenreihe Zentrum für demokratische Kultur* 1, S. 5-7.
- KAHINA (2000): »Forderungen der Leipziger Flüchtlinge aus allen Asylheimen«, in: *Klarofix* 07-08/2000, Leipzig, S. 8.
- Kasek, Jürgen (2019): *Baseballschlägerjahre*, <https://juergenkasek.wordpress.com/2019/11/01/baseballschlaegerjahre/> vom 03.06.2021.
- Kausch, Stefan/Stärck, Alexander/Sternberger, Katja (2012): »Leipzigs lokale Kämpfe zwischen Rassifizierungen und (De-)Klassifizierungen. Zur Auseinandersetzung um die dezentrale Asylunterbringung in Leipzig«, in: *chronik. LE* (Hg.), *Leipziger Zustände 2012*, Leipzig, S. 18-20.
- Klarofix (1998): »Raus aus dem Osten. Rassistische Überfälle in Grünau«, in: *Klarofix* 11/1998, Leipzig, S. 4-5.
- Klarofix (1999): »Grünau I. Warum eingreifen?«, in: *Klarofix* 03/1999, Leipzig, S. 16-21.
- Kraft, Kristina/Freiheit, Manuela (2011): »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vor Ort. Perspektiven auf Konflikte und Potentiale in einem sich wandelnden Quartier«, in: Oliver Frey (Hg.), *Positionen zur Urbanistik II*, Wien: LIT, S. 147-168.
- Lengfeld, Holger (2018): »Der »Kleine Mann« und die AfD: Was steckt dahinter? Antwort an meine Kritiker«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 295-310.
- Marth, Julia (2013): »Politische Machtlosigkeit, Fremdenfeindlichkeit und sozialer Zusammenhalt im lokalen Kontext«, in: Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer

- (Hg.), *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 58-92.
- Mau, Steffen (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Meltschack, Anett/Roth, Alexander/Beyer, Thomas (2021): *Glatzen, Chaos und Gewalt. Die Baseballschlägerjahre im Osten*. MDR Zeitreise.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): *Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD*, Frankfurt am Main.
- (2020): »Ursachen der Regression. Ökonomische Abstiegsängste oder Cultural Backlash? Die falsche Frage!«. Überlegungen anhand empirischer Eindrücke aus Frankfurt am Main und Leipzig, in: Carina Book/Nikolai Huke/Norma Tiedemann (Hg.), *Autoritärer Populismus*, S. 132-149.
- Naber, Michael (2019): »Wahlanalysen zur Landtagswahl 2019. Typisierung von Wahlbezirken nach Wahlverhalten und demografischer Struktur«, in: Stadt Leipzig/Amt für Statistik und Wahlen (Hg.), *Statistischer Quartalsbericht Leipzig III/2019*, Leipzig, S. 13-17.
- Quent, Matthias (2016): »Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern«, in: Wolfgang Frindte/Daniel Geschke/Nicole Haußecker et al. (Hg.), *Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«*. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden: Springer VS, S. 99-118.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien (= Edition Rechtsextremismus)*, Wiesbaden: Springer VS.
- Rassismus Tötet (2012): »Der schmale Grat zwischen Stimmungsmache und Gewalt. Leipzig rassistisch – Von den 1990er Jahren bis in die Gegenwart«, in: chronik.LE (Hg.), *Leipziger Zustände 2012*, Leipzig, S. 6-10.
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2019): *Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden*, Jena.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas (2017): *Demokratiefürer Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*.
- Rink, Dieter (2010): »Schrumpfen als Transformationsproblem. Ursachen und Verlaufsformen von Schrumpfung in Ostdeutschland«, in: Matthias Bernt/Michael Haus/Tobias Robischon (Hg.), *Stadtumbau komplex. Governance, Planung, Prozess*, Darmstadt: Schader-Stiftung, S. 58-77.
- Schneider, Ray/Mareth, Connie (2020): *Haare auf Krawall. Jugendsubkultur in Leipzig 1980-1991*, Fuchshain: Backroad diaries Verlag.
- Siegel, Philip/Schapira, Esther (1991): *Brennt sie nieder. Ausländer in Ostdeutschland*, Köln: Westdeutscher Rundfunk.

- Stadt Leipzig (2018): Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Leipzig-Grünau 2030, Leipzig.
- Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Vehrkamp, Robert (2021): Rechtsextreme Einstellungen der Wähler:innen vor der Bundestagswahl 2021. Einwurf 01/2021. Bertelsmann Stiftung. Onlineabrufbar: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_1_2021.pdf, vom 20.10.2021.
- Vöckler, Jens (2019): »Ergebnisse der 2019er Wahlen in den Ortsteilen der Stadt Leipzig«, in: Stadt Leipzig/Amt für Statistik und Wahlen (Hg.), Statistischer Quartalsbericht Leipzig III/2019, Leipzig, S. 18-38.
- Wagner, Bernd (2002): »Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland: Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien«, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13-28.
- Wagner, Bernd/Weber, Ilona/Kirschnick, Sylke (1999): »Rechtsextreme Erscheinungen und rechtsextreme Bestrebungen in Leipzig-Grünau im Zusammenhang mit Jugend und Jugendarbeit. Eine Darstellung bedeutsamer Aspekte«, in: Bulletin. Schriftenreihe Zentrum für demokratische Kultur 1, S. 19-33.
- Wolf, Carina/Grau, Andreas (2013): »Relative Deprivation und Abstiegsängste in Sozialräumen«, in: Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 112-131.
- Zschocke, Paul (2019): »Im Schatten der Stadt. Ist Leipzig-Grünau ein Modellwahlbezirk der AfD?«, in: Leipziger Zustände 2019, S. 68-71.

Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach

Axel Salheiser und Matthias Quent

1. Sozialräumliche Konfigurationen: Rechtsextremismus als Kontinuität politischer Lokalkultur

Wird Rechtsextremismus in ostdeutschen Sozialräumen thematisiert, ist oftmals von »Raumergreifung« und von Normalitätsgewinnen die Rede. Diese drücken sich darin aus, »dass sich niemand mehr [oder zu wenige, Anm. der Autoren] besonders aufregt darüber, wenn rechtsextreme Gruppen in diesen Sozialräumen auftreten« (Heitmeyer 2020: 7) und »ihre soziale Praxis als Normalität legitimiert oder hingenommen wird« (Grünert/Raabe 2013: 17). Das Phänomen wird als Ausdruck einer geschwächten demokratischen Zivilgesellschaft gedeutet (vgl. Berg/Üblacker 2020: 12f.) – und es verweist auf die lange Kontinuität bzw. das Nachwirken der sogenannten »Baseballschlägerjahre« (Christian Bangel) als Teil der Lebensrealität in Ostdeutschland.

Die Bomberjacken-Skinheads und »Reenies« der 1990er-Jahre sind heute fast bieder wirkende Eltern, die im Alltag wenig auffallen, aber ihre Kinder zu asylbewerber:innenfeindlichen Demonstrationen oder »Spaziergängen« gegen die angebliche »Corona-Diktatur« mitnehmen – oder in der lokalen Nachbarschaftsgruppe auf Facebook oder auf Instagram mit Shirts von Rechtsrock-Bands posieren, wahlweise Katzenbilder oder rassistische Slogans posten. Der Begriff der »Raumergreifung« birgt die Gefahr, ein wesentliches Merkmal des nahezu flächendeckenden Problems des lokal und regional verankerten Rechtsextremismus zu verkennen: Im eigentlichen Sinne handelt es sich um die Sichtbarwerdung, das selbstbewusste Hervortreten und das *Mainstreaming* von Rechtsextremen, die i.d.R. schon immer vor Ort sozial eingebunden waren und heute als die Schläger:innen von damals weiter sind – als Nachbar:innen, Familienangehörige, Arbeitskolleg:innen und Mitschüler:innen. Sie prägen das gesellschaftliche und politische Meinungsklima im Sozialraum mit ihren nationalistischen, rassistischen und antiliberalen Einstellungen und Alltagspraxen – sodass ganze Gemeinden, Städte oder gar Regionen als »rechte Räume« gelten, in denen dies als »normal« wahrgenommen wird (Bürk 2012). Dies zeigen nicht zuletzt die Wahl-

erfolge radikal und extrem rechter Parteien in den letzten Jahren, die eine inzwischen intensiv untersuchte Komponente der lokalen politischen Kultur in (ost-)deutschen Sozialräumen darstellen (vgl. Richter et al. 2021).

Die Bedeutung lokaler bzw. regionaler Spezifika haben u.a. Borstel (2019) und Schellenberg (2014) in ihren Fallstudien für Anklam bzw. Mügeln aufgezeigt. Bei solchen Studien geht es nicht darum, mit erhobenem Zeigefinger »braune Flecken auf der Landkarte« zu markieren, sondern darum, lösungsorientiert Herausforderungen für die demokratische Kultur zu identifizieren, damit diese gestärkt werden kann. Dieser Beitrag basiert auf einem Forschungsprojekt am *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft* zur Problematik und den Hintergründen des Rechtsextremismus in Eisenach (Salheiser 2021). Das Projekt wurde im Jahr 2020 durchgeführt (Abschluss: Dezember 2020), Vorarbeiten reichen ins Jahr 2019 zurück. Ziel waren die Sichtbarmachung extrem rechter Raumergreifungsstrategien und hegemonialer Bestrebungen (Kellershohn/Paul 2013) sowie eine Fokussierung regionaler Bedingungsfaktoren. Bei unserer Analyse zu Eisenach folgen wir dem von Quent (2015) vorgeschlagenen und von Quent und Schulz (2016) bei Fallstudien zu den Thüringer Städten Erfurt, Jena, Saalfeld und Kahla angewandten Analyseraster bzw. -fokus zu Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Wir nehmen also Strukturen und Angebotsformen der formell und informell organisierten rechtsextremen Szene, rechtsextreme Geländegewinne, Spezifika der lokalen politischen Kultur sowie die Gegenstrategien und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus in den Blick. Dazu wurden u.a. Interviews mit Expert:innen aus der Praxis, zum Beispiel aus der örtlichen Zivilgesellschaft, geführt und diverse öffentliche und offizielle Quellen – u.a. die Medienberichterstattung – inhaltsanalytisch ausgewertet. Nach einem knappen Problemaufriss diskutieren wir im vorliegenden Beitrag die rechtsextremen Raumeignungsstrategien, Aktivitäten und Mobilisierungserfolge, die durch hohe personelle und organisatorische Kontinuitäten bedingt sind und sich immer wieder in Gewalt manifestieren. Zentrale Bedeutung haben rechtsextreme Immobilien: Sie fungieren als Kristallisationskerne der Partei- und Szeneaktivitäten vor Ort. Die anhaltende Präsenz von Rechtsextremen und die günstigen Gelegenheitsstrukturen für ihre Etablierung haben in Eisenach zu einer Normalisierung des Rechtsextremismus geführt, die ambivalente Reaktionsmuster aus der Politik und Zivilgesellschaft evoziert hat. Unter anderem zeigt sich dies an der Indifferenz und Ignoranz von Teilen der Bevölkerung, dem inkonsequenten Agieren demokratischer lokalpolitischer Akteur:innen – und am Unbehagen gegenüber antifaschistischen Protestereignissen in der Stadt. Am Beispiel von Eisenach wird verständlich, wie das Ineinandergreifen dieser verschiedenen Kontextfaktoren Prozesse radikal und extrem rechter Etablierung in Gemeinden und Regionen bestimmt.

Konstellationen von Akteur:innen und Diskursen, die sich in qualitativen Sozialraumanalysen zeigen, erlauben einerseits detaillierte Einblicke in teils spezi-

fische Entwicklungen und Problemlagen und qualifizieren so lokale (Gegen-)Reaktionen. Andererseits zeigen diese Analysen im Brennglas der Verräumlichung Muster gesellschaftspolitischer Prozesse der Normalisierung oder gar Normalität, der alltäglichen Kämpfe und Abwehrkämpfe im Umgang mit Rechtsextremismus sowie die Ambivalenzen und Handlungsroutinen, die sich – jenseits, aber nicht unabhängig von gesamtgesellschaftlichen Trends – einstellen können. So gibt der Fall der ostdeutschen Stadt Eisenach Einblicke in verräumlichte soziale Kämpfe um Hegemonie, in denen parlamentarische und außerparlamentarische bis gewaltförmige Konflikte gleichzeitig existieren. Kontinuitäten rechtsextremen und zivilgesellschaftlichen Engagements über (Bewegungs-)Generationen hinweg erscheinen als fragiles Kräftegleichgewicht, in dem sich Teile der Stadtgesellschaft längst an die Alltäglichkeit selbst von aggressiv auftretendem Rechtsextremismus gewöhnt haben, wobei die Kontinuität und Reproduktion rechtsextremen Aktivismus insbesondere von einzelnen Akteur:innen hergestellt wird, die eben dazugehören. Das bedeutet auch, dass ohne akteursorientierte Perspektiven auf die Strukturen der extremen Rechten die räumlichen Effekte, Folgen und Konflikte nicht aufgeklärt werden können. Ein in der Literatur und von Beobachter:innen über Jahrzehnte der Auseinandersetzungen mit altem und neuem Rechtsextremismus immer wieder bestätigter Befund ist, dass nicht die Alltäglichkeit des Rechtsextremismus, sondern Empörung und Kritik an dieser Alltäglichkeit vor Ort als störend geframt wird. Dies kann die Isolation, Resignation, Abwanderung oder auch Radikalisierung insbesondere von jungen Aktivist:innen gegen Rechtsextremismus begünstigen und Kontinuitäten zivilgesellschaftlicher Gegenwehr erschweren. Dagegen wird erst im Rückblick deutlich, dass Interventionen, die von außerhalb des jeweiligen Raumes ausgehen, unterstützt werden oder zumindest als von außen kommend wahrgenommen werden, die lokale Schweigespiralen samt prekären Normalitätskonstruktionen durchbrechen und erschüttern können.

2. Problemaufriss: Sonderfall Eisenach?

Eisenach ist eine Mittelstadt in Westthüringen mit 41.970 Einwohner:innen (2020). Sie liegt am Nordrand des Thüringer Waldes und wird vom ländlich geprägten Wartburgkreis (159.937 Einwohner:innen, Sitz des Kreistags: Bad Salzungen) umgeben, der an Hessen grenzt.¹ Die Wartburgstadt gilt als eine *Hochburg* des Rechtsextremismus, als einer der »Hotspots«. Sie hat schon seit Mitte der 1990er-Jahre eine fest etablierte Neonazi-Szene. Zu konstatieren sind zum einen die große Kontinuität des Rechtsextremismus in der Region (vgl. MOBIT 2002)

1 Eisenach und der Wartburgkreis fusionierten am 1. Juli 2021.

und das hohe Aktivitätsniveau von gewaltbereiten und gewalttätigen Rechtsextremen, die organisatorisch und personell vor Ort etabliert sind. Rechtsextreme verfügen in Eisenach über eine eigene Infrastruktur, insbesondere die als »Flie-der Volkshaus« bezeichnete NPD-Landesgeschäftsstelle. Zum anderen schlagen die vergleichsweise hohen, anhaltenden Wahlerfolge der lokalen NPD mit ihrem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Patrick Wieschke als zentralem Akteur und Aushängeschild zu Buche. In Eisenach zeigen sich wie unter einem Brennglas die Realisationschancen der bereits in den 1990er-Jahren entwickelten sogenannten »Vier Säulen«-Strategie der NPD, nach der – im parteitypischen Duktus – ein Kampf »um die Köpfe«, »um die Straße«, »um die Parlamente« und »um den organisierten Willen« zu führen sei (vgl. Best et al. 2018: 77f.).

Als die NPD bei der Stadtratswahl 2019 in Eisenach einen weit überdurchschnittlichen Anteil von 10,2 % der gültigen Stimmen erlangte und folglich mit vier Mandatsträgern in den Stadtrat einzog, war dies ein Erfolg für die Rechts-extremist:innen, der gerade vor dem Hintergrund des allgemeinen Niedergangs der Partei in den letzten Jahren über die Thüringer Landesgrenzen hinweg für Aufmerksamkeit sorgte. Spätestens seit dem Aufstieg der AfD kann die NPD flächendeckend (d.h. auch in ehemaligen Hochburgen) nur noch äußerst niedrige einstellige Stimmenanteile erreichen. Doch diametral entgegen diesem bundesweiten Trend gelangen der NPD in Eisenach 2019 sogar noch ein Stimmenzuwachs gegenüber der letzten Stadtratswahl (2014: 7,4 %) und der Zugewinn eines kommunalen Mandates. Bei der Stadtratswahl 2019 erhielt neben der NPD die radikal bzw. extrem rechte AfD 11,7 % der Stimmen und errang vier Mandate. Aufsehen bzw. Irritation erregte bereits 2015 ein von der NPD im Stadtrat eingebrachter Antrag auf Abwahl der linken Oberbürgermeisterin. Dieser scheiterte zwar, in geheimer Wahl stimmten aber nicht nur die drei NPD-Mandatsträger, sondern 13 weitere der insgesamt 34 Abgeordneten dafür (Meisner 2015). Dies wurde als »Eklat« und »Tabubruch« bezeichnet – und von der NPD als »Sensation« gefeiert (ebd.).

Im Zeitraum 2014 bis 2018 fanden in Eisenach insgesamt 36 rechtsextreme Demonstrationen und mindestens 62 weitere öffentliche Aktionen von Rechtsextremen statt (vgl. Best et al. 2019: 51). Hauptakteurin: die NPD. Auch im Jahr 2019 wurden zahlreiche Aktivitäten, darunter Infostände Wieschkes, Müllsammelaktionen, Demonstrationen, Mahnwachen und andere Kundgebungen registriert. 2020 war die öffentliche politische Betätigung von Rechtsextremen stark durch ihre Beteiligung an sogenannten »Spaziergängen« gegen die Corona-Auflagen geprägt. Wieschke hatte diese initiiert bzw. für die Teilnahme geworben, ohne dabei dezidiert als NPD-Funktionär aufzutreten oder eine formale Demonstration anzumelden. Besonders zu Anfang der wöchentlich wiederholten »Spaziergänge« wurden diese relativ stark von Eisenacher Bürger:innen frequentiert, wie unsere Interviewpartner:innen berichteten. Neben diesen pandemiebezogenen Aktivi-

täten gab es mindestens eine von Wieschke organisierte Demonstration mit ca. 30 Teilnehmer:innen im Juli, bei der eine angebliche Vergewaltigung einer Eisenacherin durch Asylsuchende rassistisch instrumentalisiert wurde. Kurze Zeit später wurde klar, dass die Frau eine Falschaussage getroffen hatte.

In den letzten Jahren fanden in Eisenach zahlreiche Sachbeschädigungen von rechtsextremen bzw. rassistischen oder antisemitischen Tathintergründen statt. Im Oktober 2018 hinterließen Unbekannte beispielsweise auf dem Bürgersteig vor dem Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Kati Engel (Die Linke) Kreideumrisse einer Person mit der Beschriftung »Alesa« (Alternative Linke Eisenach) und dunkelroten Farbflecken, die wie Blut wirken sollten – eine deutliche Botschaft (Zlotowicz 2018). Auch 2019 und 2020 kam es in Eisenach zu mehreren rechtsextremen Graffiti.

Zivilgesellschaftliche Beobachter:innen schätzen die Situation als gefährlich ein: Die Neonazi-Szene habe in Eisenach »Oberwasser« (Haak 2019). Dies bemisst sich vor allem an deren ausgeprägtem Hegemonieanspruch und der Virulenz rechtsextremer Gewalt, die von Neonazis ausgeht, die z.T. in der Kampfsport- und Hooliganszene aktiv sind und Kontakte in landesweiten und internationalen rechtsextremen Netzwerken unterhalten. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass die NPD-Landeszentrale »Flieger Volkshaus« regelmäßig u.a. als Veranstaltungsort für Konzerte von Neonazi-Bands, Kampfsportevents oder als Ausgangspunkt für politische Aktivitäten genutzt wird und darüber hinaus weitere Treffpunkte von Rechtsextremen im Stadtgebiet existieren. Einschüchterungsversuche, Bedrohungen und Angriffe gegen rassistisch abgewertete Menschen und gegen solche, die von Rechtsextremen als politische Gegner:innen wahrgenommen werden, fanden und finden vergleichsweise häufig statt – zum Teil am helllichten Tag. Dabei existiert ein im Vergleich zu anderen Thüringer Kreisen auffällig erhöhter Anteil registrierter Angriffe gegen politische Gegner:innen bzw. Nichtrechte. Im Zeitraum 2014 bis 2018 zählte die polizeiliche Eingangsstatistik der Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (rechts) 291 Fälle, das waren 6,9 Fälle pro 1.000 Einwohner:innen und damit deutlich mehr als in jeder anderen kreisfreien Stadt bzw. jedem anderen Landkreis Thüringens (vgl. Best et al. 2019: 39ff.).

3. Rechte Raumeignungsstrategien und Aktivitäten

Im Fall der Stadt Eisenach tritt zunächst die Bedeutung zentraler Einzelakteur:innen hervor, die mit ihrem Wirken den lokalen Rechtsextremismus mittel- und langfristig beeinflusst bzw. vorangetrieben und stabilisiert haben. Eine Person wird von zivilgesellschaftlichen Beobachter:innen und in sämtlichen Quellen besonders häufig namentlich erwähnt: der NPD-Funktionär Patrick Wieschke.

Patrick David Wieschke (geboren 1981 in Eisenach) ist seit den 1990er-Jahren in der Eisenacher und Thüringer Neonazi-Szene aktiv. Er hat u.a. den Landesverband der NPD-Nachwuchsorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN, jetzt: *Junge Nationalisten*) sowie ein sogenanntes *Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringen* (NSAW) mitbegründet und war zeitweilig Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Außerdem galt er als Leiter der Eisenacher Sektion des *Thüringer Heimatschutzes*, dem institutionellen Entstehungszusammenhang und regionalen Unterstützungsnetzwerks des rechtsterroristischen *Nationalsozialistischen Untergrundes* (NSU) in den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren (vgl. Röpke/Speit 2013: 124f.). Wieschkes Name findet sich mehrfach in den Gerichtsprotokollen zum NSU-Prozess und den Protokollen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (vgl. u.a. NSU-Watch 2013). Allerdings verdichteten sich keine Hinweise auf eine direkte Tatbeteiligung bzw. Mitwisserschaft Wieschkes im Zusammenhang mit den Morden, Bombenanschlägen und anderen schweren Straftaten des NSU. Wieschke ist wegen z.T. schweren Gewaltdelikten und Volksverhetzung mehrfach vorbestraft, u.a. wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und einer Sachbeschädigung in Zusammenhang mit einem Anschlag auf einen Eisenacher Döner-Imbiss im Jahr 2000 (vgl. Endstation Rechts 2016). 2014 musste Wieschke seine Funktion als NPD-Landesvorsitzender aufgeben, wofür neben dem deutlichen Absacken der NPD in der Gunst der Wähler:innen in der Landtagswahl, bei der erstmals die AfD reüssieren konnte, strafrechtliche Ermittlungen gegen ihn wegen Gewalt- und Missbrauchsdelikten (ohne erkennbare politische Motive) angeführt wurden (Brandstetter 2014). Wieschke konzentrierte sich fortan auf die Lokalpolitik – und seine Szeneaktivitäten. Heute gilt er neben Thorsten Heise (Fretterode/Eichsfeld), Tommy Frenck (Kloster Veßra, Hildburghausen) und Patrick Weber (Sondershausen) als einer der wichtigsten und langfristig aktivsten Thüringer Neonazi-Kader (vgl. Best et al. 2018). Zudem betreibt Wieschke einen Versandhandel mit (historischer) rechtsextremer Literatur und Militaria.

Von anderen bekannten Neonazis, die z.T. als Szeneunternehmer:innen tätig sind, unterscheidet sich Wieschke, indem er stärker als diese versucht, ein Biederermann-Image zu pflegen. Trotz seines Vorstrafenregisters und seiner bekannten neonazistischen Gesinnung »gelingt« Wieschke als »gebürtigem« Eisenacher scheinbar die Selbstinszenierung in der Rolle des bürger:innennahen, oppositionellen Kommunalpolitikers, sodass eine kritische Auseinandersetzung bzw. die Skandalisierung seines Wirkens und die Stigmatisierung seiner Person nur begrenzt erfolgreich sind und bei Teilen der Eisenacher Bevölkerung nicht verfangen. Wieschke als gewählter Volksvertreter und seine weitaus weniger bekannten Parteifreunde treten als »Kümmerer« und Nachbarn auf – und verfolgen damit eine relativ erfolgreiche Strategie der Selbstverharmlosung. Diese Allgegenwärtigkeit und »Verbürgerlichung« rechtsextremer Akteur:innen als Teil von (ost-

deutschen) Stadtgesellschaften ist als problematische »Profanität des Alltags« (Wagner 1998, vgl. Bürk 2013: 50) charakterisiert worden. Prägnant wird dies u.a. bei Wieschkes Versuchen, sich und seine Gesinnungsgenoss:innen als Opfer von (symbolischen und physischen) Angriffen aus dem linksradikalen Spektrum zu stilisieren und durch Appelle an das selbst häufig gebrochene Gewalttabu eine »bürgerlich-demokratische« Fassade zu konstruieren. Der NPD-Kreisverband und die NPD-Stadtratsfraktion unterhalten Websites, auf denen entsprechende kommunalpolitische Inhalte verbreitet werden, auf der Fraktionswebsite ist die Telefonnummer eines »Bürgertelefons« ausgewiesen. Im Kommunalwahlkampf wurden »Schulen, Spielplätze, Kindergärten« als »unsere Schwerpunkte« ausgerufen; überhaupt ist man um die Gestaltung »vernünftiger Sachpolitik« bemüht – flankiert von der NPD-typischen Propaganda für »Patriotismus« und Agitation gegen »Asylbetrüger«. Anträge im Stadtrat zum kommunalen Straßenbau und zu ähnlichen Themen sollen diese Konstruktionen von Seriosität und »Normalität« unterstreichen. In Wieschkes Selbstdarstellung heißt es: »Die NPD führt im Stadtrat keine ideologischen Kämpfe, sondern setzt sich undogmatisch für die Stadt und ihre Bürger ein.«²

Wieschke und seine Kameraden nutzen das als »Bürgerzentrum« stilisierte »Flieder Volkshaus« für gezielte »Quartier- bzw. Stadtteilarbeit«. Dabei wird versucht, die Parteiaffiliation gegenüber der *Abgeordnetenfunktion* Wieschkes in den Hintergrund treten zu lassen. Dennoch war die NPD nicht zurückhaltend, was die Aneignung bzw. Einnahme des Sozialraums durch politische Aktionen anbetrifft, nicht zuletzt durch Demonstrationen, Kundgebungen und Parteitageveranstaltungen.

Neben den Akteur:innen des formell organisierten Rechtsextremismus sind in Eisenach informell organisierte und subkulturell verankerte Akteur:innen aktiv, deren offenes Auftreten und Gewalthandeln besonders aggressiv den von ihnen erhobenen Dominanzanspruch unterstreichen. *Raumergreifung* konstituiert sich hier zum einen in der alltäglichen, durch hohe Kontinuität normalisierten Präsenz von Rechtsextremen, zum anderen in deren Praktiken, die sich gegen demokratisch bzw. antifaschistisch eingestellte Personen und gegen rassistisch, antisemitisch oder sozialdarwinistisch abgewertete Menschen richten. Bei diesen Rechtsextremen handelt es sich zum einen um in Eisenach geborene oder dort seit sehr langer Zeit ansässige Personen, wobei sich mittlerweile eine ältere Generation (d.h. größtenteils Personen, die – wie Wieschke – bereits Mitte bzw. Ende der 1990er-Jahre der rechtsextremen Szene bzw. Neonazi-Skinhead-Subkultur zuzurechnen waren) von einer jüngeren unterscheiden lässt. Insbesondere die Angehörigen der jüngeren Generation sind in den letzten Jahren immer wieder durch Gewalt, Bedrohungen, Sachbeschädigung und Provokationen aufgefallen –

2 <https://www.npd-fraktion-eisenach.de> (aufgerufen am 28.1.2021).

im öffentlichen Raum, in Freizeiteinrichtungen, aber auch im Kontext von Schule bzw. Berufsschule. Zum anderen ist in Eisenach der Zuzug von rechtsextremen, zum Teil militanten Akteur:innen festzustellen, die vor Ort offenbar ein günstiges Umfeld vorfinden bzw. über entsprechende Freundschaften, Bekanntschaften oder familiäre Verbindungen verfügen. Dies zeigt sich u.a. am Beispiel von Stanley R., der als ein Rädelsführer der rechtsterroristischen Gruppierung *Combat 18* in Deutschland³ gilt und bei dem im Januar 2020 eine Hausdurchsuchung stattfand – im Zusammenhang mit dem Verbot der Organisation durch den Bundesinnenminister (Jüdische Allgemeine 2020).

Unter den informell organisierten und subkulturell verankerten Akteur:innen sind jene (größtenteils männlichen) Personen besonders relevant, die – wie der mutmaßliche *Atomwaffen-Division*⁴-Anhänger Leon R. (vgl. AGST 2020) und der wegen Gewaltdelikten inzwischen verurteilte Kevin N. – zeitweilig bzw. teilweise unter dem Namen *Nationaler Aufbau Eisenach* in Erscheinung traten. Damit sind hochaktive und extrem gewalttätige Nachwuchs-Neonazi-Strukturen mit bisweilen bundesweiter Ausstrahlung entstanden. Bemerkenswert ist, dass sich viele dieser Personen in der überregional gut vernetzten und hochaktiven rechtsextremen Kampfsport- und Hooliganszene bewegen, u.a. eine Kampfsportgruppe namens *Knockout 51* gegründet haben (vgl. MOBIT 2019a, 2019b). Dass diese jüngeren, nicht parteigebundenen Rechtsextremen im »Flieger Volkshaus« trainieren, ist offenbar im Sinne einer »Zweckgemeinschaft« bzw. »antagonistischen Kooperation« mit der NPD zu deuten. Denn es gibt ideologische und habituelle Differenzen; Beobachter:innen gehen davon aus, dass die jüngeren Rechtsextremen die NPD als nicht aktionistisch genug empfinden.

Zu den rechtsextremen Raumergreifungsstrategien gehören ganz wesentlich die auffälligen Markierungen, die Neonazis im öffentlichen Raum vornehmen. In den letzten Jahren ist das Stadtbild von Eisenach vor allem durch ein erhöhtes Aufkommen von rechtsextremen Graffiti im öffentlichen Raum geprägt. Schmierereien mit rechtsextremen Symbolen oder Slogans (»NS Zone«) waren und sind in der Innenstadt in relativ großer Zahl sichtbar und wurden zum Teil selbst nach längerer Zeit nicht entfernt.

3 *Combat 18* (C18) gilt als »bewaffneter Arm« des internationalen neonazistischen Netzwerkes *Blood & Honour*. Der deutsche Ableger von C18 wurde vom Bundesinnenministerium erst am 23. Januar 2020 verboten. *Blood & Honour* wurde in Deutschland bereits im Jahr 2000 verboten.

4 Die *Atomwaffen Division* ist eine terroristische Struktur, die Mitte des letzten Jahrzehnts im neonazistischen Internetforum *Iron March* entstand und von den USA aus weltweite Ableger bildete (vgl. Thorwarth 2019).

4. Rechtsextreme Immobilien und Treffpunkte

Die wichtigste rechtsextreme Immobilie in Eisenach ist das bereits erwähnte sogenannte »Flieder Volkshaus« (vgl. MOBIT 2018a, 2018b: 16), das 2014 für 120.000 Euro erworben und zur NPD-Landeszentrale erklärt wurde und wo seitdem u.a. die NPD-Landesparteiitage stattfinden. Es ist »ein wichtiger Stützpunkt der Neonazis nicht nur in der Stadt, sondern in der gesamten Region« (Haak 2019), der »überregional als Anlaufpunkt für die Szene Bedeutung« besitzt (MOBIT 2020). Das Objekt ist vor allem als Veranstaltungsort für rechtsextreme Musikveranstaltungen relevant und daher ein beliebter Anlaufpunkt für Neonazis. Im Zeitraum 2014 bis 2017 war die NPD-Landeszentrale auf Platz 3 der Veranstaltungsorte mit den meisten Rechtsrock-Konzerten in Thüringen (Best et al. 2018: 50), nach dem Gasthaus »Goldener Löwe« (Kloster Veßra, Landkreis Hildburghausen) und der »Erlebnisscheune«/»Erfurter Kreuz« (Kirchheim im äußersten Norden des Ilmkreises). Rechtsrock-Konzerte werden häufig als politische Versammlungen angemeldet, um sie unter Ausnutzung des Versammlungsrechts stattfinden zu lassen. Der Umstand, dass das »Flieder Volkshaus« in privater Hand der NPD ist und diese somit das Hausrecht innehat, schränkt den rechtlichen Spielraum zur Verhinderung der Konzerte durch Ordnungs- bzw. Versammlungsbehörde und Polizei zusätzlich ein. Im Juli 2019 wurde versucht, ein Konzert als »private Party« zu deklarieren, vermutlich, um staatliche Kontrollen der Teilnehmenden und der dargebotenen Inhalte abzuwenden – die Veranstaltung wurde dennoch von der Polizei aufgelöst. Ende November 2020 wurde öffentlich bekannt, dass die Polizei die Kosten für diesen Einsatz dem verantwortlichen NPD-Funktionär Sebastian Schmidtke (Bundesorganisationsleiter der NPD) in Rechnung gestellt hat: ein Präzedenzfall des behördlichen Vorgehens, gegen den die NPD sich juristisch zu wehren versucht (Hemmerling/Kendzia 2020).

Neben den Musikveranstaltungen haben rechtsextreme Kampfsportaktivitäten im »Flieder Volkshaus« den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Beispielsweise fand im Oktober 2018 das Jahresabschlusstreffen der Organisatoren des *Kampf der Nibelungen* (KDN) statt (vgl. MOBIT 2019a). Dementsprechend ist es »alles andere als ein Zufall, dass die rechtsextreme Kampfsportgruppe Knockout-51 seit Anfang 2019 in diesem Haus trainiere, sagt [ein Betroffener rechtsextremer Gewalt, Anm. der Autoren]. Gleichzeitig sei die Immobilie aber immer wieder auch ein Anlaufpunkt für »Menschen aus der sogenannten bürgerlichen Mitte«, wenn dort Familienfeste oder Ähnliches stattfänden.« (Haak 2019)

Neben dem NPD-Haus gilt die online als »Erlebnisastronomie« beworbene Gaststätte »Bull's Eye« mit ihrem als rechtsextrem bekannten Betreiber als wichtiger Treffpunkt der lokalen Neonazi-Szene – und die nähere Umgebung folglich

als eine Art Angstraum⁵ für »linke« bzw. nichtrechte Eisenacher:innen, die dem Feindbild von Rechtsextremen entsprechen. Im November 2020 machte die Festnahme einer 25-jährigen Leipzigerin aus der linken Szene Schlagzeilen. Sie wurde verdächtigt, im Zusammenhang mit dem Angriff auf das »Bull's Eye« und dessen Betreiber als »Rädelsführerin« agiert zu haben (TAZ 2020). Am 11. Januar 2021 kam es zu einem erneuten Anschlag auf die Lokalität, bei dem ein Fenster eingeschlagen, ein Sprengsatz gezündet und die Fassade mit dem Schriftzug »Fight Nazis every day« beschmiert wurde. Die mutmaßlichen Täter:innen veröffentlichten im Internet Videoaufnahmen von der Tat sowie ein Bekennungsschreiben (Maxwill 2021).

Neben dem »Bull's Eye« gibt es weitere Kneipen bzw. Gaststätten in der Stadt, die als Treffpunkte von radikal und extrem rechten Personen und Gruppen genutzt werden. Sie werden nicht von Szene-Angehörigen betrieben, gelten aber als »rechtsoffen«. Lokale Beobachter:innen berichten, dass Rechtsextreme aus der ganzen Region Westthüringen regelmäßig die Eisenacher Lokalitäten frequentieren und entsprechende Kontakte zwischen Rechtsextremen aus der Wartburgstadt und dem Umland bestehen. Die NPD-Parteizentrale sowie die als Treffpunkte einschlägigen Kneipen sind damit Kristallisationskerne, die für die Persistenz der Szene unverzichtbar sind.⁶

5. Paradoxe Normalisierung und die demokratische Zivilgesellschaft

Wieschke hat durch sein »Lokalkolorit« nicht nur Freiräume für rechtsextreme Aktivitäten schaffen können, sondern zu einer Normalisierung des Rechtsextremismus in Eisenach beigetragen. Beobachter:innen beschreiben dies als Strategie der »Verbürgerlichung«. Unsere Interviewpartner:innen berichten, dass Wieschke zumindest zeitweise dafür gesorgt habe, dass seine Gefolgsleute sich mit Gewalthandeln und negativ auffälligem Verhalten in der Öffentlichkeit »zurückhielten«; er sei sehr auf eine möglichst seriöse Außendarstellung bedacht gewesen. Und so habe sich der Rechtsextremismus in der Stadtgesellschaft verankern können: Der menschenverachtende Charakter von Ideologie und Politik sei bewusst verschleiert und für einen distanzierenden Teil der Bevölkerung kaum erkennbar geworden, da die kritische Bewertung eine aktive Beschäftigung damit erfordert – oder eine unmittelbare Betroffenheit bzw. Viktimisierung, wie sie z.B. »linke« Jugendliche und Menschen mit Migrationsgeschichte erfahren mussten. Ambivalent ist die zumindest partielle Normalisierung, weil bei den demokratischen

5 Zu solchen Angsträumen vgl. Bürk (2012) und Karlson/Grün (2013).

6 Zur Bedeutung und Funktionen neonazistischer Szene-Kneipen vgl. Müller/Winkler (2013: 117).

Akteur:innen und vielen Bürger:innen in der Stadt großes Problembewusstsein herrscht, diesem aber z.T. große Ignoranz, Indifferenz oder Resignation gegenübersteht: Die Gegenwart und die Aktivitäten der NPD werden mitunter als legitimer Bestandteil des »freien Meinungsspektrums« hingenommen.

Wieschke und die NPD sind eine Provokation für Demokrat:innen. Über die Jahre ist allerdings ein Gewöhnungseffekt eingetreten – zum Teil auch Resignation. Letztlich erscheinen einigen die rechtsextremen Strukturen und Aktivitäten offenbar als ein Ärgernis, das kaum zu ändern ist und nur von relevanten Dingen und dem kommunalpolitischen »Tagesgeschäft« ablenkt, wenn man ihm zu viel Aufmerksamkeit schenkt und damit den Rechtsextremen womöglich unbeabsichtigt noch einen Gefallen tut. Die Beharrlichkeit rechtsextremer Akteur:innen und die Kontinuität rechtsextremer Strukturen verstärken den Eindruck, dass Widerstand dagegen nur begrenzt sinnvoll bzw. zweckdienlich sei, sondern im Gegenteil auch kontraintendierte, verstärkende Effekte zeitigen könne. So würden unter Umständen nur die Reaktanz, Provokationslust und Attraktivität einer extrem rechten Positionierung und Selbststilisierung als »Systemopposition« und »Gegenkultur« genährt. Daraus ließe sich dann der verhängnisvolle Irrtum schlussfolgern, dass man sogar Intoleranz ein Stück weit erdulden müsse. In Eisenach scheint sich der Gewöhnungseffekt also bei vielen Einwohner:innen in der Fiktion der Angemessenheit von weitgehender *Passivität* niedergeschlagen und ein fatales Signal für ein »Weiter so« an die Rechtsextremen gesendet zu haben.

6. Reaktion und Konfrontation: Antifaschistischer Protest als »Ruhestörung«

Trotz alledem wird zivilgesellschaftliches demokratisches Engagement gegen Rechtsextremismus in Eisenach u.a. von Bürger:inneninitiativen, Vereinen, Kirchgemeinden, Gewerkschaften, Kulturinstitutionen und zahlreichen Einzelpersonen geleistet, auch durch die Kooperation innerhalb der »Partnerschaft für Demokratie«, in die Ämter und Behörden eingebunden sind. Vor allem im Kontext von Wahlen und in Kooperation mit Schulen gab es in der Vergangenheit vielfältige Aktionen. Allerdings beschreiben es Aktivist:innen als beschwerlich, größere Bevölkerungskreise zu mobilisieren bzw. eine höhere Bereitschaft in der Stadtbevölkerung zu wecken, aktiv an Initiativen gegen den Rechtsextremismus mitzuwirken. So gibt es einerseits das Vertrauen darauf, dass sich andere, die Engagierten und Aktivist:innen, um das Problem kümmern. Andererseits berichteten unsere Interviewpartner:innen, dass die Kooperationsbereitschaft politischer Akteur:innen trotz eines »Minimalkonsenses« begrenzt sei, weil parteipolitische Differenzen z.T. das gemeinsame Anliegen der Demokrat:innen in

den Hintergrund treten ließen. Bisweilen, beobachten lokale Engagierte, würden jedoch klare politische Positionierungen gegen Rechtsextremismus konterkariert – in der Konsequenz bestünde somit die Gefahr, dass sich die Demokrat:innen gegenseitig ausspielen ließen und von der NPD vorgeführt würden. Die Grenzen seien längst verschwommen, in kommunalpolitischen Angelegenheiten müsse man ja auch mit der NPD reden. Eine erfolgreiche politische Strategie gegen Rechtsextremismus bedinge aber die konsequente Befolgung eines generellen Kooperationsverbotes und Abstandsgebotes, die rechtsextreme Geländegewinne verhindere und eine hohe Signalwirkung besitze. Insofern die Außenperspektive – auf die Faktenlage einzelner berichteter Abstimmungsergebnisse – hier ein Urteil erlaubt, scheint durchaus Verbesserungsbedarf zu bestehen.

In den letzten Jahren sahen sich gerade prononciert antifaschistische Akteur:innen immer wieder dem Vorwurf der Unruhestiftung bzw. Nestbeschmutzung ausgesetzt, wenn sie z.B. öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführten. Sie fühlten sich kriminalisiert, was wiederum mit behördlichem Agieren zusammenhing, etwa dann, wenn am Rande friedlicher antifaschistischer Kundgebungen durch die Polizei anlasslose Personenkontrollen der Teilnehmenden durchgeführt wurden. Bei einigen besteht die Überzeugung, dass das bisherige zivilgesellschaftliche Engagement eben nicht ausgereicht habe, den Rechtsextremismus zu bekämpfen: »Bürgerliche« Protestformen hätten – nach Jahrzehnten – im Endeffekt nicht viel bewirkt.

Am 16. März 2019 fand in Eisenach die Antifa-Demonstration »Die Wartburgstadt ins Wanken bringen« statt. Zur Demonstration waren schätzungsweise 800 bis 1.000 Teilnehmende aus dem gesamten Bundesgebiet angereist, die regionale und überregionale Medienberichterstattung war beträchtlich. Exemplarisch zeigte sich hier, wie antifaschistisches Engagement in Eisenach an seine Grenzen stößt, wenn es zwar gewaltlos, aber *konfrontativ* auftritt. Der im typischen Szeneduktus gewählte, »kämpferisch« wirkende Veranstaltungstitel trug bereits im Vorfeld zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung bei, denn die Kritik an den Verhältnissen vor Ort prallte weitestgehend ab. Die von den Antifa-Aktivist:innen ostentativ artikulierte »Störung« gesellschaftlicher Normalität und »Unruhestiftung« wurde von nicht wenigen Einwohner:innen Eisenachs zuvorderst als Bedrohung für die innere Sicherheit wahrgenommen. Der Vorwurf der Bagatellisierung des Rechtsextremismus, der Kritikabwehr und des reflexhaften Framings antifaschistischen Protests als Imageschaden für die Stadt kollidierte mit der Deutung antifaschistischen Protests als »linksextremistischer Krawalltourismus«, der Furcht vor Konfrontationsgewalt angesichts der mitdemonstrierenden Autonomen und dem Unverständnis dafür, Eisenachs Rechtsextremismusproblem wohl als größer darzustellen, als es womöglich sei. Stimmen aus der Zivilgesellschaft sahen eine sich zuspitzende »Diffamierung der Demonstrierenden durch verschiedene politische und gesellschaftliche Akteur:innen« (MOBIT 2019b).

»Ich kann verstehen, dass es am Motto der Demonstration Kritik gibt. Aber wenn für Betroffene in Selbstorganisation eine Demonstration auf die Beine gestellt wird, um sich endlich Gehör zu verschaffen, dann entspricht die öffentliche Verurteilung als »Störenfriede« einer klassischen Täter-Opfer-Umkehr« (MOBIT 2019b).

In der Medienberichterstattung, in Teilen der Stadtpolitik und im Eisenacher »Stadtgeflüster« (bzw. entsprechenden, z.T. gleichnamigen Facebook-Gruppen) wurde allerdings ein Schreckensszenario für das sonst so »friedliche« Eisenach entworfen – ohne auf die eigentlichen Gründe für das Demonstrationsgeschehen ausführlich einzugehen oder sich tiefer mit ihnen auseinanderzusetzen. Große Teile der Innenstadt wirkten am 16. März 2019 fast wie ausgestorben: Die Eisenacher:innen hatten sich zurückgezogen, man war auf das Schlimmste gefasst und danach froh, ohne Schäden davongekommen zu sein: dank der Polizei, wie viele vermuteten. Neonazis traten am Rande der Demonstration auffällig selbstbewusst in Erscheinung und versuchten, zu provozieren. Wieschke kommentierte den Tag später ironisch in einem Facebook-Beitrag: Er habe »nicht gewankt«.

7. Fazit und Ausblick

Eisenach ist (k)ein Sonderfall: Einerseits gibt es eine außergewöhnliche Kontinuität und ein bemerkenswert hohes Aktivitätsniveau des Rechtsextremismus unter spezifischen Kontextbedingungen im Sozialraum der Wartburgstadt. Andererseits begegnen uns in dieser Konkretion und Verdichtung viele allgemeine und strukturelle Probleme lokaler politischer Kultur(en), die auch in anderen Regionen Thüringens, Ostdeutschlands und Deutschlands existieren. Die Singularitäten von Personen, Gruppierungen, Ereignissen und sozialräumlichen Gemengelagen sind Mosaiksteine des großen Ganzen. Die Frage, inwieweit Eisenach ein besonderes Problem mit dem Rechtsextremismus hat, macht nur insofern Sinn, als man anerkennen muss, welche Bezüge zu und Interdependenzen mit den gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen bestehen, die mit den Schlagworten des Rechtsextremismus, der Bedrohung für die liberale und pluralistische Gesellschaft oder dem »Rechtsruck« verbunden werden.

Der partielle Erfolg rechtsextremer Normalisierungsstrategien im lokalen Kontext ist wesentlich in alltagspraktischen Routinen der Selbstverharmlosung und der Mimikry von »Bürgerlichkeit« begründet, während das »Stammpublicum« weiterhin mit entsprechenden inhaltlichen Angeboten adressiert wird, subkutan die alten Netzwerke fortbestehen, die subkulturellen Aktivitäten der Neonazi-Szene aufrechterhalten werden und Formen der antagonistischen Kooperation mit informell organisierten oder ungebundenen militanten Rechtsex-

tremen existieren. Das Fatale und Alarmierende dabei ist: Mittel- und langfristig kann die Eisenacher NPD als Blaupause für Rechtsextreme anderenorts dienen.

Das Paradox besteht darin, dass der Kritik an diesen Zuständen und der Skandalisierung ihrer Normalität in Eisenach nur begrenzter öffentlicher und diskursiver Raum zugebilligt wird, während rechtsextreme Landnahme ganz wesentlich über die Nutzung und Vereinnahmung des Sozialraumes erfolgt. Vor allem die Angemessenheit von Reaktionsmodi auf den Rechtsextremismus ist umstritten – der Konsens besteht zumindest auf dem Papier. Er funktioniert als Kooperationspraxis auf symbolischer Ebene und im Rahmen von Engagementformen, die durch Konstruktionen von »Bürgerlichkeit« oder politischer »Neutralität« eingegegelt und limitiert werden. Antifaschistischer Protest hingegen steht bei nicht wenigen Eisenacher:innen offenbar unter Verdacht, lediglich auf die Eskalation von Konfrontationsgewalt hinauszu laufen und Schreckensszenarien »linksextremistischer« Verwüstungen im sonst so beschaulichen Eisenach in die Tat umzusetzen.

Im Jahr 2020 haben Eisenacher Jugendliche und das *Eisenacher Bündnis gegen rechts* mit Unterstützung von *ezra*, der mobilen Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, den Aufbau eines »Alternativen Jugendzentrums« konzipiert und begonnen. Auch zu diesem Zweck wurde ein *Verein zur Förderung der Demokratie Eisenach e.V.* gegründet, mit dem Strukturen demokratischer Jugendarbeit vor Ort gestärkt werden können, um den rechtsextremen Angebotsformen entgegenzuwirken. Solche und ähnliche Initiativen sind, wenn sie auf Dauer wirken und entsprechend kommunale bzw. staatliche finanzielle Absicherung erfahren, Teil einer nachhaltigen Demokratieförderungsstrategie – und sie können auch symbolische Strahlkraft entfalten. Eisenach könnte sich auf diesem Wege schließlich auch von seinem Negativimage als Ort der Duldung rechtsextremer Zustände und Umtriebe, des Wegschauens und Herunterspielens befreien.

Literatur

AGST (2020): Antifaschistische Gruppen Südthüringen: Leon Ringl alias Antidemokrat – Fan der Terrorgruppe »Atomwaffendivision«. Outing zu seinen Strukturen »Nationaler Aufbau Eisenach« und »Knockout 51«, 27.01.2020, <https://agst.noblogs.org/post/2020/01/27/leon-ringl-alias-antidemokrat-fan-der-terrorgruppe-atomwaffendivisionouting-zu-seinen-strukturen-nationaler-aufbau-eisenach-und-knockout-51/> (aufgerufen am 28.01.2021).

Berg, Lynn/Üblacker, Jan (2020): »Rechtes Denken, rechte Räume? Eine Einführung zum Band«, in: Dies. (Hg.), Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratie-

- feindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld: transcript, S. 9-15.
- Best, Heinrich/Miehlke, Marius/Salheiser, Axel (2018): Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen: Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht 2018, Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex, https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/projektbericht_topografie_dez2018.pdf (aufgerufen am 28.01.2021).
- Best, Heinrich/Miehlke, Marius/Salheiser, Axel (2019): Topografie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Forschungsbericht 2019, Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex, http://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/PROJEKTBERICHT_TOPOGRAFIE_DEZ2019.pdf (aufgerufen am 28.01.2021).
- Borstel, Dierk (2019): »Fest verankert – Rechtsextremismus in der Stadt Anklam«, in: Wissen schafft Demokratie, Band 5. Schwerpunkt: Ländlicher Raum, S. 112-123, https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD5/Text_Borstel.pdf (aufgerufen am 28.01.2021).
- Brandstetter, Marc (2014): NPD-Klatsche in Thüringen: Das Wieschke-Desaster. Endstation Rechts, 14.09.2014, <https://www.endstation-rechts.de/news/npd-klatsche-in-thueringen-das-wieschke-desaster.html> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (2013): »Von ›national befreiten Zonen‹ und ›No-Go-Areas‹: Überlegungen zur Verräumlichung von Rassismus und Rechtsradikalismus«, in: Helmut Kellershohn/Jobst Paul (Hg.), Der Kampf um Räume: Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion, Münster: Unrast, S. 33-57.
- Endstation Rechts (2016): Ex-NPD-Landeschef Wieschke wegen Volksverhetzung zu Bewährungsstrafe verurteilt, 12.02.2016, <https://www.endstation-rechts.de/news/ex-mpd-landeschef-wieschke-wegen-volksverhetzung-zu-bewahrungsstrafe-verurteilt.html> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Grünert, Christian/Raabe, Jan (2013): Rechte Frei-Räume. Bedeutung, Strategie und Praxis rechter Raumeignung. In: Lotta 53/2013, S. 17ff., <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/53/rechte-frei-r-ume> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Haak, Sebastian (2019): Widerspruch und Wirklichkeit in Eisenach. Die Neonazi-Szene hat trotz der rot-rot-grünen Landesregierung Oberwasser bekommen. Neues Deutschland online, 21.10.19, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1127469.neonazi-szene-widerspruch-und-wirklichkeit-in-eisenach.html> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Heitmeyer, Wilhelm (2020): »Kampf um Räume: Ein Geleitwort zum Band«, in: Lynn Berg/Jan Üblacker (Hg.), Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratie-

- feindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld: transcript, S. 7-8.
- Hemmerling, Axel/Kendzia, Ludwig (2020): Polizei bittet Neonazi zur Kasse: NPD-Funktionär soll Einsatz in Eisenach bezahlen, MDR online, 29.11.2020, <https://www.mdr.de/thueringen/west-thueringen/eisenach/neonazis-konzert-polizei-rechnung-100.html> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Jüdische Allgemeine (2020): Neonazi-Gruppe »Combat 18« verboten, Jüdische Allgemeine online, 23.01.2020, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/neonazi-gruppe-combat-18-verboden/> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Karlson, Frieder/Grün, Verena (2013): »Freiraum« – auch für Nazis? Auswirkungen neonazistischer Raumnahme«, in: Lotta 53/2013, S. 10-13, <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/53/freiraum-auch-f-r-nazis> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Kellershohn, Helmut/Paul, Jobst (2013): »Einleitung«, in: Dies. (Hg.), Der Kampf um Räume: Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion, Münster: Unrast, S. 5-14.
- Maxwill, Peter (2021): Anschlag auf rechten Szenetreff in Thüringen: Sprengsatz am »Bull's Eye«. Spiegel Online, 14.01.2021, <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/eisenach-anschlag-auf-rechten-szenetreff-politiker-fordern-aufklaerung-a-9c3c1048-10e4-47c4-b3be-d71eedf1f852> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Meisner, Matthias (2015): Gegen Oberbürgermeisterin der Linke: Allianz von NPD und CDU in Eisenach, Tagesspiegel online, 16.06.2015, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gegen-oberbuergermeisterin-der-linke-allianz-von-npd-und-cdu-in-eisenach/11921958.html> (aufgerufen am 28.01.2021).
- MOBIT (2002): Im Westen nichts Neues? Rechtsextremistische Strukturen in Westthüringen, MOBIT – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V., https://mobit.org/Material/2002_MOBIT_%27im-westen-nichts-neues%27.pdf (aufgerufen am 28.01.2021).
- (2018a): Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen, Erfurt: Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, <https://mobit.org/Material/Mobit-HeftRechtsRock18-G-web.pdf> (aufgerufen am 28.01.2021).
- (2018b): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen, Erfurt: Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20Häusern%20sehen_2018.pdf (aufgerufen am 28.01.2021).
- (2019a): Im Kampf für die »völkische Wiedergeburt«. Extrem rechte Kampfsportstrukturen in Thüringen, Erfurt: Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, <https://mobit.org/im-kampf-fuer-die-voelkische-wiedergeburt-extrem-rechte-kampfsportstrukturen-in-thueringen/> (aufgerufen am 28.01.2021).

- (2019b): Demonstration gegen rechte Gewalt in Eisenach: Opferberatung ist im Vorfeld entsetzt über Täter-Opfer-Umkehr in der öffentlichen Auseinandersetzung, Erfurt: Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, <https://mobit.org/presseerklaerung/eisenach-demonstration-gegen-rechte-gewalt/> (aufgerufen am 28.01.2021).
- (2020): MOBIT-Jahresrückblick 2019, Erfurt: Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, <https://mobit.org/mobit-jahres-rueckblick-2019/> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Müller, Yves/Winkler, Benjamin (2013): »Neonazistische Raumergreifungsstrategien und antifaschistische Gegenstrategien im urbanen Raum«, in: Helmut Kellershohn/Jobst Paul (Hg.), *Der Kampf um Räume: Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion*, Münster: Unrast, S. 112-131.
- NSU-Watch (2013): Protokoll 59. Verhandlungstag – 21. November 2013, <https://www.nsu-watch.info/2013/11/protokoll-59-verhandlungstag-21-november-2013/> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Quent, Matthias (2015): »Systematisierte Situations- und Ressourcenanalysen« – Bericht und Empfehlung. Im Auftrag des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Denk Bunt), Jena: Friedrich-Schiller-Universität.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2016): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*, Wiesbaden: Springer VS.
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2021): »Demokratie auf dem Rückzug? Die Ursachen der Wahlerfolge der AfD in Thüringen und zur Bundestagswahl 2017«, in: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband (Hg.), *Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung*, Wiesbaden: Springer VS, im Erscheinen.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2013) (Hg.): *Blut und Ehre: Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland*, Berlin: Ch. Links.
- Salheiser, Axel (2021): *Rechtsextremismus in Eisenach. Kritische Bestandsaufnahme und Analyse. Forschungsbericht*, Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Schellenberg, Britta (2014): *Mügeln: Die Entwicklung rassistischer Hegemonien und die Ausbreitung der Neonazis*, Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, https://www.boell.de/sites/default/files/muegeln_download.pdf (aufgerufen am 28.01.2021).
- TAZ (2020): Nach Angriff auf Rechtsextreme: Autonome in Leipzig festgenommen, TAZ online, 06.11.2020, <https://taz.de/Nach-Angriff-auf-Rechtsextreme/!5726701/> (aufgerufen am 28.01.2021).
- Thorwarth, Katja (2019): Die Atomwaffen Division – Ein IS für deutsche Nazis?, Frankfurter Rundschau, 21.12.2019, <https://www.fr.de/politik/atomwaffen-division-deutsche-nazis-13359796.html> (aufgerufen am 28.01.2021).

Wagner, Bernd (1998): Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Bundesländern, Berlin: Zentrum Demokratische Kultur.

Zlotowicz, Jensen (2018): Eisenach: Linke sieht in Aktion »Morddrohung«, Thüringer Allgemeine online, 15.10.2018, <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/land-und-leute/eisenach-linke-sieht-in-aktion-morddrohung-id224731903.html> (aufgerufen am 28.01.2021).

»Eigensinn« zwischen völkischem Nationalismus und solidarischem Gemeinwesen

Alltag junger Menschen außerhalb urbaner Zentren in Ostdeutschland

Kai Dietrich und Nils Schuhmacher

1. Einleitung

Die rassistischen, völkisch-nationalistischen und neonazistischen Mobilisierungen der vergangenen Jahre sind gerahmt von diskursiven Angriffen auf Demokratie und Diversität. Ihre konkreten Ausmaße, Dynamiken, Themen und Effekte sind jedoch nur zu verstehen, wenn zugleich lokale Kräfteverhältnisse und Kräfteverschiebungen in den Blick genommen werden. Die Mobilisierungen, von denen hier die Rede ist, sind jedenfalls nicht einfach spontane Reaktionen auf Ereignisse oder ideologische Angebote, sondern stützen sich auf etablierte organisierte und informelle Netzwerke und sozialklimatische Bedingungen, die konkret beschrieben werden können. Die alltagskulturelle Präsenz solcher Netzwerke, ihr Einfluss auf lokalräumliche Identifikationen und Narrative sowie ›herrschende‹ Stimmungen schaffen spezifische, mitunter auch widersprüchliche Mischungen aus autoritären und zugleich hoch individualisierten Orientierungen. Hiervon ausgehend entstehen auf der Ebene des jeweiligen Gemeinwesens Praktiken innerer Solidarisierung und alltäglicher Ab- und Ausgrenzung, die auch die Lebenswelten und Sozialisationsprozesse von jungen Menschen berühren (vgl. Schenke u.a. 2018; Albert u.a. 2019: 79f.; Calmbach u.a. 2020: 46, 50ff.; mit Bezug auf lokalräumliche Dynamiken Bibouche/Held 2011; allgemein auch Keil 2015a). Insbesondere dürfte dies dort der Fall sein, wo zivilgesellschaftliche Gegenpositionen *besonders schwach* entwickelt sind und *besonders stark* unter Legitimationsdruck stehen, was den kleinstädtischen und ruralen Raum Ostdeutschlands ins Zentrum der Betrachtung rückt (etwa Bürk 2012; Quent/Schulz 2015).

Dies ist die Ausgangslage der MUT-Projektreihe in Sachsen seit 2008. Die Projekte zielen auf die konkrete Weiterentwicklung und Unterstützung der Jugendarbeit vor Ort im Umgang mit rassistischen und anderen Ablehnungshaltungen bei Jugendlichen. Da Jugendarbeit immer Teil eines Gemeinwesens ist und oft als

(zivilgesellschaftliche) Akteurin über die eigenen Räume hinaus in Erscheinung tritt, sind die konkreten, lokalen Herausforderungen vor dem Hintergrund aktueller politischer Dynamiken eine zentrale Thematik der Begleitprozesse. Diese basieren auf einem sonst nur selten umgesetzten triadischen Kooperations- und Kommunikationszusammenhang von *Fachpraxis* (Träger vor Ort), *Praxistheorie* (MUT-Team) und *Wissenschaft* (wissenschaftliche Begleitung).

Im Rahmen des von 2017 bis 2019 durchgeführten Projekts ›MUT-Interventionen‹ (AGJF 2018; Dietrich u. a. 2019) wurden unter anderem Interviews mit jungen Menschen aus kleinstädtischen und ländlichen Räumen geführt. Ziel war es, lokalräumliche Dynamiken nach dem Sommer 2015 zu erfassen und zugleich Einblick in die Alltagsgestaltung junger Menschen vor Ort zu erhalten. Eine zentrale Leitfrage war, inwieweit bestimmte öffentliche Orte als Arenen der Sozialisation Jugendlicher eingebunden sind in rassistische Mobilisierungen und Selbstverständlichkeiten. Davon ausgehend stellt sich die Frage, in welcher Weise Demokratiebildung zu gestalten ist, wenn sie die Geltungskraft dieser Selbstverständlichkeiten verringern will.

Ein erstes Ergebnis lautet, dass sich rassistische, autoritäre und ähnliche Positionierungen in verschiedenen alltäglichen Interaktionskontexten niederschlagen, individuell aber unterschiedliche Strategien des Umgangs damit existieren. Anhand der Interviews lässt sich nachzeichnen, wie Identifikationen mit den selbst angeeigneten Orten, dem Heimatort und der Region sowohl Anschlusspunkte an verschiedene Formen und Akteur:innen ›rechter Raumproduktion‹ schaffen als auch Abgrenzungen und Resilienzen ermöglichen. Letztere, dies ist ein zweiter Befund, können für sich genommen allerdings noch nicht als demokratische Positioniertheit verstanden werden. Unseren zentralen theoretischen und analytischen Bezugspunkt bildet hier die Figur einer ambivalenten Entpolitisierung jugendlichen Alltags vor Ort. Diese Entpolitisierung hat unterschiedliche Facetten und Ebenen. Es zeigt sich zum einen, dass Jugendliche ihre alltäglichen Lebenszusammenhänge kaum politisch fassen und damit auch rassistische Haltungen und Repräsentationen vielfach als normal erscheinen, zumal in migrationsgesellschaftlich wenig diversen Gemeinschaften. Zum anderen ergeben sich diese Bilder des Normalen aus spezifischen Kulturen der Konfliktarmut vor Ort. Rassistische oder ›rechte‹ Positionen werden in Interaktionen sichtbar, zugleich aber häufig durch Dethematisierung oder im Modus der ›Ansprache‹ seitens erwachsener ›Zuständiger‹ einer kritischen, demokratischen Aushandlung entzogen.

Um diesen Zusammenhang zu skizzieren, werden wir als Erstes in Abgrenzung von einem simplen Kontrastbild zwischen Stadt und Land die betrachteten Lokalräume als Räume fassen, in denen spezifische *Peripherisierungserfahrungen* und -bilder existieren (Kap. 2), die wiederum verknüpft sind mit rassistischen Dynamiken, neonazistischen und völkisch-nationalistischen Strukturen und politischen Interventionsszenarien im Lokalraum (Kap. 3). Zweitens werden wir

Befunde aus Interviews mit Jugendlichen vorstellen, welche ihren Alltag in diesen Räumen gestalten, sie sich auf unterschiedliche Art und Weise aneignen und hier spezifische Erfahrungen machen (Kap. 4). Ausgehend hiervon benennen wir abschließend (Kap. 5) Perspektiven, wie in den Angeboten der Jugendarbeit einer »rechten Raumnahme« entgegengewirkt werden kann.

2. Spezifität und Heterogenität ländlicher Räume nach der Transformationsperiode

Für ländliche Regionen in Ostdeutschland werden umfangreiche, strukturelle Änderungen im Zuge der Transformationsperiode nach 1989/90 beschrieben (Schmidt 2001; auch bpb 2021). Wichtig ist allerdings, den sogenannten ländlichen Raum in seiner konkreten Beschaffenheit zu fassen. Dabei zeigt sich in Sachsen in mehreren Regionen ein starker industrieller und infrastruktureller Rückbau bei gleichzeitigen Privatisierungen. So spielten Maschinenbau und dazugehörige Industrien, chemische Industrie und auch der Bergbau über wie unter Tage in der DDR eine erhebliche Rolle. Hinzu kommt, dass auch ländlich geprägte Gebiete vielfach durch große Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften geprägt waren. Charakteristisch für sie waren ein hoher Technisierungsgrad wie auch eine starke industrielle Spezialisierung der Tätigkeiten. Die Umwandlung der Betriebe in agroindustrielle Großkonzerne nach 1989/90 ging hier weniger mit einer Absenkung des technischen Niveaus als mit einer Freisetzung von Arbeiter:innen einher. Viele der später entstandenen Flächenlandkreise weisen daher Gebiete auf, in welchen in der Vergangenheit auf unterschiedliche Weise eine industrielle Nutzung und industriell geprägtes Arbeitsleben stattfanden. Im Gegensatz zu klassischen peripheren, ländlich geprägten Räumen mit entsprechender infrastruktureller Typik und spezifischen kollektiven Selbstverständnissen kam es hier zu einem weitgehenden Rückbau. Dieser zeigt sich brennglasartig verdichtet in Kleinstädten, welche in ihrer Bedeutung und Größe abgesunken sind, zugleich aber bis heute als infrastrukturelle wie auch als soziokulturelle Cluster fungieren.

Am Beispiel des im MUT-Projekt untersuchten Erzgebirgskreises lässt sich exemplarisch aufzeigen, wie tiefgreifend die Veränderungen ausfallen. Bis 1990 waren beträchtliche Anteile der männlichen Erwerbstätigen im Bergbau, vor allem im Uranabbau, tätig. Mit der Einstellung des Steinkohlebergbaus im erzgebirgischen Becken ab den 1970er-Jahren wurden verstärkt Maschinenbau und andere Industrie in der Region angesiedelt, um Arbeitskräfte auch in diese Sektoren zu überführen. Infrastrukturell profitierte die Region mit ihrer relativ hohen Bevölkerungsdichte und einem dichten Netz an kleinstädtischen Unterzentren hiervon, indem bspw. der öffentliche Nahverkehr, die Versorgung des täglichen Bedarfs,

Einrichtungen der Soziokultur und Bildungsinfrastruktur eine von den Typiken des dünn besiedelten ländlichen Raums abweichenden Rahmen schufen. Hinzu kam eine Identifikation der Region über gut qualifizierte Facharbeiter:innen und den traditionellen Bergbau mit Schwerarbeit, bergmännischer Gemeinschaft und entsprechender Folklore.

Mit dem transformatorischen Wandel geriet dieser lebensweltliche Komplex aus industrieller Arbeitswelt, sozialer und kultureller Infrastruktur und einer spezifischen *Arbeit-Kultur-Identität* erheblich unter Druck. Es kam zu Entleerung und Niedergang, zugleich wurden vielfach mangelnde Wertschätzung und fehlende Repräsentation der eigenen Position und Identität außerhalb des lokalen Gemeinschaftsgefüges konstatiert. Im Gegensatz zu historisch ländlich geprägten Regionen werden hier der Rückbau und damit der erlebte regionale wie individuelle Status- und Kollektivverlust tiefgreifender erfahren und direkt mit den politischen Veränderungen seit 1989/90 in Verbindung gebracht. Dies verknüpft sich mit Gefühlen eines politischen Verlassenseins (Hillje 2018; Deppisch 2019) und Wahrnehmungen soziokultureller Entwertung (Mau 2019). Zumindest der Tendenz nach ist in diesen – eben nicht nur in ökonomischer Hinsicht – als »Abstiegsgesellschaft« erfahrenen sozialen Verhältnissen »der optimistische Blick auf eine bessere Zukunft verloren gegangen« (Nachtwey 2016, 230). Völkisch-nationalistische Akteur:innen können Repräsentationen von Gemeinschaft, die aus solchen Peripherisierungserfahrungen und lokalistischen Identifikationen (vgl. Bibouche/Held 2011) hervorgehen, weiter zuspitzen und in ihrem Sinne verfügbar machen. So erwächst »[a]us der Abstiegsgesellschaft [...] eine ernst zu nehmende politische Gefahr: dass regressive Modernisierung und postdemokratische Politik zu einer autoritären Strömung führen, die sich der liberalen Grundlagen unserer Gesellschaft entledigt« (ebd.: 231).

Politik wird damit auch als Äußerliches identifiziert und kritisiert, die bestehende politische Kultur gerät hingegen kaum bewusst in den Blick der Bevölkerung, die ihren Alltag vor Ort gestaltet. Dieser Mechanismus der Problembeschreibung, der zugleich ein Bild der gleichermaßen peripherisierten wie zu schützenden Gemeinschaft produziert, lässt sich auch in anderen sächsischen Regionen finden. So wird etwa die Lausitz als »eine in vielfacher Hinsicht verunsicherte Region mit einer fragilen Identität« (Haas 2020: 166) beschrieben. Von außen sieht man sich häufig als das »Ende von Deutschland« (ebd.: 165) markiert. Dem gegenübergestellt werden mit dem Bergbau verknüpfte Tradierungen und Selbstbilder, laut derer man »die DDR beleuchtet« (ebd.: 161) habe, mit anderen Worten keinesfalls peripher gewesen sei. Dieses Bild wird gegen scheinbar von außen kommende »Eingriffe«, aktuell etwa im Kontext von Protesten von Klimaschützer:innen, mobilisiert und damit aktualisiert.

Die unterschiedlichen lokalen Situationen führen zu regionsspezifischen Debatten, gesellschaftlichen Deutungen und Anforderungen an Politik und die Be-

völkerung vor Ort. Dies wird in politisches Handeln übersetzt und lässt sich in seiner Heterogenität in kleinräumigen Wahlanalysen wiederfinden (vgl. Belina 2019: 49). So zeigen sich einerseits flächendeckend hohe Zustimmungswerte zur AfD. Andererseits sind diese Werte lokal unterschiedlicher, als ein allgemeiner Blick auf sächsische Wahlergebnisse vermuten ließe. Das Verständnis des Aufschwungs »autoritär-nationalradikale[r]« Positionen führt damit über die Analyse der »orts[s]pezifischen Prozesse der Klassen- und Gruppenbildungsprozesse und der mit ihnen einhergehenden politische[n] Subjektivierung« (Belina 2019: 50). Es gilt, lokal differenziert hinzusehen und politische Dynamiken an ihrem konkreten Ort zu erfassen (vgl. Belina 2017: 99). Beispielhaft bietet Belina in seiner Analyse der sächsischen Wahlergebnisse folgenden Fragen an:

»Warum findet sich direkt westlich von Bautzen, in den Gemeinden des Verwaltungsverbands ›Am Klosterwasser‹, eines der niedrigsten AfD-Ergebnisse landesweit? Liegt das evtl. an der dortigen sorbischen Minderheit, die seit Jahrzehnten unter Attacken von Neonazis zu leiden hat?« [...] »Hängen die hohen AfD-Ergebnisse im Raum Görlitz damit zusammen, dass hier nach 1989 besonders viele Arbeitsplätze weggefallen sind?« [...] »Spielen die je spezifischen Konflikte um das bevorstehende bzw. vollzogene Ende des Braunkohleabbaus in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier eine Rolle?« (Belina 2019: 49)

In der Beantwortung dieser und weiterer Fragen stößt man auf besondere regionale Begründungsmuster und ein differenziertes, relationales Geflecht aus Erfahrungen, Deutungen, Erzählungen und lokalen Dynamiken. Deppisch (2019: 45) hat hierzu drei Diskursstränge herausgearbeitet, welche im Zusammenhang mit Erfahrungen und Repräsentationen der Peripherisierung eine Rolle spielen: »die Narrative des (1) infrastrukturellen, (2) wirtschaftlichen und (3) kulturellen ›Abgehängtseins‹«. Sie prägen den Alltag vor Ort mit, restrukturieren die bestehenden Repräsentationen wie auch Erfahrungsbestände und münden teilweise in Prozesse von Ablehnung, Ausgrenzung und Hinwendung zu völkisch-nationalistischen Akteur:innen. So zeigt sich auch in der Lausitz eine aus den Umbrüchen und aktuellen Debatten hervorgehende Liste an miteinander verschmolzenen Verantwortungszuweisungen bzw. Gefährdungen und eine veränderte, politische Deutungsmacht: »Die AfD geriert sich als Verteidigerin gegen die vermeintliche Invasion des Wolfes wie der Flüchtlinge und wettet gegen den Kohleausstieg sowie die dahinterstehende ›grüne Ideologie‹« (Haas 2020: 163).

Hier wird deutlich, dass *Abgehängtsein* und eigensinnige Besonderung zentrale Figuren für Identifikationen und Erzählungen und damit auch für politische Positionierungen in den beschriebenen Räumen bilden. Sie schlagen Brücken für rassistische und völkisch-nationalistische Akteur:innen wie auch für politische

Interventionen gegen demokratische Akteur:innen. Auf diese Raumnahmen wird im Folgenden eingegangen.

3. Ländliche Räume zwischen neuen Mobilisierungen und gemeinschaftlicher Beständigkeit

Sachsen verfügt über eine lange Tradition rechter Straßengewalt und neonazistischer Organisation. Eckpunkte sind u.a. die pogromartige rassistische Gewalt in Hoyerswerda 1991 und die Wahlerfolge der NPD zwischen 2004 und 2009. Die Gründung von PEGIDA 2014 markierte den Start für Mobilisierungen anderer Art. Unter der Chiffre der Zumutung werden neben Migration weitere gesellschaftliche Veränderungsprozesse thematisiert und diese Themen mit Narrativen eines ›Anti-Eliten-Widerstands‹ und ostdeutscher ›Widerstandserfahrung‹ verknüpft (vgl. Geiges u.a. 2015, 38f.; Leistner/Lux 2021), welche gleichzeitig an die oben ausgeführten Transformationserzählungen anknüpfen. Jenseits von PEGIDA trat ein gemischtes Milieu in den Mobilisierungen gegen die Unterbringung geflüchteter Menschen außerhalb urbaner Zentren v.a. ab 2015 an die Öffentlichkeit. Auf der Basis geteilter rassistischer Ressentiments und autoritärer Haltungen wurden bisher kaum politisch in Erscheinung getretene Bevölkerungsteile aktiv, etablierte neonazistische und völkisch-nationalistische Netzwerke fungierten vielerorts als strukturierende Akteure (Nattke 2017). Proteste und lokale Konflikte wurden nicht selten durch beipflichtende und formal ausgrenzende Politik und behördliches Handeln flankiert (vgl. Perthus/Belina 2017). Nicht zuletzt führten die Mobilisierungen auch zur Bildung neuer klandestiner Gewaltnetzwerke wie der ›Gruppe Freitak und der Gruppe ›Revolution Chemnitz¹ wie auch sogenannter Heimat- und Kulturvereine, getragen von neonazistischen und völkisch-nationalistischen Akteur:innen (vgl. Kulturbüro Sachsen 2019). Sie greifen Transformationserzählungen und lokale Identitäten auf, indem sie u.a. Volksfeste veranstalten, Kurse anbieten und dabei mundartliche Sprache und regionale Symboliken nutzen, womit sie anschlussfähig an den Alltag der Bevölkerung vor Ort sind. Die von Keil (2015b: 91) beschriebene nationalistische Vergemeinschaftung und das Eingehen des Nationengedankens in das Alltagsbewusstsein zeigen sich hier –

1 Einen neueren Rahmen bilden die Proteste gegen Beschränkungen im Kontext der Corona-Pandemie seit 2020. Hier sind lokale Mobilisierungen seit Herbst 2021 vor größere mit bundesweitem Charakter gerückt. Das vorgestellte Material lässt aufgrund des Erhebungszeitraums zu diesen Dynamiken keine näheren Schlüsse zu. Aktuell in der Erstellung befindliche Lokalraumanalysen aus Sachsen zeigen jedoch, dass sich Jugendliche in ambivalenter Weise auf diese Proteste beziehen.

geschichtlich nicht ganz neu – in Form eines identitären Rückzugs *in die Region*, wo sie einen kleinformatigeren kollektiven, politischen Rückzugsort produzieren.

Widerspruch gegen diese Entwicklungen hat mit zwei Problemen zu kämpfen. Zum einen ist er vielerorts zu schwach, um sich gegenüber einer Vielzahl anderslautender Positionen (von ›sehr richtig‹ bis ›nicht so schlimm‹) zu behaupten. Zum anderen wird er als störend empfunden, das heißt faktisch: als ›linksextremistisch‹ etikettiert (vgl. Bergmann 2018; AGJF 2021). Dabei trat und tritt insbesondere die AfD als anstoßende Instanz von »Moralpaniken« (Hall et al. 1978; zu Sachsen Perthus/Belina 2017) in Erscheinung. Entsprechende Vorstöße werden mitunter aber auch von konservativen Parteien und Behörden mitgetragen oder initiiert (vgl. AGJF 2021). Solche Interventionen, die sich etwa gegen Jugendeinrichtungen, Jugendgruppen oder Bands richten, können oft nur zurückgewiesen werden, wenn es gelingt, überlokale (mediale) Öffentlichkeiten zu mobilisieren, die wiederum als Eingriff *von außen* erlebt werden. Es lässt sich daher von einem Rahmen sprechen, innerhalb dessen sich politische Mobilisierungen und Veränderungen an der kulturellen und sozialen Basis wechselseitig verstärken können und scheinbare politische Selbstverständlichkeiten teilweise gar nicht mehr durch Mobilisierungen durchgesetzt werden müssen. Damit erfolgt letztlich eine Dethematisierung des Politischen bzw. konkreter politischer Konflikte um gesellschaftliche Deutungen, Machtgefüge, Diskriminierung und Marginalisierung.

Dieser Verstärkerkreislauf aus Dethematisierung und Normalisierung betrifft auch Jugendliche. Bezogen auf unsere Thematik spielen in den fokussierten Räumen für die Alltagsgestaltung und politische Haltungsverwicklung bei ihnen vier Aspekte eine wichtige Rolle. Auch für sie besteht (1) ein erhöhter Konformitätsdruck aufgrund der kleinräumigeren Interaktionen und der homogeneren Identifikationsnarrative und Repräsentationsbestände zum Ort. Hinzu kommt, dass (2) im Gegensatz zu urbanen Räumen deutlich weniger demokratische Alternativ- und Gegenangebote vorhanden und erreichbar sind. Dies umfasst jugend- und soziokulturelle Infrastruktur im engeren wie auch zivilgesellschaftliche Angebote im breiteren Sinn. Aufgrund der vielfach geteilten und damit konformen Haltungen der Mehrheitsbevölkerung findet (3) alltäglich eine Integration oder auch Re-Aktualisierung reaktionärer Positionen und Akteur:innen statt. Sie genießen hier als Bekannte, Nachbar:innen und Vereinsaktive Anerkennung und gestalten das Gemeinwesen auch unterhalb der politischen Aufmerksamkeit aktiv mit. Hierzu trägt außerdem (4) ein niedriger Veränderungsgrad vor Ort bei. Häufig wird in den Räumen bewusst auf Beständigkeit gesetzt. Dynamik und steile Veränderungen – damit auch Unsicherheit, Unübersichtlichkeit, Hilflosigkeit und potentieller Statusverlust – werden als Probleme gesehen, die die Städte betreffen oder überwiegend von Akteur:innen ausgelöst werden, die ›weit weg‹ sind oder von ›weit weg‹ stammen. In diesen Verhältnissen wachsen junge Menschen

auf, entwickeln ihre Identität und bilden politische Deutungen und Haltungen aus. Hierauf nimmt das folgende Kapitel Bezug.

4. Eindrücke aus dem Alltag junger Menschen im ruralen Raum

Im Rahmen des Projekts ›MUT-Interventionen‹ wurden Fachkräfte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und angrenzender Arbeitsfelder mittels Beratungsprozessen bei der Entwicklung von Strategien der Demokratiebildung vor Ort begleitet. Ausgangspunkt war die Beobachtung der Mitarbeiter:innen, dass junge Menschen rassistische und andere Ablehnungshaltungen gegenüber der sozialen Wirklichkeit *vor Ort* hin entwickeln. Wiederkehrend wurde davon berichtet, dass die Adressat:innen heterogene Haltungen aufweisen. Teilweise verorteten sie sich demokratisch, oft artikulierten sie Ablehnungen und mitunter beides zugleich. Als ›politisch‹ (interessiert) verstanden sie sich häufig nicht. Einer direkten Auseinandersetzung über politische Orientierungen gingen sie meist aus dem Weg (MUT 2018; Dietrich u. a. 2019). Die zentralen Qualitäten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – Freiwilligkeit, Offenheit, Diversität und Subjektorientierung (vgl. Sturzenhecker 2013: 328; Scherr 2013: 297) – sind zugleich also Herausforderungen für die Art und Weise, wie Demokratiebildung in der Jugendarbeit stattfindet. Dies erfordert, Themen, Anliegen und Perspektiven der Adressat:innen aufzunehmen und sie so zu verhandeln, dass sie an deren Alltag anschlussfähig sind. Jugendliche Freizeitorte sind gerahmt von den politischen wie sozialen Dynamiken und Kulturen in den Lokalräumen, welche auf eben jene jugendlichen Alltagpraxen abstrahlen. Was die Subjekte wie sehen, ist im pädagogischen Setting allerdings keinesfalls immer klar und deutlich nachzuvollziehen. Aus diesem Grund führten Fachkräfte, methodisch begleitet, Interviews mit Nutzer:innen ihrer Einrichtungen. Dabei handelte es sich durchgehend um angestammte Besucher:innen ohne Migrationsbezüge, da zu diesem Zeitpunkt noch keine belastbaren Beziehungen zu Jugendlichen mit Fluchterfahrung bestanden. Ziel war es nicht zuvorderst, antidemokratische Einstellungen abzufragen und gewissermaßen zu katalogisieren, sondern jugendlichen Lebensweltlogiken auf die Spur zu kommen. Die Frage war, wie im lokalen Alltag jugendlicher Erfahrungs- und Repräsentationsfenster für autoritäre Deutungen und ausschließende Praxen geöffnet werden und wie sich Hinwendungen oder fehlende Distanz zu neonazistischen und völkisch-nationalistischen Strukturen ausbilden. In der Reflexion der Interviews in den Beratungsprozessen sollten Perspektiven für demokratiepädagogische Interventionen entwickelt werden. Es ging also darum, jene Haltungen und Positionierungen zu verstehen, die in den Kontexten der Jugendarbeit vor-

getragen werden, und Vorschläge zu entwickeln, wie Fachkräfte hierauf bezogene Prozesse der Demokratiebildung auslegen können.²

4.1 Dichte Räume – Wo jede:r jemanden kennt, die:der jemanden kennt

Was bedeutet es konkret, als junger Mensch seinen Alltag außerhalb der urbanen Zentren zu gestalten? Dies führt als Erstes zu der Frage nach der Dichte der Erfahrungsräume. Als »dicht« würde man zunächst wohl einen sozialen Raum bezeichnen, der mit Menschen, Angeboten, Gelegenheiten, Potentialen etc. angefüllt ist. Dies ist typischerweise der urbane Raum. Dieser ist allerdings auch ein Kontext, in dem man sich abgrenzen und in der Anonymität aufgehen kann, so dass eine vielfach flüchtige Form der Dichte entsteht. Genau das ist insbesondere im kleinstädtischen und ruralen Raum nicht möglich. Hier dominiert die Form der *intimen und kompakten Dichte* mitsamt typischen Normierungszwängen.

In den Interviews zeigt sich zunächst, dass die Gesprächspartner:innen ihre Lebensorte gerade aufgrund ihrer offenen, ländlichen Umgebung schätzen. Sie nutzen bestehende Frei- und Naturräume, welche sie sich selbst aneignen und von Erwachsenen unkontrolliert nutzen. Eine Befragte berichtet, sie sei gemeinsam mit dem Freundeskreis unterwegs und geht »recht viel am Steinbruch baden« (Lara, 18). Die bestehende Kleinräumigkeit führt zugleich aber auch dazu, dass man selten allein ist und im Grunde *nur* bekannten Menschen begegnet: »[I]rgendjemanden trifft man immer. Sei es jetzt jemand, den man kennt[,] oder die Nachbarn ...« (dies.). Diese Bekanntschaft untereinander führt dazu, dass Interaktionen in hohem Maße eingeübt sind, routinisiert verlaufen und leichtfallen. Gleichzeitig treffen die Ortsansässigen kaum auf Menschen, die sie nicht kennen und mit denen sie interagieren müssten. Die Linien des sozialen Kontakts sind also klar definiert – sowohl in Bezug auf den Umgang mit dem Bekannten als auch in Bezug auf die fehlende Notwendigkeit, sich mit dem Unbekannten auseinanderzusetzen.

Die Normierung dieser gewohnten Anordnungen und Begegnungsabläufe wird von den Jugendlichen selber festgestellt. Der übersichtliche Lokalraum ist »so ein Dorf, so nach dem Motto, jeder kennt jeden und es ist wirklich, sei es die Nachbarn, sei es Freunde. Sei es selbst die Oma [...] oder selbst die Eltern« (Lara, 18). Die Freizeiträume in der Natur sind in diesem Sinne besondere Orte, weil sie ein gewisses Maß an Milderung sozialer Kontrolle verheißen. Sie versprechen die Möglichkeit, »[s]eine Ruhe« (Jörn, 18) zu haben, während das Szenario permanenter Begegnungen »eigentlich ganz schlimm« (ders.) ist. So sind die alltäglichen

2 Die Interviews wurden im Zeitraum von August 2018 bis Juli 2019 geführt. In den drei begleiteten Teams wurden jeweils zwei bis drei Interviews mit ein bis drei Personen umgesetzt. Die Namen der interviewten Jugendlichen wurden pseudonymisiert.

Routinen einerseits entlastend, legen andererseits aber auch immer bewusste Ausstiege nahe, um der Enge temporär zu entkommen.

Neben selbst angeeigneten Orten suchen die Jugendlichen in der Freizeit Jugendclubs, vor allem aber auch kommerzielle Orte der Soziokultur auf, »[j]e nachdem, wo halt mal Party ist« (Jörn, 18). Die Angebotsdichte ist allerdings niedrig. Damit ist auch der Grad altersbezogener, geschmacksgeleiteter oder interessenabhängiger Differenzierung an den einzelnen Orten gering. Die Orte sind stark frequentiert (was eine hohe Kommunikationsdichte bedeutet) und altersmäßig gemischt: »Also man hat da wirklich ab sechzehn bis Ü30, Ü35, Ü40« (Jörn, 18). Somit ist davon auszugehen, dass hier soziale Kontrollfunktionen auf unterschiedlichen Ebenen wirksam werden, nicht allein, weil man sich potentiell kennt, sondern auch, weil hier das ältere Publikum in jeglicher Hinsicht regulierend und habituell anfordernd präsent werden kann. Damit stehen diese Räume potentiell auch für unbewusste Habitualisierungen und bewusste politische Indoktrination. Statt von einer soziokulturellen Leere des ländlichen Raums ist also eher von einer soziokulturellen Angebotsstruktur zu sprechen, die intergenerationell geprägt ist und einen engen Korridor angemessener Vielfalt und angemessen erscheinender Formen der Alltagsgestaltung produziert. Charakteristisch für die interviewten Jugendlichen ist die Tendenz, sich einzupassen, die Kriterien nicht auszuhandeln oder infrage zu stellen und stattdessen »kleine Fluchten« als Lösung zu suchen.

Wie alle, die sich jenseits dieser Kriterien bewegen, sie nicht anerkennen oder als Gruppierungen außerhalb der Norm markiert sind, bspw. geflüchtete Menschen, People of Color oder nicht der Heteronorm entsprechende Menschen vor Ort, erleben auch die Befragten, welche selbst als integriert gelten können, dass die hohe soziale Kontrolle schnell zu Ab- und Ausgrenzung sowie harter Sanktionierung führt. Dieser Mechanismus wird von den Jugendlichen allerdings nicht politisch interpretiert, sondern als alltägliche, »normale« Reaktion der lokalen Gemeinschaft auf das Ungewohnte gedeutet. Die eingangs angeführte Dichte dieser Räume lässt hier außerhalb von Settings, die auf Demokratiebildung abstellen, wenig Raum für ungewohnte Erfahrungen, Interaktionen, Deutungen und Sichtbarkeiten. Die Dichte wird damit auch zu einer Anforderung, Nähe anstatt Distanzierung im Gemeinwesen mitzugestalten.

4.2 »Unpolitischer« Alltag in der Jugendkultur

Selbstverständlich sind junge Menschen in ländlichen Räumen nicht allein über alltägliche Reproduktionstätigkeiten und die Nutzung von institutionellen Freizeit- und Kulturangeboten zu beschreiben. Sie finden sich auch in unterschiedlichen jugendkulturellen Bezügen wieder. Diese sind mitunter auf größere Städte im Nahbereich ausgerichtet, wie etwa bei Aktivitäten im Rahmen von Ultragruppen größerer Fußballvereine. Teilweise gehen sie auch einher mit spezifischen

Identifikationen mit ländlichen Mobilitätsanforderungen, wie bei Schrauber- und Tuningcliquen. Oder sie bilden ein Szeneflecht, welches sich zwischen Ober- und Mittelzentren sowie den soziokulturellen Zentren im ruralen Raum aufspannt, und diverse Subkulturen, z.B. jene der Oi-Punks und Skins, einschließt.

Jugendkulturelle Zugehörigkeiten sind mit Routinen und Begegnungen im gewohnten Umfeld verbunden. Gleichzeitig bieten sie die Möglichkeit, sich in internen Gruppen der sozialen Kontrolle Dritter zu entziehen und außerhalb lokal geltender Restriktionen unter Gleichgesinnten zu sein. Außerdem schaffen diese Zugehörigkeiten Anlässe, um regelmäßig aus den Wohnorten rauszukommen, sich zu engagieren und sich kreativen Aktivitäten zu widmen. So berichtet Emil, man müsse als Ultra häufiger außerhalb sein, da es auch unter der Woche Treffen zwischen den Spielen gäbe. Zwei Unterschiede zu anderen Interviews fallen in dieser Beschreibung ins Auge: Erstens wird eine starke männliche Überpräsenz mitsamt maskulinen Performances berichtet. Zweitens wird die hier ebenfalls anzutreffende altersmäßige Durchmischung anders als in Interviews, die sich auf den Lokalraum beziehen, als Ausgangspunkt für die Darstellung politischer Kontroversen gewählt. Einerseits heißt es mit Blick auf die Fanszene: »[D]a gibt's halt auch wirklich viele Leute, so auch schon mehr im höheren Alter, so dreißig bis fünfzig so, die halt wirklich irgendwelche Schwarzen auf dem Spielfeld beleidigen und was weiß ich was« (Emil, 17). Andererseits existieren in Form von wortführenden Personen aus dem Ultraspektrum Ältere, die sich gegen Rassismus positionieren und »mal 'ne Ansage« (ders.) machen, um solchen Artikulationen Grenzen zu setzen. Deutlich wird, dass innerhalb der Fanszene immer wieder politische Ereignisse stattfinden und auch prodemokratische Positionen eine Rolle spielen. Dies geschieht allerdings vor allem in standardisierter Weise. Ein Schutzraum zum Erfahren von demokratischen Konflikten und solidarischem Umgang mit Diversität jenseits der ländlichen Lebenswelt ist die Fanszene der Beschreibung nach nicht.

In weniger breit frequentierten Jugendkulturen müssen junge Menschen teilweise deutlicher selbst Stellung beziehen, entweder, um sich zu rechtfertigen, dass sie Teil jener Kultur sind, oder, weil sie freundschaftliche Kontakte in bestimmte Szenen pflegen. Alltäglich ist die Wahrnehmung, es komme zu kritischen Blicken und »Getuschel hier und Getuschel da« (Sascha, 19), woraufhin Druck entsteht, sich zu positionieren. Derlei Aushandlungen und Konformitätsanforderungen finden sich prinzipiell in allen jugendlichen *peer groups*. Allerdings resultieren aus den räumlichen Kontexten auch Unterschiede. Im großstädtischen Rahmen bestehen mehr Ausweich- und Anschlussmöglichkeiten, solchen Konflikten durch Cliquen-, Vereins- oder Ortswechsel den Rücken zu kehren oder sie in bestehenden geschützten Räumen zu thematisieren. In den von uns betrachteten Räumen können solche Strategien jedoch weniger einfach umgesetzt werden, da die gerin-

gere soziale Infrastruktur und die dichten sozialen Netzwerke es kaum erlauben, Distanz einzunehmen und durchzuhalten.

Wiederkehrend sind dabei enge Freundschaften ein relevantes Thema in den Interviews. Befragt nach politischen Konflikten berichtet ein Jugendlicher (Johann, 19) von einem Freund, welcher sich selbst als »Oi-Skin« beschreibt, also als Teil der Skinheadszene mit Überschneidungen auch zu linken und alternativen Jugendkulturen. In Bezug auf politische Haltungen ist der Freundeskreis gemischt und umfasst auch rechte Orientierungen – was auf die Mehrzahl der in den Interviews beschriebenen Freundeskreise zutrifft. Im Mikrosystem der Gruppe müssen damit durchgehend Abwägungen zwischen Position und Zugehörigkeit vorgenommen werden. Ausgrenzungen werden missbilligt, aber mit Blick auf die eigene Lage auch toleriert: »Hab' mir dann selber auch gesagt, ja, ich bin ja an sich gerne mit denen befreundet. Guckste mal, wie das läuft« (ders.). Im Sinne eines abgemilderten Konflikts lässt man sich auf den gemeinsamen Schein ein, »weil das haben sie zumindest vor mir dann echt gelassen« (ders.), wohl ahnend, dass hier eine machtvolle Fassade kreiert wird.

So finden sich letztlich zwei entpolitisierende Korridore. In einem Fall konstituiert sich im Zusammenspiel von Enge und Nähe ein Raum, in dem Konflikte außerhalb von bestehenden Interaktionsroutinen nicht offen austragbar erscheinen. Im anderen Fall wirkt auch eine entpolitierte Freizeit- bzw. Jugendkultur, in der sich der gesellschaftliche Rahmen im Kleinen spiegelt. In Teilen der Freizeitkultur wird zwar zu Diversität politisiert, diese entspricht aber nicht der wahrgenommenen ländlichen Lebenswirklichkeit. Das alltägliche, subjektiv heterogen gestaltete und gestaltbare Sein mit seinen Resilienzen und Verwerfungen wirkt in seinen Sozialbezügen in starkem Maße entpolitisiert. Es kann davon ausgegangen werden, dass kritische oder solidarische Positionierungen nur möglich werden, wenn sich lokale Verbündete finden, entweder weil sie ebenfalls emanzipative Haltungen teilen, weil die Themen des Alltags gemeinsam aufgegriffen werden oder im Zweifelsfall, weil man sich schon lange kennt und schätzt.

4.3 Orte des Konflikts

Wo dezidiert politische Themen im Alltag sichtbar und in den Interviews benannt werden, entspringen sie häufig den rassistischen Dynamiken der vergangenen Jahre. Auch bei den jugendlichen Interviewpartner:innen finden sich die bekannten Stereotype, nach denen geflüchtete Menschen vom Sozialstaat bevorzugt würden und sogar »eigene Gesetze« (Saskia, 20) bekämen, welche ihnen bei Vergehen Straffreiheit zusicherten. Sehr deutlich spiegeln sich in diesen Aussagen Fragmente aus gesellschaftlichen und medialen Debatten über die Abschiebverbote und Asylgesetze. Darüber hinaus werden, den Debatten um die Kölner Silvesternacht folgend, auch immer wieder Bilder von gefährlichen »fremden« Män-

nern vorgebracht. In diesem Zusammenhang werden wiederkehrend spezifische Orte benannt, welche im Gemeinwesen eine besondere Rolle spielen und als Chiffren für rassistische Repräsentationen fungieren. Diese Plätze sind damit auch (diskursive) Schauplätze politischer Kämpfe, an denen Marginalisierte bekämpft werden, und um die zugleich als räumliche Ressourcen und identifikatorische Fixpunkte gekämpft wird, sodass eine in Teilen bestehende völkisch-nationalistische Hegemonie in Sachsen (vgl. Perthus/Belina 2017: 257) eine fortlaufende Aktualisierung erfährt.

Den ersten Ortstyp bilden Sammelunterkünfte für Geflüchtete, gegen die ab 2015 zunehmend aggressiv mobilisiert wurde. Beteiligt waren hier auch junge Menschen, sei es als »Schaulustige«, als aktive Demogänger:innen oder als Gewalttäter:innen, Jugendliche, denen man im Alltag vor Ort im gewohnten Umfeld begegnet. Aber auch unabhängig von der Teilnahme an den rassistischen Mobilisierungen setzen sich bei vielen jungen Menschen die oben erwähnten Bilder fest. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass diese Orte und ihre direkte Umgebung gemieden werden. Die tatsächlichen Lebensorte von Geflüchteten als den »Anderen« vor Ort werden über stereotype Zuschreibungen als gefährliche Orte für die autochthone Bevölkerung als lokales »Wir«, vor allem für »unsere« Kinder, markiert. Ihr spezifisches Echo findet diese Markierung, wo Jugendliche davon berichten, dass sie aus Schutz vor Übergriffen dazu übergegangen sind, Abwehrspray mit sich zu führen.

Ein anderer Typus umkämpfter Räume sind Spielplätze. Auch hier wird berichtet, dass vor allem Eltern aktiv werden, diese Orte im Sinne ihrer Kinder zu verteidigen. Ablehnung, die früher Trinker:innen und Jugendlichen mit nicht anerkannten Alltagspraxen allgemein entgegenschlug, wird nun auf geflüchtete Menschen konzentriert, die solche Orte allein durch ihre Anwesenheit »besetzen«. Dort, wo also eigentlich auf Begegnung in zunehmender Diversität gesetzt werden könnte, wird ausgegrenzt, werden alleinige Ansprüche der Gemeinschaft geltend gemacht und den »Anderen« ihrerseits wird diese Geltendmachung vorgeworfen und verwehrt. Hier stellt sich auch die Frage, wie dieses Bild neben seinen rassistischen Aufladungen vor dem Hintergrund von Erzählungen zu Transformation und Abgehängtsein mit einem Bild verknappter Ressourcen in Verbindung steht. Dies kann auf (behauptete oder reale) Erfahrungen in der Transformationsphase bezogen sein, in der nicht nur Ressourcenknappheit erlebt wurde, sondern auch die Einübung machtvoller Praxen der individuellen und exklusiv-kollektiven Aneignung stattfand.

Schließlich werden als dritter Ortstyp auch lokale Transiträume als gefährliche und umkämpfte Orte markiert. So geht in einem Ort der Bahnhof, an welchem geflüchtete Menschen ankommen, als »Balkanroute« in den lokalen Jargon auch der Jugendlichen ein. Tatsächlich gehören diese Transiträume (zu denen etwa auch Marktplätze gehören) zu den wenigen Orten, an denen geflüchtete Menschen im öffentlichen Raum tatsächlich präsent sind. Deren Verweilen an diesen

Orten wird auch von den Jugendlichen teilweise damit begründet, dort könne man nun »Drogen« kaufen. Hier schließen die Beschreibungen an Repräsentationen an, welche diese Orte – häufig auch zentrale Umsteigeplätze des ÖPNV – seit jeher mit Herumlungern, Verschmutzung, Alkohol- und Rauschmittelkonsum in Verbindung bringen. Vorrangig Geflüchteten wird hier aktuell der Status der devianten ›Anderen‹ zugewiesen, entsprechende Praxen gleichzeitig als der lokalen Gemeinschaft äußerlich beschrieben. An den Orten entzündeten sich entsprechende Debatten um den ›offensichtlichen‹ Niedergang bzw. die sichtbare Bedrohung der gewohnten Ordnung im lokalen Gemeinwesen.

Während dies Problem- und Konfliktmarkierungen sind, die auf das Bild des von außen bedrohten Inneren verweisen, findet sich in einem weiteren Interview das Bild der von innen heraus infrage gestellten Selbstverständlichkeiten und Ordnungsroutinen. So wird das politische Agieren der Gleichaltrigen aus der Region nicht als demokratischer Konflikt, sondern als Störung im öffentlichen Alltag empfunden. Kleine Demonstrationen der örtlichen Fridays-for-Future-Gruppe werden für »Stau«, wenn am Feierabend »alle nach Hause wollen« (Saskia, 20), verantwortlich gemacht. In Bezug auf die Jugendlichen heißt es: »Ihr habt doch eh noch keinen Plan. Macht erst mal eure Schule fertig« (dies.). In der Ablehnung überlagern sich räumliche und sozialstrukturelle Aspekte, wird nicht nur der störungsfreie, öffentliche Raum reklamiert, sondern auch eine Grenze gegenüber dem bildungsbürgerlichen Habitus, den Werten und der öffentlichen Performance der Demonstrant:innen gezogen, die konträr zum lokalen Alltag und den eigenen Interessen zu stehen scheinen.³ Die Lösung möglicher Probleme wird »Experten« zugewiesen, »die sich dafür einsetzen« (dies.). Die Kehrseite dieses formalistischen Bildes von demokratischer Ausgestaltung ist, dass genau diesen Expert:innen an anderer Stelle die Bevorzugung von »Ausländern« vorgehalten wird.

5. Fazit: Lokaler Alltag junger Menschen als ambivalenter ›Raumproduzent‹

Unsere Ausführungen betrafen sowohl Aspekte jugendlicher Alltagsgestaltung und Positionierung als auch den lokalräumlichen Rahmen, innerhalb dessen diese Prozesse stattfinden. Entlang dieser zwei miteinander verbundenen Ebenen zeigen sich folgende Befunde:

3 Die konflikthafte Wahrnehmung der Bewegung »Ende Gelände« in der Lausitz ist ein ähnliches Beispiel. Auch hier wird versucht, sie als von außen kommendes Phänomen oder mindestens als Trägerin äußerlicher Interessen zu markieren. Diese Deutungen stehen am Ende einer Kette unterschiedlichster Erfahrungen der Lokalbevölkerung mit dem Bergbau.

Unter den Jugendlichen existiert eine gewisse Bandbreite an Positionierungen und lokalräumlichen Aneignungspraktiken. Jugendarbeit hat es also mit einer heterogenen Besucher:innenschaft zu tun, die sich kaum (mehr) entlang klarer politischer und jugendkultureller Konturen unterscheiden lässt. Im Vordergrund steht nicht explizite Demokratieablehnung, charakteristisch sind vielmehr formalistische Vorstellungen gesellschaftlicher und sozialer Ordnungsbildung. In diesem Sinne sprechen wir von einer ambivalenten Entpolitisierung. Sie kann sich mit antidemokratischen Repräsentationsmustern und Ablehnungshaltungen wie auch mit egalitären Grundhaltungen verknüpfen. Ihr gemeinsames Moment ist aber, dass deren Artikulation nicht angestrebt wird. So stehen die Jugendlichen den Mobilisierungen auf der Straße zum Teil wortwörtlich teilnahmslos gegenüber. Im Vordergrund steht das Bedürfnis, individuell »klarzukommen«, wozu vor allem die Vermeidung von Konflikten gehört. Gegenüber intendierten, rechten Raumnahmen tritt damit das Bild einer normalisierenden Gewöhnung an exklusive Vergemeinschaftung in den Vordergrund, in deren Rahmen vor allem Vorstellungen der umfassenden Veränderung und eines solidarischen Miteinanders als Störfaktor eigensinniger Lebensgestaltung gelten. Zugleich tritt vor das Deutungsbild der Peripherisierung das Bild der sozialen Verinselung.

Diese Haltung rückt die konkreten sozialräumlichen Bedingungen in den Blick. Die sozialen Räume sind auf unterschiedliche Weise durchwirkt von antidemokratischen Strukturen und Deutungen. Die Kraft dieser Deutungen basiert zum einen auf dem Umstand, dass Akteur:innen neonazistischer Szenen oder völkisch-nationalistischer Formierungen in vielen Räumen eine relative Größe und Präsenz besitzen und somit in der Lage sind, als Deutungsinstanzen aufzutreten, während Gegenakteur:innen schwach und marginalisiert sind. Zum anderen entsteht die Durchwirkung aus dem etablierten Modus von Problembearbeitungen. Eingebaute Konfliktarmut und Entpolitisierung in den lokalen Gemeinwesen sind hierfür ausschlaggebend. Hinzu kommt der strukturell rassistische Umgang mit geflüchteten Menschen oder der mitunter argwöhnische Umgang mit demokratisch positionierten Einrichtungen der Soziokultur und Jugendarbeit.

Die Hinweise auf Heterogenität, Politikdistanz und politische Prägungen machen deutlich, wie voraussetzungsvoll die Diskussion über die Gestaltung demokratischer – genauer: demokratiebildender – Jugendarbeit ist. Sie werden noch größer, wenn man zwei weitere Faktoren einbezieht: Zum einen sind auch Fachkräfte von den örtlichen Gegebenheiten geprägt. Auch sie erleben Gewöhnungs- und Anpassungseffekte oder teilen bestimmte Haltungen. Zum anderen bringt die Beschaffenheit der Lokalräume es oft mit sich, dass durch die Initiierung professioneller Jugendarbeit Kreisläufe negativer Etikettierung in Gang gesetzt werden. Jugendarbeit hat es hier also mit einer doppelten Herausforderung zu tun: der Arbeit mit den Adressat:innen und der Behauptung im Sozialraum.

Auf beiden Achsen ist es aussichtsreich, Jugendarbeit als »Konfliktprofession« (Schäuble 2018) zu verstehen. Wie sich im Projekt zeigte, machen die befragten Jugendlichen in den Jugendeinrichtungen als *andere Orte* umfassende Erfahrungen demokratischen Miteinanders. Diese stehen zum Teil in deutlichem Kontrast zu den Erfahrungen, die außerhalb dieser Settings gemacht werden. Allerdings werden diese (Kontrast-)Erfahrungen in den Interviews vielfach nicht benannt, sodass Einflüsse und Effekte der Angebote wenig sichtbar sind. Die Idee der Konfliktprofession enthält hier den Hinweis, innerhalb sozialpädagogischer Settings noch stärker Debatten und Auseinandersetzungen in Gang zu setzen, die eigenen Räume als Räume der Diversität, der Konfliktaustragung und Solidarität zu markieren. Dabei muss sie den Spagat bewältigen, einerseits von den Interessen der Jugendlichen auszugehen, andererseits als offener Raum für jene zur Verfügung zu stehen, die im Sozialraum marginalisiert werden. Sie kann über eine lebensweltorientierte Auslegung lokaler Raumpraxen (vgl. Herrmann 2019: 136), politische Aushandlungen demokratisch begleiten, in emanzipatorischer Absicht »zugleich den individuellen Eigensinn, die Kritikfähigkeit und das Bedürfnis nach sozialen Veränderungen« (Nittel et al. 2019: 106) fördern. Neben dieser auf den engeren Rahmen der Jugendarbeit bezogenen Praxis beinhaltet das Selbstverständnis als Konfliktprofession, diese Positionen im Sozialraum auch sichtbar zu machen und gegen Widerstände zu verteidigen. In diesem Sinne besitzt Jugendarbeit eben auch das Potenzial, formalistischen Demokratieverständnissen Ansätze gelebter Demokratie wortwörtlich vorzuleben. Es liegt auf der Hand, dass es hierzu mehr als nur guten Willen braucht, sondern Verbündete und Ressourcen.

Literatur

- AGJF Sachsen (Hg.) (2018): MUT-Interventionen. Zwischenbericht. Chemnitz.
- (Hg.) (2021): Jugendarbeit im Gegenwind. Chemnitz.
- Albert, Mathias et al. (2019): 18. Shell Jugendstudie. Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim/Basel: Beltz.
- Belina, Bernd (2017): Zur Geographie der Abstiegs-gesellschaft. Der Aufstieg der Rechten – Anmerkungen zu Oliver Nachtwey und Didier Eribon. In: PROKLA, 47 (1), 97-104.
- (2019): Wo autoritär-nationalradikale Positionen Wahlerfolge feiern – und warum das wichtig ist. In: AGJF Sachsen (Hg.): »Auch wenn alle anderen dagegen sind«. Potenziale von Jugendarbeit für Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit Rassismus. Chemnitz, 47-51.
- Bergmann, Michael (2018): Hardcore im Kriminalpräventiven Rat. In: Jungle World, 15.11.2018.

- Bibouche, Seddik/Held, Josef (2011): Rechtsextreme Dynamiken in der politischen Kultur. Zur sinnvollen Verbindung von quantitativen und qualitativen Methoden am Beispiel eines Forschungsprojekts. In: Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach Ts.: Wochenschau, 258-276.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Schrumpfende Regionen: Ein ostdeutsches Schicksal? Online: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47550/schrumpfende-regionen?type=galerie&show=image&i=315878> (letzter Abruf: 27.8.2021).
- Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland. Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Calmbach, Marc/Flaig, Bodo/Edwards, James u.a. (2020): Wie ticken Jugendliche? Sinus-Jugendstudie 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Dietrich, Kai/Jaruczewski, Karola/Schuhmacher, Nils/Vetter, Willy (2019): Potenziale von Jugendarbeit für Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit Rassismus. In: AGJF Sachsen (Hg.): »Auch wenn alle anderen dagegen sind«. Potenziale von Jugendarbeit für Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit Rassismus. Chemnitz, 5-45.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015): PEGIDA. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript.
- Haas, Tobias (2020): Die Lausitz im Strukturwandel. Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen Autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung. In: Prokla, 50 (1), 151-169.
- Hall, Stuart/Critcher, Chas /Jefferson, Tony/Clarke, John/Roberts, Brian (1978): Policing the crisis. Mugging, the state, and law and order. London: Macmillan.
- Herrmann, Heike (2019): Soziale Arbeit im Sozialraum. Stadtsoziologische Zugänge. Stuttgart: Kohlhammer.
- Hillje, Johannes (2018): Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Gespräche in rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich. Berlin.
- Keil, Daniel (2015a): Die Erweiterung des Resonanzraums. Pegida, die Aktualisierung des Völkischen und die Neuordnung des Konservativismus. In: Prokla, 45 (3), 371-385.
- (2015b): Territorium, Tradition und nationale Identität. Eine staatsrechtliche Perspektive auf den Wandel nationaler Identität in der europäischen Integration. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2019): Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Das Wirken von Freigeist e.V. im Erzgebirge. In: Dies.: Sachsen rechts unten 2019. Dresden, 28-36.

- Leistner, Alexander/Lux, Anna (2021): Von der Uneindeutigkeit des Widerstands. Um- und Neudeutungen der »Friedlichen Revolution« seit 1989. In: Ganzenmüller, Jörg (Hg.): Die revolutionären Umbrüche in Europa 1989/90. Deutungen und Repräsentationen. Köln/Wien: Böhlau, 207-235.
- Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Nattke, Michael (2017): Eine neue soziale Bewegung von rechts. Der sächsische Schulterschluss von »besorgten Bürgerinnen und Bürgern« und organisierten Neonazis. In: Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 71-80.
- Nittel, Dieter/Hodapp, Bastian/Spahn, Christian (2019): »Erziehung nach Auschwitz« in der Medienöffentlichkeit. Reflexionsanlässe im pädagogisch organisierten System des lebenslangen Lernens. In: Andresen, Sabine/Nittel, Dieter/Thompson, Christiane (Hg.): Erziehung nach Auschwitz bis heute. Aufklärungsanspruch und Gesellschaftsanalyse. Frankfurter Beiträge zur Erziehungswissenschaft. Band 22. Frankfurt a.M., 103-124.
- Perthus, Sophie/Belina, Bernd (2017): Policing the Crisis in Bautzen. Die Polizei in der Ethnisierung eines städtischen Konfliktes. In: Soziale Probleme, 28 (2), 241-259.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS.
- Schäuble, Barbara (2018): Ohne Dissens? Demokratietheoretische Überlegungen zur Offenen Jugendarbeit. In: AGJF Sachsen (Hg.): MUT-Interventionen. Zwischenbericht. Chemnitz, 60-61.
- Schenke, Julian/Schmitz, Christopher/Marg, Stine/Trittel, Katharina (2018): PE-GIDA-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit. Bielefeld: transcript.
- Scherr, Albert (2013): Subjektorientierte Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich; Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: Springer VS, 297-310.
- Schmidt, Rudi (2001): Restrukturierung und Modernisierung der ostdeutschen Industrie. In: Bertram, Hans/ Kollmorgen, Raj (Hg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen: Leske + Budrich, 163-193.
- Sturzenhecker, Benedikt (2013): Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich; /Sturzenhecker, Benedikt (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. Wiesbaden: Springer VS, 325-338.

Gelegenheitsstrukturen für populistische Kommunalpolitik der radikalen Rechten

Valentin Domann und Henning Nuissl

1. Einleitung

Die Beschäftigung mit dem Populismus der radikalen Rechten hat mit dem Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) hierzulande rasant an Fahrt aufgenommen, doch auch sieben Jahre nach dem ersten großen Wahlerfolg, dem Einzug ins europäische Parlament, ist ein bedeutender Aspekt wissenschaftsseitig unterbelichtet: ihr Wirken in kommunalen Gremien, insbesondere in ländlichen Gemeinden und Kleinstädten. Auch wenn hierzu inzwischen einige empirische Beobachtungen vorliegen (Botsch/Schulze 2019; Hafenegger et al. 2018; Rütters 2017), bleibt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der AfD weitgehend auf deren landes- und bundespolitische Aktivitäten fokussiert. Dieser Umstand ist insofern verwunderlich, als lokaler Politik eine besondere Bedeutung für das lebensweltnahe Erlernen demokratischer Prozesse attestiert wird, weshalb sie als wichtiges Feld alltäglicher Vergesellschaftung(en) gilt: »Die örtlichen Verhältnisse gelten als *überschaubar*, die Problemlagen als noch *durchschaubar*, die Entscheidungsprozesse als unmittelbar *beeinflussbar* sowie Maßnahmen der Kommunalpolitik und Anwendungen des Kommunalrechts als persönlich *erfahrbar*« (Kost 2017: 33; Kursivierung d. Verf.).

Dieser Beitrag fragt daher nach den spezifischen Gelegenheitsstrukturen, die sich in der kleinstädtischen Demokratie für populistische Politik der radikalen Rechten bieten. Gelegenheitsstrukturen verstehen wir hier als gesellschaftlich eingelagerte Ressourcen, die sich rechte Akteur:innen zunutze machen können (vgl. Rydgren 2005: 417). Wir richten den Blick somit weniger auf die Akteur:innen selbst, sondern eher auf die politischen Arrangements, in denen sie sich bewegen.

Um die Gelegenheitsstrukturen näher zu bestimmen, die sich den Akteur:innen der radikalen Rechten auf lokaler Ebene eröffnen (oder auch verschließen), wird zunächst in die grundlegenden Prinzipien konkordanter Arrangements eingeführt, wie sie in vielen kleineren Gemeinden vorzufinden sind, bevor Erkenntnisse aus der international vergleichenden Forschung zu Populist:innen in konkordanten Demokratien aufbereitet werden. Daran anschließend werden

konkrete Beobachtungen aus der Praxis kommunaler Wahlkämpfe vorgestellt, die im Jahr 2019 in vier kleineren Fallstudiengemeinden angestellt wurden, bevor anschließend drei Faktoren identifiziert werden, die in konkordanten lokalen Settings entscheidend für die Herausbildung von Gelegenheitsstrukturen für populistisch radikal rechte Kräfte sind.

2. Kommunalpolitik als Arena populistischer Akteur:innen der radikalen Rechten

Der Aufstieg von Parteien der äußersten Rechten, der sich in der jüngeren Vergangenheit in zahlreichen Ländern vollzogen hat, ist untrennbar verbunden mit einer überaus »erfolgreichen« Verknüpfung von radikal rechten Positionen und populistischen Politikstrategien. Ihre zentralen Bestimmungsmerkmale sehen wir demnach darin, dass sie zum einen auf nationalistische, autoritäre und gruppenbezogen-menschenfeindliche Trägerideologien rekurriert und sich zum anderen durch eine forcierte Bestimmung von Gegner:innen in vertikaler (»die Elite«) und horizontaler bzw. territorialer (»die Anderen«) Richtung sowie einen Alleinvertretungsanspruch »des Volkes« auszeichnet (Brubaker 2017). Davon abgesehen beruht sie jedoch, wie jede Form des Populismus, auf einer nur »dünnen Ideologie«, was sie in die Lage versetzt, fallweise auch thematisch flexibel sowie innerhalb demokratisch verfasster Strukturen zu agieren (Mudde/Rovira Kaltwasser 2018: 1669f.).

Der Forschungsstand zu gegenwärtigen Erscheinungsformen des Populismus liefert ein hilfreiches analytisches Gerüst zum besseren Verständnis der hier im Fokus stehenden AfD-Politiken. Zugleich wird im deutschsprachigen Raum Rechtspopulismus oftmals als ein »Synonym für eine Art Rechtsextremismus ›light« verwendet (Mullis/Zschoke 2019: 4), was die zugrunde liegenden menschenfeindlichen Ideologien zu verharmlosen droht, weshalb wir die Strategien der Partei, im Einklang mit anglophoner Terminologie (vgl. Mudde 2007), als populistische Politik der radikalen Rechten ansprechen.

In kommunalen Politikfeldern steht sie vor der Herausforderung, ihre Positionsbestimmungen ins Lokale zu übersetzen bzw. dort anschlussfähig zu machen, wobei die skalare Dimension in zweierlei Hinsicht relevant wird: Einerseits werden in nationalen Debatten bezogene rechte Positionen für lokale Diskurse reartikuliert, andererseits eröffnen sich durch das multiskalare bundesdeutsche Ordnungsgefüge andere Optionen zur Bestimmung von Antagonist:innen (vgl. Domann/Nuissl 2022). Im Folgenden sollen die kommunalen politischen Arrangements näher beleuchtet werden, in die sich dies einbettet.

2.1 Kommunale politische Arrangements

Das kommunalpolitische Feld birgt einige Spezifika, derentwegen sich bewährte populistische Taktiken der radikalen Rechten auf nationaler Ebene, etwa das kampagnenhafte Auftreten, die Mobilisierung über soziale Netzwerke oder ihre Einbettung in eine metapolitisch¹ agierende Bewegung, nicht ohne Weiteres ins Lokale übertragen lassen. Als ausschlaggebend betrachten wir allem voran das Vorherrschen *konkordanzdemokratischer* politischer Arrangements in vielen, insbesondere kleineren Gemeinden im Gegensatz zur *konkurrenzdemokratischen* Prägung höherstufiger oder großstädtischer Politikarenen.

In der vergleichenden Regierungslehre ist die Unterscheidung zwischen Regierungsformen, die entweder auf Konsens, Beteiligung und Aushandlung oder auf Wettbewerb und Parteienkonkurrenz aufbauen, umfassend beschrieben worden (Lehmbruch 1967; Lijphart 1968). Für erstere sind im deutschsprachigen Raum Begriffe wie Konkordanz-, Verhandlungs-, Konsens(us)- oder auch Proporzdemokratie gängig, während für den zweiten Typus insbesondere die Begriffe Konkurrenz- oder Mehrheitsdemokratie Verwendung finden. Hier setzt das Konzept von Lars Holtkamp an, das diese Überlegungen in die lokale Politikforschung übersetzt und einen »heuristischen Rahmen« (Holtkamp 2008) zur Erklärung der Unterschiede in den Entscheidungsstrukturen auf kommunaler Ebene aufspannt. Analog zu den beiden oben genannten Polen von Demokratietypen arbeitet Holtkamp zwei analytisch zugespitzte Extremtypen von kommunalen Entscheidungsstrukturen heraus. Auf der einen Seite stehen Gemeinden, die hauptsächlich nach *konkurrenzdemokratischen* Prinzipien operieren, die sich also durch eine Entscheidungsfindung durch politischen Wettbewerb, eine starke Präsenz der auf Bundesebene etablierten Bundesparteien sowie eine weniger einflussreiche Bürgermeister:innenposition auszeichnen. Die kommunale *Konkordanzdemokratie* hingegen ist »geprägt durch eine geringe Parteipolitisierung von Rat und Bürgermeistern in der Nominierungs-, Wahlkampf-, Wahl- und Regierungsphase bei gleichzeitig starker Dominanz des Bürgermeisters« (ebd.: 8).

Ob sich kommunale Entscheidungsstrukturen eher in die eine oder die andere Richtung ausprägen, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab, allen voran der Kommunalverfassung des jeweiligen Bundeslandes. Sieht sie eine Direktwahl des Bürgermeister:innenamts vor, stattet sie dieses mit weitgehenden Kompetenzen aus und erlaubt sie bei der Kommunalwahl Kumulieren und Panaschieren von Stimmen, so werden sich mit hoher Wahrscheinlichkeit konkordanzdemo-

1 Als »Metapolitik« bezeichnen neurechte Akteur:innen eine Strategie, die auf eine rechte Wendung hegemonietheoretischer Überlegungen zurückgeht und postuliert, dass neurechte Leitideen im kulturellen bzw. »vorpolitischen« Raum langfristig zu normalisieren sind, damit die Bewegung gesellschaftliche Macht entfalten kann.

kratische Strukturen herausbilden (vgl. Bathge et al.: 2016). Neben anderen Erklärungsfaktoren wird häufig die Größe einer Gemeinde herangezogen – nach Bevölkerung und/oder nach Zahl der Sitze im Gemeindepapament (vgl. Stecker 2017: 341). Dabei wird argumentiert, dass »in kleineren Kommunen größere soziale Nähe vorherrscht, was wiederum dazu führt, dass politische und auch soziale Konflikte vermieden werden, um persönliche Beziehungen nicht zu belasten«. Daneben besteht, so die allgemeine Annahme, in kleineren Gemeinden eine geringere gesellschaftliche Heterogenität, was das Konfliktpotential *per se* verringert (Sonnenmoser/Wuketich 2017: 318). Die Gemeindegröße hängt darüber hinaus eng mit einem weiteren Faktor zusammen, der häufig auch als Dreh- und Angelpunkt der Debatte um die unterschiedlichen Ausprägungen kommunaler Politikmuster verstanden wird: die Parteilichkeit der kommunalen Räte, verstanden als Bindungsstärke zwischen einem Ratsmitglied und dessen Partei. Diese sei in kleineren Gemeinden, wo gemessen an der Einwohner:innenzahl die Zahl der verfügbaren Mandate vergleichsweise groß und die Konkurrenz um diese Mandate dementsprechend weniger ausgeprägt ist, schwieriger zu erzeugen (Holtkamp/Bogumil 2016: 31f.). Hinzu kommt, dass, so zumindest die Argumentation, in kleineren Gemeinden Entscheidungsfragen weniger komplex ausfallen, weshalb dort auch der Mittlerfunktion von Parteien weniger Bedeutung zukomme (Stecker 2017: 324). Diese Beobachtung bettet sich ein in einen bereits länger anhaltenden Trend des Bedeutungsverlustes nationaler Parteien auf lokaler Ebene, der insbesondere in kleineren Gemeinden teils dramatisch verläuft (Vetter/Kuhn 2013: 35). Angesichts des somit attestierten Bedeutungszuwachses konkordanzdemokratischer Arrangements erscheint es notwendig, diese auch in Bezug auf rechte Gelandegewinne in der Kommunalpolitik explizit in den Blick zu nehmen.

2.2 Konkordanzdemokratische Prinzipien: Nährboden für Populismus von rechts

Entscheidungsprozessen, die konkordanzdemokratisch geprägt sind, wird in der Literatur attestiert, als »Gelegenheitsfenster« für den Erfolg populistischer Parteien zu dienen (Frölich-Steffen 2006: 151). Bezugnehmend auf die nationalstaatliche Politikebene werden dabei vor allem drei Faktoren hervorgehoben, an denen populistische Mobilisierungsstrategien der radikalen Rechten ansetzen können. Erstens führt das Verhandlungsprimat, demzufolge möglichst viele gesellschaftliche Gruppen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen sind, zu einer gewissen *Undurchschaubarkeit des Regierens*. Unter den Deals und Paketlösungen, die breit aufgestellte Koalitionen erst handlungsfähig machen, leidet die Nachvollziehbarkeit von Politikprozessen (ebd.: 147). Die viel gelobte Regierungseffizienz konkordanter Strukturen basiert auf (oft informellen) Abstimmungsprozessen der Mandatsträger:innen, was zulasten ihrer Rückbindung an das Elektorat gehen kann:

»The growth of mechanisms of horizontal trust-building between élites – often under the protection of secrecy – is, in effect, particularly likely to lead to a deficit of vertical trust between citizens and élites« (Papadopoulos 2005: 79).

Zweitens können konkordanzdemokratische Strukturen mit *Repräsentationsproblemen* einhergehen. Einerseits führt die beständige Konsenssuche in der Regierungsphase dazu, dass meist auch in der Wahlkampfphase der Dissens bzw. die Parteilichkeit der zur Wahl stehenden Akteur:innen nur eingeschränkt präsentiert wird, was die Willensbildungs- und Rückkopplungsfunktion von Wahlen unterminiert (vgl. Katz/Mair 1995: 23). Neokorporatistische Arrangements in Form von informellen Abstimmungsprozessen mit Vertretungen bestimmter Interessensgruppen oder Minderheiten, die keinerlei Rechenschaft gegenüber dem Elektorat abzulegen haben, untergraben zudem die Vorstellung, dass Entscheidungsträger:innen auch in der Zeit zwischen den Wahlen demokratisch legitimiert sind (Papadopoulos 2005: 72-76).

Des Weiteren können konkordanzdemokratische Arrangements, drittens, auch zur programmatischen Annäherung und inhaltlichen *Konvergenz* der dominierenden Parteien bzw. politischen Kräfte führen. Denn auch Entscheidungsmodi, die eine größtmögliche Vielfalt an Interessen zu integrieren suchen, demarkieren Grenzen der Gesprächsbereitschaft. Die kategorische Mittezentrung geht zwangsläufig mit einer Tendenz zur Exklusion von Positionen einher, die inkompatibel mit den hegemonial geteilten Vorstellungen erscheinen und die deshalb häufig als »extremistisch« gebrandmarkt werden (vgl. Bogaards 2020). Während so gewisse Barrieren gegenüber neuen politischen Kräften errichtet werden, bewirken auf der anderen Seite Anziehungskräfte eine Annäherung der bereits integrierten politischen Kräfte (Katz/Mair 1995: 23). Ein von populistischen Kräften von »außerhalb« vorgetragener Dissens mit der Regierungspolitik enthält damit eine disruptive Komponente, die als Fundamentalkritik an den »gemütlichen Arrangements« der Herrschenden geäußert und rasch populär werden kann (ebd.: 24). Die Tendenz konkordanzdemokratischer Diskurse, »nach außen« exkludierend zu wirken und »nach innen« Konvergenzkräfte zu entfalten, zeigt, dass die Markierung von politischen Positionen als extremistisch oder auch populistisch nicht zwangsläufig entlang von inhaltlichen Aspekten oder gar wissenschaftlich fundierten Kategorien erfolgt, sondern auch ein Aspekt von Herrschaftssicherung ist.

Konkordante politische Arrangements eröffnen allerdings nicht nur die skizzierten Gelegenheitsstrukturen für populistische Parteien; aufgrund ihrer Integrationskraft sind sie oft auch Projektionsfläche für die Hoffnung, die Opposition durch Einbindung in Regierungshandeln zu »neutralisieren« (Papadopoulos 2005: 81). Allerdings zeigt etwa das Schweizer Beispiel der SVP der 1990er- und 2000er-Jahre, dass Populist:innen der radikalen Rechten gerade in einem poli-

tischen Kontext, der von einem hohen Grad an Integration verschiedener Kräfte geprägt ist, in der Lage sind, beide Bühnen zu bespielen, ohne sich dabei einer gleichsam ›gemäßigten‹ Konsensposition anzunähern (Skenderovic/D'Amato 2008: 220).

Die skizzierten Gelegenheitsstrukturen in konkordanzdemokratischen Arrangements, auf die der Populismus der radikalen Rechten trifft, werden zu meist für die nationale Ebene beschrieben und können nicht ohne Weiteres ins Lokale übersetzt werden. Holtkamp arbeitet einige Strukturunterschiede zwischen nationalen und lokalen Politikarenen heraus (Holtkamp 2008: 86). Für die hier behandelte Thematik scheint dabei insbesondere relevant, dass in konkordanten kommunalpolitischen Arrangements die exekutive Weisungsmacht von Bürgermeister:innen ebenso wie persönliche Netzwerke eine viel wichtigere Rolle spielen, während die Bedeutung von Parteien und Fraktionen vergleichsweise geringer ist. Wie sich diese Strukturunterschiede mit Blick auf die identifizierten populistischen Gelegenheitsfenster in konkordanten politischen Arrangements genau darstellen, wird in den folgenden Kapiteln diskutiert.

3. Beobachtungen aus der Praxis

3.1 Kommunalwahlkampf als ›Fokussituation‹

Das empirische Material, auf dem dieser Beitrag beruht, stammt aus einer Untersuchung rechtspopulistischer Interventionen in der Kommunalpolitik, die in vier Fallstudiengemeinden – jeweils eine suburbane und eine ländliche Gemeinde in Baden-Württemberg und Brandenburg – durchgeführt wurde, die zwischen 5.000 und 15.000 Einwohner:innen haben. Die Erhebungen fanden in der ›heißen Phase‹ des Wahlkampfes zu den Kommunalwahlen im Mai 2019 statt (ausführlich: Domann et al. 2021: 10–17).² Im Folgenden stehen die Erkenntnisse im Mittelpunkt, die im Zuge der Auswertung von Parteiprogrammen und weiteren Wahlkampfmaterialien der in den vier Fallstudiengemeinden jeweils relevanten Parteien und Wähler:innengemeinschaften gewonnen wurden. Dieser Zugang über die lokale Wahlprogrammatische, den »blinden Fleck« der Kommunalpolitikforschung (Gross/Jankowski 2020), ermöglicht Einblicke in die kommunalpolitischen Strategien der verschiedenen politischen Gruppierungen sowie in die Positionierung der einzelnen Kandidat:innen zueinander und zu lokalen Streitthemen. Zu den vier Fallstudiengemeinden wurden außerdem eine Presseanalyse

2 Das Forschungsprojekt »Jenseits von Metropolen – Wandel lokalpolitischer Kulturen in einer polarisierten Gesellschaft« wurde im Auftrag des vhw Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. durchgeführt. Die Verfasser bedanken sich herzlich für die Unterstützung.

der regionalen Tageszeitungen sowie insgesamt 58 Interviews mit Personen vor Ort, sog. »Localists« (Personen, die sich durch ein hohes Maß an Involviertheit vor Ort auszeichnen, aber kein kommunalpolitisches Mandat innehaben oder anstreben), durchgeführt.

Die untersuchten Gemeinden eignen sich zur Analyse populistischer radikaler Kräfte in konkordanten kleinstädtischen Settings, da die beiden Bundesländer, in denen sie liegen, Kommunalverfassungen haben, die im deutschlandweiten Vergleich als konkordanzdemokratisch geprägt einzuordnen sind. Baden-Württemberg gilt hier in Deutschland gemeinhin gar als Prototyp, aber auch der brandenburgischen Kommunalverfassung (sowie allen ostdeutschen Bundesländern) wird attestiert, konkordante Arrangements in besonderem Maße zu begünstigen (Holtkamp/Bogumil 2016: 30). Ferner erweisen sich bei den Kommunalwahlen in den vier Fallstudiengemeinden die örtlichen Wähler:innengemeinschaften regelmäßig als sehr stark; 2019 bewegte sich deren Stimmenanteil hier zwischen 19 % und 62 % (Domann et al. 2021: 14). Daneben spielt die Inszenierung von Persönlichkeiten in allen Fallstudiengemeinden eine große Rolle im Wahlkampf, was (im Gegensatz zu parteidominierten Wahlkämpfen) ebenfalls auf eher konkordanzdemokratische Strukturen hinweist.

Bei aller Vergleichbarkeit der vier untersuchten Gemeinden erwies sich in unserer Analyse die konkordanzdemokratische Prägung der politischen Arrangements in den beiden brandenburgischen Fallstudien – mit Blick auf die Rolle von Wähler:innengemeinschaften, Bürgermeister:innen und anderen Persönlichkeiten des lokalen öffentlichen Lebens – als insgesamt etwas schwächer als in den baden-württembergischen. Dies könnte daran liegen, dass die Konkurrenzsituation zwischen politischen Akteur:innen im Wahlkampf umso ausgeprägter ist, je »enger« das Rennen ausfällt – und dies war insbesondere in den brandenburgischen, weniger in den baden-württembergischen Fallstudiengemeinden der Fall. Hinzu kommt, dass den Parteien SPD und LINKE, die in den brandenburgischen Gemeinden deutlich stärker sind, in der Literatur auch auf lokaler Ebene stärker konkurrenzdemokratische Strategien bescheinigt werden als anderen Parteien (Bathge et al., 2016: 187). Einen ähnlichen Effekt dürfte zudem auch die starke Präsenz der AfD in Brandenburg haben. Darüber hinaus wird in einer der brandenburgischen Fallstudien von persönlichen Animositäten zwischen einer der am Ort agierenden kommunalen Wähler:innengemeinschaften und dem Bürgermeister berichtet, was eine konsensbasierte Entscheidungsfindung im Rat erheblich erschwert.

3.2 Persönlichkeiten im Wahlkampf

Die in den vier Fallstudiengemeinden beobachteten Wahlkämpfe zeichnen sich durch eine ausgeprägte Personenzentrierung aus. Die um Wähler:innenstimmen konkurrierenden Parteien und Wähler:innengemeinschaften setzen fast durchweg sehr stark auf die Inszenierung der jeweiligen Kandidat:innen, ihrer Persönlichkeit und ihres Charakters. Mit einer Ausnahme verzichtet lediglich die AfD in den beiden Gemeinden in Baden-Württemberg weitgehend auf einen personenzentrierten Wahlkampf, wohingegen die Werbung der Partei in den beiden brandenburgischen Gemeinden ihre Kandidat:innen vergleichsweise stark in den Fokus rückt. Ersteres deckt sich mit der Beobachtung, dass die Wähler:innen der AfD, ebenso wie diejenigen anderer rechtsradikaler Parteien, eine stärkere Parteiorientierung aufweisen (Nyhuis 2016: 665). Dass dies in Brandenburg anders ist, dass der Kommunalwahlkampf der AfD dort in hohem Maße personenzentriert ist, kann einerseits daran liegen, dass deren Kandidat:innen zum Teil bereits über Arbeitserfahrung in den kommunalen Gremien verfügen, die sie zuvor auf dem ›Ticket‹ kleinerer (teils rechtsradikaler) Wähler:innenlisten sammeln konnten. Andererseits sprechen die insgesamt höheren Stimmanteile der Partei dafür, dass die öffentliche Kandidatur hier mit weniger sozialen Kosten verbunden ist als im Südwesten der Republik, wofür sich auch in den in den Fallstudiengemeinden geführten Interviews eine Reihe von Hinweisen finden.

Eine besondere Rolle in der Wahlentscheidung spielt zudem die Zugehörigkeit zu angesehenen Berufsgruppen sowie die Verbundenheit zum Ort, bestenfalls qua Geburt, wie in einem Interview berichtet wird: »Die vielen Zugezogenen [...] haben in der Kommunalpolitik wenig Chancen, gewählt zu werden« (BBL_01). Auch die Beziehung zum jeweiligen Bürgermeister (in allen Fallstudien männlich besetzt) ist offenbar von erheblicher Bedeutung für die Glaubwürdigkeit von Kandidat:innen. Aufgrund ihrer meist langjährigen Amtszeit, aber auch ihrer direkten Wahl, gelten die Bürgermeister in allen vier Fallstudien als gleichsam moralische Instanz, weshalb Kandidat:innen, die als (menschlich) nicht kompatibel mit ihnen erscheinen, in den Interviews geringere Erfolgsaussichten für die Umsetzung der von ihnen vertretenen Belange attestiert werden. Fallstudienübergreifend ließ sich ferner feststellen, dass die Erfolgsaussichten der Kommunalwahlkandidat:innen sehr viel stärker als von deren Parteizugehörigkeit davon bestimmt waren, ob ihnen zugeschrieben wurde, bereits etwas für den Ort geleistet zu haben.

Die für Wahlkämpfe in konkordanzdemokratischen Settings typische Betonung der Persönlichkeit, der Biographie und des Charakters der Kandidat:innen, welche die Parteizugehörigkeit in den Hintergrund treten lässt, erweist sich bezüglich der Erfolgsaussichten der populistischen radikalen Rechten als ausgesprochen ambivalent. Denn einerseits ergeben sich starke Beharrungskräfte

zugunsten einer personellen Kontinuität: Wer sich um die Gemeinde bereits verdient gemacht hat, besitzt einen deutlichen Startvorteil gegenüber Akteur:innen, die neu in die lokale Politikarena eintreten. Andererseits öffnen sich aber auch Türen, sobald Parteien der radikalen Rechten Kandidat:innen in ihre Parteistrukturen (vertikal) einbinden können, die zugleich (horizontal) vor Ort gut vernetzt sind. In den beiden brandenburgischen Fallstudien sind solche Kandidat:innen für die AfD aktiv, die ihren Einsatz vor Ort entweder über ihr Engagement im Sportverein oder ihre langjährige Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung (unter anderer Fraktionszugehörigkeit) nachweisen können. Dass die Partei hier Kandidat:innen aufstellen kann, die über eine gewisse Reputation vor Ort verfügen, mag dazu führen, dass Wähler:innen sie nicht nur *wegen*, sondern teils auch *trotz* der radikal rechten Inhalte, für die die von ihnen repräsentierte Partei steht, unterstützen.

3.3 Wahlkampfthemen

Mit Blick auf die jeweils verhandelten politischen Inhalte zeigt sich in allen analysierten Kommunalwahlkämpfen dreierlei. *Erstens* gibt es in jedem Ort ein Thema, das von so zentraler Bedeutung ist, dass dessen Behandlung im Wahlkampf für alle Kandidat:innen offenbar unumgänglich ist. Während dies beispielsweise in einer suburbanen Gemeinde der Durchgangsverkehr ist, übernimmt in einer der ländlich gelegenen Fallstudien der demographische Wandel die Funktion eines solchen Fokusthemas. *Zweitens* deutet die Art und Weise, wie die vor Ort aktiven Parteien und Wähler:innengemeinschaften diese Fokusthemen ansprechen, in allen Fallstudien auf eine eher geringe parteipolitische Integration der lokalen Vertreter:innen hin: Handlungsvorschläge orientieren sich nur selten an der Parteiprogrammatik und lassen meist tatsächlich eine starke Sachorientierung erkennen. *Drittens* zeigt sich bei den meisten Themen, zu denen sich alle relevanten politischen Akteur:innen positionieren (und die somit eine Möglichkeit bieten, politische Gruppierungen und Kandidat:innen unmittelbar miteinander zu vergleichen), eine deutliche Tendenz zur Konvergenz der Standpunkte. Dies betrifft etwa den Schutz der lokalen Umwelt oder die Förderung des lokalen Ehrenamtes. Es gibt allerdings auch Themen, über die – nicht zuletzt in Detailfragen – beherzt gestritten wird, sodass die Kandidat:innen in eine deutliche Konkurrenz zueinander treten. Diesbezüglich stechen insbesondere die Themen Verkehr und Klimaschutz hervor. So ist in jeder Fallstudiengemeinde das »thematische« Potential dafür gegeben, dass die Bewerber:innen um kommunalpolitische Mandate inhaltliche Gegensätze artikulieren und sich voneinander abheben. Gleichwohl erweist sich das Gros der im Wahlkampf formulierten programmatischen Positionen und Vorschläge als sachbezogen und eher wenig konfliktträchtig; auch

lässt sich nicht beobachten, dass (scheinbare) Konflikte inszeniert werden, um das eigene Profil herauszustellen.

Für radikal rechte Parteien wie die AfD lässt sich aus diesen Beobachtungen ableiten, dass eine sachbezogene Wahlkampfstrategie Chancen zur Mitwirkung in den politischen Debatten vor Ort eröffnet. Durch die meist nur schwach ausgeprägte vertikale Integration der anderen Parteien und Wähler:innengemeinschaften büßt allerdings auch die für die populistische Rhetorik der radikalen Rechten zentrale Figur der »Altparteien« an Prägnanz ein. Auch die teilweise beobachtete thematische Konvergenz im Wahlkampf deutet darauf hin, dass die Ausgangssituation für populistische radikal rechte Akteur:innen in konkordanzdemokratischen lokalen Settings als ambivalent zu beurteilen ist. Im Allgemeinen wird angenommen, dass eine programmatische Annäherung der in kommunalen Politikaren dominierenden Kräfte Gelegenheitsstrukturen für neue politische Ausdrucksformen und Ideen eröffnet und damit einer Partei wie der AfD in die Hände spielt. Aber die in den Fallstudien geführten Interviews zeigen, dass populistische Interventionen von rechts auch recht schnell Gefahr laufen, als Beschäftigung mit abseitigen Themen oder als Störung der kommunalpolitischen Harmonie und der damit verbundenen Effizienz von Entscheidungsabläufen wahrgenommen zu werden.

4. Gelegenheitsstrukturen

Die in unseren vier Fallstudien angestellten Beobachtungen sollen im Folgenden nun zu drei Faktoren konkordanzdemokratischer kleinstädtischer Gelegenheitsstrukturen verdichtet werden, die uns für die Bewertung rechter lokalpolitischer Strategien relevant erscheinen: erstens horizontaler Korporatismus, zweitens vertikale Politikverflechtungen und drittens Verhandlungsprimat als Konfliktlösungsstrategie. Dabei wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, welches Potential zur Bestimmung von Gegner:innen sich mit diesen Faktoren verbindet, da die Definition von Antagonist:innen für die populistische radikale Rechte von zentraler Bedeutung ist.

4.1 Korporatismus und die Kritik an der lokalen Elite

In den im Rahmen der vier Fallstudien durchgeführten Interviews kommt vielfach eine große Wertschätzung der konkordanzdemokratischen Prägung der Kommunalpolitik zum Ausdruck. So wird positiv hervorgehoben, dass die Entscheidungsfindung zu kommunalen Belangen meist in Abstimmung mit Vertreter:innen unterschiedlicher lokaler Gruppen, insbesondere der ansässigen Vereine, stattfindet. Andererseits wird das »Einbindungsprimat« zum Teil auch als

intransparent wahrgenommen, insbesondere wenn es um Verbindungen von Teilen der lokalen Wirtschaft ins Rathaus geht. In den baden-württembergischen Fallstudien werden in diesem Zusammenhang beispielsweise das Winzer- und das Baugewerbe hervorgehoben. Die Informalität, die den Kontakten zwischen Repräsentant:innen der lokalen Politik und der lokalen Wirtschaft wohl zwangsläufig anhaftet, wird in vielen Interviews als Demokratiedefizit identifiziert.

Die informellen Strukturen rings um die lokale Elite, die in den Fallstudien erkennbar werden, schaffen tendenziell eine günstige Gelegenheitsstruktur für vertikale Bestimmungen von Gegner:innen im Lokalen. Wie ein Interviewter treffend bemerkt, ist es für Populist:innen »natürlich relativ einfach [...] zu behaupten, dass in so einem kleinen Ort eine Klüngelwirtschaft vorhanden ist und dass nicht objektiv demokratisch entschieden oder verteilt wird« (BB1_09). Hinzu kommt, dass insbesondere in Baden-Württemberg das Bürgermeister:innenamt mit so weitgehenden Kompetenzen ausgestattet ist, dass von »lokalen Präsidenten« oder »Ortskönigen« gesprochen wird (Ruf et al. 2019: 241), was der Kritik an einem undurchsichtigen Netz rund um das Zentrum der lokalen Macht Vorschub leistet. In den Fallstudien zeigt sich allerdings, dass diese Gelegenheit seitens der AfD kaum genutzt wird. Die Interpretation liegt nahe, dass dies dem Image der vier Bürgermeister geschuldet ist, die in allen vier Orten positiv als »Macher« wahrgenommen werden. Allzu offene Kritik an den Gemeindeoberhäuptern droht daher negativ auf diejenigen zurückzufallen, die diese Kritik äußern.

Das Vorhandensein eines ausgeprägten kommunalpolitischen Korporatismus ist nicht zuletzt ein zentrales Motiv für die Gründung kommunaler Wähler:innengemeinschaften, die oft auch als lokale Anti-Establishment-Parteien beschrieben werden. Deren Präsenz in den Fallstudiengemeinden gilt uns als Indiz dafür, dass die Rolle der institutionalisierten Kritik am örtlichen »Klüngel« bereits besetzt ist. So wird es auch in einem Interview beschrieben: »[Die] freie Wählergemeinschaft mit Unabhängigen [...] ist eine Möglichkeit, sich kritisch einzubringen und [führt dazu, dass] die AfD da nicht Fuß fassen kann« (BBs_22). In die gleiche Richtung weist auch eine Studie zu Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt, die beobachtet, dass dort, wo Wähler:innengemeinschaften langfristig dominant sind, AfD-Kandidat:innen seltener antreten, wohingegen dort, wo die AfD Kandidat:innen aufstellt, die kommunalen Wähler:innengemeinschaften signifikant an Zustimmung einbüßen (Jankowski et al. 2022). Lokale Wähler:innengemeinschaften und radikale Rechte stehen demnach auf der kommunalen Politikebene in starker Konkurrenz zueinander; auf der anderen Seite können Wähler:innengemeinschaften aber auch ein nützliches organisatorisches Vehikel rechter Akteur:innen darstellen, um Zugang zu den kommunalen Gremien zu finden (Krapidel 2016).

4.2 Vertikale Verflechtungen und Kritik an Institutionen

In den Fallstudien konnten einige wenige Themen identifiziert werden, die beträchtliches Konfliktpotential bergen. Dabei trennen die Konfliktlinien nur selten mehr oder minder klar definierte Fraktionen innerhalb der lokalen Gesellschaft; häufiger verlaufen sie vertikal zwischen lokalen und überlokalen Interessenslagen oder zwischen unterschiedlichen Gemeinden. Dabei fällt es kommunalen Amtsträger:innen häufig schwer, die (begrenzten) Handlungsspielräume kommunaler Selbstverwaltung den Einwohner:innen gegenüber zu vermitteln. Daraus ergeben sich günstige Gelegenheiten für Populist:innen, sich selbst als Sprachrohr des (lokalen) Volkes gegen »von oben« eingetragene Entscheidungen zu inszenieren. In den Fallstudien lassen sich hierhingehend zahlreiche Versuche seitens der AfD finden, lokale Debatten und Problemlagen auf diese Weise zu instrumentalisieren – allen voran im Themenbereich Klimaschutz, beispielsweise indem die regionalplanerischen Festsetzungen von Standorten für Windkraftanlagen mit dem Verweis auf angenommene gesundheitliche Schäden für die lokale Bevölkerung kategorisch abgelehnt werden.

Doch auch in solchen Fällen bleibt die populistische Kritik nicht ohne Konkurrenz. Einerseits sind die kommunalen Wähler:innengemeinschaften mit ihrer traditionell ablehnenden Haltung gegenüber einer vertikalen Einbindung und ihrem bedingungslosen Eintreten für eine möglichst weitreichende kommunale Selbstverwaltung etablierte und lautstarke Kritiker:innen vertikaler institutioneller Arrangements, die sich über mehrere Skalenebenen erstrecken (Naumann 2012: 59f.). In einer der Fallstudiengemeinden prangern sie beispielsweise das Verwaltungshandeln im Zusammenhang mit der Erhebung von Straßenbaubeiträgen als »Spuk [...] aus dem Nichts« an (BBL_FW). Sie bedienen sich damit einer diskursiven Figur, die staatliche Instanzen zumindest latent als unberechenbar, unkontrollierbar und den Bürger:innen entrückt markiert. Andererseits stoßen die Bürgermeister der Fallstudiengemeinden vielfach ins gleiche Horn und vertreten die Interessen des Ortes mitunter sehr vehement gegenüber übergeordneten Gebietskörperschaften oder Nachbarkommunen, was die lokalen Printmedien gern als heroischen Kampf gegen einen übermächtigen Widersacher stilisieren. Beide, Wähler:innengemeinschaften und Bürgermeister:innen, werden maßgeblich durch die konkordanzdemokratischen Ausgangsbedingungen in die Lage versetzt, skalare Kritik zu üben. Denn die starke Präsenz kommunaler Wähler:innengemeinschaften, die einen gewissen Lokalismus pflegen, gilt ebenso als ein Kernelement konkordanzdemokratischer Arrangements wie die schwache vertikale Einbindung von Bürgermeister:innen in Parteistrukturen und deren daraus erwachsende Befähigung, mit einer gewissen Bestimmtheit gegenüber übergeordneten Verwaltungsebenen (und ohne Rücksicht auf Parteifreund:innen) aufzutreten.

4.3 Verhandlungsprimat und das Werden der lokalen Elite

In den Interviews, die in den Fallstudiengemeinden geführt wurden, erwies sich eine Einstellung als weit verbreitet, die für die Normalisierung von Positionen der radikalen Rechten von hoher Bedeutung ist: die positive Bewertung von Kompromissfindung, Synthese, Effizienz und Harmonie in den kommunalen Entscheidungsgremien, wie sie oft als »spezifische deutsche« Werthaltung im politischen Raum beschrieben wird (Sonnenmoser/Wuketich, 2017: 299). Analog zur Vorliebe für Kandidat:innen, deren Arbeit »Resultate« zeigt, sollen auch die Gemeindeverordneten, einmal gewählt, möglichst reibungsarm und effizient Lokalpolitik gestalten. Dementsprechend wird, selbst wenn die Interviewten sich in anderen politischen Lagern verorten, häufig die Ansicht vertreten, die AfD dürfe in den Gemeindegremien nicht ausgegrenzt werden. Die Interviewten wünschen sich recht einhellig sach- und ergebnisorientierte Lokalpolitiker:innen und sehen neue Ratsmitglieder diesbezüglich in einer »Bringschuld«. Dementsprechend scheint für den langfristigen Erfolg von radikal rechten Populist:innen in konkordanzdemokratischen kleinstädtischen Settings die Frage entscheidend zu sein, inwieweit sie die Gelegenheit haben, lokale Politik tatsächlich mitzugestalten. Wenn sie sich hier positiv hervortun, haben sie gute Chancen, dass über ihre ideologischen Positionen aufgrund ihrer effizienten Sachpolitik hinweggesehen wird; im Zuge einer (weiteren) Entpolitisierung von Lokalpolitik droht auf diesem Wege eine kommunalpolitische Etablierung radikal rechter Kräfte und eine Normalisierung der von ihnen repräsentierten Positionen.

Auf der Basis unserer Fallstudien lässt sich allerdings nicht abschätzen, wie »real« diese Gefahr ist, da die Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse innerhalb der Gemeindegremien nicht erfasst wurden. Es finden sich lediglich Hinweise darauf, dass die kommunalpolitische Akzeptanz der populistischen radikalen Rechten bislang (noch) nicht stark ausgeprägt ist. So geben in den beiden brandenburgischen Fallstudien, wo die AfD bereits seit längerem Gemeinderatssitze innehat, viele Interviewte an, dass deren Fraktionsangehörige bisher kaum durch konstruktiven Gestaltungswillen aufgefallen sind.

Es lässt sich festhalten, dass die für eine Etablierung populistischer Akteur:innen der radikalen Rechten in konkordanzdemokratischen Settings tendenziell förderlichen Rahmenbedingungen gerade im Lokalen nicht gleichsam automatisch wirksam werden. Sofern es diesen Akteur:innen gelingt, ihre Doppelrolle als Opposition und verantwortungsvolle Gestaltungskraft aktiv und vor allem auch in den Augen ihrer Mitbürger:innen glaubwürdig zu repräsentieren, stehen ihnen auf kommunalpolitischer Ebene alle Möglichkeiten offen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass kleinstädtische Politikarenen noch viel stärker als Experimentierfeld für rechte Koalitionen und Strategien fungieren werden, als dies jetzt schon der Fall ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, sollte es der AfD

gelingen, in der Fläche politisch versiertes und ggf. auch erfahrenes Personal zu rekrutieren.

5. Fazit

Entgegen den Diagnosen, die konkordanzdemokratische Arrangements auf nationaler Ebene als günstige Gelegenheitsstrukturen für populistische Kräfte der radikalen Rechten identifizieren, fällt deren Bewertung im Lokalen deutlich ambivalenter aus. In unseren Fallstudien hat sich gezeigt, dass in lokalen Settings die Persönlichkeit der Kandidat:innen und eine gewisse Konvergenz der im politischen Raum zu spezifischen (lokalen) Fragen vertretenen Standpunkte unerlässlich sind. Beides erschwert eine ›Top-down-Logik‹ lokaler Wähler:innenmobilisierung (im Sinne einer Übertragung der im nationalen Rahmen erfolgreichen Strategien auf die kommunale Ebene) und lenkt damit den Fokus auf die ›internal supply-side«, also auf Personal, Strategien und Strukturen innerhalb der jeweiligen Ortsverbände (Mudde 2007: 302). Sind sie in der Lage, Kandidat:innen zu rekrutieren, die über belastbare horizontale Netzwerke und gesellschaftliche Anerkennung verfügen, und schaffen sie es, plausible Kontrollgewinne gegenüber spezifischen lokalen Problemlagen in Aussicht zu stellen, zeigen sich konkordanzdemokratische Arrangements als vergleichsweise offene Settings für neue Kräfte. Sind die Ortsgruppen hierzu nicht in der Lage, verhindern die die lokalen Eliten begünstigenden Beharrungskräfte meist einen nennenswerten Erfolg der Kandidat:innen neuer Parteien.

Neben der insgesamt ambivalenten Einschätzung der Bedeutung konkordanzdemokratischer Settings in kleineren Orten auf die kommunalpolitischen Erfolgsaussichten neu auftretender Akteur:innen konnten drei Aspekte dieser Settings identifiziert werden, die direkt das Motiv der Bestimmung von Gegner:innen betreffen, das für populistische Politik der radikalen Rechten zentral ist. Diese Aspekte zeigen sich in kommunalen Politikarenen in besonderer, skalarer Weise: *Erstens* bietet ein meist recht ausgeprägter Korporatismus Ansatzpunkte für eine Diffamierung lokaler Eliten als intransparente ›Klüngel‹, die in der Regel jedoch nur in solchen Situationen (und dann in Konkurrenz zu kommunalen Wähler:innengemeinschaften) effektiv genutzt werden können, in denen die direkt gewählten Bürgermeister:innen allgemein in Ungnade gefallen sind. *Zweitens* eröffnet die Abhängigkeit kommunaler Entscheidungsspielräume von übergeordneten Skalen Angriffsflächen für populistische Institutionenkritik von rechts. In konkordanzdemokratischen kleinstädtischen Settings, in denen Bürgermeister:innen tendenziell eine geringe vertikale Integration und kommunale Wähler:innengemeinschaften eine hohe Präsenz aufweisen, ist solch eine Form der Kritik allerdings durch diese beiden Akteur:innen oftmals schon verstellt. Le-

diglich für den Aspekt des Verhandlungsprimats in konkordanzdemokratischen lokalen Settings lässt sich *drittens* festhalten, dass er sich tendenziell durchweg günstig für Populist:innen der radikalen Rechten auswirkt, indem er diese (sofern sie dazu fähig sind) in die Lage versetzt, sich durch die Integration in die kommunalen Gremien einerseits als mitgestaltende, außerhalb dieser aber andererseits weiterhin als fundamentaloppositionelle Kraft zu inszenieren. Hier können konkordanzdemokratische Settings der Kommunalpolitik als Experimentier- und Erprobungsarena für neue Koalitionen der populistischen radikalen Rechten gelten, was insbesondere in den eher konkordant geprägten ostdeutschen Kommunen bei tendenziell höheren AfD-Stimmanteilen von besonderer Brisanz ist.

Literatur

- Bathge, Thomas/Bogumil, Jörg/Ebinger, Falk/Fuhrmann, Tobias/Holtkamp, Lars/Seuberlich, Marc (2016): »Zur anhaltenden Varianz kommunaler Entscheidungsstrukturen in Deutschland«, in: Jörg Bogumil/Lars Holtkamp (Hg.): Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 179-189.
- Bogaards, Matthijs (2020): »Militant Consociational Democracy: The Political Exclusion of the Extreme Right in Belgium«, in: Sandrine Baume/Stéphanie Novak (Hg.): Compromises in Democracy, Cham: Palgrave Macmillan, S. 175-200.
- Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (Hg.) (2016): Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland: Zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (2019): »Die Bürgerwut im Kreistag?«, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle 5, S. 1-15.
- Brubaker, Rogers (2017): »Why populism?«, in: Theory and Society 46 (5), S. 357-385.
- Domann, Valentin/Nuissl, Henning (2022): »Lokale Reartikulationen des Autoritären. Für eine skalensensible Analyse neurechter Politik ›vor Ort‹«, in: Geographische Zeitschrift 1/22, S. 42-60.
- Domann, Valentin/Nuissl, Henning/Steinrücke, Elena (2021): »Jenseits der Metropolen. Wandel lokalpolitischer Kulturen in einer polarisierten Gesellschaft. Abschlussbericht«, in: vhw-Schriftenreihe 19.
- Frölich-Steffen, Susanne (2006): »Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden«, in: Frank Decker (Hg.): Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches korrektiv?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 144-164.
- Gross, Martin/Jankowski, Michael (2020): »Lokale Wahlprogramme. Ein blinder Fleck der deutschen Kommunalpolitikforschung?«, in: Björn Egner/Detlef

- Sack (Hg.): *Neue Koalitionen – alte Probleme: Lokale Entscheidungsprozesse im Wandel*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 101-126.
- Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine (2018): *AfD in Parlamenten: Themen, Strategien, Akteure*, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Holtkamp, Lars (2008): *Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie: Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg (2016): »Ost- und westdeutsche Kommunen zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie«, in: Jörg Bogumil/Lars Holtkamp (Hg.): *Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 7-47.
- Jankowski, Michael/Juen, Christina-Marie/Tepe, Markus (2022): »The Impact of Anti-Establishment Parties on the Electoral Success of Independent Local Lists: Evidence from Germany«, in: *Party Politics* 28 (1), S. 127-136.
- Katz, Richard S./Mair, Peter (1995): »Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party«, in: *Party Politics* 1 (1), S. 5-28.
- Kost, Andreas (2017): »Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung in der Einwanderungsgesellschaft«, in: Christoph Bieber/Andreas Blätte/Karl-Rudolf Korte/Niko Switek (Hg.): *Regieren in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS, S. 33-36.
- Krappidel, Adrienne (2016): *Verhalten rechtsextremer und demokratischer Kommunalpolitiker: Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung von Wählergemeinschaften und Parteien*, Wiesbaden: Springer VS.
- Lehmbruch, Gerhard (1967): *Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich*, Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Lijphart, Arend (1968): *The politics of accommodation: Pluralism and democracy in the Netherlands*, Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Mudde, Cas/Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2018): »Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda«, in: *Comparative Political Studies* 51 (13), S. 1667-1693.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): »Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD– Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte«, in: *PRIF Report* 5.
- Naumann, Ingo (2012): *Wählergemeinschaften in einer Parteiendemokratie: Ihre Stellung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag.

- Nyhuis, Dominic (2016): »Partei oder Person? Parteispezifische Wahlmotive bei baden-württembergischen Kommunalwahlen«, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 47 (3), S. 657-669.
- Papadopoulos, Yannis (2005): »Populism as the other side of consociational multi-level democracies«, in: Daniele Caramani/Yves Mény (Hg.): Challenges to consensual politics: Democracy, identity, and populist protest in the alpine region, Bern: PIE-Peter Lang, S. 71-81.
- Ruf, Florian/Wagschal, Uwe/Krummenauer, Eva (2019): »Wie tickt der Schultes? Politische Beteiligung aus Sicht der kommunalen Führungsspitze in Baden-Württemberg«, in: Baden-Württemberg Stiftung (Hg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017. Studien zu Demokratie und Partizipation, Wiesbaden: Springer VS, S. 241-292.
- Rütters, Peter (2017): »Parlamentsfähig? – Die Abgeordneten der AfD in den Landtagen und Bürgerschaften«, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 48 (1), S. 3-24.
- Rydgren, Jens (2005): »Is extreme right-wing populism contagious? Explaining the emergence of a new party family«, in: European Journal of Political Research 44 (3), S. 413-437.
- Skenderovic, Damir/D'Amato, Gianni (2008): Mit dem Fremden politisieren: Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz seit den 1960er Jahren, Zürich: Chronos.
- Sonnenmoser, Eva/Wuketich, Marius (2017): »Konkurrenz versus Konsens in lokalen Entscheidungsprozessen«, in: Markus Tausendpfund/Angelika Vetter (Hg.): Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 297-321.
- Stecker, Christian (2017): »Parteien und Fraktionsgeschlossenheit auf der kommunalen Ebene«, in: Markus Tausendpfund/Angelika Vetter (Hg.): Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 323-348.
- Tausendpfund, Markus/Vetter, Angelika (Hg.) (2017): Politische Einstellungen von Kommunalpolitikern im Vergleich, Wiesbaden: Springer VS.
- Vetter, Angelika/Kuhn, Sebastian (2013): »(Nationale) Parteien in der lokalen Politik: Wandel oder Krise?«, in: Michael Haus/Sabine Kuhlmann (Hg.): Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise?, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 27-48.

Methodische Herausforderungen qualitativer Rechtsextremismusforschung

Rechte Räume?

Kartierungen von radikal rechten Raumeignungen

Abdelrahman Helal

1. Einleitung¹

»Rechte Räume« haben in den letzten Jahren sowohl im architektonischen und baukulturellen als auch im geographischen und soziologischen Kontext erheblich Aufmerksamkeit bekommen (Kühnert et al. 2019; Berg/Üblacker 2020; Trübby 2020). Diskutiert werden meist grundsätzliche Fragen: Gibt es rechte Räume? Was sind rechte Räume? Was macht rechte Räume aus? Wo sind rechte Räume? Auch in medialen Diskursen wird der Zusammenhang zwischen Rechtsradikalismus und Raum thematisiert. In aktuellen Debatten werden insbesondere bei der Wo-Frage Stadtteile, Kommunen, aber auch ganze Länder bis hin zu »dem Osten« (bisweilen stigmatisierend) als rechte Räume bezeichnet. Der Fokus auf den Stadtteil Dortmund-Dorstfeld, die Stadt Chemnitz oder das Bundesland Sachsen sind Beispiele hierfür. Wenn Stadtviertel, Bezirke, Bundesländer und Regionen als rechte Räume definiert werden und die Diskussion darauf reduziert wird, welche Orte rechte Räume sind und welche nicht, ist dies in mehrfacher Hinsicht problematisch (siehe auch Bürk 2012; Döring 2007; Mullis/Zschocke 2019: 13): Rechtsradikalen wird ein totaler Machtanspruch bzw. eine totale Machtausübung zugesprochen. Andere Prozesse, die am selben Ort stattfinden (z.B. Engagement gegen rechts, Unterstützungsstrukturen für geflüchtete Menschen), werden ausgeblendet. Außerdem wird das Problem rechter Raumeignung auf diese Orte reduziert, als würde Rechtsradikalismus außerhalb dieser Orte kein Problem darstellen. Diese Verräumlichungen bedienen ein verbreitetes Gefühl: Rechts ist wer anderes und woanders.

Rechte Räume entstehen durch die Aneignung von Raum durch Rechtsradikale bzw. durch die (Nicht-)Reaktionen der Gesellschaft auf deren Handlungen. In seiner Untersuchung über »[s]ozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen

¹ Dieser Beitrag basiert auf Teilen der unveröffentlichten Masterarbeit des Autors an der TU Berlin: »Rechte Räume. Von der Region bis zur Immobilie: Analyse politisch bestimmter Raumeignung in Deutschland«, betreut durch Prof. Elke Pahl-Weber und Prof. Lech Suwala.

Rechtsextremismus« hat Wilhelm Heitmeyer (1999) ein Konzept entwickelt, das für die Beschreibung und Analyse der Raumaneignung durch Rechtsradikale von zentraler Bedeutung ist. Mehrere Autor:innen haben das Konzept als Grundlage für ihre Analysen extrem rechter Raumaneignung angewandt (Borstel /Luzar 2016: 43; Ameer et al. 2017: 21; Domann/Thom 2017: 7). Mithilfe des Konzepts können Raumaneignungen anhand von vier Eskalationsstufen differenziert werden, die mit Provokationsgewinnen beginnen, über Räumungs- und Raumgewinne verlaufen und schließlich zur Normalität werden: »Der Rechtsextremismus ist etabliert und die Ausgrenzung schwacher Gruppen allgemein akzeptiert« (Borstel et al. 2012: 13f.) Auch aus der Praxis der extremen Rechten selbst wird eine Differenzierung der Aneignungsstrategien deutlich: Das sogenannte Säulenkonzept der NPD beschreibt den »Kampf um die Straße«, den »Kampf um die Köpfe«, den »Kampf um die Parlamente« und den »Kampf um den organisierten Willen« (Schulze 2016) als Kernstück für die Arbeit der rechtsextremistischen Partei.

Ziel dieses Beitrags ist es, räumliche Schwerpunkte von extrem rechten Aneignungsprozessen in Deutschland jenseits vordefinierter Raumkategorien zu identifizieren. Im Rahmen dieser Untersuchung wird ein neuer methodischer Ansatz mithilfe von Geoinformationssystemen (GIS) entwickelt und erprobt, der auch für andere geographische Kontexte anwendbar sein kann. Gleichzeitig, so ist es mein Ziel, möchte ich mittels der Identifizierung konkreter räumlicher Cluster extrem rechter Raumaneignung Akteur:innen aus der Forschung und Praxis auf diese Räume aufmerksam machen. Um die räumlichen Schwerpunkte zu identifizieren, werden drei verschiedene Dimensionen für die gesamte Bundesrepublik quantitativ untersucht. Anhand von Wahlergebnissen betrachte ich die Aneignung durch *rechte Politik*. Um die Dimension der *rechten Gewalt* zu analysieren, werden flüchtlingsfeindliche Vorfälle herangezogen. Die dritte Dimension sind die *Immobilien der Rechten*. Dieser liegen Listen des Verfassungsschutzes zu rechtsextremistisch genutzten Immobilien zugrunde. Das Vorkommen der drei Dimensionen wird mit (sozial-)räumlichen Daten überlagert, um Korrelationen zu der geographischen Verteilung in den Landkreisen, zur Bevölkerungsgröße und Urbanität sowie zu sozioökonomischen Rahmenbedingungen zu erforschen.

Durch die Beobachtung der kartographischen und statistischen Ergebnisse werde ich zeigen, dass extrem rechte Raumaneignung sich nicht an Grenzen von Landkreisen oder Ländern orientieren; eher bilden sie Cluster, die unabhängig von Verwaltungsgrenzen zusammenhängen. So äußern sich die verschiedenen Dimensionen radikal rechter Raumaneignungen vielfältig. Die geoinformatische Analyse vermag nicht zu erklären, warum bestimmte Räume stärkere Konzentrationen rechter Raumaneignung aufweisen, sie erlaubt indes, potenzielle Problembereiche zu identifizieren, die dann in einem nächsten Schritt durch lokale Analysen ergänzt werden können.

2. Dimensionen radikal rechter Raumeignungen

Für die Untersuchung wurde die räumliche Konzentration von erstens radikal rechter Politik, zweitens Gewalt sowie drittens Immobilien der Rechten analysiert. Alle drei Dimensionen sind verräumlicht und entfalten sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene ihre Wirkung. Im Folgenden werden die hier betrachteten Dimensionen kurz vorgestellt.

2.1 Rechte Politik, rechtes Wahlverhalten

»Der Kampf um die Parlamente« ist wichtiger Teil der Strategien rechtsextremistischer Parteien und für die Schaffung extrem rechter Dominanzräume. Der Zusammenhang zwischen Wahlverhalten, persönlichen Einstellungen und strukturellen bzw. räumlichen Rahmenbedingungen ist in der Wahlgeographie (*Electoral Geography*) und Wahlsoziologie gut untersucht (vgl. Schoen 2014: 169-224). In der Wahlgeographie spielen neben der räumlichen Darstellung von Wahlergebnissen und der Untersuchung von Wahlkreissystemen auch die Wechselwirkungen zwischen räumlichen Rahmenbedingungen und Wahlverhalten eine große Rolle (vgl. Falter und Winkler 2014: 149-152). Unter dem Oberbegriff »Kontexteffekte« – spezifischer: »Nachbarschaftseffekte« – wird untersucht, wie auf lokaler Ebene soziostrukturelle Rahmenbedingungen, vorhandene Institutionen, politische Kultur, aber auch soziale Interaktionen das Wahlverhalten beeinflussen, jedoch auch andersherum: wie das Wahlverhalten bestimmter Gruppen die Nachbarschaft beeinflusst (vgl. Forest 2018: 7). In den Gesellschaftswissenschaften wurde extrem rechtes Wahlverhalten in Deutschland gut untersucht: Analysiert wurden die regionalen und lokalen Unterschiede der Wahl der NSDAP Ende der 1920er- und 1930er-Jahre², aber auch die räumliche Verteilung und die soziostrukturellen Rahmenbedingungen der Hochburgen der AfD und der NPD bei den Bundestagswahlen des Jahres 2017 (vgl. Bernet et al. 2019; Richter et al. 2017; Mullis/Zschocke 2019).

Die Verbindung von Wahlergebnissen und Raum ist nicht unproblematisch. Wahlen sind oft von einer Stimmung abhängig, die sich auch ändern kann. Die Ergebnisse von Europa-, Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen können variieren. So erzielen seit den 1950er-Jahren rechtsextremistische Parteien stets deutlich bessere Ergebnisse bei Landtags- und Europawahlen als bei Bundestagswahlen (Arzheimer 2014: 594). Überdurchschnittliche Ergebnisse für extrem

2 Eine berühmte These ist, dass der typische Anhänger der NSDAP im Jahr 1932 »ein protestantischer Angehöriger der selbständigen Mittelschicht, der entweder auf einem Bauernhof oder in einer kleinen Gemeinde lebt und früher für eine Partei der Mitte oder eine Regionalpartei gestimmt hat« (Lipset 1960: 182, zit. n. Borowsky 2005: 238)

rechte Parteien deuten daher nicht automatisch auf einen per se extrem rechten Raum hin. Trotzdem stellen extrem rechte Wahlerfolge Raumaneignung dar und weisen auf eine vorhandene Unterstützung extrem rechter Einstellungen und Handlungen vor Ort hin.

2.2 Rechte Gewalt

Gewalt gegen Migrant:innen und Andersdenkende spielt im Kampf um den Raum für die extreme Rechte eine zentrale Rolle. Aufgrund der Datenlage konzentriere ich mich auf eine geographische Untersuchung extrem rechter Gewalt in flüchtlingsfeindlichen Vorfällen in den Jahren 2015-2018. Gewalt gegen Geflüchtete ist nur ein Teil rechter Gewalt, die von Gewalt gegen Migrant:innen, Ausländer:innen, politische Gegner:innen, Obdachlose oder antisemitische und homophobe Gewalt abzugrenzen ist. Bereits in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre waren Asylsuchende und dazugehörige Einrichtungen eine Zielscheibe rechter Gewalt. Pogrome (z.B. in Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Wismar) waren besonders demonstrative Formen dieser Gewalt (vgl. Bürk 2012: 24). Spätestens seit dem Jahr 2015 ist die Einwanderung von Geflüchteten eines der wichtigsten Themen (wenn nicht das wichtigste) für extrem rechte Parteien und Bewegungen. Sie gewinnen ihre Wähler:innen und Unterstützer:innen explizit über die Mobilisierung von Angst (Wodak 2015).³ Flüchtlingsfeindlichkeit ist Teil rassistischer Ungleichwertigkeitsideologien und vermag das heterogene Spektrum rechtsextremer Akteur:innen auf ein Thema zu einen. Darüber hinaus dient es als Bindeglied zu Teilen der nicht-rechtsextremen Bevölkerung, die aber über rassistische Ressentiments angesprochen werden können (vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz 2015: 5). Bei den erfassten flüchtlingsfeindlichen Vorfällen sind die Täter:innen daher nicht ausschließlich der rechts-extremistischen oder organisierten rechten Szene direkt zuzuordnen. Jedoch tragen sie mit ihren rassistischen Taten zu einem gesellschaftlichen Klima bei, das rechte Raumaneignungen befördert bzw. Räume als rechts deuten lässt.

2.3 Immobilien der Rechten

Eigene Häuser und Grundstücke können unterschiedliche Nutzungen für die extremen Rechten haben: als Kneipen und andere gastronomische Betriebe; Vertriebe, Handel und Lagerräume (z.B. für rechte Szenekleidung, Musik, Aufkleber, Poster, Literatur); als politische Zentren (z.B. Parteizentralen, Vereinshäuser, »Bürgerzentren«) oder als Privathäuser und -grundstücke, die aber auch für

3 So nachzulesen in den Parteiprogrammen der AfD, NPD, DIE RECHTE sowie auf den Websites der Anti-Migrations-Bewegungen »PEGIDA« und »Identitäre Bewegung«.

politische Aktivitäten genutzt werden. Diese Immobilien können verschiedene Zwecke erfüllen, die sich in der Regel überlagern, jedoch auch unabhängig voneinander bestehen können. Rechte Ereignisse wie Konzerte, Feste und sogenannte Brauchtumsfeiern, Lesungen, Seminare und Schulungen werden häufig durch Hausordnungen und/oder die Ablehnung der rechten Einstellung durch Betreiber:innen und Vermieter:innen erschwert. In den eigenen Immobilien kann die extreme Rechte ihren Aktivitäten ungestört(er) nachgehen. (vgl. Mobile Beratung in Thüringen – MOBIT e.V. 2013: 4; Landtag von Baden-Württemberg 2018: 3) Hinter dem Handel von rechter Szenekleidung, Musik, Literatur, Aufklebern, Postern aber auch von Speisen und Getränken stehen oft auch wirtschaftliche Interessen. Das Einkommen kann persönlich genutzt oder für die Finanzierung weiterer rechter Aktivitäten eingesetzt werden (vgl. Benzing u.a. 2009: 4). Die Immobilien dienen darüber hinaus als Rückzugsorte vor oder nach Kundgebungen, jedoch auch zur Vorbereitung von Gewalttaten (vgl. ebd.; Bundesregierung 2015: 1). Vor allem tragen sie durch ihre dauerhafte Präsenz sowie die Präsenz von extrem rechten Personen zu einer Normalisierung extrem rechter Präsenz im Nahraum bei und befördern so die Herstellung eines rechten Dominanzraums (vgl. Benzing u.a. 2009: 5; Mobile Beratung in Thüringen – MOBIT e.V. 2013: 5; Landtag von Baden-Württemberg 2018: 2).

3. Räumliche Bezüge in den aktuellen Debatten zu extremen Rechten

In den Debatten um rechte Räume stehen bestimmte Regionen und Raumtypen im Vordergrund. Die neuen Länder, der ländliche Raum und strukturschwache Regionen sind drei dieser Regionen und Raumtypen, die oft als Schwerpunkte rechtsradikaler Raumeignung hervorstechen oder damit assoziiert werden (Bundesregierung 2013: 2; Bundesregierung 2017: 1; Decker/Brähler 2018; Zick et al. 2019). Im Folgenden werden die Debatten um diese Räume vorgestellt und die Datengrundlage für die Definition dieser Räume wird dargelegt.

Bereits im Rahmen der Bachelorarbeit des Autors haben mehrere Geflüchtete aus Syrien auf die Frage, wo sie in Deutschland auf keinen Fall wohnen würden, den »Osten« oder »Ostdeutschland« genannt. Obwohl keine:r der Befragten sich an negative persönliche Erfahrungen in den neuen Ländern bzw. im ehemaligen Ost-Berlin erinnern konnte, ist ihnen »der Osten« durch Medienberichte und Erzählungen im Bekanntenkreis als gefährlicher Ort für Ausländer:innen bekannt (vgl. Helal 2016). Im Rahmen der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2006 in Deutschland verursachten die durch den Afrika-Rat geplante Veröffentlichung eines Atlas von No-go-Areas für schwarze Besucher:innen und die darauffolgen-

den Aussagen des damaligen Regierungssprechers Uwe-Karsten Heye⁴ kontroverse Reaktionen aus der Politik und der Öffentlichkeit (Bürk 2012: 240-243). Dabei ging es um ganze Stadtteile und Bezirke in Berlin (u.a. Marzahn-Hellersdorf und Köpenick), aber auch die gesamten Länder Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Alle diese Regionen liegen auf dem Territorium der ehemaligen DDR. Auch repräsentative Langzeitstudien über rechte Einstellungen in Deutschland – die »Leipziger Autoritarismus-Studie« (Decker/Brähler 2018) und die »Mitte-Studie« (Zick et al. 2019) – kommen seit mehreren Jahren zu dem Ergebnis, dass der Anteil von Menschen mit rechtsextremen und rechtsradikalen Einstellungen in den neuen Ländern höher ist als in den alten. Spätestens seitdem die AfD in den Bundestagswahlen 2017 in den ostdeutschen Ländern die Linkspartei als zweitstärkste Kraft hinter der CDU (in Ostsachsen sogar als stärkste Kraft) abgelöst hat, wurde die regionale Besonderheit des Ostens bezogen auf extrem rechte Raumeignung bestätigt (Leibert/Haunstein 2018: 3).

Auch ländliche Räume werden in der Debatte über rechte Räume hervorgehoben. So teilt die Bundesregierung (2013: 2) in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage mit, dass rechtsextremistische Strukturen zwar in Großstädten existieren würden, dass aber der »Rechtsextremismus [...] nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden eher ein Phänomen in den ländlichen Regionen« sei. Hier würde sich beispielsweise die NPD stärker engagieren. Auch Immobilien der Rechten seien laut einigen Expert:innen ein größeres Problem in ländlichen Räumen: Hier hätten laut der »Mobilen Beratung in Thüringen« (2013: 5) Neonazis beim Erwerb von Immobilien in der Regel wenig Widerstand von der ansässigen Bevölkerung zu erwarten (Förtner et al. 2019: 24; Deppisch et al. 2019: 81-84).

In seinem Beitrag »Die rechte Mobilisierung – eine Gefahr für die Demokratie« schreibt Dierk Borstel (2016: 165): »Das Problem sozialer Desintegration zeigt sich brennpunktartig in abgehängten Regionen und Stadtvierteln.« Ebenfalls in einer Kleinen Anfrage von Bundestagsabgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Zusammenhang zwischen rechtspopulistischem Wahlverhalten und »sogenannte[n] abgehängte[n] Regionen« (Bundesregierung 2017: 1) erfragt. Damit sind laut der Anfrage strukturschwache Regionen gemeint. Die Bundesregierung konnte zwar die Korrelation nicht bestätigen, wies jedoch auf das Förderprogramm »Zusammenhalt durch Teilhabe« hin, womit »Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus« (Bundesregierung 2017: 12) insbesondere in strukturschwachen Regionen gefördert werden.

4 Der Tagesspiegel 2006: »Ich sehe No-go-Areas vornehmlich im Osten Deutschlands. [...] Es gibt kleine und mittlere Städte in Brandenburg und anderswo, wo ich keinem, der eine andere Hautfarbe hat, raten würde, hinzugehen. Er würde sie möglicherweise lebend nicht mehr verlassen.«

4. Methoden der Datenanalyse

Um die räumliche Ausprägung radikal rechter Raumaneynung zu analysieren und zu kartieren, wird für jede Dimension ein Indikator ausgewählt und mithilfe von GIS mit Bezug auf Deutschland räumlich und statistisch dargestellt. Als Indikatoren für rechte Politik dienen die Bundestagswahlergebnisse extrem rechter Parteien, für rechte Gewalt flüchtlingsfeindliche Vorfälle und für Immobilien der Rechten lokalisierte Daten zu solchen. Die genaue Zusammenstellung der Datensätze wird unten vorgestellt. Erhoben und untersucht werden die Daten auf der Ebene von Landkreisen. Die Fokussierung auf die 401 Landkreise und kreisfreien Städte (Stand 2017) ermöglicht eine differenziertere Analyse als auf Ebene der 16 Bundesländer einerseits und eine übersichtlichere Erfassung als auf Ebene der über 11.000 Gemeinden andererseits.

Das Hauptprodukt der regionalen Analyse ist ein Kartenset, das durch Diagramme numerisch untermauert wird. Um diese Produkte zu erstellen, musste vorerst eine Datenbank mit Indikatoren rechter Raumaneynung sowie weiteren Daten aufgebaut werden. Der Aufbau der Datenbank und die Erstellung der Karten und Diagramme verlaufen nach einem systematischen Schema, bei dem Daten gesammelt, ggf. validiert und dann für GIS aufbereitet werden. Dann werden räumliche und statistische Analysen durchgeführt. Hierzu gehören unter anderem die Aggregation der Daten auf die verschiedenen räumlichen Ebenen, die Klassifizierung in statistischen Clustern und die Berechnung von Durchschnittswerten. Mithilfe der Datenbank, der Karten und der Diagramme können fundierte Aussagen über die regionalen Schwerpunkte der Raumaneynung durch Rechte getroffen werden.

4.1 Daten und Karten

Der erste Schritt im Rahmen der Analyse sind das Sammeln und, im Falle der flüchtlingsfeindlichen Vorfälle und rechtsextremistisch genutzten Immobilien, das Validieren der Daten (Tab. 1).

Tab. 1: Aufbau der Datenbank für die Analyse regionaler Schwerpunkte rechter Raumaneynung

	Daten	Einheit	Funktion	Zeitpunkt	Quelle
1	Länder	Name	ermöglicht den Vergleich zwischen den Ländern	12.2017	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

2	Landkreise und kreisfreie Städte	Name	bestimmt die räumliche Ebene der Analyse	12.2017	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
3	Einwohner:innenanzahl	absolut	ermöglicht bevölkerungsproportionale Analysen	12.2017	Bundesamt für Kartographie und Geodäsie
4	Wahlergebnisse extrem rechter Parteien	%	Indikator für die Dimension <i>Rechte Politik</i>	2017	Bundeswahlleiter.de
5	Flüchtlingsfeindliche Vorfälle	Vorfälle je 100.000 Einwohner: innen	Indikator für die Dimension <i>Rechte Gewalt</i>	01.2015-10.2018	Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL auf Grundlage offizieller und inoffizieller Quellen
6	Rechtsextremistisch genutzte Immobilien	Immobilien je 100.000 Einwohner:innen	Indikator für die Dimension <i>Immobilien der Rechten</i>	01.2019	Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. 2018, ergänzt mit Daten und Informationen von Andrea Röpke
7	Siedlungsstruktureller Kreistyp	Kreisfreie Großstadt Kreisfreie Stadt Städtischer Kreis Ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen Dünn besiedelter ländlicher Raum	Indikator für Grad der Verstädterung	12.2015	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
8	Regionale Lebensverhältnisse	Stark unterdurchschnittlich Unterdurchschnittlich Ausgeglichen Überdurchschnittlich Stark überdurchschnittlich	Indikator für strukturschwache/-starke Regionen	2000/2015	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Für jede der drei Dimensionen der rechten Raumeignung werden vier Karten erstellt: Eine *erste* Karte stellt die Verteilung des Indikators in absoluten Zahlen als Punkte dar. Jeder Punkt repräsentiert eine Stimme für eine rechte Partei, einen flüchtlingsfeindlichen Vorfall oder eine rechtsextremistisch genutzte Immobilie. Diese Darstellung visualisiert die jeweilige Dimension unabhängig von der Einwohner:innenzahl und dem Land. Die *zweite* Karte stellt den Indikator in Relation zur Bevölkerung für jeden Landkreis bzw. jede kreisfreie Stadt dar. Die Grenzen der Kreise und Länder sind sichtbar, um die Verteilung auf die Verwaltungsgebiete zu analysieren. Anstelle von Flächenfarben kommen Schraffuren zum Einsatz, um auszusagen, dass die sozialen Phänomene nicht flächendeckend das gesamte Verwaltungsgebiet betreffen, sondern dass dieses nur im Vergleich zu anderen Gebieten über- oder unterdurchschnittlich betroffen ist. Mithilfe des QGIS-Plugins »cartogram« (Wulff [2015] 2018) wird *drittens* eine bevölkerungsproportionale Karte erstellt. Hier bestimmt nicht die Fläche die Größe der Landkreise und kreisfreien Städte, sondern die Einwohner:innenzahl. Mit dieser bevölkerungsproportionalen Karte kann die Verteilung der Schwerpunkte rechter Raumeignung auf dicht und dünn besiedelte städtische und ländliche Räume untersucht werden. Abschließend wird *viertens* die zweite Karte mit Daten über die regionalen Lebensverhältnisse überlagert, um den Zusammenhang zwischen rechter Raumeignung und strukturschwachen Regionen zu analysieren. Da die neuen Bundesländer insgesamt bei allen Phänomenen überdurchschnittlich auffallen und sie dadurch als homogener Raum erscheinen, wird zusätzlich zur zweiten, dritten und vierten Karte jeweils eine Karte erstellt, die die neuen Bundesländer isoliert und differenzierter betrachtet.

Eine ausführliche, kritische Analyse der Stadt-Land-Dichotomie findet hier nicht statt. Um die Unterscheidung von städtischen und ländlichen Räumen jedoch nicht nur anhand der absoluten Einwohner:innenzahl zu bestimmen, werden Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zu siedlungsstrukturellen Kreistypen herangezogen. Berücksichtigt werden dabei die Siedlungsstrukturmerkmale »Bevölkerungsanteil in Groß- und Mittelstädten«, »Einwohnerdichte der Kreisregion« sowie die »Einwohnerdichte der Kreisregion ohne Berücksichtigung der Groß- und Mittelstädte« (BBSR o.J.)

Für die Quantifizierung der regionalen Lebensverhältnisse hat das BBSR im Rahmen von dessen Raumbeobachtung ein Messkonzept entwickelt. Dieses kombiniert die Einzeldimensionen Demographie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand, Infrastruktur und Wohnungsmarkt zu einer Messgröße. Der Fokus liegt dabei auf den »wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungschancen der Regionen« (BBSR 2017), schwer quantifizierbare Aspekte wie »Landschaftsqualität« oder »sozialer Zusammenhalt« werden dabei nicht berücksichtigt.

4.2 Rechte Politik

Als Indikator für die Dimension rechter Politik werden die Zweitstimmen für extrem rechte Parteien im Rahmen der Bundestagswahlen 2017 herangezogen. In Deutschland sind vom Verfassungsschutz die NPD, DIE RECHTE und Der III. Weg als rechtsextremistisch kategorisiert. Die beiden Ersteren waren bei den Bundestagswahlen vertreten und werden deswegen in der Analyse erfasst. Nicht eindeutig rechtsextremistisch, aber dennoch in die Analyse einbezogen ist die AfD. Nachdem anfangs nur die der AfD zugehörige Jugendorganisation – der konservative sogenannte »Flügel« – als rechtsextremistisch aufgelistet war (Bundesamt für Verfassungsschutz 2019), erklärte das Bundesamt für Verfassungsschutz die gesamte Partei zum Verdachtsfall (Wiedmann-Schmidt 2021). Für die Analyse und um den Stimmenanteil für rechte Parteien zu berechnen, werden die Zweitstimmen der NPD, der DIE RECHTE und der AfD addiert und durch die Anzahl der gültigen Stimmen dividiert. Die Verteilung der Stimmen auf die drei Parteien ist sehr unterschiedlich: Während bei der Bundestagswahl 2017 die AfD 5.878.115 Stimmen (12,6 %) erhalten hat und somit auch im Bundestag vertreten ist, haben 176.020 Menschen (0,4 %) der NPD ihre Stimme gegeben und 2.054 Menschen für DIE RECHTE gestimmt. Eine starke Korrelation zwischen der Wahl der AfD und rechtsextremistischen Parteien haben Richter, Bösch und Quent (2017) in ihrer Wahlkreisanalyse nachgewiesen.⁵

4.3 Rechte Gewalt

Die Erfassung von Kriminalstatistik allgemein und insbesondere in Bezug auf das Thema rechte Gewalt ist mit vielen Problemen verbunden. So gibt es »in Deutschland kein bundesweites Monitoring rechter Gewalt« (Röpke 2017: 18). Der Verfassungsschutz erfasst die »[p]olitisch motivierte Kriminalität – rechts« (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018) und veröffentlicht diese in den jährlichen Verfassungsschutzberichten als aggregierte Statistik. Jedoch werden die Zahlen lediglich auf Landesebene aufgeschlüsselt. Dadurch ist eine kleinteiligere, regionale Analyse nicht möglich. Die Behörde kann außerdem – wie auch bei der Kriminalstatistik der Polizei – nur Vorfälle bekannt geben, die auch nach dem Strafgesetzbuch verfolgt werden können bzw. zur Anzeige gebracht wurden. In ihrem »2017 Jahrbuch Rechte Gewalt« macht Andrea Röpke deutlich, dass der Ansatz der »[p]olitisch motivierten Kriminalität – rechts« nicht ausreichend ist für die Beschreibung rechter Gewalt, die nicht nur von Rechtsextremist:innen ausgeht, sondern auch von »eine[r] steigenden An-

⁵ Diese Korrelation und die geringen Anteile der NPD und der Partei DIE RECHTE haben die Addition der Ergebnisse nahegelegt.

zahl rassistisch denkender Menschen von nebenan« (Röpke 2017: 17). Daher sind Presseberichte, aber auch die Informationen der Opferberatungsstellen wie des »Berliner Register[s] zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin« von großer Bedeutung: Hier fließen auch Gewalttaten⁶ ein, wenn sie beobachtet oder bei den Anlaufstellen gemeldet, aber nicht angezeigt wurden (Bahr u.a. 2018: 4f.) Dennoch basieren die Daten stets auf einer aktiven Meldung. Daher ist von einer höheren Dunkelziffer auszugehen (Röpke 2017: 19; Bahr u.a. 2018: 7). Regionale Unterschiede können von verschiedenen Faktoren abhängen: z.B. von »der personellen Ausstattung und Ansprechbarkeit der Registerstelle« (Bahr u.a. 2018: 7) oder der Begegnung mit potenziellen Opfern und dem Vorhandensein von potenziellen Angriffszielen.

Für die Analyse rechter Gewalt wird aus den bereits dargelegten Gründen die »Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle« herangezogen. Es handelt es sich um eine Zusammenstellung durch die Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL. Der Datensatz wird aus mehreren Quellen gespeist, u.a. aus Antworten auf Kleine Anfragen in den Parlamenten, Pressemitteilungen von Polizeidirektionen, Presseberichten, Informationen von Opferberatungsstellen sowie sonstiger antifaschistischer Institutionen. Insgesamt sind im Zeitraum zwischen Januar 2015 und Oktober 2018 8.499 Vorfälle dokumentiert. Auch wenn diese Datenbank das Ausmaß rechter Gewalt nicht vollständig darstellt, sprechen einige Punkte für ihre Verwendung: der Zeitraum von fast vier Jahren, die Heterogenität der Datenquellen sowie die Geolokalisierung der einzelnen Vorfälle. Da die Daten zur Anzahl von Geflüchteten auf Kreisebene nicht veröffentlicht werden, wird die Anzahl der Vorfälle in jedem Landkreis bzw. jeder kreisfreien Stadt je 100.000 Einwohner:innen berechnet.

Von den 8.499 Vorfällen sind 16 % Körperverletzungen bzw. tätliche Übergriffe, 4 % Kundgebungen bzw. Demonstrationen, 3 % Brandanschläge, 74 % sonstige Angriffe und 3 % Verdachtsfälle. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Kartendarstellungen einzig die Häufigkeit repräsentieren, jedoch nicht, wie schwerwiegend die Vorfälle sind. In der »Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle« ist jeder Vorfall ausführlich beschrieben (Amadeu Antonio Stiftung 2019).

4.4 Immobilien der Rechten

Als Ausgangspunkt für die Erhebung extrem rechter Immobilien dienen Daten des Verfassungsschutzes. Betrachtet werden somit Immobilien, bei denen »Rechtsextremisten über eine uneingeschränkte grundsätzliche Zugriffsmöglichkeit verfügen, etwa in Form von Eigentum, Miete, Pacht oder durch ein Kenn- und

6 Zum Beispiel Körperverletzungen, Beleidigungen, Bedrohungen, Brandstiftungen, Sachbeschädigungen, Veranstaltungen, Aufkleber, Sprühereien oder diskriminierende Sprüche.

Vertrauensverhältnis zum Objektverantwortlichen. Weitere Erfassungskriterien sind die politisch ziel- und zweckgerichtete sowie die wiederkehrende Nutzung durch Rechtsextremisten« (Bundesregierung 2018: 2). Nicht erfasst sind Immobilien, die nur vorübergehend von Rechtsextremist:innen oder nicht für politische Zwecke genutzt werden (z.B. Wohnhäuser). Auch Immobilien von Rechten, die nicht eindeutig rechtsextremistisch genutzt sind (z.B. Parteigebäude der AfD), sind nicht Teil der Analyse (vgl. hierzu Domann/Thom 2017).

Die Erfassung der rechtsextremistisch genutzten Immobilien ist eine große Herausforderung, auch für den Verfassungsschutz selbst (Bundesregierung 2018: 2). Dieser teilte im Jahr 2015 mit, dass Rechtsextremist:innen bundesweit über ca. 250 Immobilien verfügen (Bundesregierung 2015: 2). Nach der Vereinheitlichung der Kriterien zwischen Bundes- und Landesbehörden reduzierte sich die Zahl auf 136, von denen aus Gründen des Schutzes von Informant:innen nur 74 aufgelistet wurden (Bundesregierung 2018: 2). Diese Veröffentlichungen des Verfassungsschutzes wurden dahingehend kritisiert, dass sie eine zu geringe Anzahl im Vergleich zu den tatsächlich vorhandenen Immobilien dokumentieren würden (Gensing 2018).

Neben Anfragen im Bundestag sowie diverser Landtage bieten Erhebungen der Zivilgesellschaft eine weitere wichtige Quelle für rechtsextremistisch genutzte Immobilien bzw. vertiefte Details über bekannte Immobilien. Die Erhebungen erfolgen meist auf Landesebene und werden von Journalist:innen, Beratungsstellen oder antifaschistischen Gruppen durchgeführt, so u.a. in Berlin (Müller 2014), Mecklenburg-Vorpommern (Röpke 2015: 190-219), Schleswig-Holstein (An die Substanz o.J.) und Thüringen (Mobile Beratung in Thüringen – MOBIT e.V. 2013).

Da die Daten aus der Antwort der Bundesregierung kaum qualitative Informationen über die Immobilien preisgeben und darüber hinaus nur ein kleiner Teil der erfassten Daten veröffentlicht ist, erfolgte eine Kontaktaufnahme mit einer freien Journalistin mit dem Themenschwerpunkt Rechtsextremismus, um die Datengrundlage quantitativ und qualitativ aufzuwerten. Ziel war es, einerseits mehr Immobilien zu ermitteln, andererseits mehr Informationen über die Nutzungen und Akteur:innen im Zusammenhang mit den Immobilien zu sammeln. Die Journalistin hat eine Abfrage zu rechtsextremistisch genutzten Immobilien in ihrem Netzwerk angestoßen. Ich habe das Ergebnis dieser Abfrage mit der Liste des Verfassungsschutzes kombiniert. Entstanden ist eine Übersicht von Immobilien mit Postleitzahl, Adresse, Ortsteil, Gemeinde, Art des Zugriffs (Eigentum/Miete), Jahr der Aneignung und eine Beschreibung der rechtsextremen Nutzung. Um die regionalen Schwerpunkte zu identifizieren, wird in der Datenbank die Anzahl der Immobilien in den Landkreisen und kreisfreien Städten je 100.000 Einwohner:innen berechnet.

Die Lokalisierung der Immobilien ist in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands aufgrund der Datenverfügbarkeit nicht gleichermaßen erfolgreich:

In Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen können mehr als die Hälfte der vom Verfassungsschutz veröffentlichten Immobilien lokalisiert werden, in Niedersachsen sogar mehr als vom Verfassungsschutz veröffentlicht. In Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen kann dagegen nur ein Bruchteil der Immobilien einem konkreten Ort zugeordnet werden. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kann keine Immobilie verortet werden, obwohl hier sechs bzw. zwei Immobilien laut Verfassungsschutz stehen müssten.

5. Analyse

Ergebnis der großräumlichen geoinformatischen Analyse sind unterschiedliche kartographische Visualisierungen und statistische Analysen zu den drei untersuchten Dimensionen rechter Raumaneynung: Politik, Gewalt und Immobilien. Die Analyse der Indikatoren relativ zur Bevölkerung bestätigt zum Teil verbreitete Thesen: Die neuen Länder fallen bei allen drei Raumaneynungsdimensionen besonders stark auf, ländliche Kreise sowie Regionen mit unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen weisen insgesamt eine höhere Konzentration der Dimensionen auf. In einzelnen Regionen kann insgesamt eine stärkere Ausprägung der rechten Raumaneynung beobachtet werden: Die Stadt Eisenach (Thüringen – siehe dazu Quent und Salheiser in diesem Band) und der Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Sachsen) gehören zu den »Top 15« bei allen drei Raumaneynungsformen. Wenn die Regionen mit den 20 höchsten Werten bei allen drei Kategorien betrachtet werden, sind die Überschneidungen nicht zu ignorieren.

5.1 Heterogenität der Regionen

Erkenntnisreicher und interessanter ist jedoch die differenzierte und offene Betrachtung der kartographischen Visualisierungen und statistischen Ergebnisse. So fallen zwar Kreise in den neuen Ländern, dünn besiedelte Kreise und Regionen mit unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen stärker auf, untereinander bestehen jedoch starke Differenzen. Extrem rechte Parteien sind im Süden Brandenburgs und Sachsen-Anhalts deutlich stärker als im Norden vertreten. Der Osten Thüringens ist – anders als der Westen – eine Hochburg rechter Parteien. In Sachsen erzielen extrem rechte Parteien in allen Landkreisen über- bis stark überdurchschnittliche Ergebnisse mit Ausnahme der Großstädte Leipzig und Dresden.

Abb. 1a: Zweitstimmen für rechte Parteien (in %), auf einer bevölkerungsproportionalen Karte, eigene Graphik

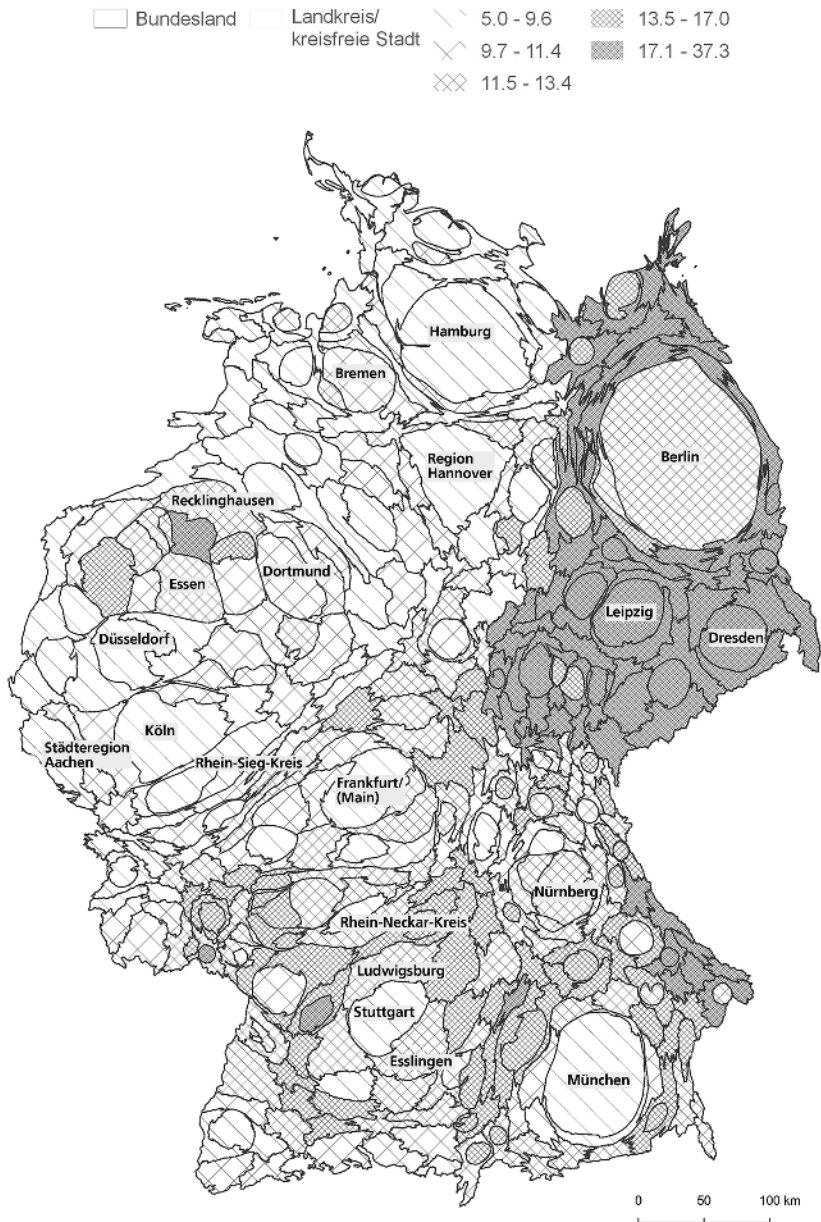
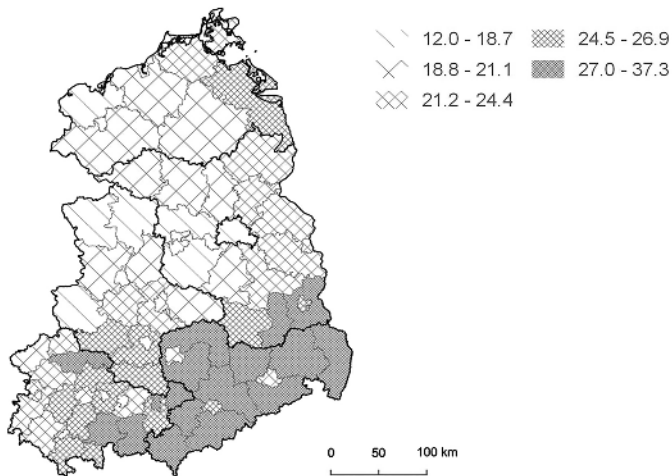
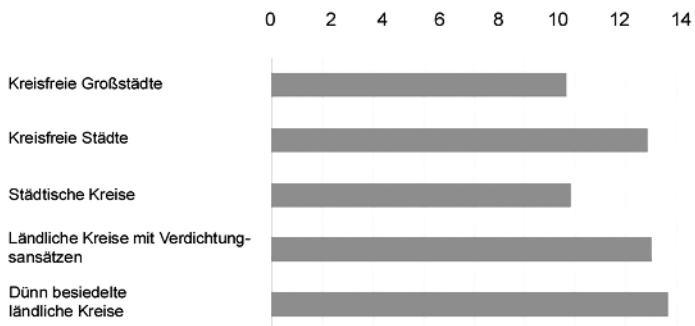


Abb. 1b: Zweitstimmen für rechte Parteien in den neuen Bundesländern (in %), eigene Graphik



Zweitstimmen für rechte Parteien nach siedlungsstrukturellem Kreistyp (in %)



Zweitstimmen für rechte Parteien nach regionalen Lebensverhältnissen (in %)

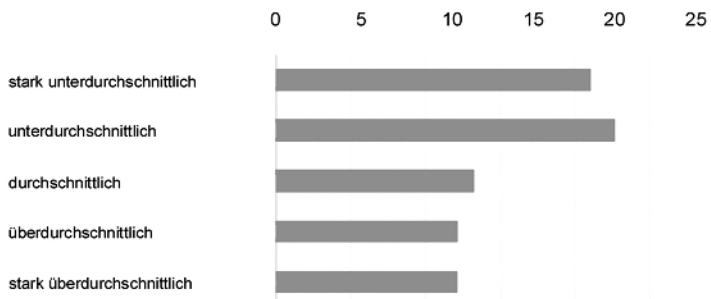


Abb. 2a: Flüchtlingsfeindliche Vorfälle (je 100.000 EW) auf einer bevölkerungsproportionalen Karte, eigene Graphik

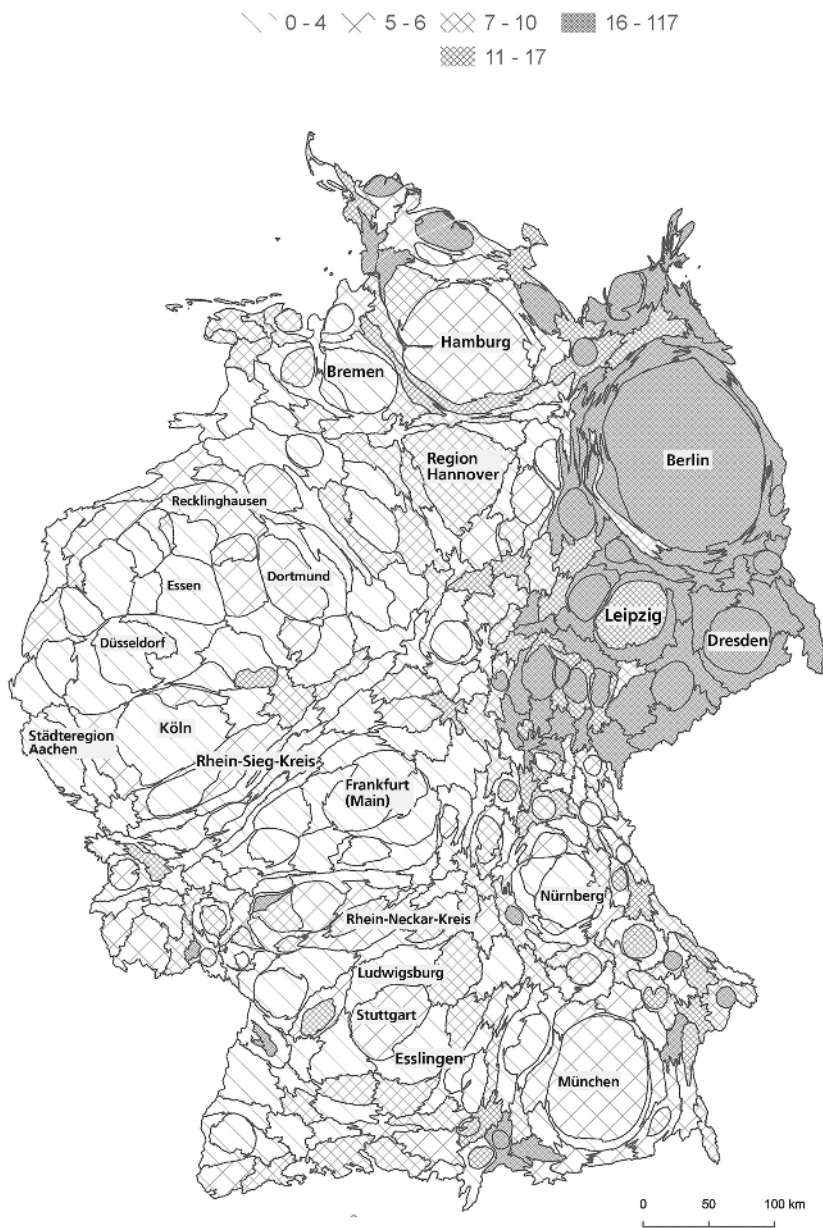
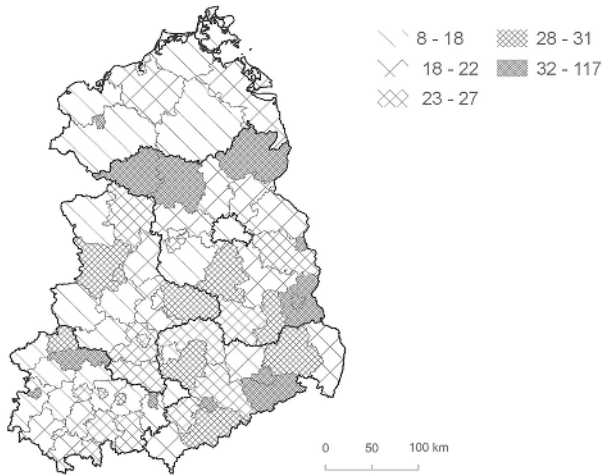
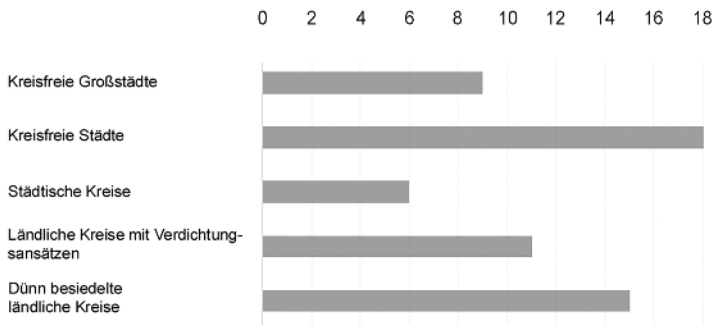


Abb. 2b: Flüchtlingsfeindliche Vorfälle in den neuen Bundesländern (je 100.000 EW), eigene Graphik



Flüchtlingsfeindliche Vorfälle nach siedlungsstrukturellem Kreistyp (je 100.000 EW)



Zweitstimmen für rechte Parteien nach regionalen Lebensverhältnissen (je 100.000 EW)

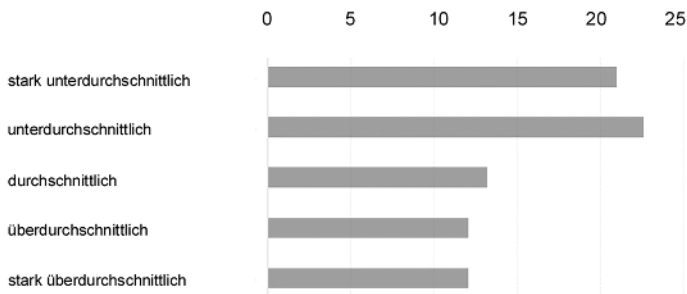
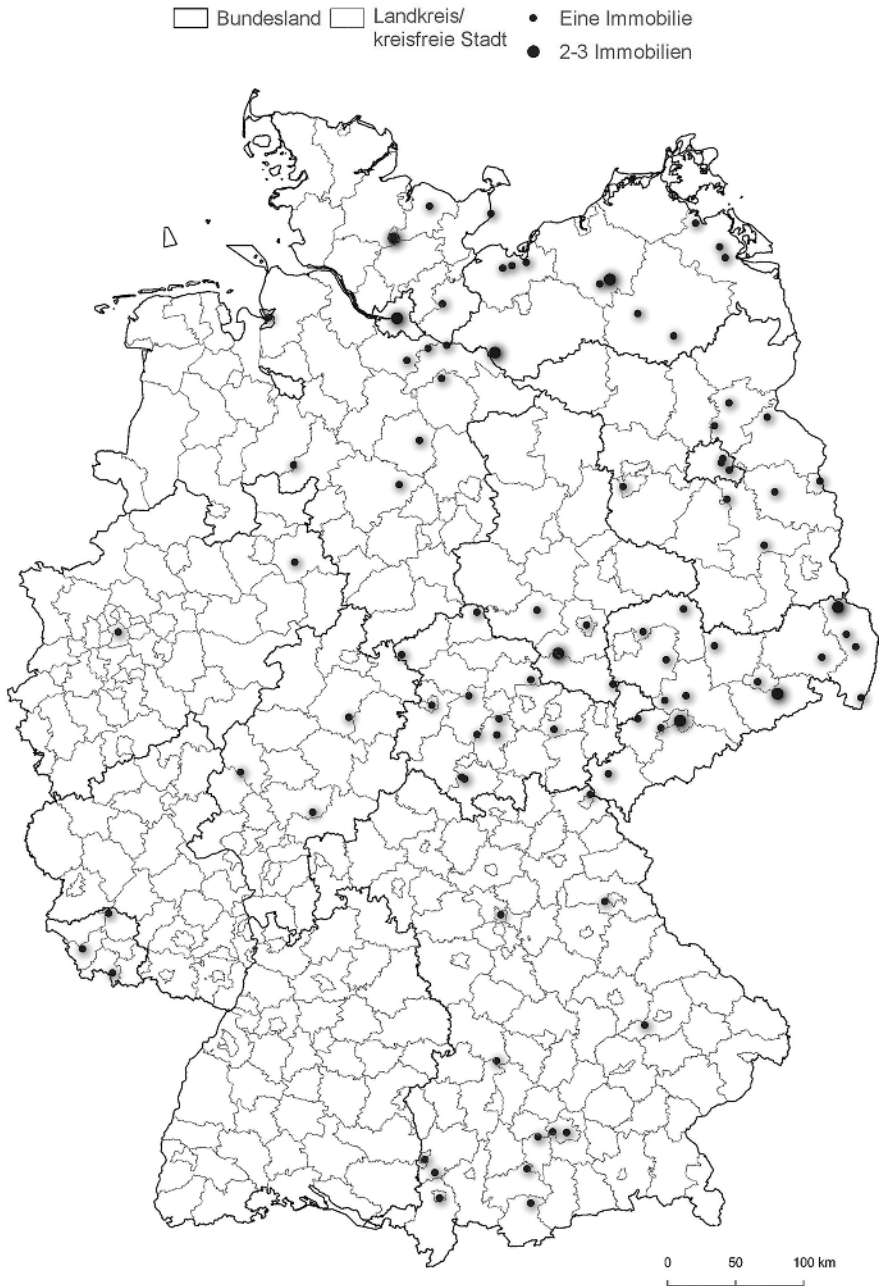


Abb. 3: Rechtsextremistisch genutzte Immobilien, eigene Graphik



Die unterschiedlichen Raumaneynungsformen sind nicht gleich verteilt: Dünn besiedelte ländliche Kreise weisen zwar bei rechter Politik und rechtsextremistisch genutzten Immobilien auch eine deutlich höhere Konzentration auf als städtische Kreise. Dies könnte aber mit niedrigeren Immobilienpreisen in ländlichen Räumen begründet werden. Die Differenzen bei rechter Gewalt (d.h. flüchtlingsfeindliche Vorfälle) hingegen sind jedoch kleiner, was mit der Verteilung der Standorte von Flüchtlingsunterkünften zusammenhängen kann. Die kreisfreie Stadt Neumünster (Schleswig-Holstein) fällt mit der bundesweit höchsten Konzentration von rechtsextremistisch genutzten Immobilien je 100.000 Einwohner:innen (vier) auf, weist bei flüchtlingsfeindlichen Vorfällen und der Wahl extrem rechter Parteien hingegen besonders niedrige Werte auf. Kreisfreie Städte mit weniger als 100.000 Einwohner:innen fallen bezogen auf rechte Raumaneynung fast genauso stark wie ländliche Räume auf, flüchtlingsfeindliche Vorfälle kommen in den kreisfreien Städten sogar am häufigsten vor. Die Häufigkeit solcher Vorfälle ist in kreisfreien Großstädten und städtischen Kreisen hingegen am niedrigsten.

Strukturschwache Regionen (insbesondere in den neuen Ländern), die im Jahr 2000 unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse aufwiesen, deren Lage sich aber bis 2015 auf ausgeglichene Lebensverhältnisse verbesserte (z.B. Sachsen), weisen keine Unterschiede bezüglich dieser Form rechter Raumaneynung auf im Vergleich zu Regionen, die auch im Jahr 2015 unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse verzeichneten. Rechte Raumaneynung ist in beiden überdurchschnittlich stark. In Westdeutschland sind kaum Unterschiede zwischen Regionen mit durchschnittlichen und Regionen mit überdurchschnittlichen bis stark überdurchschnittlichen Lebensverhältnissen auszumachen. Auch in Regionen mit überdurchschnittlichen Lebensverhältnissen findet teilweise rechte Raumaneynung statt.

5.2 Cluster rechter Raumaneynung

Räume, die überdurchschnittlich stark durch rechte Raumaneynungen geprägt sind, befinden sich nicht zwingend an Grenzen von Landkreisen und Ländern und schon gar nicht an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Vielmehr bestehen Cluster von Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, die die oben genannten Grenzen überschreiten, aber auch »Inseln«, die inmitten von Gebieten bestehen, die bezogen auf rechte Raumaneynung nicht auffallen. Eine kleinräumliche Analyse dieser Cluster könnte aufschlussreiche Erkenntnisse liefern. Bezogen auf Stimmen für extrem rechte Parteien können Gürtel von dünn besiedelten Kreisen um Großstädte beobachtet werden, die höhere Stimmenanteile aufweisen als die jeweiligen Großstädte bzw. Zentren. Besonders stark sind diese Gürtel um die Großstädte der neuen Länder sowie um die Metropolen Berlin, München, Frank-

furt am Main, Stuttgart und Hannover ausgeprägt. Auch bei den Immobilien der extremen Rechten ist das Clusterphänomen feststellbar. So bestehen Cluster von Regionen, die die Kreis- und Landesgrenzen überschreiten. Beispiele für die Cluster sind ganz Mecklenburg-Vorpommern, der Osten von Niedersachsen und der Süden von Schleswig-Holstein; der Osten von Brandenburg; der Süden von Sachsen-Anhalt und Bereiche von Sachsen und Thüringen sowie der Südosten von Bayern.

6. Ausblick

Die Datenanalyse auf der Ebene von Landkreisen ist ein Instrument, um potenzielle Schwerpunkte bestimmter Dimensionen radikaler rechter Raumeignung zu identifizieren. Die hier herangezogenen Dimensionen geben bereits wichtige Hinweise auf Aneignungsprozesse und weisen auf mögliche Fallstudiengebiete hin. Für weiterführende Untersuchungen sollte das Indikatorenset für die drei Dimensionen erweitert werden, grundsätzlich können aber auch zusätzliche Faktoren in Betracht gezogen werden. Bei der Dimension *Rechte Politik* könnte ein Indikator zu kommunalpolitischen Wahlergebnissen oder rechtsradikalen Vereinen weitere und ggf. präzisere Erkenntnisse ergeben. Bei der Dimension *Rechte Gewalt* wäre ein Indikator zu Gewalttaten gegen linke Personen oder Institutionen und bei der Dimension *Immobilien der Rechten* auch ein Indikator für Immobilien von Rechtsradikalen denkbar, die nicht als rechtsextrem zu bezeichnen sind. Zudem ist eine Analyse auf verschiedenen räumlichen Ebenen jenseits vordefinierter Raumkategorien unabdingbar, um das Risiko von Pauschalisierung und Stigmatisierung zu vermeiden oder zumindest zu verringern. So könnte sich eine großräumige Datenanalyse zu einem echten Warnsystem für rechte Raumeignung entwickeln. Die GIS-gestützten Analysen können jedoch nicht dazu dienen, rechte Räume zu definieren oder die komplexen Raumeignungsprozesse zu begründen bzw. zu erklären. Ebenso können die genannten Datenanalysen nur bedingt zu einer Entwicklung von geeigneten Strategien zur Verhinderung rechter Räume direkt beitragen. Diese Grenzen machen deutlich, dass Datenanalysen alleine nicht ausreichen, um rechte Raumeignung verstehen zu können. Hier müssen lokale Untersuchungen stattfinden, um die Raumeignung durch Rechtsradikale zu verstehen, ihren Einfluss auf den Alltag und die Mitmenschen nachzuvollziehen und geeignete Strategien gegen rechte Raumeignung und die Entstehung rechter Räume zu finden.

Literatur

- Ameer, Tahera/Hindemith, Stella/Scholz, Tobias (2017): »Angstzonen: Eine sozialwissenschaftliche Annäherung mit Betroffenenperspektiven«, in Echolot e.V., Öffentliche Räume für demokratische Kultur schaffen. Das Potential zivilgesellschaftlicher Umnutzung der Immobilien krimineller Gruppen. Abschlussbroschüre des Projekts Creating public spaces – best practice in the re-use of confiscated assets, S. 18-27.
- An die Substanz (o.J.): An die Substanz. Rechte Infrastruktur aufdecken. Nazis in die Pleite treiben! Kampagne in Schleswig-Holstein, <https://andiesubstanz.noblogs.org/>, letzter Zugriff am 23.12.2018.
- Arzheimer, Kai (2014): »Die Wahl extremistischer Parteien« in Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.): Handbuch Wahlforschung, 2., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 532-561.
- Bahr, Kirsten/Becker, Kati/Meukow, Corinna/Peters, Elisabeth/Mallé, Michael/Ziehl, Andreas (2018): Auf einen Blick: Die Berliner Register zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin, 2. Auflage, Berlin: Koordination der Berliner Register, pad gGmbH.
- Benzing, Anne/Eckel, Annika/Klose, Bianca/Kritter, Sabine/Misbach, Elène/Müller, Matthias/Overdieck, Ulrich (2009): LADENSCHLUSS JETZT! Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremer Infrastruktur, Berlin: Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).
- Berg, Lynn/Üblacker Jan (Hg.) (2020): Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte, Bielefeld: transcript.
- Bernet, Tobias/Bescherer, Peter/Beurskens, Kristine/Feustel, Robert/Michel Boris (2019): »Stadt von Rechts?«, in sub|urban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung, 7 (1/2), S. 7-22.
- Borstel, Dierk (2016): »Die rechte Mobilisierung – eine Gefahr für die Demokratie?«, in GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 65 (2), S. 163-169.
- Borstel, Dierk/Luzar, Claudia/Sundermeyer, Olaf (2012): Rechtsextreme Strukturen in Dortmund. Formationen und neue Entwicklungen – ein Update 2012, Dortmund, Stadt Dortmund, Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2019): Fachinformation zu Teilorganisationen der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) vom 08.03.2019.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2017): Regionen mit stark unterdurchschnittlichen Lebensverhältnissen, <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege/raumentwicklung/2016-2020/ab>

- gehaengte-regionen/abgehaengte_regionen.html, letzter Zugriff am 20.10.2021.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018): Verfassungsschutzbericht 2017, Juli, 359.
- Bundesregierung (2013): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Willi Brase, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD. Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Drucksache 17/14524.
- (2015): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Monika Lazar u.a. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Beschlagnahme und zivilgesellschaftliche Weiterverwendung von durch rechtsextreme Gruppen und kriminelle Netzwerke genutzte Immobilien, Drucksache 18/4819.
- (2017): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Tressel, Britta Haßelmann, Christian Kühn (Tübingen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stärkung strukturschwacher Regionen in Deutschland. Drucksache 18/10951.
- (2018): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 19/186.
- Bundeswahlleiter (2017): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017.html>, letzter Zugriff am 18.04.2021.
- Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deppisch, Larissa/Klärner, Andreas/Osigus, Torsten (2019): »Ist die AfD in ländlichen Räumen besonders erfolgreich?«, in IDZ: Wissenschaft Demokratie, Band 5, S. 75-87.
- Der Tagesspiegel (2006): »Heye: »No-Go-Areas« in Ostdeutschland« vom 17.05.2006, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/rechtsextremismus-heye-no-go-areas-in-ostdeutschland/712324.html>, [letzter Zugriff: 20.10.2021].
- Domann, Valentin/Thom, Alexander (2017): Machtergreifung beim Mettbrötchen. Raumnahme der Neuen Rechten in Westberlin, Berlin: Sozialistische Jugend – Die Falken Landesverband Berlin.
- Döring, Uta (2007): Angstzonen: Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (2014): Handbuch Wahlforschung. 2., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Springer VS.

- Falter, Jürgen W./Winkler, Jürgen R. (2014): »Wahlgeographie und Politische Ökologie«, in Falter/Schoen, Handbuch Wahlforschung, 2., überarbeitete Auflage, S. 135-168.
- Forest, Benjamin (2018): »Electoral Geography. From Mapping Votes to Representing Power«, in *Geography Compass* 12 (1).
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD«, in: *suburban* 7 (1/2), S. 23-44.
- Gensing, Patrick (2018): Rechtsextremismus: Braune Erlebniswelten, tagesschau.de vom 26.01.2018, <http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/rechtsextremismus-immobilien-101.html>, letzter Zugriff 20.10.2021.
- Heitmeyer, Wilhelm (1999): »Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus«, in Kalb, Peter E./Sitte, Karin/Petry, Christian (Hg.), *Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?*, Weinheim/Basel: Beltz, S. 47-79.
- Helal, Abdelrahman (2016): Flüchtlinge und Wohnungsleerstand. Potenziale für die Unterbringung von Flüchtlingen und die Reduzierung des Wohnungsleerstands. Unveröffentlichte Abschlussarbeit, Berlin.
- Kühnert, Nikolaus/Anh-Linh, Ngo/Uhlig, Günther (Hg.) (2019): RECHTE RÄUME. Bericht einer Europareise, ARCH+ Zeitschrift für Architektur und Urbanismus, 235.
- Leibert, Tim/Haunstein, Stefan (2018): »Wahlverhalten macht zunehmende Differenzierung der Gesellschaft deutlich«, in *Leibniz-Institut für Länderkunde, N aktuell*, 12, S. 3.
- Luzar, Claudia/Borstel, Dierk (2016): »Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge«, in Braun, Stephan/Geiler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten*, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 39-53.
- Mobile Beratung in Thüringen – MOBIT e.V. (2013): Handreichung. Nach den Rechten Häusern sehen, Erfurt.
- Müller, Matthias (2014) Rechtsextreme Infrastruktur unter Druck – Berlin rechtsaußen, <https://rechtsausen.berlin/2014/05/rechtsextreme-infrastruktur-unterdruck/>, letzter Zugriff: 3.1.2022.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD – Ursachensuche im Dickicht einer kontroversen Debatte, PRIF Report 5/2019, Frankfurt a.M.
- QGIS Development Team (2019): QGIS Geographic Information System. Open Source Geospatial Foundation Project (Version 2.18/3.47), <https://www.osgeo.org/projects/qgis/>, letzter Zugriff: 3.1.2022.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas/Quent, Matthias (2017): *Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*. Jena: IDZ.

- Röpke, Andrea (2015): Gefährlich verankert. Rechtsextreme Graswurzelarbeit, Strategien und neue Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern. Recherche bis Mitte September 2014, 3. Auflage, Schwerin: SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern.
- Röpke, Andrea (2017): 2017 Jahrbuch rechte Gewalt: Chronik des Hasses, München: Knaur Verlag.
- Schoen, Harald (2014): »Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung«, in Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.), Handbuch Wahlforschung, 2., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 169-224.
- Schulze, Christoph (2016): »Das Säulenkonzept der NPD«, in Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hg.), Strategien der extremen Rechten: Hintergründe, Analysen, Antworten, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 77-100.
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (2015): Rechtsextremistische Aktivitäten gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Berlin, <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/lage-und-wahlanalysen/lageanalyse-aktivitaeten-gegen-fluechtlinge.pdf>, letzter Zugriff: 03.01.2022.
- Trüby, Stephan (2020): »Rechte Räume« in Politische Essays und Gespräche. Gütersloh, Berlin, Basel: Birkhäuser.
- Wiedmann-Schmidt, Wolf (2021): Verfassungsschutz beobachtet AfD nun bundesweit, DER SPIEGEL, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechts-extremismus-verdachtsfall-verfassungsschutz-beobachtet-afd-nun-bundesweit-a-136d80ce-4549-4a23-8174-19ad70f20643>, letzter Zugriff: 3.1.2022.
- Wodak, Ruth (2015): The Politics of Fear. What Right-Wing Populist Discourses Mean, London: Sage.
- Wulff, Morten (2015): QGIS Cartogram, <https://github.com/informer/qgis-cartogram>, letzter Zugriff am 20.10.2021.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019, Bonn: Dietz.

Stickern als Raumaneignungsstrategie: Die Identitäre Bewegung und (antifaschistische) Gegenstrategien in Hamburg

Lilly Altmeyer

1. Einleitung

Wer in Hamburg Stadtviertel wie St. Pauli oder die Sternschanze besucht, kommt nicht umhin, auf Straßenlaternen, Ampelmasten, Mülleimern und Stromkästen eine Vielzahl von Stickern zu bemerken. Neben Stickern von Fußballvereinen und Fangruppen sowie Stickern, die zu Werbezwecken verklebt werden, finden sich auch welche mit politischem Hintergrund. Auch wenn in Hamburg auf den ersten Blick mehrheitlich Botschaften zu finden sind, die im weiteren Sinne politisch links einzuordnen sind, tauchen auch Sticker mit (extrem) rechten Botschaften im öffentlichen Raum auf. Diese Sticker haben vielfältige Einsatzmöglichkeiten. Sie dienen zum Beispiel als Medium der Markierung von Territorien, der Verbreitung politischer Inhalte, der Provokation politischer Gegner:innen oder sind Teil weiterer politischer Strategien.

Zu den Gruppen und Akteur:innen, die mit politischem Hintergrund im öffentlichen Raum Sticker benutzen, gehört auch die extrem rechte Identitäre Bewegung (IB). In einem Interview äußert sich Robert Timms (zit. nach Gogos/Kneser 2017), Mitglied der IB Berlin, wie folgt: »Dann ist es so, dass wir darüber reden können, dass wir den öffentlichen Raum schon verloren haben. Und es geht darum, diese verlorenen Räume wieder zurückzuerobern.«. Mit dieser Aussage macht Timms deutlich, dass es ein Anliegen der IB ist, sich öffentliche Räume (wieder) anzueignen.

Die Ausgangsfrage dieses Beitrags ist, wie Anhänger:innen der IB Stickern (Anm.: *das Stickern*, d. h. das Verkleben von Stickern) als Strategie der Raumaneignung nutzen. Darüber hinaus wird betrachtet, auf welchen Widerstand diese Raumnahmestrategie der IB stößt und wie sich diese politischen Aneignungskämpfe in Hamburg manifestieren. Durch die genauere Betrachtung von Stickern im öffentlichen Raum werden Spuren politischer Aneignungskämpfe sichtbar gemacht. Aus den Praktiken können Rückschlüsse auf Handlungsweisen extrem rechter Akteur:innen auf lokaler Ebene gezogen werden. Im Folgenden wird

zunächst erläutert, wie Stickern in urbanen öffentlichen Räumen in Anschluss an Praktiken wie Graffitiwriting theoretisch eingeordnet werden kann. Um den Forschungsprozess nachvollziehbar zu machen, wird daraufhin die Methodik beschrieben, die bei der diesem Beitrag zugrunde liegenden Erhebung genutzt wurde. Im Anschluss werden die Ergebnisse der Erhebung dargelegt. Hierzu wird zunächst die IB hinsichtlich ihrer Inhalte vorgestellt, dann auf die Stickpraktiken in Hamburg eingegangen und abschließend die Umkämpftheit des öffentlichen Raums analysiert.

2. Stickern als räumliche Praxis

2.1 Theoretische Herleitung

Um die Strategie der IB mit Stickern im öffentlichen Raum in Hamburg untersuchen zu können, wird zunächst herausgestellt, wie die Praktik des Stickerns im öffentlichen Raum begriffen werden kann. Henri Lefebvre (1974: 386ff.) versteht Raum als sozial konstruiert. Damit ist gemeint, dass jede Gesellschaft ihren eigenen Raum produziert (ebd.: 388). In kapitalistischen Gesellschaften, die von »antagonistischen Widersprüchen und Konflikten« (Belina/Michel 2007: 18) dominiert sind, ist die Produktion von Raum immer umkämpft (ebd.). Sie ist dominiert von den Versuchen, den Raum zu formen (Zieleniec 2016: 6). Julia Tulke (2019: 171) interpretiert die Produktion von Raum als »dynamische[s] Produkt eines komplexen Aushandlungsprozesses«. In diesem Produktionsprozess spielen gesellschaftliche Machtverhältnisse eine wichtige Rolle und materialisieren sich im städtischen Raum (ebd.). Durch diese von Macht durchzogene Produktion und Reproduktion entstehen ungleiche Zugänge zum öffentlichen Raum sowie zur Möglichkeit von dessen Aneignung (Etzold 2011: 191ff.). Dieses Ungleichgewicht drückt sich unter anderem darin aus, wem im öffentlichen Raum die Legitimation zur Kommunikation zugesprochen wird.

Tulke (2019: 172) argumentiert, dass durch Akte des Schreibens, des Malens und des Klebens alternative Kommunikationskanäle geschaffen werden, die bestehende Ordnungen unterlaufen. Durch Praktiken wie beispielsweise das Anbringen von Graffiti, Stencils oder Stickern werden selbst autorisierte visuelle und materielle Interventionen in den urbanen Raum durchgeführt, die so neue Möglichkeiten der Kommunikation schaffen und durch die Raum angeeignet werden kann (ebd.: 204). Jenseits von Fragen nach Legitimation und formalem Recht setzen Nutzer:innen so Zeichen im öffentlichen Raum (Bäumer 2009: 111). Über diese Eingriffe in die visuelle Konfiguration der Stadt werden, so Tulke (2017: 204), bestehende ideologische Vorstellungen, die bestimmen, wie urbaner

Raum auszusehen und wer daran teilzuhaben hat, herausgefordert und infrage gestellt.

Tobias Bäumer (2009: 111) interpretiert diese visuellen Eingriffe als subversiv. Er argumentiert auf Basis der Aussagen des Soziologen und Philosophen Jean Baudrillard, der in Städten den Zeichen eine große Bedeutung beimisst. Er sieht die Stadt als »Ort der Produktion von Zeichen und somit von Bedeutung« (Baudrillard 1978: 19f., zit. nach Bäumer 2009: 111) und nicht mehr vorrangig als »Ort der Produktion von Waren« (ebd.). Damit schreibt er auch die Macht in Städten denjenigen zu, die die Zeichen setzen können. Daraus ist abzuleiten, dass sich die Umkämpftheit der Produktion von Raum auch durch das (unbefugte) Setzen von Zeichen in diesem manifestiert. Das Anbringen von Graffiti kann also als Teil von Aneignungskämpfen interpretiert werden. Graffiti werden von Bäumer (2009: 112) als den Untergrund nachhaltig besetzende Zeichen charakterisiert, die ein Stück des Raumes beanspruchen. Er verdeutlicht, dass der Konflikt um Deutungshoheit in den Versuchen, Graffitis zu beseitigen, einen starken Ausdruck findet. Es handelt sich um den Konflikt, wer sich an einem Ort äußern darf und wer nicht (ebd.: 115). Durch das Anbringen und Entfernen von Graffiti entstehen (symbolische) Aneignungen und Verdrängungen im öffentlichen Raum (ebd.: 120). Neben einer Kritik an bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen (ebd.: 111) werden Graffiti auch zur Verbreitung von politischen Botschaften genutzt. Die Verwendung politischer Symbole beim Sprühen kann, laut Bäumer, zum Eindruck symbolisch politischer Hegemonie im öffentlichen Raum führen (ebd.: 120).

In diesem Beitrag wird davon ausgegangen, dass die Argumente bezüglich Graffiti auch auf die Praxis des Stickerns übertragbar sind. Es handelt sich wie beim Malen um eine Praktik, die Aneignungskämpfe im öffentlichen Raum verdeutlicht. Dennoch, zwischen den Medien Graffiti und Stickern existieren in der Verwendung und der Erscheinung im Raum deutliche Unterschiede. Der offensichtlichste Unterschied liegt in der Größe. Während Sticker in kleinen Formaten produziert werden, nehmen Graffiti deutlich mehr Platz ein und lassen sich aus größeren Entfernungen wahrnehmen. Aufgrund der Größe und der Tatsache, dass Sticker vorproduziert werden und selbstklebend sind, können sie schnell angebracht werden. Zum Anbringen eines Graffiti Pieces, also eines größeren Wandbildes, benötigt es Know-how, Equipment und Zeit. Tags nehmen ebenfalls schnell viel Platz ein, können aber ohne viel Können angebracht werden. Allerdings benötigt man auch hier eine Spraydose und die Durchführung ist deutlich auffälliger als das Verkleben von Stickern. Darüber hinaus ist das Anbringen von Graffiti illegalisiert, wodurch nur mit erheblichem Risiko und vornehmlich nachts gemalt werden kann. Stickern ist im Gegensatz dazu eine Praktik, durch die schnell, einfach und niederschwellig Zeichen im öffentlichen Raum gesetzt werden können und die nicht im gleichen Maße wie Graffiti als Sachbeschädigung verfolgt wird.

Der Fokus in diesem Beitrag liegt auf Praktiken extrem rechter Raumnahme durch Stickern und den (linken) Gegenstrategien, die im öffentlichen Raum ausgetragen werden. Das Verkleben von Stickern mit politischen Aussagen wird, basierend auf den dargelegten Überlegungen zu Graffiti, als selbst autorisierte visuelle Intervention in den öffentlichen Raum mit dem Ziel der räumlichen Aneignung interpretiert. Darüber hinaus dient Stickern als Mittel zur Kommunikation und kann einen Eindruck symbolisch-politischer Hegemonie erzeugen.

2.2 Methodisches Vorgehen

Literatur zum Thema lokaler, extrem rechter Stickerpraktiken und entsprechender Gegenstrategien gibt es bislang nicht. Ich habe mich bei der Erhebung am Grundgedanken der Dokumentenanalyse nach Philipp Mayring (1996: 34ff.) orientiert, um Material zu erheben, das von den Akteur:innen selbst geschaffen wurde. Hierzu wurde eine Recherche auf den am weitesten verbreiteten Social-Media-Plattformen Twitter, Instagram und Facebook durchgeführt. Zunächst wurden Beiträge gesammelt, die einen räumlichen Bezug zu Hamburg haben und mit thematisch passenden Hashtags (#) versehen waren (z.B. #hierwurdenazipropagandaüberklebt, #nonazishh, #identitärezerschlagen, #stickerkrieg, #fcknzshh, #noibster). Die Liste der Hashtags wurde während der Erhebung ergänzt, sobald weitere passende auftauchten. Ziel war es, Fotografien von Sticker-Aktivitäten der IB oder aber gegen die IB in Hamburg zu finden. Zwei Accounts von lokalen antifaschistischen Gruppen waren hierbei aufgrund ihrer Dokumentation rechter Versuche der Raumnahme durch Sticker besonders relevant.

Aufgrund der Löschung zahlreicher offizieller Social-Media-Accounts IB-naher Akteur:innen wurde auf den Plattformen kein entsprechendes Material gefunden. Daher wurde auf die Website der IB Deutschland zurückgegriffen, speziell auf den Blog der IB Hamburg, und beide Seiten wurden nach Bezügen zu Stickern untersucht, um Einblick in die Perspektive von Akteur:innen der IB zu erlangen und deren Handeln in Hamburg beleuchten zu können. Im März 2021 (circa ein Jahr nach der Erhebung auf der Website der IB Deutschland) ist der Blog der IB Hamburg mit allen Einträgen nicht mehr aufrufbar. Die Gründe sind mir nicht bekannt.

Zusätzlich wurden systematische und alltagsbegleitende Beobachtungen im öffentlichen Raum durchgeführt und fotografisch dokumentiert. Am 21. April 2020 wurde eine nicht-teilnehmende Beobachtung nach Bettina Beer (2008: 169) durchgeführt, bei der Sticker im Bereich des Campus der Universität Hamburg (UHH) systematisch dokumentiert wurden. Der Ort wurde gewählt, da in der Recherche öffentlicher Raum rund um Gebäude der UHH in Bezug auf Sticker immer wieder als besonders umkämpfter Raum in Erscheinung trat. Hierbei wurde vorher festgelegt, dass nur Sticker dokumentiert werden, die inhaltlich der IB zu-

geordnet werden können, Inhalte gegen die IB transportieren oder andere politische Hintergründe haben und überklebt oder angekratzt wurden.

Zur Dokumentation der Umkämpftheit des Raumes wurden alltagsbegleitend Sticker-Aktivitäten in Hamburg fotografiert, die dies illustrieren. Dieses Vorgehen unterlag keiner Systematik und bildet somit auch nur Teile Hamburgs ab. Bei der gesamten Erhebung im öffentlichen Raum spielt der Zeitpunkt der Erhebung eine wichtige Rolle, da Sticker wenig langlebig und leicht zu entfernen sind. Um die Art und Weise der Umkämpftheit des Raumes besser zu verstehen, habe ich im Rahmen meiner Forschung zudem ein Interview mit einer im antifaschistischen Spektrum aktiven Person geführt. Ziel des Interviews ist es, Einblicke in Widerstandspraktiken gegen extrem rechte Raumnahme durch Sticker in Hamburg zu erlangen. Um dem expliziten Wunsch nach Anonymität nachzukommen, wird hier nicht erwähnt, in welchem Stadtteil Hamburgs die Gruppe aktiv ist. Die interviewte Person hat sich zudem im Vorfeld des Interviews mit anderen Mitgliedern ausgetauscht, um die eigene Wahrnehmung zu überprüfen und gegebenenfalls andere Erfahrungen miteinzubringen. Die Erhebung fand im Zeitraum zwischen Oktober 2019 und Mai 2020 statt.

3. Fallstudie Hamburg

3.1 Die IB: Inhalte und Praxen

Um das anschließend diskutierte Material einordnen zu können, wird die IB hier zunächst kurz hinsichtlich ihrer Inhalte und ihrer Praxis vorgestellt. Die extrem rechte IB tritt seit 2012 im deutschsprachigen Raum in verschiedenen Kontexten in Erscheinung. Sie stellt sich selbst als patriotische Jugendbewegung dar, die sich der sogenannten »Neuen Rechten« zuordnen lässt (Bruns et al. 2018: 68). Neben den Gruppen aus dem deutschsprachigen Raum, auf denen hier der Fokus liegt, sind auch in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel in Frankreich und Großbritannien, identitäre Gruppen aktiv (Boehnke 2019: 89). Innerhalb der »Neuen Rechten« sticht die IB einerseits wegen ihrer jungen Zielgruppe und andererseits wegen ihrer Aktionsweise hervor (Bruns et al. 2018: 68). Sie setzen beispielsweise auf Besetzungen, Flashmobs, Graffiti und die Verbreitung von Plakaten, Stickers und Transparenten (ebd.: 281ff.).

Die IB ist eine kulturessentialisierende und völkische Gruppierung und bekennt sich zum Konzept des Ethnopluralismus (Boehnke 2019: 89ff.). Das Konzept beschreibt die Vorstellung einer kulturell und ethnisch homogenen Gesellschaft, die einen »angestammten« Raum bewohnt und sich damit von seinem Außen klar entlang von (staatlichen) Grenzen trennt. Die Ursache globaler Probleme wird im Aufeinandertreffen von verschiedenen Kulturen gesehen (ebd.). Darum ist es Ziel

der IB, Kulturen räumlich zu trennen (Bruns et al. 2018: 228). In ihrem Konzept werden Individuen über Kollektive definiert (ebd.), in diesem Fall über die Zugehörigkeit zu einer Kultur (ebd.: 229). Kulturen werden als homogene Gemeinschaften begriffen, deren Mitglieder im Grunde das »gleiche Streben, die gleichen Ziele und Vorstellungen« (ebd. 229) haben: »Zusammengefasst: Ethnopluralismus wendet sich gegen multi-, inter- oder transkulturelle und plurale Gesellschaften. ›Kultur‹ und ›Nation‹ werden als ethnisch homogene Einheit verstanden, die es zu schützen gilt« (ebd.: 230).

Eine multikulturelle Gesellschaft wird zum Feindbild stilisiert. Die IB bezieht sich hauptsächlich auf die Präsenz von Menschen muslimischen Glaubens in europäischen Ländern (Grigori/Trebing 2019: 140). Sie befürchten, dass durch die europäische Einwanderungspolitik ein geplanter »großer Austausch« stattfindet, bei dem die einheimische Bevölkerung durch Menschen »anderer« ethnischer und kultureller Herkunft ausgetauscht wird (Boehnke 2019: 94). Dieser vermeintlichen »Islamisierung« und »Überfremdung« soll die sogenannte »Reconquista« (Bruns et al. 2018: 70) entgegenwirken. Damit bezieht sie sich auf die Rückeroberung der iberischen Halbinsel der muslimischen Herrschenden zwischen 722 und 1492 durch die christlichen Nachfahr:innen der Westgot:innen (ebd.). Ziel der IB ist es also, Europa »zurückzuerobern«, was unterstellt, dass Europa bereits muslimisch besetzt sei.

Die ersten IB-Gruppen wurden in Deutschland 2012 gegründet (Bergem 2019: 262). Der Impuls, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern auch, ging von der französischen *Génération Identitaire* aus (Bruns et al. 2014: 67). Seitdem hat die IB durch Aktionen auf sich aufmerksam gemacht, die ihre Ideologie klar nach außen transportieren. 2016 haben Mitglieder der IB beispielsweise das Brandenburger Tor in Berlin besetzt und Spruchbänder mit der Aufschrift: »Sichere Grenzen – sichere Zukunft« angebracht. Sie bekannten sich durch ein weiteres Banner und Flyer zur Aktion (Welt 2016) und richteten sich damit gegen vermeintliche »Überfremdung« und »Islamisierung« (ebd.). Aktionen finden regelmäßig im öffentlichen städtischen Raum statt.

Die Beziehung zwischen der extremen Rechten und Städten ist ambivalent. Einerseits existiert eine historisch verwurzelte Abneigung gegen städtisches Leben, das sich durch »nationale, ethnische und kulturelle Diversität« auszeichnet (Bescherer et al. 2019: 15), andererseits wird anerkannt, dass Städte in politischen Kämpfen zentral sind (ebd.: 9). Diese Perspektive auf Stadt findet sich auch bei der IB wieder. Martin Sellner, zentrale Figur der IB in Österreich, versteht die Präferenz des Landlebens; sieht aber trotzdem die Notwendigkeit, in der Stadt zu bleiben, um den stattfindenden »Infokrieg« führen zu können und die Städte nicht den »Fremden« zu überlassen (ebd.: 16). Städte werden als »Bühne der Selbstdarstellung« und als »Kampffeld« wahrgenommen und sollen den Feind:innen, also Menschen mit Migrationsgeschichte und linker Weltanschauung, nicht überlas-

sen werden (ebd.: 37). Dies deckt sich auch mit der anfangs zitierten Aussage von Robert Timms und es wird deutlich, dass die Stadt im Handeln der IB zentral ist. Die Aktionen der IB finden vermehrt in Großstädten statt – auch in Hamburg.

Laut Hamburger Verfassungsschutzbericht 2020 engagieren sich in der Hamburger IB-Gruppe ungefähr 25 Personen (Landesamt für Verfassungsschutz 2020: 209). Die Gruppe fällt dabei immer wieder durch öffentlichkeitswirksame Aktionen auf. Im Mai 2019 wurden auf Ortseingangsschildern Aufkleber angebracht, die die Aufschrift auf Arabisch übersetzten (IB Deutschland 2019a). Im dazugehörigen Blogartikel wird thematisiert, dass in Hamburg die Islamisierung voranschreite und die Aktion darauf aufmerksam machen wolle (ebd.). Eine weitere Aktion fand im Februar 2019 statt, bei der Flyer im Bereich des Steindamms verteilt wurden (IB Deutschland 2019b). Der Steindamm zeichnet sich durch eine Vielzahl von Geschäften mit beispielweise türkischem Sortiment aus. Von der IB wird befürchtet, dass in Hamburg sogenannte »No-go-Areas« entstünden. Die IB nutzt diesen Begriff, um Räume zu beschreiben, die sie selbst als muslimisch geprägt sieht und denen sie unterstellt, unsicher für »Deutsche« zu sein, und kehrt damit seine gängige Nutzung als »Angstraum« für von extrem rechter Gewalt bedrohte Menschen fundamental (Bürk 2012: 240ff.). Der Steindamm wird in ihren Flyern als »No-Go-Area« beschrieben, da hier angeblich »Salafisten[-] Demonstrationen« stattfänden und Drogendealer:innen aktiv wären (ebd.). Bei beiden exemplarischen Aktionen zeigt sich der antimuslimische Rassismus der IB. Insgesamt kritisieren sie mit ihren Aktionen vornehmlich Migrationspolitik und »Islamisierung«, aber auch »linke Gewalt«.

Durch das erhobene Material wird deutlich, dass die IB mit ihren Aktionen ihr ideologisches Fundament in die Öffentlichkeit zu tragen versucht. Die verachtete Multikulturalität wird als Gefahr diffamiert und die Bedrohung in der »Islamisierung« gesehen; wobei der Islam als das Feindbild schlechthin stilisiert wird. Hier spiegeln sich die Vorstellungen einer ethnopluralistischen Gesellschaft wider.

Sticker erfüllen für die IB einen wichtigen Zweck beim Transport ihrer Inhalte in den öffentlichen Raum. Vertrieben werden sie hierfür beispielsweise direkt über den IB-Onlineshop. Zu beziehen sind Sticker mit den Aufschriften: »EUROPA, JUGEND RECONQUISTA!«, »0% RASSISMUS 100% IDENTITÄT«, »Multikulti ist eine Lüge!« oder »WEHR DICH ES IST DEIN LAND!«. Aus der Betrachtung der Sticker lässt sich folgern, dass die IB beim Design farblich auf Gelb, Schwarz und Weiß setzt und damit dafür sorgt, dass die Sticker zugeordnet werden können. Außerdem wird beim gesamten für diesen Beitrag betrachteten Material das große Lambda (Λ) als Logo verwendet. Das Lambda wird in Anlehnung an das Symbol der Spartaner genutzt und so auf den Kampf der Griechen gegen das persische Reich 480 v. Chr. Bezug genommen (Bergem 2019: 263). Julian Bruns, Kathrin Glösel und Natascha Strobl (2018: 269) bezeichnen dies als Corporate Identity der IB, die »über Farbwahl, Bezugnahmen und Ästhetiken« funktioniere. So werde

ein hoher Wiedererkennungswert erzeugt (Steckner 2013: 23, zit. nach Bruns et al. 2018: 269). Tobias Bäumer (2009: 120) argumentiert darüber hinaus, dass durch die Verbreitung von politischen Symbolen der Eindruck einer politisch symbolischen Hegemonie in entsprechenden Räumen hergestellt werden kann. Da die IB durch die Verwendung eines einheitlichen Corporate Designs auf ihren Stickern eine Zuordnung möglich macht, kann dieses Bestreben ebenfalls vermutet werden.

Auffallend an den betrachteten Stickern ist außerdem die häufige Verwendung des Possessivpronomens »unser«: »Unser Land«, »unsere Heimat«, »unsere Tradition«, »unsere Werte«. Damit wird die Vorstellung einer kulturell und ethnisch homogenen Gesellschaft deutlich, die offensichtlich als Gemeinschaft ein Anrecht auf Land, Heimat und Tradition sowie die Definitionshoheit darüber hat, welche »Werte« der Gesellschaft zugrunde liegen sollen. Durch das physische Markieren von Raum durch Sticker wird dieses Gefühl von Kollektivität an einen Ort gebunden und damit räumlich erfahrbar. Aus dem abstrakten Raum, den die IB vom »Fremden« zurückerobert will, wird ein konkret markierter Raum. Auch städtische öffentliche Räume werden zu Orten, die von der IB durch Sticker mit der eigenen Ideologie verknüpft werden.

3.2 Umkämpfte Räume in Hamburg

Die Dichte an Stickern im öffentlichen Raum in Hamburg ist je nach Viertel unterschiedlich hoch. Besonders die Stadtteile Sternschanze und St. Pauli fallen durch die hohe Zahl an Stickern, Plakaten und Graffiti auf. Hier dominieren linke Botschaften, was den linken Anspruch an die Viertel unterstreicht. Ein Anspruch, der insbesondere auch durch die etablierten linken Strukturen (Rote Flora, Stadtteilinitiativen, Hausprojekte etc.) unterstrichen und begründet wird. Eine gewisse symbolisch-politische Hegemonie ist in diesen Stadträumen evident, was aber, so ist wichtig zu betonen, nicht zwangsläufig Rückschlüsse auf die Bewohner:innenschaft zu ziehen erlaubt. Bäumer (2009: 120) führt die Sternschanze als Beispiel hierfür an. Diese sei stark von Gentrifizierungsprozessen betroffen, wodurch die vormalige »Hochburg der HausbesetzerInnen- und Alternativenszene« heute eher von linksliberalen Besserverdiener:innen bewohnt werde. Trotzdem seien linksradikale Botschaften im öffentlichen Raum ubiquitär. Auch andere Viertel mit einer geringeren Dichte an Stickern vermitteln auf den ersten Blick eine Hegemonie linker Botschaften, unter anderem gegen extrem rechte Gruppierungen.

Im Expert:inneninterview beschreibt die befragte Person verschiedene Möglichkeiten, Sticker gegen extrem rechte Akteur:innen zu nutzen. Die Verbreitung von Stickern mit bildlichen und verbalen Botschaften gegen Gruppierungen wie die IB werden als Weg gesehen, Widerspruch im öffentlichen Raum zu platzie-

ren. Ein Ziel ist hierbei, durch das Zeigen von Präsenz das »Sicherheitsgefühl« von Rechten zu zerstören.

Für diesen Beitrag ist relevant, wie sich Aneignungskämpfe zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen im öffentlichen Raum manifestieren. In diesem Zusammenhang hat der:die Befragte von drei Möglichkeiten gesprochen, die angewandt werden können, wenn im öffentlichen Raum ein Sticker entdeckt wird, der Inhalte transportiert oder von Gruppierungen stammt, denen widersprochen wird: das Überkleben mit anderen Stickern, das Abziehen und das Ankratzen des betroffenen Stickers.

Das Überkleben mit Stickern mit eigenen Botschaften wird hierbei von der interviewten Person als unmissverständlicher Widerspruch gesehen. Mehrere Personen sind hierbei adressiert: Neben dem Menschen, der den Sticker verklebt hat, sind auch Personen, die den überklebten Sticker bereits vor der Überklebung wahrgenommen haben oder den ursprünglichen Sticker noch identifizieren können, in der Lage, den Widerspruch zu erkennen. Gleichzeitig kann durch den verwendeten Sticker ebenfalls ein politischer Inhalt platziert und Präsenz gezeigt werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Ankratzen beziehungsweise teilweisen Abziehen eines Stickers. Der Widerspruch wird hier ebenfalls deutlich. Der politische Standpunkt, von dem aus kritisiert wird, bleibt aber unbekannt. Wird ein Sticker vollständig entfernt, kann der Widerspruch schwieriger erkannt werden, da die Spuren nicht mehr sichtbar sind und damit nicht mehr wahrgenommen werden können. Nur die Reste der Sticker können gegebenenfalls von Betrachter:innen interpretiert werden.

Die eigene empirische Aufarbeitung verdeutlicht diese Umkämpftheit in Hamburg. So konnte eine ganze Reihe von Fällen identifiziert werden, wo Überklebungen rechten Materials durchgeführt wurden und/oder rechte Sticker angekratzt wurden. Auf Accounts der antifaschistischen Gruppe *Antifa 22309* (Anm.: 22309 ist die Postleitzahl des Hamburger Stadtteils Steilshoop) lassen sich mehrere Posts mit direktem Bezug zu Stickern der IB finden. In Beiträgen wird auf Viertel und Straßenzüge hingewiesen, in denen rechte Sticker vermehrt auftauchen oder aufgetaucht sind. Beispielhaft ist der folgende Tweet, in dem auf Aktivitäten der IB hingewiesen wird: »In #Dulsberg werden seit kurzer Zeit immerwieder [sic!] Materialien der Identitären gefunden und beseitigt. Augen offen halten! #nonazishh« (*Antifa 22309 2017*, Rechtschreibfehler im Original).

Auf den beigefügten Bildern finden sich unter anderem Tags des IB Logos, die überklebt oder wiederum mit Tags übermalt wurden. Bei den Stickern handelt es sich um Material, das sich aufgrund der Aufschriften der *Antifa 22309* zuordnen lässt. Teilweise können unter den Stickern Überreste von älteren Stickern erahnt werden, die dem Tweet zufolge Sticker der IB sind. Drei weitere Bilder zeigen Tags an Stromkästen oder anderem städtischen Mobiliar, die überschrieben wurden. Der Tag der IB ist trotzdem noch erkennbar.

Auf dem Account der *Antifa 22309* wurden in den letzten Jahren immer wieder Beiträge zu extrem rechten Stickern oder Tags gepostet und die IB wurde mehrmals als Akteurin erwähnt. Viele der Beiträge verweisen auf Orte in der Nähe der Stadtteile, in denen die Gruppe hauptsächlich aktiv ist (Steilshoop, Bramfeld, Barmbek-Nord). Das im Tweet erwähnte Quartier Dulsberg grenzt an Barmbek-Nord.

Auch im Interview mit einer in einer antifaschistischen Gruppe aktiven Person wurde von Vorkommnissen im Hamburger Stadtteil Dulsberg berichtet. Im Umfeld der S-Bahnstation Friedrichsberg seien Sticker und ein Tag der IB aufgefallen. Die interviewte Person beschreibt, dass in einem Umkreis von ungefähr 400 Metern 40 Sticker sowie ein Tag gefunden wurden. Der Tag wurde zeitnah übermalt und die Sticker mehrheitlich abgekratzt und vereinzelt überklebt. Sticker ballten sich an manchen Orten und wurden teilweise in großer Höhe angebracht. Im Interview wird verdeutlicht, dass es sich bei der Aktion um ein geplantes Vorgehen gehandelt haben müsse. Gleiches gilt für die Gegenaktion, die zum Ziel hatte, so die aktive Person, die Präsenz der IB im öffentlichen Raum zurückzudrängen. Gemäß Aussagen im Interview sind die gesteigerten Aktivitäten der IB in diesem Viertel darauf zurückzuführen, dass mehrere der Bewegung nahestehende Personen dort lebten. Die Person betont aber auch, dass es sich um kein rechtes Viertel handeln würde, zumal auch linke Gruppen Aktivitäten entfalten würden.

Abb. 1: Überklebte und/oder angekratzte Sticker in Ottensen vom 10.04.2019, verfügbar unter: <https://twitter.com/AntifaAltonaOst/sta-tus/111591789883550208>



Ein weiteres Beispiel dafür, dass sich Umkämpftheit von öffentlichem Raum durch Stickern manifestiert, kann anhand des Twitter-Accounts der Gruppe *Anti-fa Altona Ost* gezeigt werden. In der Abbildung 1 ist erkennbar, dass mit zwei Stickern der IB (Farben Schwarz, Gelb, Weiß) andere Sticker überklebt wurden, von denen nur noch kleine Teile sichtbar sind. Die IB-Sticker wurden dann ihrerseits mit Stickern überklebt, die den Schriftzug »Hier wurde NAZIPROPAGANDA überklebt!« tragen. Außerdem lassen sich zwei rot-schwarze Fahnen in einem Kreis erkennen, die von antifaschistischen Gruppen als Logo benutzt werden. Der obere dieser Sticker wurde angekratzt und ist nicht mehr zu entziffern. Der Post erklärt, dass die Sticker im Hamburger Stadtteil Ottensen gefunden wurden. Ottensen liegt im Osten des Bezirks Altona und nah an den linken Stadtteilen St. Pauli und Sternschanze. Wenn auch nicht im selben Ausmaß wie in den beiden letztgenannten Stadtteilen, lassen sich auch in Ottensen, nach eigenen Beobachtungen, primär linke Sticker finden.

Auf der ebenfalls für die Analyse herangezogenen Website der IB finden sich Berichte über eine am Campus der Universität Hamburg (UHH) durchgeführte Aktion. Im Eintrag vom 6. April 2018 wird das Vorgehen beschrieben:

»Vorerst beschränken sich die Mitstreiter darauf, im Umfeld der Universität für die Sache der Identitären Bewegung zu werben und auf die IB Hamburg aufmerksam zu machen. Dazu verklebten identitäre Aktivisten letzte Woche dutzende Plakate und Aufkleber. [...] Dass dies erste Erfolge zeigt und den patriotischen Studenten der UHH die Botschaft vermittelt, dass sie nicht alleine mit ihrem Denken sind, zeigt der Zulauf, den wir aus studentischen Kreisen erhalten.« (IB Deutschland 2018)

Hier wird deutlich, aus welchen Gründen Mitglieder der IB Sticker nutzen. Einerseits soll für ihre Inhalte geworben und Anhänger:innenschaft generiert werden; andererseits ist es ihr Ziel, an der UHH mithilfe der Sticker und Plakate Präsenz zu zeigen und somit Gleichgesinnten zu signalisieren, dass Mitglieder der Gruppierung dort aktiv sind. Bruns, Glösel und Strobl (2018: 69) führen außerdem an, dass Medien wie Flaggen, Graffiti und Sticker strategisch genutzt werden, um Präsenz zu markieren und potentielle Gegner:innen sowie Andersdenkende zu verunsichern.

Sowohl dieser Eintrag auf der IB-Website als auch ein Hinweis im Interview waren Anlass für eine systematische Beobachtung im Umkreis von Gebäuden der UHH. Die höchste Konzentration an Universitätseinrichtungen findet sich zwischen dem Grindelviertel und Rotherbaum (Universität Hamburg o.J.). Im Interview wurde auch dieser Bereich als zentraler Aktionsraum der IB benannt, weshalb ich darauf fokussierte.

An mehreren Stellen habe ich geballt Sticker der IB gefunden. Diese waren jedoch bereits angekratzt und/oder überklebt worden, sodass sie nur noch mit Vorwissen erkennbar waren. Auffallend war auch, dass zahlreiche Sticker, die politisch links einzuordnen sind, teilweise abgezogen worden waren. Vereinzelt wurden linke Sticker mit rechten überklebt, die aber ihrerseits bereits wieder teilweise abgezogen worden waren. Trotz der gebündelten Aktion der IB verdeutlicht meine Beobachtung, dass die Mehrheit der vorgefundenen Sticker nach wie vor entweder politisch links zu verorten ist oder keinen (erkennbaren) Bezug zu politischen Inhalten hat. Dieses Hin und Her von Kleben, Überkleben und Abziehen/Entfernen zeigt, dass versucht wird, Präsenz an der UHH von rechter Seite zu zeigen, und dass der Raum umkämpft ist. Studierende werden als Zielgruppe für rechte Propaganda identifiziert, was zum Selbstverständnis der IB als intellektuelle Jugendbewegung passt (Batzner 2019: 115). Das Umfeld der UHH ist links geprägt und in der Hochschulpolitik sind viele linke Gruppen aktiv. Aktionen wie die beschriebene der IB können also sowohl als Provokation des linken Milieus als auch als Versuch aufgefasst werden, dort Territorium zu beanspruchen.

Insgesamt tauchen die Sticker an unterschiedlichen Orten in Hamburg auf und können nur im Fall der UHH wegen der medialen Nachbereitung direkt auf die Ortsgruppe der IB in Hamburg zurückgeführt werden. Das restliche Material stammt von einem diffusen Personenkreis, der entweder ebenfalls von der IB-Ortsgruppe koordiniert handelt oder lediglich durch die Verbreitung des Materials die Zustimmung zu den Inhalten und Sympathie für die IB ausdrückt. Über die Sticker, die die IB selbst in ihrem Onlineshop vertreibt, wird die Ideologie reproduziert und in die Öffentlichkeit getragen.

Die Stadtteile, in denen die Sticker auftauchten, unterscheiden sich nach Lage und Zusammensetzung der Bewohner:innenschaft und auch die identifizierbaren Motive des Stickerns sind unterschiedliche. Während an der UHH sowohl die dominanten linken Vorstellungen provoziert als auch der Ort als eigenes Territorium markiert werden soll, sind die Intentionen an anderen Orten schwieriger zu interpretieren. Dulsberg und Ottensen sind Stadtteile, in deren Umgebung Antifa-Ortsgruppen (*Antifa 22309* und *Antifa Altona Ost*) aktiv sind, die sich unter anderem durch aktives Stickern auszeichnen. Die Stickeraktionen der IB oder ihnen nahestehender Personenkreise können hierbei als gezielte Provokation auf den linken Anspruch an die Orte verstanden werden und sind somit ein Versuch rechter Reterritorialisierung. Die Antifagruppen reagieren darauf, indem sie die Aktionen öffentlich machen und die Sticker gezielt überkleben oder entfernen. Das Öffentlichmachen dient einerseits der Dokumentation, andererseits aber auch der aktiven Zurückweisung der Versuche der Raumnahme durch die IB.

Auffallend bei der Analyse des Materials ist, dass auf den von der IB bereitgestellten Stickern keine direkten Bezüge zu Hamburg hergestellt werden und wenig auf lokale Politik abgezielt wird. Diese fehlenden räumlichen Bezüge stehen

im Kontrast zu linken Stickern, die teils durch Namen der Stadtviertel und deren Postleitzahlen lokale Zugehörigkeit demonstrieren.

Bei den beschriebenen räumlichen Manifestationen dieser räumlichen Aneignungskämpfe handelt es sich jedoch immer nur um Momentaufnahmen und so spielt Temporalität eine wichtige Rolle, die im Rahmen dieser Arbeit nur bedingt erfassbar ist. In den Auseinandersetzungen um Raum stellt Stickern eine kontinuierliche Praktik des Klebens, Überklebens, Abkratzens und Ankratzens dar. Fast das gesamte gesammelte Material zeigt Spuren solcher Auseinandersetzungen. Diese Spuren materialisieren sich im Raum auf Zeit und werden so zeitweise erfassbar. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, in welchem wechselseitigen Zusammenhang virtueller und Straßenraum stehen. Beim Aktionismus der IB, so beobachtet Daniel Hornuff (2019: 25), verschwimmen »mediale Postproduktion« und die eigentliche Präsenz im öffentlichen Raum – die Aktionen werden teilweise explizit für Social-Media-Auftritte zugeschnitten und erhalten dort eine deutlich längere Dauer, als die bisweilen kurzen Aktionen vor Ort es jemals könnten. Der öffentliche Raum dient, so seine Annahme, als Kulisse, um wirksame Bilder zur Verbreitung auf Social Media zu erzeugen (ebd.). In gewisser Weise gilt dies auch für das Stickern, da es sich dabei um eine genuin lokale Praktik mit eingeschränkter Reichweite handelt. Die Bedeutung des Stadtraums für die IB kommt sodann auch darin zum Ausdruck, welche Aktionen online verarbeitet wurden. Es handelt sich im Wesentlichen um innerstädtische, hochfrequentierte und bekannte Orte in Hamburg (Mönckebergstraße, Landungsbrücken, Michel). Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass bewusst Orte mit hohem Wiedererkennungswert gewählt wurden, um dort Bilder zur Verwendung im Internet zu erzeugen. Sticker werden auch von der IB, so kann mit Tulke (2019) argumentiert werden, als selbst autorisierte visuelle und materielle Intervention in öffentlichen Raum sowie als Medium der Rauman eignung und zur Schaffung von Möglichkeiten der Kommunikation genutzt. Darüber hinaus sind Sticker für die IB eine Möglichkeit zur Selbstinszenierung und Mittel, um einen Eindruck auf eine politisch-symbolische Hegemonie zu erzeugen. Dieser Anspruch auf Hegemonie wird in Hamburg jedoch praktisch im Ringen um Raum zurückgewiesen, deutliches Zeichen dafür sind das beständige Überkleben und Ab- und Ankratzen der Sticker in öffentlichen Räumen in Hamburg sowie die mediale Verbreitung dieser Aktionen.

4. Fazit

Die Betrachtung und Analyse von Spuren des Stickerns im öffentlichen Raum und dessen Aufbereitung im virtuellen Raum kann Aufschluss darüber liefern, ob Raumnahmeveruche von extrem rechten Akteur:innen stattfinden, in wel-

chen Räumen dies geschieht und welche Räume als wichtig angesehen werden. Beim Stickern handelt es sich demnach um Aneignungskämpfe im öffentlichen Raum, die von der IB zumindest in meinem Untersuchungszeitraum aktiv forciert werden. Insgesamt versucht also die IB, ihr Ziel der Rückeroberung des öffentlichen Raums (vgl. Timms zit. nach Gogos/Kneser 2017) auch mit dem Einsatz von Stickern zu erreichen. Für Hamburg konnte ich diese Umkämpftheit an konkreten Orten wie Dulsberg oder im Umfeld der UHH im Grindelviertel nachzeichnen. Jedoch ist und bleibt die Stadt an der Elbe klar von linken Stickern dominiert, was sich nicht nur in Stadtteilen wie St. Pauli oder der Sternschanze äußert. Antifaschistische Gegenwehr wird konsequent betrieben und verhindert Geländegewinne der extremen Rechten schon in ihren Ansätzen. Während des gesamten Zeitraums der Forschung wurde vor Ort nicht ein einziger rechter Sticker gefunden, der nicht schon entweder überklebt oder angekratzt worden war. Was das Hamburger Fallbeispiel verdeutlicht, ist, dass linke Gruppen hier einen wichtigen Beitrag dazu leisten, rechten Gruppen wie der IB und ihren Versuchen der Raumnahme klaren Einhalt zu gebieten. In Regionen und Städten, wo dieses Zurückdrängen nicht auf einer alltäglichen Ebene durch zivilgesellschaftliches Engagement geleistet wird, kann Stickern ein wichtiger Baustein für die Schaffung rechter Raumordnungen und Hegemonie sein.

Literatur

- Antifa 309 [@Antifa309] (2017, 21. März): [Tweet] Twitter, <https://twitter.com/Antifa309/status/84415565258824708> [10.01.2020].
- Batzer, Jan (2019): »Zur Ästhetik der Identitären Bewegung«, in: Lukas Boehnke/Malte Thran/Jacob Wunderwald (Hg.), *Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 115-135.
- Baudrillard, Jean (1978): *Kool Killer oder der Aufstand der Zeichen*, Berlin: Merve Verlag.
- Bäumer, Tobias (2009): »Zeichen setzen! P.S. Graffiti sind Krieg«, in: Klaus Schönberger/Ove Sutter (Hg.), *Kommt herunter, reiht euch ein ... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*, Berlin: Assoziation A, S. 108-129.
- Beer, Bettina (2008): »Systematische Beobachtung«, in: Bettina Beer (Hg.), *Methoden ethnologischer Feldforschung*, Berlin: Dietrich Reimer Verlag, S. 167-189.
- Belina, Bernd/Michel, Boris (2007): »Raumproduktion. Zu diesem Band«, in: Bernd Belina/Boris Michel (Hg.), *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 7-34.

- Bergem, Wolfgang (2019): »Identität« in politischer Kultur, Demokratietheorie und der Identitären Bewegung«, in: Wolfgang Bergem/Paula Diehl/Hans J. Lietzmann (Hg.), Politische Kulturforschung reloaded, Bielefeld: transcript Verlag, S. 249-272.
- Bescherer, Peter/Burkhardt, Anne/Feustel, Robert/Mackenroth, Gisela/Sievi, Luzia (2019): Antiurbane Utopie. Die Stadt im Diskurs der Rechten. Forschungsprojekt PODESTA. Working Paper 2, Universität Jena; Universität Tübingen.
- Boehnke, Lukas (2019): »Rechter Kulturkampf heute: Identitätskonstruktion und Framing-Strategie der Identitären Bewegung«, in: Lukas Boehnke/Malte Thran/Jacob Wunderwald (Hg.), Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung, Wiesbaden: Springer VS, S. 89-115.
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2018): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster: UNRAST Verlag.
- Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland. Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Etzold, Benjamin (2011): »Die umkämpfte Stadt. Die alltägliche Aneignung öffentlicher Räume durch Straßenhändler in Dhaka (Bangladesch)«, in: Dirk Gebhardt/Andrej Holm (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt, Hamburg: VSA Verlag, S. 187-220.
- Grigori, Eva/Trebing, Jerome (2019): »Jugend an die Macht – Zugriffe neurechter Bewegungen auf die Jugendarbeit am Beispiel der Gruppen ›Identitäre Bewegung« und ›KontraKultur««, in: Lukas Boehnke/Malte Thran/Jacob Wunderwald (Hg.), Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung, Wiesbaden: Springer VS, S. 135-156.
- Hornuff, Daniel (2019): Die Neue Rechte und ihr Design, Bielefeld: transcript Verlag.
- IB Deutschland (2018): Aktiv an der Uni Hamburg. [online], <http://identitaere-hamburg.de/2018/04/06/aktiv-an-der-uni-hamburg/> [25.02.2020].
- (2019a): <http://identitaere-hamburg.de/2019/05/19/ortsschilder-auf-arabisch/> [17.02.2020].
- (2019b): <http://identitaere-hamburg.de/2019/02/10/no-go-areas-auch-bald-in-ihrer-nachbarschaft-hamburg/> [17.02.2020].
- Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) (2020): Verfassungsschutzbericht 2020, Hamburg: Freie und Hansestadt Hamburg.
- Lefebvre, Henri (1974): »Die Produktion des Raumes«, in: Susanne Hauser/Christa Kamleithner/Roland Meyer (Hg.) (2013), Architekturwissen. Grundlagentexte aus den Kulturwissenschaften. Bd. 2: Zur Logistik des sozialen Raumes, Bielefeld: transcript Verlag, S. 387-396.

- Mayring, Philipp (1996): Einführung in die qualitative Sozialforschung, Weinheim: Beltz Psychologie Verlags Union.
- Steckner, Bernd (2013): »Die visuelle Politik der Identitären«, in: der rechte rand 143, S. 22-23.
- Tulke, Julia (2017): »Visual Encounters with Crisis and Austerity: Reflections on the Cultural Politics of Street Art in Contemporary Athens«, in: Dimitris Tziouvas (Hg.), Greece in Crisis. The Cultural Politics of Austerity, London; New York: I.B. Tauris, S. 201-219.
- Tulke, Julia (2019): »»Wall for sale, with Acropolis view!««. Street Art, Graffiti und die Archäopolitik der Krise, in: Reinhard Bernbeck/Vera Egbers (Hg.): Forum Kritische Archäologie 8, S.167-182.
- Universität Hamburg (o.J.): Über die Universität Hamburg, <https://www.uni-hamburg.de/campuscenter/campus-leben/uni.html> [06.04.2020].
- UNTER FREMDEN – EINE REISE ZU EUROPAS NEUEN RECHTEN (DE 2017, R: Manuel Gogos/Jakob Kneser), Hamburg: Spiegel TV GmbH/Baden-Baden: Arte.
- Welt (2016): »Identitäre Bewegung« klettert auf das Brandenburger Tor«, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157876725/Identitaere-Bewegung-klettert-auf-das-Brandenburger-Tor.html> [08.05.2020].
- Zieleniec, Andrzej (2016): »The Right to Write the City: Lefebvre and Graffiti«, in: Urban Environment 10, S. 1-20.

Prozesse temporärer Raumanneignung durch extrem rechte Gruppen am Beispiel des Mehringplatzes in Berlin-Kreuzberg und ihre Auswirkungen auf das (Er-)Leben jugendlicher Anwohner:innen

Nils Zimmer

1. Einleitung

Extrem rechte Gruppen mobilisierten zu Beginn des Jahres 2018 wiederholt zu Demonstrationen, die in das Quartier am Mehringplatz in Berlin-Kreuzberg führten. Dort trafen extrem rechte Demonstrationsteilnehmer:innen, die nicht aus dem Quartier stammten, und Polizist:innen, die die Demonstration begleiteten, auf Bewohner:innen des Stadtteils – darunter vor allem Jugendliche – und Gegendemonstrant:innen, die sich versammelten, um gegen die Anwesenheit der extrem Rechten zu protestieren. Im Zuge dieser Ereignisse wurde der Mehringplatz zu einem Aushandlungsraum politischer Prozesse, in dem Wert- und Zielvorstellungen unterschiedlicher Akteur:innen aufeinanderprallten und die mit ständigen Versuchen einhergingen, Hoheit über den Raum zu gewinnen. Dieser Beitrag analysiert die Ereignisse ausgehend von der Frage, welche Rolle die jungen Anwohner:innen während der Proteste spielten und mit welchen Erlebnissen die Geschehnisse für sie verbunden waren. Während der Fokus (sozial-)raumorientierter Rechtsextremismus-Forschung bislang vorrangig auf Räumen und Orten liegt, die durch eine breite Zustimmung zu (extrem) rechten Narrativen in der Bevölkerung oder lokale neonazistische Strukturen gekennzeichnet sind (vgl. exemplarisch die Sammelbände von Berg/Üblacker 2021; Burschel 2010; Grau/Heitmeyer 2013; den sub\urban-Themenschwerpunkt [2019 7(1/2)]; die Beiträge von Förtner et al. 2021; Mullis 2021 oder die Arbeiten von Bürk 2012; Döring 2008; Quent/Schulz 2015), geht dieser Beitrag der Frage nach, welche Folgen es hat, wenn extrem rechte Gruppen in einem Stadtteil demonstrieren, der sich nicht zuletzt durch einen hohen Anteil an Familien mit Migrationsgeschichte und stigmatisierende Zuschreibungen innerhalb öffentlicher Diskurse auszeichnet. Die vorliegende Untersuchung basiert auf den Ergebnissen teilnehmender Beobachtung, die ich während der Ereignisse vornahm. Aufbauend auf einem theo-

retischen Verständnis von Raum als soziales Produkt und einer damit verbundenen Unterscheidung zwischen Prozessen der Raumaneignung und Prozessen der Raumkontrolle werden drei (raum-)analytische Ebenen besonders hervorgehoben: die Bedeutung des Quartiers für die jungen Bewohner:innen, das Eindringen der extrem Rechten in den Sozialraum und die Rolle der Polizei im Rahmen der Proteste. Dabei fokussiert der Beitrag auf die gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnisse, die im Kontext der Auseinandersetzung mit den beobachteten Ereignissen zum Vorschein kamen, und zeigt auf, dass Raum in und durch die Praxis formiert wird.¹

2. Akteur:innen der extrem Rechten

Ab März 2018 meldete der Verein *Wir für Deutschland WfD e.V.* (WfD) sogenannte Montagsdemonstrationen unter dem Motto »Merkel muss weg« an, die an den Abenden des 26. März sowie des 9., 16. und 30. Aprils zum Mehringplatz in Berlin-Kreuzberg führten. Der Demonstration am 30. April 2018 schlossen sich zusätzlich die *Berliner Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes* (Bärgida) an. Der Verein WfD rief bereits in den Jahren 2016 und 2017 zu mehreren Demonstrationen in Berlin unter dem Motto »Merkel muss weg« auf, an denen sich zwischenzeitlich bis zu 2.000 Personen beteiligten. Die Teilnehmer:innen aller Versammlungen setzten sich aus einem weit gefächerten extrem rechten Spektrum zusammen, »darunter rassistische Bürgerinitiativen, Neonazis, Reichsbürger, einzelne AfD-Vertreter sowie rechte Hooligans« (apabiz e.V. 2020). Mit dem Versuch, einen »Merkel-muss-weg-Montag« zu etablieren, scheiterte der Verein jedoch aufgrund der geringen Teilnehmer:innenzahlen (vgl. Behrens et al. 2019: 2f.). Am 31. Dezember 2019 löste sich WfD auf (vgl. apabiz e.V. 2020).

Ein anderer extrem rechter Akteur, der sich an der Organisation bzw. Mobilisierung zu einer der Demonstrationen vor Ort beteiligte, war Bärgida. Der Berliner Ableger der *Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes* (Pegida) aus Dresden trat erstmals im Januar 2015 in Erscheinung. Die Gründung von Bärgida zeichnete sich jedoch gleich zu Beginn durch weitaus radikalere Redner:innen aus, als dies in Dresden der Fall war. Dazu gehörte beispielsweise der damalige Vorsitzende des Berliner Verbandes der NPD, Sebastian Schmitz (Fight Back 2018: 41f.). Über Jahre hinweg organisierte Bärgida wöchentlich Demonstrationen. Damit waren sie »zumindest quantitativ [...] einer der zentralen Akteure des extrem rechten Protestgeschehens in Berlin« (apabiz e.V. 2020: 2). Während anfangs noch bis zu 350 Personen an den Veranstaltungen teilnah-

1 Ich bedanke mich bei Judith Miggelbrink und Daniel Mullis für ihr hilfreiches Feedback und die Kommentare.

men, sank die Zahl bis Ende 2016 stetig, sodass sie – wie auch WfD – mit weniger als 50 Personen regelmäßig auf dem Bürgersteig laufen mussten. Die Organisationsstruktur des Bündnisses setzte sich aus Anhänger:innen verschiedener extrem rechter und zum Teil äußerst gewalttätiger Gruppen, Organisationen und Parteien zusammen (Fight Back 2018: 41ff.).² An allen Demonstrationen, die ins Quartier am Mehringplatz führten, nahmen zwischen 30 und 50 Personen teil. Lediglich am 30. April waren es aufgrund des gemeinsamen Aufrufs von WfD und Bärigida geringfügig mehr Personen. Die Entstehung beider Gruppierungen muss in den Kontext einer gesellschaftlichen Entwicklung eingeordnet werden, die ab dem Jahr 2014 eine Vielzahl extrem rechter und rassistischer Bewegungen hervorbrachte (Häusler/Virchow 2016: 7ff.) und in deren Folge sich »eine neue Dimension rassistisch motivierter Protestkultur« etablierte (ebd.: 122).

Die Montagsdemonstrationen durch das Quartier blieben in der Öffentlichkeit weitestgehend unbeachtet und riefen – bezogen auf die Teilnehmer:innenzahl – lediglich geringe Gegenproteste hervor. Das ist nicht zuletzt deshalb überraschend, da Berlin-Kreuzberg ein traditionell linker Stadtteil ist, der als Demonstrations- oder Kundgebungsort für extrem rechte Gruppen in der Vergangenheit nahezu nicht infrage kam.³ Zum ständigen Repertoire der Demonstrationsteilnehmer:innen auf extrem rechter Seite gehörten Deutschlandflaggen, Reichskriegsflaggen sowie Flaggen der *German Defence League*. Redebeiträge waren nicht zu hören. Neben »Wir sind das Volk«-Rufen ließen sich lediglich vereinzelt Sprechchöre ausmachen. Als Ritual der extrem Rechten entpuppte sich zum Abschluss jeder Demonstration das gemeinsame Singen der deutschen Nationalhymne bzw. der ersten drei Strophen des sogenannten »Deutschlandliedes«.

2 An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass sich während der Recherche für den vorliegenden Beitrag die hohe Relevanz lokaler zivilgesellschaftlicher antifaschistischer und antirassistischer Gruppen und Initiativen bezüglich der Dokumentation und Einschätzung extrem rechter Strukturen, Netzwerke, Entwicklungen und Ereignisse offenbarte. In vielen Fällen handelt es sich um die einzigen Quellen.

3 Eine Ausnahme bildete kurz zuvor der sogenannte »Marsch der Frauen«, eine rassistische Demonstration, die am 17. Februar 2018 vom Mehringplatz durch einen Teil Kreuzbergs zum Kanzleramt führte, aufgrund starker Gegenproteste und Sitzblockaden jedoch über Stunden im Quartier verweilen musste. Der »Marsch der Frauen«, dem sich bis zu 1.200 Personen anschlossen – darunter etliche Teilnehmer:innen aus dem extrem rechten Spektrum – erfuhr sowohl vorab als auch im Nachhinein hohe öffentliche Resonanz. An diesem Tag war das Quartier von der Polizei so weiträumig abgesperrt, dass es nahezu keinen Raum für direkte Interaktionen zwischen Teilnehmer:innen, Gegendemonstrant:innen und Anwohner:innen gab.

3. Gegenproteste

Nach dem ersten Auftreten der Demonstrationen erschienen an allen Montagen Personen(-Gruppen) im Quartier, um gegen die Aufmärsche der extrem Rechten zu protestieren. Die Initiative *Berlin gegen Nazis* rief online zu Gegenkundgebungen auf, die von dem antirassistischen Aktionsbündnis *#NoBärgida* angemeldet wurden. Nachdem die Route von WfD am 23. März ohne öffentliche Vorankündigung zum Mehringplatz geführt hatte, machte *Berlin gegen Nazis* in den Folgewochen darauf aufmerksam, dass sich dies wiederholen könne. Da WfD stets zwei Routen anmeldete, war den Bewohner:innen des Quartiers nie klar, an welchen Abenden die extrem Rechten im Stadtteil erscheinen würden und wann sie woanders demonstrierten. Außerdem meldete ab dem 23. April 2018 der in Kreuzberg ansässige gemeinnützige Verein *Globale e.V.* Gegenkundgebungen unter dem Namen »Für Vielfalt und Toleranz am Mehringplatz« an. Als Treffpunkt fungierte ein vom Verein betriebenes, unmittelbar am Platz gelegenes Café, vor dem an verschiedenen Abenden Vertreter:innen von Die Linke, der SPD, der *IG Metall* und der Initiative *Aufstehen gegen Rassismus* Redebeiträge hielten. Insgesamt zeichneten sich die Teilnehmer:innen der Gegenproteste durch eine Heterogenität aus, die sich auch in der Art des Gegenprotests bemerkbar machte. Die größte Gruppe bildeten jedoch jugendliche Anwohner:innen, die mit 40 bis 50 Personen während aller Gegendemonstrationen anwesend waren. Zu diesem Zwecke nutzten sie ausschließlich ihre Körper. Daneben erschienen Personen(-Gruppen), die aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, der von ihnen angestimmten Parolen und Sprechchöre sowie der Fahnen und Transparente, die sie bei sich führten, einem dezidiert linken Protestmilieu zugerechnet werden können. Sie stammten zum Teil ebenfalls aus dem Quartier. In der Summe handelte es sich dabei stets um etwa 30 bis 40 Personen. Gemeinsam war dieser Gruppe und den Jugendlichen, dass sie lautstark und vergleichsweise entschlossen protestierten und ihren Aktionsradius dabei auch auf andere Teile des Quartiers ausweiteten. Die durchschnittlich 30 bis 40 Teilnehmenden der Kundgebungen des *Globale e.V.* können dagegen einem eher bürgerlichen Spektrum zugeordnet werden, die vergleichsweise zurückhaltend agierten und meist am Ort ihrer Kundgebung in Sichtweite des Mehringplatzes verblieben. Die Gegenproteste setzten immer erst in dem Moment ein, in dem sich die extrem Rechten dem Mehringplatz näherten. Begleitet wurden die Demonstrationen von WfD an allen Abenden durch die Polizei, deren selbst gesetzte Aufgabe bei solchen Ereignissen es ist, das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung sowie der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit zu garantieren, also darauf zu achten, dass die Versammlungen friedlich verlaufen und die öffentliche Ordnung aufrechterhalten wird. Dabei spielte der Umstand, dass die Demonstrationen nach Kreuzberg an den Mehringplatz führten, eine besondere Rolle. Zur Beantwortung der Frage, welchen Stel-

lenwert der Ort des Protestes einnimmt, ist es nötig, einen eingehenderen Blick auf die Sozialstruktur des Stadtteils und dessen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu werfen.

4. Das Quartier am Mehringplatz

Das Quartier um den Mehringplatz liegt im nordwestlichen Teil Kreuzbergs und damit im Zentrum Berlins. Die Grünfläche des Mehringplatzes wird von vier- bis sechsgeschossigen Gebäuden kreisförmig umschlossen. Unmittelbar dahinter ragen mehrere Hochhäuser hervor. Zum 30. Dezember 2017 zählte das Quartier 5.405 Einwohner:innen, von denen laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 71,2 % einen sogenannten Migrationshintergrund haben (QM 2019: 7). Dabei handelt es sich vorwiegend um Personen mit türkischer, kurdischer oder arabischer Migrationsgeschichte. So auch im Falle der Jugendlichen, um die es im vorliegenden Beitrag geht. Zudem leben viele Menschen im Stadtteil in prekären ökonomischen Verhältnissen (ebd.). In der medialen Berichterstattung wird die negative Stigmatisierung als migrantisch geprägtes »Problemviertel« seit vielen Jahren befeuert. So wird ein Bild gezeichnet, das das Quartier nicht nur mit Verschmutzung, Armut, Gewalt und Kriminalität in Verbindung bringt, sondern ebenso mit Migration und fehlender »sozialer Durchmischung«. Zur Stigmatisierung des Quartiers trägt auch das am Platz ansässige Quartiersmanagement bei. Im *Integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzept*, welches seit 2013 alle zwei Jahre vom Quartiersmanagement veröffentlicht wird und in dem vermeintliche Problemlagen und Handlungsbedarfe der Gegend ausgemacht werden, ist die Rede von »Parallelgesellschaften«, die sich im Quartier gebildet hätten (QM 2017: 5). Die Rede ist auch davon, dass sich viele der alteingesessenen Bewohner:innen aufgrund der Entwicklung fremd im eigenen Stadtteil fühlten (ebd.: 16). Auf Basis dieser Darstellungen findet eine fortwährende Dichotomisierung zwischen »deutsche[n] Rentnerhaushalte[n]« (ebd.: 22) und »Familien mit Zuwanderungsgeschichte« (ebd.) statt. Das Quartier ist somit, wie viele andere Stadtteile, die durch einen hohen Anteil an Familien mit Migrationsgeschichte gekennzeichnet sind, einer steten Panikmache innerhalb öffentlicher Diskurse ausgesetzt (vgl. dazu Ronneberger/Tsianos 2009). Im Rahmen dessen wird die Gegend für die weiße Mehrheitsbevölkerung als Angstraum konstruiert. Dirk Gebhardt (2001: 78) spricht mit Blick auf solcherlei Darstellungen von einer »Konstruktion gefährlich fremder Orte«, die in den Worten Loïc Wacquants (2007) als »territoriale Stigmatisierung« bezeichnet werden können.

5. Methodik und (forschungs-)ethische Reflexionen

Der vorliegenden Untersuchung liegt die Frage zugrunde, was die Demonstrationen der extrem Rechten für die jungen Bewohner:innen des Quartiers bedeuteten, welche Rolle sie während der Ereignisse spielten und mit welchen Erlebnissen und Folgen die Geschehnisse für sie verbunden waren. Das empirische Material dieses Beitrags speist sich aus den Ergebnissen teilnehmender Beobachtung, die ich im Rahmen einer ethnographischen Forschung im Quartier für meine Masterarbeit durchführte. Dabei bedarf meine Anwesenheit im Feld einer genaueren Erläuterung: Zum Zeitpunkt der Ereignisse war ich bereits über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren als sozialpädagogischer Betreuer im Offenen Treff einer am Mehringplatz gelegenen Kinder- und Jugendeinrichtung tätig, die zu jener Zeit von nahezu alle jungen Anwohner:innen, die sich an den Protesten beteiligten, regelmäßig besucht wurde. Die Beobachtungen während der Demonstrationen führte ich verdeckt durch, so vermied ich Reaktionen auf meine Rolle als Forscher. Dadurch war eine größtmögliche Authentizität an gewonnenen Daten gewährleistet (Atteslander 2010: 100f.). Während der Ereignisse fertigte ich stichpunktartige Notizen an, auf deren Grundlage ich im unmittelbaren Anschluss detaillierte Feldprotokolle erstellte (Flick 2009: 374ff.). Mein Aufenthalt im Feld zeichnete sich also durch eine ambivalente Rolle aus, in der ich mich fortwährend zwischen Forschung, Teilnahme an den Gegenprotesten und meiner Tätigkeit als sozialpädagogischer Betreuer bewegte. Diesbezüglich möchte ich anmerken, dass das Wohl der Jugendlichen stets über meiner Forschungsaktivität stand. Bei den Jugendlichen rief meine (Doppel-)Rolle als sozialpädagogischer Betreuer und aktiver Teilnehmer der Gegenproteste keinerlei nennenswerte Reaktionen hervor. Das lässt sich dadurch erklären, dass sie bereits zuvor wussten, wie ich mich gegenüber der (extrem) Rechten und (rassistischer) Polizeigewalt positioniere. Daraus ergab sich eine tendenzielle Auflösung der Distanz zwischen Wissenschaft und eigener Involviertheit in die Geschehnisse, die Parallelen zu Charaktermerkmalen der aktivistischen Forschung aufweist (vgl. Füllner 2020; Demmer 2018). Vor diesem Hintergrund waren die permanente Reflexion des Spannungsverhältnisses zwischen Teilnahme und Empathie auf der einen Seite und notwendigem Abstand zum Feld auf der anderen für den Forschungsprozess von fundamentaler Bedeutung, um die Ereignisse so mit einer gewissen Distanz bewerten zu können (Atteslander 2010: 94ff.; Flick 2009: 291ff.). Unterstützt wurden die gebotene Distanzierung und fortlaufende Reflexion durch den Prozess der Verschriftlichung meiner Beobachtungen (Breidenstein et al. 2015: 42ff.; Flick 2009: 377f.). Nach Abschluss der Erhebung des Materials und vor Publikation dieses Beitrags sprach ich mit sämtlichen Jugendlichen und (mittlerweile) jungen Erwachsenen, an deren Seite ich mich während der Proteste aufhielt, über meine Forschungsaktivität und fragte alle, die anonymisiert zitiert oder deren Erlebnisse detailliert beschrieben werden,

nach ihrem expliziten Einverständnis. Ein sensibler Umgang mit den Daten und der Beziehung zu den Jugendlichen und jungen Erwachsenen war mir ein besonderes Anliegen.

6. Theoretische Bezugnahmen

Die theoretische Einbettung des vorliegenden Beitrags speist sich aus einem Verständnis von Raum als sozial produziert und der Annahme, dass die soziale Produktion des Raumes Voraussetzung für Prozesse der (temporären) Aneignung und Kontrolle über den Raum ist. Nach Henri Lefebvre (1991 [1974]: 26, Übersetzung NZ) »ist der (soziale) Raum ein (soziales) Produkt« und damit abhängig von gesellschaftlichen Macht- und Kräfteverhältnissen. Lefebvre macht drei räumliche Dimensionen aus, die sich gegenseitig beeinflussen und so den stetig voranschreitenden Prozess der Raumproduktion begründen. Es handelt sich um die »räumliche Praxis«, die »Repräsentation des Raumes« und die »Räume der Repräsentation« (ebd.: 33). Diese drei Dimensionen werden an anderer Stelle auch der *wahrgenommene*, der *konzipierte* und der *gelebte* Raum genannt (ebd.: 38f.). Die Frage, wie das Zusammenspiel dieser drei Dimensionen zu verstehen ist und in welchem Verhältnis beide Triaden zueinander stehen, wird von verschiedenen Rezipient:innen sehr unterschiedlich aufgefasst (vgl. dazu Mullis 2017: 79ff.). Eine gängige Interpretation folgt der Annahme, dass beide Triaden »ineinander fallen« (ebd.: 79) und »sämtliche Pole der Trias [...] auf derselben Abstraktionsebene« (ebd.) anzuordnen sind. So etwa Klaus Ronneberger und Anne Vogelpohl:

»[D]er *wahrgenommene Raum* ist auf die materielle Basis des Raumes bezogen, [...] der *konzipierte Raum* besteht aus dem offengelegten Wissen über Räume in Worten oder Abbildungen, [...] der *gelebte Raum* steht für die subjektiven oder versteckten Aspekte des Raums« (Ronneberger/Vogelpohl 2014: 255, Herv. i. O.).

Diesem Verständnis folgend existieren drei Ebenen, auf denen Einfluss auf die Produktion des Raumes genommen werden kann. Anne Vogelpohl (2020: 32) hält hierzu fest: »Insofern ist es auch die Aufgabe einer Geographie, die sich an Lefebvre orientieren möchte, statt den Raum an sich, den Prozess der Produktion des Raumes zu untersuchen«. Demnach ist die Frage, wie (städtischer) Raum auf diskursiver Ebene hergestellt wird, von zentraler Bedeutung (Huffschmid/Wildner 2009). Denn Diskurse verbreiten nicht nur Informationen, sondern liefern in aller Regel Normvorstellungen und darauf basierende Deutungsmuster mit (Werlen 2017: 372ff.). Das heißt, sie sind maßgeblich an der Herstellung von Wirklichkeit beteiligt (vgl. Werlen 2017; Yildiz 2016: 31ff.; Gebhardt 2001) und haben damit unmittelbaren Einfluss auf die Produktion des Raumes. Ferner erfordert die vor-

liegende Untersuchung eine Unterscheidung zwischen Produktion und Aneignung von Raum, die bei Lefebvre nicht vorgenommen wird. Nach Bernd Belina (2017), der sich diesbezüglich auf David Harvey stützt, meint Raumaneignung auf materieller Ebene »die aktive Nutzung bestehender Räume, die zuvor produziert wurden« (ebd.: 80). Dabei können neben der Aneignung auf materieller Ebene Räume auch auf symbolischer Ebene angeeignet und im Zuge dessen mit unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen versehen werden, die mitunter in direktem Widerspruch zueinander stehen (Belina 2017; Etzold 2011: 193ff.). Somit lässt sich die grundsätzliche Schwierigkeit, Prozesse der Raumproduktion und Prozesse der Raumaneignung stets präzise voneinander zu unterscheiden, nicht immer auflösen (Belina 2017: 79f.). Dabei treffen während verschiedener Formen der Raumaneignung, die als soziale bzw. räumliche Praxen verstanden werden können, nicht selten konkurrierende Interessen unterschiedlicher Nutzer:innen aufeinander (Belina 2017: 80f.; Etzold 2011; Wehrheim 2002: 107f.), wie der folgende Teil des vorliegenden Beitrags zeigen wird.

Diesbezüglich drängt sich eine weitere Unterscheidung auf, und zwar hinsichtlich der Frage, welche Rolle die Polizei im Kontext der Aneignung des öffentlichen Raumes spielt. Die Polizei hat das Recht und die Mittel, den öffentlichen Raum zu kontrollieren (vgl. Belina 2006; Wehrheim 2002). Damit kann sie de facto entscheiden, »wer sich welchen Raum aneignen darf« (Belina 2006: 37). Folglich beziehen sich die »Kontrolle des Raums« (ebd.) ebenso wie der Prozess der Aneignung auf Räume, die bereits existieren und hängen entscheidend davon ab, wer in Besitz welcher Machtmittel ist (Belina 2006; vgl. dazu auch Etzold 2011). Zugleich ist die Polizei als eigenständige Akteurin durch ihre Praxis in der Lage, Räume selbst zu produzieren (Belina 2018: 124). So spielt die (situative) Definitionsmacht, über die Polizist:innen im Einsatz verfügen (vgl. Belina 2018: 122ff.; Pichl 2018; Ullrich 2018; Winter 1997: 11f.), eine zentrale Rolle. Diese räumt den Beamten:innen Ermessensspielräume ein, von denen sie insbesondere in Situationen wie Demonstrationen Gebrauch machen (vgl. Winter 1997).

7. Raumanalytische Einordnung der Beobachtungen

Ausgehend von dem theoretischen Verständnis der sozialen Produktion des Raumes findet eine analytische Einordnung der vorliegenden Beobachtungen statt. Dabei kommt der Unterscheidung zwischen Aneignung und Kontrolle des Raumes eine entscheidende Rolle zu. So führt die Auseinandersetzung mit den Ereignissen zu einer vertiefenden Betrachtung auf dreierlei Ebenen: erstens, die Bedeutung des Quartiers für die jungen Bewohner:innen; zweitens, das Eindringen der extrem Rechten in den Sozialraum; und drittens, die Rolle der Polizei im Rahmen der Proteste.

7.1 Die Bedeutung des Quartiers für die jungen Bewohner:innen

Da im Vorfeld der ersten Montagsdemonstration niemand aus dem Quartier von dieser zu wissen schien, regte sich an diesem Abend keinerlei Gegenprotest. Ich stand mit einigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen am Rande des Mehringplatzes, von wo aus wir das Geschehen beobachteten. Als R. die Frage stellte, um was für eine Veranstaltung es sich handle, antwortete ihm L.: »Keine Ahnung. Die wollen, dass wir zurück in unsere Heimat gehen«. Darauf erwiderte R.: »Warum in unsere Heimat? Das ist doch unsere Heimat. Wir sind doch alle hier geboren. Und Kreuzberg gehört eh uns«. Mit diesem Satz erhob R. als Anwohner nicht nur Anspruch auf das Quartier am Mehringplatz, sondern weitete diesen gleich auf ganz Kreuzberg aus. Solcherlei Ansprüche wurden von den Jugendlichen während der Demonstrationen immer wieder formuliert, auch in Gegenwart bzw. gegenüber der Polizei. Dabei muss der Begriff ›Heimat‹, wie er in diesem Moment gebraucht wird, auf zwei räumlichen Maßstabsebenen betrachtet werden. Zum einen auf der Ebene von Nationalstaat – nahezu alle Jugendlichen, die im Zuge der Gegenproteste aktiv waren, leben bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland, folglich ist es im Sinne dieser Zuordnung ihre *Heimat*. Zum anderen bezogen auf das Viertel bzw. den Sozialraum, womit das Quartier am Mehringplatz gemeint ist. Das Quartier ist für die Jugendlichen ein »Ort der Identifikation« (Mullis 2017: 90), an dem sich bestimmte Erfahrungen und Erlebnisse verdichten, die sich aus ihren alltäglichen Raumeignungspraxen speisen und die damit einerseits wesentlich an der Produktion des Raumes beteiligt sind, andererseits in einem ständigen Spannungsverhältnis zu anderen Formen der Raumproduktion stehen. Dabei bestätigt die vorliegende Untersuchung, was Daniel Mullis (2017: 90) aus dieser Annahme schlussfolgert, nämlich dass »ortsbasierte Identitäten auch zu einem zentralen Motiv [werden können; Anm. NZ], um sich an politischen Mobilisierungen zu beteiligen« (vgl. auch Belina 2017: 107ff.; Massey 1991). Nach der ersten Demonstration extrem rechter Gruppen am Mehringplatz stand es für die Jugendlichen außer Frage, sich jede Woche aufs Neue zu versammeln, um gegen die Anwesenheit dieser Gruppen zu protestieren. Sie nahmen die Demonstrationen als ein Eindringen in ihren Lebensraum wahr, den sie als Wohnort, Treffpunkt und Ort voller Erinnerungen für sich beanspruchen (vgl. ausführlicher Zimmer 2021) und den es aus ihrer Sicht zu verteidigen gilt.

7.2 Das Eindringen der extrem Rechten in den Sozialraum

Am 28. März 2018, zwei Tage nachdem die erste Demonstration der extrem Rechten ins Quartier führte, postete Kay Hönicke, der zu jener Zeit eine führende Rolle bei WfD spielte und Organisator der Demonstrationen war, öffentlich einsehbar auf seiner privaten Facebook-Seite: »Wer marschiert mit uns gemeinsam, die Na-

tionalhymne singend, am 9.4.2018 am Merkel muss weg Montag [sic] in Berlin Kreuzberg [sic] ein????«. Die Wortwahl des erst im Januar 2019 wegen Volksverhetzung verurteilten Hönicke lässt tief blicken. Aus Hönickes Sicht ist Kreuzberg bzw. das Quartier am Mehringplatz ein feindliches Gebiet, in das es einzumarschieren und das es symbolisch durch das Singen der Nationalhymne zu erobern gilt – die Kriegsmetapher scheint hier durchaus gewollt. Auch verdeutlicht die Rhetorik eine Vorstellung von nationaler Identität, die auf einer zutiefst rassistischen Denkweise basiert. Verstärkt wird dieser Eindruck durch ein Banner, das während der gemeinsamen Demonstration von WfD und BärGida als Fronttransparent diente. Dort stand geschrieben: »Der Islam gehört NICHT zu Deutschland. Und die Menschen, die diese [Wort mittels Balken mit Aufschrift »zensiert« unkenntlich gemacht]-Ideologie praktizieren, wollen wir nicht in unserem Land«. Oder als am Abend des 16. April 2018 etliche Teilnehmer:innen der extrem rechten Demonstration im Chor in Richtung der Jugendlichen »Abschieben« riefen. Als Reaktion darauf holten mehrere Jugendliche und junge Erwachsene ihre deutschen Pässe aus den Hosen- und Jackentaschen und hielten diese demonstrativ in die Luft.

Eine solche Rhetorik offenbart, dass sich hinter den Inszenierungen der extrem Rechten Vorstellungen verbergen, die der Idee »des ›Volkskörpers‹ in einem diesem zugewiesenen genealogischen Territorium« (Bürk 2013: 47) verhaftet sind. Sobald sich die Anhänger:innen von WfD und BärGida dem Mehringplatz näherten, setzte zudem ein »Kampf um die Hoheit über den akustischen Raum« (Schmidt 2017: 230) ein, der vor allem aufseiten des Gegenprotests stets mit dem Versuch einherging, »den Raum des Gesagten und Gehörten zu begrenzen« (ebd.). So etwa, als die extrem rechten Demonstrationsteilnehmer:innen am 30. April 2018 inmitten des Mehringplatzes gemeinsam das ›Deutschlandlied‹ anstimmten und ein Großteil aller anwesenden Personen aufseiten des Gegenprotests in voller Lautstärke synchron »Halt die Fresse« rief. Dabei bestanden die konkurrierenden Raumeignungsstrategien in andauernden Versuchen der Besetzung des Raumes durch die eigene physische Präsenz und im Versuch, (temporäre) Deutungshoheit über den Raum zu erlangen. In diesem Kontext können die vielen Deutschlandflaggen und das Singen der deutschen Nationalhymne bzw. des ›Deutschlandliedes‹ zugleich als Versuch der Markierung und symbolischen Besetzung des Raumes gewertet werden, wogegen die Proteste der Jugendlichen Versuche der Verteidigung darstellten.

Obwohl die Raumeignungen der extrem Rechten immer nur von relativ kurzer Dauer waren, stellten sie dennoch jedes Mal einen Eingriff in die gewohnte Ordnung des Quartiers und den Alltag der Bewohner:innen dar. Wie wenig die Realitäten im Quartier dem Bild, das die extrem Rechten in die Öffentlichkeit tragen, tatsächlich entsprechen, spielt dabei lediglich eine untergeordnete Rolle. Entscheidend ist, dass die Stigmatisierung des Stadtteils, zu der Medien und

Quartiersmanagement seit Jahren beitragen, eine Anknüpfung ohne Weiteres möglich macht. Auf diesem Wege machen die extrem Rechten den Sozialraum zum Referenzpunkt ihrer rassistischen Politik, die sich primär auf die Erzählung einer Migrationspolitik der Bundesregierung unter Merkel stützt, die zum Untergang einer freiheitlich-abendländischen Kultur führe – völlig ungeachtet dessen, dass der Großteil aller Familien im Quartier ohnehin bereits seit Generationen dort lebt. Auf diese Weise wird ein gesellschaftlicher Konflikt auf den Raum projiziert und das Quartier zum Protestraum gemacht. Besonders problematisch daran ist, dass es den (jugendlichen) Anwohner:innen unmöglich war, sich den Ereignissen zu entziehen – sie leben im Quartier und verbringen ihre Freizeit auf den Plätzen und in den Straßen des Stadtteils. B. brachte es folgendermaßen auf den Punkt: »Was sollen wir denn machen? Wir wohnen doch hier. Die [extrem Rechten, Anm. NZ] stehen direkt vor meiner Haustür. Ich kann denen gar nicht ausm Weg gehen. Und da sollen wir ruhig bleiben?«. Implizit spricht er damit zugleich an, welche Erwartungshaltung ihnen gegenüber an den Tag gelegt wird: keinen Widerstand zu leisten und zu kooperieren. Welche Folgen es hat, wenn sie dies nicht tun, wird im folgenden Kapitel erläutert. Dabei liegt der Fokus auf der Rolle der Polizei.

7.3 Die Rolle der Polizei im Rahmen der Proteste

Der öffentliche Raum unterlag für die Dauer der Geschehnisse strengen Reglementierungen, die die Bewegungsfreiheit der Bewohner:innen deutlich einschränkten. Während der Proteste bildeten Polizist:innen immer wieder Ketten, versperrten Wege mittels aktiven Körpereinsatzes oder erteilten den Teilnehmenden der Gegenproteste Anweisungen, in welche Richtung sie sich zu bewegen hätten bzw. müssten. Auf diese Weise ermöglichte die Polizei den extrem Rechten ihre Inszenierungen inmitten des Quartiers auf dem Mehringplatz. Dies erschien vielen Jugendlichen nicht immer nachvollziehbar. Etliche Versuche, Absperrungen zu umgehen, mündeten in verbalen und körperlichen Auseinandersetzungen, die sich meist in Form lautstarker Wortgefechte äußerten und in deren Folge die Jugendlichen von den Polizeibeamt:innen häufig weggestoßen wurden. Darüber hinaus kam es während aller Versammlungen mehrfach zu Gewaltanwendungen durch einzelne Polizist:innen, die sich in allen von mir beobachteten Fällen ausschließlich gegen die Jugendlichen aus dem Quartier richteten. So wurde ich etwa Zeuge mehrerer Situationen, in denen Beamt:innen Jugendlichen gezielt ins Gesicht schlugen. Obendrein setzte die Polizei in verschiedenen Momenten auf offensive Machtdemonstration und Einschüchterungsversuche. Solch Vorgehen erschien vor allem deshalb völlig willkürlich, da die extrem rechten Demonstrationsteilnehmer:innen in vielen Fällen gar nicht mehr anwesend waren.

So auch im Falle der Festnahme eines jungen Erwachsenen, die sich äußerst gewalttätig ereignete. Als der Betroffene bereits am Boden lag, wurde er durch Faustschläge auf Gesicht und Körper durch mehrere Polizist:innen so stark verletzt, dass er Prellungen und eine Platzwunde am Kopf erlitt. Anschließend wurde er mit auf dem Rücken fixierten Händen von den Beamt:innen mitgenommen und erhielt eine Anzeige wegen Beleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Dabei ist mit Didier Fassin (2014: 94ff.) festzuhalten, dass die Tragweite solcher demütigenden Erfahrungen weit über eine rein physische Komponente hinausreicht und nicht nur den Körper, sondern »die Person als Ganzes« (ebd.: 95) trifft. In der Folge solcher Ereignisse beklagten viele der Jugendlichen vor Ort lautstark den Rassismus, dem sie sich seitens der Polizei ausgesetzt sehen. So wurde, meinen Beobachtungen folgend, das Auftreten der Polizeibeamt:innen häufig als weitaus problematischer wahrgenommen als die Auseinandersetzungen mit den extrem rechten Demonstrierenden. Mit Blick darauf sind insbesondere zwei Aspekte zu berücksichtigen. Zum einen die sozialräumliche Struktur des Stadtteils sowie die Tatsache, dass die meisten jugendlichen Anwohner:innen nicht Teil der *weißen* Mehrheitsgesellschaft sind, zum anderen das negative Image des Quartiers. Das ist insofern von Bedeutung, als etliche Untersuchungen bereits herausstellten, dass Bewohner:innen marginalisierter Viertel überdurchschnittlich stark von polizeilicher Gewalt betroffen sind (vgl. Germes 2014: 109; Hunold 2012; Künkel 2014: 79).

Zusammengenommen können solche raumbezogenen polizeilichen Praxen als Resultat von »Territorialisierungsstrategien« verstanden werden, denen eine raumfetischisierende Sicht zugrunde liegt und deren Zweck in der Kontrolle und Ausübung von Macht über die Subjekte in ebendiesem Territorium bzw. Stadtteil liegt (Belina 2017: 88ff.). Konkret bedeutet dies, dass die Polizei im Zuge der wiederkehrenden Konflikte um die temporäre Hoheit bzw. Kontrolle über den Raum neben dem eigentlichen Konfliktgegner – den extrem rechten Demonstrationsteilnehmer:innen – die Rolle einer eigenständigen Konfliktpartei einnahm. Die Jugendlichen jedoch interpretierten das Agieren der Polizei als eindeutige Parteinahme zugunsten der extremen Rechten.

Beamt:innen der Polizei bestätigten diese Annahme durch Äußerungen gegenüber den Jugendlichen: Man müsse Verständnis mit den Demonstrierenden haben, da es sich schließlich um »ganz normale Bürger« handle. Das ging im Umkehrschluss mit einer Kriminalisierung des Protests der jungen Anwohner:innen einher. Dabei lassen die zum Teil harten und gewalttätigen polizeilichen Maßnahmen Betroffene für Außenstehende häufig erst kriminell wirken. Auf diese Weise findet eine (Re-)Produktion stigmatisierender Bilder statt (Germes 2014: 109f.), in deren Folge sich exkludierende Erfahrungen und soziale Ausschlüsse verfestigen und die Marginalisierung der Bewohner:innen des Quartiers zunimmt (vgl. Chamakalayil et al. 2017: 177f.; Wacquant et al. 2014; Ottersbach 2009: 55f.). Zu beob-

achten ist eine Wechselwirkung von territorialem Stigma und polizeilicher Praxis, die in einer *self-fulfilling prophecy* mündet (Belina/Wehrheim 2011). Ob sich hinter diesem Effekt seitens der extrem rechten Demonstrationsteilnehmer:innen eine bewusste Strategie verbarg, bleibt lediglich zu vermuten. Fakt ist jedoch, dass die Ereignisse von vielen der extrem Rechten nahezu fortwährend gefilmt wurden. Einige Videos landeten im Anschluss im Internet und zeigen verbale Attacken der Jugendlichen, während die eigene Rolle als völlig friedlich inszeniert wird.

Deutlich wurde im Zuge der Proteste auch, dass die Polizei den Raum nicht nur kontrolliert, sondern ebenso an seiner Produktion beteiligt ist und dadurch »Gesellschaft aktiv und nach eigenen – individuellen und institutionellen – Interessen (mit-)gestaltet« (Belina 2018: 124). Im Rahmen der aktiven Raumeignungen extrem rechter Demonstrationsteilnehmer:innen ist die Polizei in einem sozialräumlichen Gefüge wie dem am Mehringplatz keine neutrale Akteurin. Ob intendiert oder nicht, wird sie im Kontext der spezifischen Lokalität des Quartiers Teil der extrem rechten Raumnahme, indem sie diese durch ihr Handeln ermöglicht.

8. Fazit

Während der Demonstrationen im Quartier am Mehringplatz trafen neben Ansprüchen an die Hoheit über den Raum unterschiedliche Meinungen und Forderungen aufeinander. Diese sind Teil übergeordneter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und stellen in aller Deutlichkeit heraus, dass gesellschaftliche Konflikte auf den Raum projiziert und zugleich durch diesen prozessiert werden. Dadurch, dass die Polizei die temporären Raumeignungen der extrem Rechten ermöglichte, wurde sie aus Sicht der Jugendlichen zum bestimmenden Teil rechter Raumnahme. Im Rahmen dessen waren es die direkten Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Polizeibeamt:innen, die sich als besonders prägend und folgenreich herausstellten. Dabei machte sich vor allem bemerkbar, dass unterschiedliche Akteur:innen mit unterschiedlicher Macht ausgestattet sind und sich die Möglichkeiten nach der Aneignung bzw. Verteidigung des Raumes entlang dieser Verhältnisse strukturieren. Zudem verdeutlicht der vorliegende Beitrag, dass für eine kritische Betrachtung der Ereignisse der Blick auf jene Verhältnisse zu richten ist, die die Voraussetzungen schaffen, die solche Geschehnisse ermöglichen. Demnach spielt die Stigmatisierung des Quartiers, an deren Herstellung Medien ebenso wie das Quartiersmanagement beteiligt sind, eine entscheidende Rolle. Während die extrem Rechten diese zum Zwecke der Zurschaustellung vermeintlicher Problemlagen nutzten, gelang es der Polizei nicht, sich während der Proteste vor Ort noch als neutrale Akteurin zu inszenieren. Damit wurde sie zu einem aktiven Teil der rechten Raumnahme. Somit waren alle involvierten Parteien in besonderem Maße an der Produktion des Raumes

beteiligt. Einerseits wirken die Ereignisse aktiv an der Verstetigung des Stigmas und damit an der Außenwahrnehmung des Quartiers mit, andererseits hatte die Anwesenheit der extrem Rechten und der Polizei unmittelbaren Einfluss auf das (subjektive) Sicherheitsempfinden der (jungen) Bewohner:innen. Das wiegt vor allem deshalb schwer, weil sie sich den Ereignissen kaum entziehen konnten. Unmittelbar vor ihrer Haustür wurden sie als Problem markiert und waren entsprechenden Einstellungen, Handlungs- und Vorgehensweisen ausgesetzt. Das offenbart letzten Endes auch die Notwendigkeit praktischer Solidarität mit den von Rassismus und Polizeigewalt betroffenen Stadtbewohner:innen als Teil einer politischen Praxis, die sich nicht zuletzt auf der Straße abspielt und dahingehend als direkter Appell verstanden werden kann.

Literatur

- apabiz e.V. (2020): <https://rechtsausen.berlin/2020/01/wir-fuer-deutschland-ist-geschichte/> (letzter Zugriff am 27.01.2021).
- Atteslander, Peter (2010): *Methoden der empirischen Sozialforschung*, Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Behrens, Kilian/Henßler, Vera/Metzger, Frank (2019): *Suche Schablone für erfolgreiches Protestformat. Extrem rechte und rassistische Straßenproteste in Berlin 2018*, Berlin: eine handreichung des apabiz e.V.
- Belina, Bernd (2006): *Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot
- (2017): *Raum. Zu den Grundlagen eines historisch-geographischen Materialismus*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- (2018): »Wie Polizei Raum und Gesellschaft gestaltet«, in: Loick, Daniel (Hg.), *Kritik der Polizei*, Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 119-133.
- Belina, Bernd/Wehrheim, Jan (2011): »Gefahrengebiete: durch die Abstraktion vom Sozialen zur Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen«, in: *Soziale Probleme*, 23 (2), S. 207-229.
- Berg, Lynn/Üblacker, Jan (2021) (Hg.): *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte*, Bielefeld: transcript Verlag.
- Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris (2015): *Ethnografie: Die Praxis der Feldforschung*, Konstanz und München: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Bürk, Thomas (2012): *Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland? Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

- (2013): »Von ›national befreiten Zonen‹ und ›No-Go-Areas‹. Überlegungen zur Verräumlichung von Rassismus und Rechtsradikalismus«, in: Kellershohn, Helmut/Paul, Jobst (Hg.), *Der Kampf um Räume. Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion*, Münster: Unrast Verlag, S. 33-57.
- Burschel, Friedrich (2010) (Hg.): *Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz*, Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Chamakalayil, Lalitha/Gilliéron, Gwendolyn/Günes, Sevda Can/Hill, Miriam/Imširović, Elvira (2017): »Marginalisierte Quartiere? Positionierungen und Deutungen von Bewohner_innen«, in: Geisen, Thomas/Riegel, Christine/Yildiz, Erol (Hg.), *Migration, Stadt und Urbanität. Perspektiven auf die Heterogenität migrantischer Lebenswelten*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 157-173.
- Demmer, Ulrich (2018): »Was ist ›aktivistische Forschung‹ in, mit und für Degrowth? Fragestellungen, Reflexionen, partielle Antworten«, in *FSJB-Plus* 31, Jg. 4, http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2018-4_demmer.pdf (letzter Zugriff am 06.01.2022).
- Döring, Uta (2008): *Angstzonen. Rechtsdominierte Orte aus medialer und lokaler Perspektive*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH.
- Etzold, Benjamin (2011): »Die umkämpfte Stadt. Die alltägliche Aneignung öffentlicher Räume durch Straßenhändler in Dhaka (Bangladesch)«, in: Holm, Andrej/Gebhardt, Dirk (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*, Hamburg: VSA: Verlag, S. 187-220.
- Fassin, Didier (2014): »Gewaltformen«, in: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2 (2), S. 91-106.
- Fight Back #6. *Neonazis in Berlin & Brandenburg – eine Antifa-Recherche*, Januar 2018.
- Flick, Uwe (2009): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*, Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2021): »The revenge of the village? The geography of right-wing populist electoral success, anti-politics, and austerity in Germany«, in: *Environment and Planning C: Politics and Space*, 39 (3), S. 574-596.
- Füllner, Jonas (2020): »Aktivistische Stadtforschung«, in: Belina, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 130-135.
- Gebhardt, Dirk (2001): »›Gefährliche fremde Orte‹ – Ghetto-Diskurse in Berlin und Marseille«, in: Best, Ulrich/Gebhardt, Dirk (Hg.), *Ghetto-Diskurse. Geographie der Stigmatisierung in Marseille und Berlin*, Potsdam: Universität Potsdam, S. 3-89.

- Germes, Mélina (2014): »Eine polizeiliche ›Moral‹ der Demütigung«, in: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 2 (2), S. 107-114.
- Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (2013) (Hg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Häusler, Alexander/Virchow, Fabian (Hg.) (2016): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste. Abstieg der Mitte. Ressentiments. Eine Flugschrift, Hamburg: VSA Verlag.
- Huffschmid, Anne/Wildner, Kathrin (2009): »Räume sprechen, Diskurse verorten? Überlegungen zu einer transdisziplinären Ethnografie«, in: Forum: Qualitative Sozialforschung 10 (3), Art. 25, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0114-fqs0903253> (letzter Zugriff am 06.01.2022).
- Hunold, Daniela (2012): »Polizeiliche Zwangsanwendungen gegenüber Jugendlichen – Innen- und Außenperspektiven«, in: Ohlemacher, Thomas/Werner, Jochen-Thomas (Hg.), Empirische Polizeiforschung XIV: Polizei und Gewalt, Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 107-128.
- Künkel, Jenny (2014): »Intersektionalität, Machtanalyse, Theorienpluralität. Eine Replik zur Debatte um kritische Polizeiforschung«, in: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 2 (2), S. 77-90.
- Lefebvre, Henri (1991 [1974]): The Production of Space, Oxford: Blackwell.
- Massey, Doreen (1991): »A Global Sense Of Place«, in: Marxism Today June 1991, S. 24-29.
- Mullis, Daniel (2017): Krisenproteste in Athen und Frankfurt. Raumproduktionen der Politik zwischen Hegemonie und Moment, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- (2021): »Urban conditions for the rise of the far right in the global city of Frankfurt. From austerity urbanism, post-democracy and gentrification to regressive collectivity«, in: Urban Studies, 58 (1), S. 131-147.
- Ottersbach, Markus (2009): »Jugendliche in marginalisierten Quartieren Deutschlands«, in: Ottersbach, Markus/Zitzmann, Thomas (Hg.), Jugendliche im Abseits. Zur Situation in französischen und deutschen marginalisierten Quartieren, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51-76.
- Pichl, Maximilian (2018): »Polizei und Rechtsstaat: Über das Unvermögen, exekutive Gewalt einzuhegen«, in: Loick, Daniel (Hg.), Kritik der Polizei, Frankfurt/New York: Campus Verlag, S. 101-117.
- QM – Quartiermanagement am Mehringplatz (2017): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2017–2019 mit Jahresbilanz seit 2015, http://www.qm-mehringplatz.info/fileadmin/user_upload/IHEK_Mehringplatz_2017_2019.pdf (letzter Zugriff am 17.10.2021).
- (2019): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2019-2022 mit Jahresbilanz seit 2017, http://www.qm-mehringplatz.info/fileadmin/user_up

- load/IHEK_QM_Mehringplatz_Fortschreibung_2019_22.pdf (letzter Zugriff am 17.10.2021).
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Ronneberger, Klaus/Tsianos, Vassilis (2009): »Panische Räume. Das Ghetto und die ›Parallelgesellschaft«, in: Hess, Sabine/Binder, Jana/Moser, Johannes (Hg.), No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa, Bielefeld: transcript Verlag, S. 137-152.
- Ronneberger, Klaus/Vogelpohl, Anne (2014): »Henri Lefebvre: Die Produktion des Raums und die Urbanisierung der Gesellschaft«, in: Oßenbrügge, Jürgen/Vogelpohl, Anne (Hg.), Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 251-270.
- Schmidt, Stephanie (2017): »Protest-Raum. Die Strukturierung des öffentlichen Raumes bei Straßenprotesten am Beispiel des 9. November 2016 in Jena«, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hg.), Wissen schafft Demokratie: Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft 1, S. 220-237.
- Ullrich, Peter (2018): Videoüberwachung von Demonstrationen und die Definitionsmacht der Polizei. Zwischen Objektivitätsfiktion und selektiver Sanktionierung, Berlin: Technische Universität Berlin.
- Vogelpohl, Anne (2020): »Henri Lefebvre – Die soziale Produktion des Raumes und die urbanisierte Gesellschaft«, in: Belina, Bernd/Naumann, Matthias/Strüver, Anke (Hg.), Handbuch Kritische Stadtgeographie, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 30-36.
- Wacquant, Loïc (2007): »Territorial Stigmatization in the Age of Advanced Marginality«, in: Thesis Eleven, Number 91, S. 66-77.
- Wacquant, Loïc/Slater, Tom/Borges Pereira, Virgilio (2014): »Territorial stigmatization in action«, in: Environment and Planning A, 46, S. 1270-1280.
- Wehrheim, Jan (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung, Opladen: Leske + Budrich.
- Werlen, Benno (2017): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen. Band 2. Globalisierung, Region und Regionalisierung, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Winter, Martin (1997): »Die Polizei: autonomer Akteur oder Herrschaftsinstrument?«, in: Der Hallesche Graureiher: Forschungsberichte des Instituts für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie.
- Yildiz, Miriam (2016): Hybride Alltagswelten. Lebensstrategien und Diskriminierungserfahrungen Jugendlicher der 2. und 3. Generation aus Migrationsfamilien, Bielefeld: transcript Verlag.
- Zimmer, Nils (2021): »Gemeinschaftsnarrative unter Kindern und Jugendlichen in marginalisierten Quartieren. Strategien im Umgang mit stigmatisierenden Diskursen am Mehringplatz in Berlin-Kreuzberg«, in: sub|urban. zeitschrift für kritische Stadtforschung 9 (3/4), S. 123-144.

Autor:innenverzeichnis

Lilly Altmeyer studiert Humangeographie und Politikwissenschaften (Nebenfach) an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster. Zuvor studierte sie Stadtplanung an der HafenCity Universität Hamburg und beschäftigte sich währenddessen mit Stickerpraktiken der Identitären Bewegung.

Bernd Belina lehrt Humangeographie an der Goethe-Universität Frankfurt. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Kritische Theorie, Politische Geographie und geographische Stadtforschung.

Peter Bescherer ist Soziologe und zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Jena, wo er an einem Forschungsprojekt zu transnationalen sozialen Bewegungen beteiligt ist. Weitere Forschungs- und Interessengebiete sind Stadtforschung, aktivistische Forschung, Demokratie und Populismus.

Larissa Deppisch ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig. Dort forscht sie im Projekt »Gefühle des Abgehängtseins« in ländlichen Räumen?« mithilfe qualitativer und quantitativer Methoden zu potenziellen Zusammenhängen von sozialer und territorialer Ungleichheit zu Rechtspopulismusanspruch.

Kai Dietrich ist Sozialpädagoge und Koordinator im Arbeitsbereich MUT zur Demokratiebildung in Jugendarbeit und angrenzenden Arbeitsfeldern bei der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. (AGJF). Seit mehreren Jahren ist er an der Umsetzung von Wissenschaft-Praxis-Kooperationen in Auseinandersetzung mit Neonazismus und völkischem Nationalismus bei jungen Menschen beteiligt.

Valentin Domann forscht und lehrt in der Abteilung Angewandte Geographie und Raumplanung am Geographischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitglied im Netzwerk »Territorialisierungen der radikalen Rechten«, asso-

ziertes Mitglied im SFB 1265 »Re-Figuration von Räumen« und arbeitet schwerpunktmäßig zu Geographien der neuen Rechten.

Manuela Freiheit studierte Soziologie an der Universität Konstanz und der Freien Universität Berlin. Seit 2012 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld. Ihre inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Jugenddelinquenz, der Radikalisierungs- und Konfliktforschung sowie der Extremismus- und Radikalisierungsprävention.

Wilhelm Heitmeyer war Gründer und von 1996 bis 2013 Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Er arbeitet seitdem als Forschungsprofessor an der Universität Bielefeld mit den Schwerpunkten Soziale Desintegrationsprozesse, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt.

Abdelrahman Helal leitet den Bereich der datenbasierten Stadtplanung für Büro Happold in Europa. Sein Schwerpunkt ist es, Planungsprozesse und -entscheidungen für Quartiere, Städte und Regionen mithilfe von fundierten Datenanalysen und digitalen Tools zu unterstützen. Er ist zudem Gastdozent für Geoinformationssysteme (GIS) an der TU Berlin und beim Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw). Im Rahmen seines Stadtplanungsstudiums hat er seine Abschlussarbeiten zu Synergien zwischen Flucht/Migration und schrumpfenden Regionen sowie zur Raumanneignung durch Rechtsradikale in Deutschland geschrieben.

Felicitas Kübler arbeitet als Universitätsassistentin an der Universität Klagenfurt/Celovec. Sie ist Mitglied im Netzwerk »Territorialisierungen der radikalen Rechten«. Neben Forschung und Lehre zur extremen Rechten setzt sie sich mit Aushandlungsprozessen kollektiver Erinnerung, Identifikation und Identität auseinander.

Judith Miggelbrink lehrt Humangeographie an der TU Dresden. Aktuell leitet sie das DFG-Projekt »(Un-)Sicherheit an der Schengen-Binnengrenze. Sicherheitsbezogene Praktiken staatlicher und privater Akteure an der deutsch-polnischen Grenze«. Sie ist Mitglied des SFB 1199 »Verräumlichungsprozesse unter Globalisierungsbedingungen« und forscht u.a. zu regionalen Peripherisierungsprozessen, Sicherheit und Grenzen sowie zu globalisierten medizinischen Praktiken.

Daniel Mullis ist Humangeograph und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main. Er leitet das von der DFG geförderte Projekt »Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken«. Weitere Forschungsschwerpunkte sind Politiken von sozialen Bewegungen, Neoliberalisierung des Städtischen und soziale Exklusion sowie die Krise der Demokratie.

Henning Nuissl ist Professor für Angewandte Geographie und Raumplanung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er forscht zu Fragen der räumlichen Entwicklung sowie der raumbezogenen Politik und Planung. Sein besonderes Interesse gilt außerdem der Verbindung von »Theorie« und Praxis in der angewandten Wissenschaft.

Matthias Quent ist Professor für Soziologie für die Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Seine Arbeitsschwerpunkte sind öffentliche Soziologie, Rechtsradikalismus und Hasskriminalität. Quent ist Mitherausgeber der Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung (ZReX) und als Sachbuchautor, Berater sowie Redner in der öffentlichen Wissenschaftskommunikation tätig.

Axel Salheiser ist kommissarischer wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena. Von 2002 bis 2012 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im SFB 580 »Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2012 ist Salheiser zudem Co-Autor des Thüringen-Monitors.

Felix Schilk promoviert am Institut für Soziologie der TU Dresden zu konservativen und neurechten Krisendiskursen. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Politische Soziologie, Architektursoziologie und Erinnerungskultur. Er arbeitet außerdem in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und als freier Journalist, u.a. für »der Freitag« und »Jungle World«.

Nils Schuhmacher ist Kriminologe und derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachgebiet Kriminologische Sozialforschung an der Universität Hamburg tätig. Er forscht und lehrt zu radikalem politischem Protest und dessen Kontrolle sowie zu den vielfältigen Zusammenhängen zwischen Popkultur und Devianz. Seit 2017 ist er wissenschaftliche Begleitung der MUT-Projektreihe.

Anke Schwarz ist Stadtgeographin und Habilitandin am Lehrstuhl Humangeographie der TU Dresden. Aktuell koordiniert sie das DFG-geförderte Wissenschaftliche Netzwerk »Territorialisierungen der radikalen Rechten« und forscht komparativ zu territorialen Vergemeinschaftungen in postfaschistischen Ge-

sellschaften. Weitere Forschungsschwerpunkte sind Geographien der Zukunft, internationale Urbanisierung sowie post- und dekoloniale Perspektiven in der Stadtforschung.

Peter Sitzer ist seit August 2021 Fachbereichsleiter an der Volkshochschule Erfurtstadt im Bereich Fremdsprachen, Beruf und EDV, Mensch und Gesellschaft, Medienkompetenz, Digitales Lernen. Davor hat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, an der Fakultät für Erziehungswissenschaft und am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld zu Jugendgewalt, Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus sowie Gewalt- und Extremismusprävention geforscht.

Nils Zimmer hat Kulturarbeit (Dipl.) und Soziokulturelle Studien (M.A.) studiert und ist derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin tätig. Dort setzt er sich im Rahmen des BMBF geförderten Projekts »NetKuB – Netzwerke Kultureller Bildung« mit dem Thema Kinder- und Jugendpartizipation im Kontext kultureller Bildungsnetzwerke auseinander. Weitere Forschungsschwerpunkte liegen in der Kritischen Stadt- und Migrationsforschung sowie in der Protest- und Bewegungsforschung.

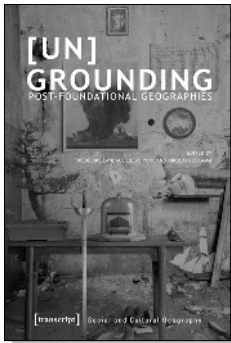
Paul Zschocke ist Sozialwissenschaftler und Doktorand am Leibniz-Institut Hessische Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main und an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er ist Mitarbeiter im DFG-geförderten Projekt »Alltägliche politische Subjektivierung und das Erstarken regressiver Politiken« und Mitglied im DFG-Forschungsnetzwerk »Territorialisierungen der radikalen Rechten« und forscht u.a. zur extremen Rechten und den Auswirkungen der Transformation nach 1990 in Ostdeutschland.

Geographie



Johanna Betz, Svenja Keitzel, Jürgen Schardt,
Sebastian Schipper, Sara Schmitt Pacifico, Felix Wiegand (Hg.)
Frankfurt am Main – eine Stadt für alle?
Konfliktfelder, Orte und soziale Kämpfe

September 2021, 450 S., kart., durchgängig vierfarbig
25,00 € (DE), 978-3-8376-5477-6
E-Book:
PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5477-0



Friederike Landau, Lucas Pohl, Nikolai Roskamm (eds.)
[Un]Grounding
Post-Foundational Geographies

May 2021, 348 p., pb., col. ill.
50,00 € (DE), 978-3-8376-5073-0
E-Book:
PDF: 49,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5073-4

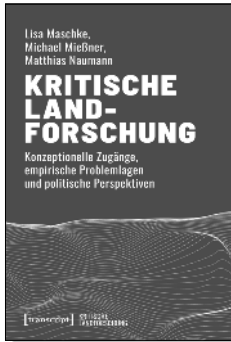


Georg Glasze, Annika Mattissek (Hg.)
Handbuch Diskurs und Raum
Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie
die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung

April 2021, 484 S., kart.,
Dispersionsbindung, 18 SW-Abbildungen, 7 Farbabbildungen
29,50 € (DE), 978-3-8376-3218-7
E-Book:
PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3218-1

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Geographie



Lisa Maschke, Michael Mießner, Matthias Naumann

Kritische Landforschung

Konzeptionelle Zugänge, empirische Problemlagen
und politische Perspektiven

2020, 150 S., kart., Dispersionsbindung, 3 SW-Abbildungen
19,50 € (DE), 978-3-8376-5487-5

E-Book:

PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5487-9



Susann Schäfer, Jonathan Everts (Hg.)

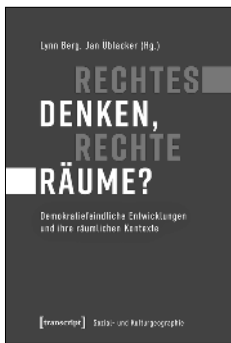
Handbuch Praktiken und Raum

Humangeographie nach dem Practice Turn

2019, 396 S., kart., Dispersionsbindung, 5 SW-Abbildungen
29,99 € (DE), 978-3-8376-4603-0

E-Book:

PDF: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4603-4



Lynn Berg, Jan Üblacker (Hg.)

Rechtes Denken, rechte Räume?

Demokratiefeindliche Entwicklungen
und ihre räumlichen Kontexte

2020, 286 S., kart.
29,00 € (DE), 978-3-8376-5108-9

E-Book: kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-5108-3

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**